

Theol

OST-WEST

Europäische Perspektiven

12. Jahrgang 2011, Heft 1

Nachbarn in Mittel- und Osteuropa

Schwerpunkt:
**Polen und Russland – eine
schwierige Beziehung**

Schatten der Vergangenheit

Außen- und innenpolitische Aspekte

Polen aus russischer Sicht – Russland
aus polnischer Sicht



Zentralkomitee
der deutschen Katholiken



ZA 9873

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising, Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11 info@renovabis.de · www.renovabis.de
und
Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn, Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44 info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44 owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 € Jahresabonnement 19,80 € (jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Verlag Friedrich Pustet Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330 verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Christoph Schmidt
„Die auf den Gräbern gepflanzten Bäume waren drei Jahre alt.“ Katyn gestern und heute 2

Kai-Olaf Lang
Rivalität, Versöhnung, Kooperation? Neue Impulse und alte Konflikte in den polnisch-russischen Beziehungen. 9

Sven C. Singhofen
Russlands Polenpolitik – Chance für (noch) einen Neubeginn? 18

Janusz A. Majcherek
Polen im internationalen Kontext 26

Irina Scherbakowa
Russland – Polen: eine schwierige Nachbarschaft . 33

Marija Rosinskaja
Das polnische Katyn-Problem aus russischer Sicht . 40

Wojciech Soczewica
Soll Polen den Bären umarmen? 46

Katharina Ilić
Reale und symbolische Nähe der Kirche zum Staat heute. Ein polnisch-russischer Vergleich 52

Friedemann Kluge
Krzysztof Meyer – Dmitrij Schostakowitsch. Ein Beispiel polnisch-russischer Musikbeziehungen . . 61

Erfahrungen
Juri Durkot
Eine andere Welt 68

Bernhard Vogel
Polen und Russland, unsere Nachbarn im Osten – heute Partner – Freunde? 74

Bücher 79

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Jahres-Inhaltsverzeichnis

12. Jahrgang 2011

Schwerpunkte

- Heft 1: Polen und Russland – eine schwierige Beziehung
 Heft 2: Bleibende Wunden – Psychische Folgen des Kommunismus
 Heft 3: Ländliche Räume im Umbruch
 Heft 4: Bosnien und Herzegowina

Hauptartikel

Kathrin Boeckh

- Traditionell Vielvölker-reich: Das Land Bosnien und Herzegowina und seine Bewohner 250 - 257

Karl Martin Born

- Ländliche Räume in Mitteleuropa – strukturelle Veränderungen 166 - 173

Tobias Flessenkemper

- Eine unvermeidliche Beziehung: Bosnien und Herzegowina: und die Europäische Union 266 - 276

Saša Gavrić

- Warum Bosnien und Herzegowina eine Verfassungsreform braucht 258- 265

Saša Gavrić

- „Zwei Schulen unter einem Dach“. Anmerkungen zum Bildungssystem Bosnien und Herzegowinas 286 - 292

Thomas Glauben und Judith Möllers

- Strukturwandel in (Ost-)Europas ländlichen Regionen 174 - 183

Alois Glück

- Zwischen Beharrung und Aufbruch: Ländliche Regionen im 21. Jahrhundert 162 - 165

Tim Graewert

- Strukturveränderungen im ländlichen Raum Bulgariens vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart 191 - 199

Grażina Gudaitė

- Psychologische Auswirkungen kommunistischer Regime: Die Dynamik der Autoritätserfahrung 101 - 108

<i>Thomas Hoppe</i>	
Wie leben mit Erinnerungen, die man kaum erträgt?	
Zu den psychischen Folgen von Systemunrecht	82 - 90
<i>Katharina Ilić</i>	
Reale und symbolische Nähe der Kirche zum Staat heute.	
Ein polnisch-russischer Vergleich	52 - 60
<i>Friedemann Kluge</i>	
Krzysztof Meyer – Dmitrij Schostakowitsch.	
Ein Beispiel polnisch-russischer Musikbeziehungen	61 - 67
<i>Elke Knappe</i>	
Das Gebiet Kaliningrad – ein Außenseiter in der	
Ostseeregion?	208 - 214
<i>András Koncz</i>	
Episoden aus der Seelsorge in der ungarischen Provinz	184 - 190
<i>Kai-Olaf Lang</i>	
Rivalität, Versöhnung, Kooperation? Neue Impulse und	
alte Konflikte in den polnisch-russischen Beziehungen	9 - 17
<i>Janusz A. Majcherek</i>	
Polen im internationalen Kontext	26 - 32
<i>Judith Möllers und Thomas Glauben</i>	
Strukturwandel in (Ost-)Europas ländlichen Regionen	174 - 183
<i>Rupert Neudeck</i>	
Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen	
in Bosnien und Herzegowina	293 - 299
<i>Armina Omerika</i>	
Die islamische Tradition Bosnien und Herzegowinas	277 - 285
<i>Radu Preda</i>	
Kommunismus als Trauma.	
Sozialtheologische Überlegungen aus rumänischer Sicht	109 - 116
<i>Marija Rosinskaja</i>	
Das polnische Katyn-Problem aus russischer Sicht	40 - 45
<i>David Roth</i>	
Geschichte von Bosnien und Herzegowina: betont	
gegensätzlich oder betonte Gegensätze?	242 - 249
<i>Krzysztof Rutkowski</i>	
Die Folgen von Traumata durch politische Verfolgungen.	
Einige Fallstudien	91 - 100

ZA 9873

Gert Sauer

Beziehung, Freiheit, Toleranz und Kultur.

Prinzipien der therapeutischen Arbeit im östlichen Europa 117 - 124

Irina Scherbakowa

Russland – Polen: eine schwierige Nachbarschaft 33 - 39

Christoph Schmidt

„Die auf den Gräbern gepflanzten Bäume waren drei Jahre alt.“

Katyn gestern und heute 2 - 8

Sven C. Singhofen

Russlands Polenpolitik – Chance für (noch) einen Neubeginn? 18 - 25

Wojciech Soczewica

Soll Polen den Bären umarmen? 46 - 51

Nenad Stefanov

Grenzlandschaften im Zentralbalkan:

Dimitrovgrad – eine Stadt zwischen Serbien und Bulgarien 215 - 222

Marcin Wiatr

Die Region Oberschlesien – ein Beispiel für strukturelle

Veränderungen im ländlichen Raum Polens 200 - 207

Dokument

„Ländliche Entwicklung in Europas Regionen“ 235 - 237

Erfahrungen

Ludvík Bet'ák

Das Erwachen zur Verantwortung 125 - 135

Juri Durkot

Eine andere Welt 68 - 73

Vilma Filaj-Ballvora

Albanien – Das Leben eines Volkes zwischen Sein

und Schein 136 - 146

Bernhard Vogel

Polen und Russland, unsere Nachbarn im Osten –

heute Partner – Freunde? 74 - 78

Interviews

Selim Bešliagić, früherer Bürgermeister von Tuzla,

zur aktuellen Lage in Stadt und Region 302 - 305

Seelsorge der weiten Wege in Russland. Ein Gespräch

mit Pater Karol Maria Mikloško 223 - 230

Länderinfo

Bosnien und Herzegowina (*Herbert Schedler*) 300 - 301

Reiseimpressionen

Horst Bienek

Reise in die Kindheit (1988) 233 - 234

August Scholtis

Ostwind (1927) 231 - 232

Reportage

Michael Albus

Kompetenz und Leidenschaft. Die katholischen
„Schulen für Europa“ in Bosnien und Herzegowina 306 - 316

Umfrage

Vier Stimmen zum Thema „Bleibende Verantwortung
der Kirchen“ 147 - 157

Bücher

79, 158, 238, 318

Textkästen (in Heft 4/2011)

Burkhard Haneke

Die „Schulen für Europa“ 313

Davor Korić

Bildung teilt Bosnien und Herzegowina 287

Davor Korić

Sprache als politisches Mittel 252

Ivan Korić

Fußball als Spiegelbild des politischen Zustandes
in Bosnien und Herzegowina 294

Stefan Kube

Bruce-Lee-Statue in Mostar 264

Stefan Kube

Medjugorje 274

Zrinka Štimac

Die „Bosnische Kirche“ 280

Berislav Župarić

Die bosnischen Pyramiden 271

Berislav Župarić

Summum ius – summa iniuria 297

Berislav Župarić

Troja in der Herzegowina? 290

Berislav Župarić

Ein „und“, das nicht nur verbindet 243

Editorial

Von den vielen schwierigen Nachbarschaften in Europa ist die zwischen Polen und Russen sicher die schwierigste. Historische Verwerfungen prägten die Beziehungen zwischen den beiden Ländern für lange Zeit, die ja heute nicht einmal Nachbarn im eigentlichen Sinne sind, wenn man von der russischen Enklave Königsberg absieht.

Im vergangenen Jahr ist die Nachbarschaft zwischen beiden Staaten in die Schlagzeilen geraten. Die Flugzeugkatastrophe von Katyn, bei der neben dem polnischen Staatspräsidenten zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Polens umkamen, hat auf dramatische Weise gleich mehrere Aspekte des belasteten Verhältnisses vor Augen geführt. Bei aller Tragik des Unglücks hat der Umgang beider Seiten mit dem Ereignis aber auch gezeigt, dass es ein Potenzial zur Empathie auf russischer Seite gibt, die die Polen immer so schmerzlich vermisst haben, und damit einen Ansatz zur Versöhnung. In dieser Zeit wurde im russischen Fernsehen ein polnischer Film gezeigt, der das Drama von Katyn des Jahres 1941 thematisiert. Vielen Russen wurde dadurch überhaupt erst bewusst, welche Bedeutung dieser Ort für die polnischen Nachbarn hat. „Es ist schwer, Worte zu finden, um die Erschütterung zu beschreiben, die die Russen damals empfanden“, so beschreibt eine russische Autorin in diesem Heft die Emotionen ihrer Landsleute.

Diese neueren Ereignisse tragen dazu bei, dass bei der Behandlung der russisch-polnischen Nachbarschaft in diesem Heft das Thema „Katyn“ einen prominenten Platz einnimmt: das Massaker von 1941, der Ort des Flugzeugunglücks und der Film. Doch bieten wir Ihnen auch zahlreiche andere, oft wenig bekannte Aspekte dieser Nachbarschaftsbeziehung.

Nun noch ein Hinweis in eigener Sache: Unsere Zeitschrift erscheint ab dieser Ausgabe im Verlag Friedrich Pustet, Regensburg. Für Sie als Leserinnen und Leser wird sich nichts ändern; doch können Sie bei der Lektüre einige kleinere Verbesserungen der äußeren Gestaltung feststellen.

Die Redaktion

„Die auf den Gräbern gepflanzten Bäume waren drei Jahre alt.“¹

Katyn gestern und heute

Prof. Dr. Christoph Schmidt lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln.

Dort, wo am 10. April 2010 der polnische Präsident und seine Delegation bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kamen, befindet sich einer der größten polnischen Offiziersfriedhöfe. Nachdem Hitler und Stalin Polen 1939 geteilt hatten, brachte die sowjetische Geheimpolizei im Frühjahr 1940 nahezu alle Offiziere unter den polnischen Kriegsgefangenen um. Erst nach dem Ende der Sowjetunion wurde in Russland unter Boris Jelzin erstmals eine Verantwortung für dieses Verbrechen eingestanden.

Eine schicksalhafte Wiederholung

Die Erinnerung an Katyn hatte es schwer. 1997 bereiste der holländische Schriftsteller Geert Mak die Krater der europäischen Geschichte von Dünkirchen im Westen über Verdun und Auschwitz bis Stalingrad im Osten. Dabei machte er auch in Bielefeld Station, nicht aber in Katyn. Sehr seltsam, aber dennoch höchst bezeichnend für die Barriere zwischen Publizistik und Wissenschaft, denn 1993 war in Warschau eine Bibliographie mit mehr als 1.000 Titeln zum Massaker von Katyn er-

¹ Diese Aussage hatte Iwan Andrejew, der Förster von Katyn, 1943 vor der deutschen Untersuchungskommission gemacht und damit in aller Klarheit auf die sowjetische Täterschaft verwiesen. Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurden er und seine Frau dafür zu 25 Jahren Haft verurteilt. Auf ihn aufmerksam wurde 1967 der ukrainische Dissident Swjatoslaw Karawanskij, als er nach der Einlieferung in das Gefängnis von Wladimir die Zelle mit Andrejew teilte und dessen Lebensgeschichte erfuhr. Vgl. auch Gerd Kaiser: Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis. Berlin 2002, S. 294 f. und 325 f.

ZA 9873

schienen.² Vermutlich sorgte auch kein Buch, sondern ein Film dafür, dass sich das Gedenken an Katyn in der westlichen Öffentlichkeit endgültig einwurzeln konnte. 2007 drehte der namhafte polnische Regisseur Andrzej Wajda seinen Film „Katyn“, der schon in der Eingangsszene die polnische Ausweglosigkeit zeigt: Zwei Flüchtlingsströme, der eine vor den Deutschen nach Osten, der andere vor den Russen nach Westen, streben ein und derselben Brücke zu. Dieser Film fand auch deshalb Beachtung, weil er als bester ausländischer Beitrag für einen Oscar nominiert wurde.³

Vor diesem Hintergrund war es kein allzu großes Zugeständnis des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin, seinem polnischen Amtskollegen Donald Tusk im März 2010 eine gemeinsame Gedenkveranstaltung im Wald von Katyn vorzuschlagen. In der Tat trafen sich Putin und Tusk am 7. April 2010 in Katyn, um an den Massenmord vor 70 Jahren zu erinnern. Von russischer Seite nicht eingeladen war allerdings der polnische Staatspräsident Lech Kaczyński, der mehrfach durch sehr kritische Äußerungen zur russischen Seite von sich reden gemacht hatte. Er fühlte sich daher dazu veranlasst, mit einer vielköpfigen Delegation auf eigenständige Weise an den Trauerfeiern teilzunehmen. Beim Anflug auf den Militärflughafen von Smolensk stürzte seine Maschine am 10. April jedoch ab. Alle Insassen kamen ums Leben.

Ein düsterer Gedächtnisort hatte bewiesen, dass die Macht der Erinnerung auch durchaus faktisch sein kann. Immerhin versuchten Russen und Weißrussen 2010, sich kooperativ zu zeigen, um dem polnischen Trauma – soweit überhaupt möglich – mit allergrößtem Respekt zu begegnen. Aus polnischer Sicht unentschuldigbar allerdings bleibt nach wie vor, dass kein einziger Sowjetführer so mutig war, die Verantwortung für das Verbrechen von 1940 einzugestehen. Auch Anklagen gegen die Täter hat es bis heute nicht gegeben. Ereignis und Erinnerung sind im Falle Katyns daher noch schwerer zu trennen als sonst. Ereignis ist Erinnerung, ohne Erinnerung kein Ereignis. Da jede Erinnerung einem eigenen

Bis heute hat es keine Anklagen gegen die Täter von Katyn gegeben.

2 Geert Mak: In Europa. Eine Reise durch das 20. Jahrhundert. Berlin 2007. Maria Harz: Bibliografia zbrodni katyńskiej. Materiały z lat 1943-1993. Warschau 1993.

3 Zu den Opfern des Massakers an den polnischen Kriegsgefangenen zählte auch Wajdas Vater. Vgl. die Auszüge aus dessen Tagebuch vor der Erschießung in: Kaiser, Katyn (wie Anm. 1), S. 163-167.

Standpunkt und eigener Erfahrung entspricht, formt sie das Ereignis fortlaufend um.

Das Massaker von 1940

Der Weg zum Ereignis begann mit dem Hitler-Stalin-Pakt und dem Einmarsch der deutschen Truppen in Polen am 1. September 1939 bzw. der sowjetischen Truppen am 17. September 1939. Damit fielen etwa 18.000 polnische Offiziere sowie etwa 400.000 polnische Unteroffiziere und Soldaten in deutsche Gefangenschaft. Die Rote Armee machte etwa 242.000 polnische Gefangene, davon etwa 14.000 Offiziere. Nach einem Gefangenentausch zwischen der deutschen und der sowjetischen Seite, bei der Soldaten in deutscher Gefangenschaft mit Wohnsitz in den sowjetisch besetzten Gebieten an die sowjetische Seite ausgeliefert wurden bzw. umgekehrt, befanden sich im Frühjahr 1940 14.736 polnische Offiziere in sowjetischen Gefangenslagern. Hinzu kamen 10.685 polnische Offiziere, die in weißrussischen und ukrainischen Gefängnissen wegen mutmaßlicher Spionagetätigkeit einsaßen.

„Davon ausgehend, dass sie allesamt eingeschworene und unbelehrbare Feinde der Sowjetmacht sind“, ordnete Lawrentij Berija als Leiter des sowjetischen Innenministeriums NKWD mit Brief an Stalin vom 5. März 1940 die Erschießung der polnischen Offiziere an. Diese Entscheidung erinnert an das Vorgehen der Moskauer Geheimpolizei während des Bürgerkriegs gegen die „Weißen“ nach der Revolution von 1917. Auch damals ging es um bloßen Machterhalt, zu dem Massenterror als opportunes Mittel erschien. Gestützt auf Berijas Anordnung erteilten die sieben Mitglieder des Politbüros, also des höchsten politischen Gremiums der kommunistischen Partei – Stalin, Molotow, Berija, Kaganowitsch, Woroschilow, Kalinin und Mikojan – dem NKWD noch am 5. März den Befehl, die ca. 25.000 polnischen Offiziere in den drei Lagern Koselsk, Starobelsk und Ostaschkow zu erschießen. 448 Gefangene aus den drei Lagern wurden jedoch verschont und in andere Gefängnisse verlegt. Bei allen anderen kam der Briefwechsel mit den Angehörigen im März und April 1940 zu einem abrupten Ende. Briefe an die Gefangenen kehrten als unzustellbar an die Absender zurück.

Nach dem Angriff der Deutschen auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 trat eine dramatische Wende ein. Da die Rote Armee 1941 an allen Fronten zurückwich, war Stalin an Alliierten, verbündeten Truppen und erfahrenen Offizieren äußerst gelegen. Noch am 12. August 1941 wur-

den alle polnischen Kriegsgefangenen amnestiert, damit sie der Armee unter dem polnischen General Anders beitreten konnten. Außer den 448 verlegten Offizieren gab Stalin alle anderen Gefangenen als verschwunden aus. Als Stalin die polnischen Generäle Anders und Sikorski am 3. Dezember 1941 empfing, sah er sich mit der Frage konfrontiert, wo die übrigen Lagerinsassen denn geblieben seien. Mit unüberbietbarem Zynismus stellte Stalin fest, diese seien in die Mandschurei entflohen.

Am 13. April 1943 gaben die Deutschen bekannt, in einem Wald bei Katyn ein Massengrab mit Tausenden von Leichen polnischer Offiziere entdeckt zu haben. Die Hitler-Regierung berief eine internationale Ärztekommision und forderte das Rote Kreuz dazu auf, seinerseits Sachverständige nach Katyn zu schicken. Auch britischen und amerikanischen Kriegsgefangenen führten die Deutschen das Massengrab vor, wobei die Absicht vorherrschend war, das unmenschliche Vorgehen der Sowjets anzuprangern und so das Bündnis zwischen Westmächten und Stalin zu zersprengen. In einem Gutachten gelangte die internationale Kommission am 30. Mai 1943 zum einhelligen Ergebnis, die polnischen Offiziere seien im Frühjahr 1940 erschossen worden.

Nachdem sich die Front erneut nach Westen verschoben hatte und das östliche Dnjeprufer wieder der sowjetischen Herrschaft unterstand, setzte Moskau eine zweite Kommission unter dem Chirurgen Nikolaj Burdenko ein, der ausschließlich Sowjetbürger angehörten. Sie bezeichnete allein die deutsche Seite als verantwortlich für das Massaker und verwies insbesondere auf die Tatsache, dass die Gefangenen mit deutscher Munition erschossen worden seien. Mit dieser Version wartete die sowjetische Seite auch bei den Nürnberger Prozessen auf. Für die Westalliierten entstand damit eine sehr heikle Situation, da es sich Briten und Amerikaner nicht leisten konnten, die Sowjets unmittelbar zu bezichtigen. Nachdem die deutsche Verteidigung in Nürnberg vorgebracht hatte, dass die Massenerschießungen im Frühjahr 1940 nicht von der Wehrmacht organisiert worden sein konnten, fanden die Richter der Alliierten den Ausweg, eine weitere Untersuchung des Massakers auszuklammern. Damit war allerdings auch der sowjetische Versuch gescheitert, in Nürnberg die eigene Unschuld zu beweisen.

Verdrängung und Verleugnung

Dieses Bündnis gegen die Wahrheit sollte auf Seiten der Sieger von erstaunlicher Dauer sein. 1972 trugen sich polnische Emigranten in Lon-

don mit dem Plan, den Opfern von Katyn ein Denkmal zu setzen. Nach sowjetischer Einflussnahme zeigte sich die englische Regierung entgegenkommend und verweigerte den Emigranten die Erlaubnis, im Zentrum Londons ein Mahnmal zu errichten. Als die Polen nun einen privaten Friedhof nutzten, um das Denkmal zu errichten, untersagte die englische Regierung ihren Mitgliedern wie allen Soldaten, an der Enthüllung teilzunehmen.

Ebenso fatal war das Verhalten der sowjetischen Führung während der Entstalinisierung. Seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 ließ Niki-

Auch auf westalliierten Seiten wurde die Wahrheit über Katyn lange ignoriert.

ta Chruschtschow kaum eine Gelegenheit verstreichen, um Stalins Verbrechen auch an der eigenen Bevölkerung anzuprangern, dessen Legi-

timität zu untergraben und die eigene zu befestigen. Im Zuge der Abrechnung mit den Vergehen der Stalinzeit verfasste der Leiter des Geheimdienstes KGB, Alexander Schelepin, am 3. März 1959 für Chruschtschow eine Stellungnahme, in der es wortwörtlich heißt: „Auf der Grundlage von Beschlüssen der Sondertroika des NKWD der UdSSR wurden insgesamt 21.857 Personen erschossen. Davon im Wald zu Katyn (Gebiet Smolensk) 4.421 Personen, im Lager Starobelsk bei Char'kow 3.820 Personen, im Lager Ostaschkow (Gebiet Kalinin) 6.311 Personen, und 7.305 Personen wurden in anderen Lagern und Haftanstalten der Westukraine und des westlichen Weißrusslands erschossen.“⁴

Anders als beim Gulag⁵ schien Chruschtschows Spielraum im Falle Katyns aber sehr eng, da er als einer der engen Mitarbeiter Stalins Mitverantwortung für den Massenterror trug. Als damaliger erster Sekretär der ukrainischen kommunistischen Partei war er allem Anschein nach auch persönlich mit dem Schicksal der polnischen Offiziere befasst. Da „bezüglich der im Wald von Katyn Erschossenen ja eine offizielle Version existiert“, schlug Schelepin in seinem Schreiben vor, alle Dokumente zu vernichten. Diesem Vorschlag stimmte das Politbüro zu – die Folgen dieses Vorgehens hatte jedoch eher die polnische Parteiführung als die sowjetische zu tragen. Die polnischen Machthaber sahen sich gezwungen, die stalinistische Version zu übernehmen, und fügten ihrer Glaubwürdigkeit daher mehr und mehr Schaden zu. In diesem Sinne

4 Victor Zaslavsky: Klassensäuberung. Das Massaker von Katyn. Berlin 2008, S. 80.

5 „Gulag“ bezeichnet das sowjetische Repressionssystem aus Zwangsarbeits- und Straflagern, Gefängnissen und Verbannungsorten, das besonders unter Stalin Millionen von Opfern forderte (Anm. d. Redaktion).

wurde Katyn ein grelles Zeichen für die Unmoral des sowjetischen Systems, seiner Geschichtsverfälschung wie auch für die Feigheit der polnischen Statthalter.

Schwieriger Durchbruch zur Wahrheit

Für die Presse im Untergrund blieb Katyn daher ein Angriffsziel sondergleichen, um Geschichte wie Gegenwart, tatsächliches Ereignis wie erlogene Erinnerung, gleichermaßen an den Pranger zu stellen. Hier zweifelte niemand daran, dass Stalin höchstpersönlich den Befehl zur Ermordung der polnischen Offiziere erteilt hatte. Mit dem Durchbruch der freien

Katyn wurde zum Symbol für die sowjetische Geschichtsverfälschung ebenso wie für die Feigheit der polnischen Statthalter Moskaus.

Gewerkschaft Solidarność gerieten in Polen 1980 erstmals Texte in Umlauf, die sich der Zensur entzogen und in denen die stalinistische Geheimpolizei als Täter genannt wurde. In der offiziellen polnischen Presse erschien der erste Beitrag über Katyn 1987, als 59 Intellektuelle an die Staatsmacht appellierten, endlich die Wahrheit über das Massaker einzugestehen. Als im gleichen Jahr allerdings eine polnisch-sowjetische Historikerkommission eingesetzt wurde, um über die so genannten „weißen Flecken“ der gemeinsamen Geschichte zu forschen, fand Katyn mit keinem Wort Erwähnung.

Im polnischen Fernsehen fiel das Wort „Katyn“ erstmals im März 1988, als der Abgeordnete Ryszard Bender, ein Historiker aus Lublin, in einer Parlamentsdebatte auf den Massenmord verwies. Im gleichen Jahr reiste der Primas der polnischen Kirche, Kardinal Józef Glemp, nach Moskau, um an den Feierlichkeiten zum tausendjährigen Jubiläum der Taufe Russlands teilzunehmen. In seiner Rede beklagte er, dass für die in Katyn begrabenen Katholiken kein Kreuz aufgestellt worden sei.

Michail Gorbatschow allerdings tat sich schwer. Obschon er sich mit Glasnost und Perestrojka erhebliche Verdienste um Duldung einer gewissen Meinungsfreiheit erworben hatte, wollte er das Tabu über Katyn aufrechterhalten. Bevor der polnische Staatspräsident General Wojciech Jaruzelski im Frühjahr 1990 nach Moskau aufbrach, verlangte das polnische Parlament von der sowjetischen Seite das offizielle Eingeständnis der Schuld an den Morden in Katyn. Was sich die Moskauer Führung jedoch abringen ließ, wurde dieser Forderung kaum gerecht. So verkündete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 13. April 1990:

„In der jüngsten Zeit haben sowjetische Archivare und Historiker einige Dokumente über polnische Armeeeingehörige gefunden, die sich in den NKWD-Lagern Koselsk, Starobelsk und Ostaschkow befanden. Die gefundenen Dokumente lassen als Ganzes den Schluss zu, dass die Verantwortung für die Greueltaten im Wald von Katyn Berija und seine Helfershelfer trifft.“⁶

Damit hatte Gorbatschow es vermieden, seinen Amtsvorgänger Stalin mit dem Massaker in Verbindung zu bringen. Das polnische Staatsoberhaupt Jaruzelski jedoch löste sich erstmals deutlich vom sowjetischen Kurs. Als er am 16. April 1990 Katyn besuchte, bezeichnete er die ermordeten Offiziere als Opfer eines grausamen stalinistischen Verbrechens. Einen klaren Schritt weiter sollte im April 2000, zum 60. Jahrestag des Massenmords, der polnische Staatspräsident Alexander Kwaśniewski gehen. Im Namen jener, die im System der Propaganda befangen waren, entschuldigte er sich für das Schweigen über Katyn.

Epilog

Anders als Verdun oder Stalingrad ist Katyn damit in der Geschichte Europas ein Symbol auch für die Macht der Erinnerung geworden. Wer die Erinnerung lenkt, lenkt auch die Macht. Dabei musste diese Macht umso stärker werden, je länger das Schweigen anhielt. Die Erinnerung spaltete sich auf, in einen offiziellen Zweig und einen faktischen. Dass der faktische schließlich die Oberhand behielt, ist keineswegs selbstverständlich, schon weil sich auch der Westen mit der offiziellen Lüge einließ. Katyn ist also auch deshalb so erschreckend, weil es nicht beweist, dass Wahrheit zwangsläufig über Lüge obsiegt. Vielmehr beginnt dieser Kampf überall auf der Welt jeden Tag neu.

Die Metapher besagt freilich auch: Bäume können wachsen. Zwar ist und bleibt Katyn der symbolische Ort des polnischen Schicksals im 20. Jahrhundert und der totalitären Gewalt, die nach 1939 über Polen hinwegrollte. Dennoch ist das Katyn von gestern mit dem von heute nicht einfach zu vergleichen. Heute hat Polen die Erfahrung gemacht, dass die demokratischen Institutionen recht stabil sind, innen wie außen. Für diesen Wandel gab Deutschland, nicht Frankreich, das Beispiel – und das will etwas heißen!

6 Martin Schaub: Streitfall Katyn. Die Wahrnehmung des Massakers in der sowjetrussischen, polnischen und westdeutschen Öffentlichkeit 1980-2000. Marburg 2008, S. 59.

Rivalität, Versöhnung, Kooperation?

Neue Impulse und alte Konflikte in den polnisch-russischen Beziehungen

Dr. Kai-Olaf Lang ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

In den seit jeher schwierigen polnisch-russischen Beziehungen haben in den letzten Jahren neue Akzente die Oberhand gewonnen. Polen und Russland scheinen sich auf den Weg der Annäherung begeben zu haben. Konfliktfelder lassen sich in der Haltung Russlands zu Polen als Mitglied von EU und NATO ausmachen, außerdem in den Bereichen Energie- und Sicherheitspolitik. Auch die Aufarbeitung der tragischen gemeinsamen Geschichte des 20. Jahrhunderts bereitet noch immer Probleme.

Die polnisch-russischen Beziehungen waren nach 1989 bzw. 1991 über weite Strecken gleichsam der Prototyp eines fragilen und spannungsvollen bilateralen Verhältnisses in Europa. Dies kam wenig überraschend, haben doch beide Länder einen enormen historischen Ballast in ihrem Erfahrungsschatz. Zusammen mit einer Vielzahl realer Altlasten und mannigfacher neuer Konfliktlagen ergab sich so eine strukturelle Misstrauenskrise zwischen beiden Ländern: Für Polen stellte Russland weiterhin einen Risikofaktor, ja eine Bedrohung dar, Russland wiederum sah in Polen einen destruktiven Vetoakteur, der russischen Interessen immer wieder in die Quere kam und die Beziehungen zu Europa und „dem Westen“ generell verkomplizierte. Seit einiger Zeit scheinen Polen und Russland sich jedoch auf den Weg der Annäherung begeben zu haben und einen Prozess der Aussöhnung und pragmatischen Zusammenarbeit einzuleiten. Die Besuchsdiplomatie zwischen beiden Ländern intensiviert sich. Bilaterale Konsultationsgremien zwischen Regierungen, aber auch Regionen und Wirtschaftssubjekten werden neu gegründet oder fangen nach teils langen Pausen wieder an zu funktionieren.

Im Mai 2010 kam es erstmals zu einer gemeinsamen Sitzung der Außen-ausschüsse des polnischen und des russischen Parlaments.

Der Flugzeugabsturz von Smolensk am 10. April 2010 verlieh diesem Neubeginn zunächst einen zusätzlichen Schub, verband er doch Polen und Russen in gemeinsamer Trauer. Doch schon zuvor waren wichtige Zeichen gesetzt worden. Die polnische Regierung hatte eine neue Flexibilität angekündigt und erklärt, man werde, ohne Vorbedingungen zu stellen, mit „Russland, wie dies eben sei“ zusammenarbeiten (so Premierminister Tusk in seiner Regierungserklärung von Ende 2007). Russlands Führung wiederum verstand, dass ohne eine schonungslose Aufarbeitung der eigenen Fehler und ohne klare Worte zu offenen Fragen der gemeinsamen Vergangenheit kein Fortschritt zu erzielen sein würde.

Polen und Russland nach 1989: Krisen, Streit und Aversion

Polen hatte nach dem Systemwechsel von 1989 mit großer Hoffnung auf das neue Russland geblickt, das im Zerfallsprozess der Sowjetunion entstand. Gerade in der antikommunistischen Bewegung, die nun in Polen regierte, gab es Stimmen, die mit dem Ende der bipolaren Weltordnung und dem Auseinanderbrechen des Moskauer Imperiums eine Chance für ein neues, gar demokratisches Russland sahen. Doch schnell wurde klar, dass das neue Russland sich weder auf eine Schnellstraße in Richtung liberaler Demokratie begeben noch zu einem flexiblen und anpassungswilligen Partner des Westens werden würde. Während man allein schon

Polens Mitgliedschaft in NATO und EU führte zunächst nicht zu der vielfach erwarteten Entspannung der bilateralen Beziehungen.

die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unwägbarkeiten Russlands in Polen mit großer Sorge wahrnahm, war insbesondere Russlands Ablehnung einer Osterweiterung der NATO ein handfestes Problem

für Warschau, da hier ein Kernziel polnischer Außenpolitik auf Russlands Widerstand stieß.

Mit der Putin-Ära und Russlands innenpolitischer Zentralisierung sowie seinem außenpolitischen Wiedererstarken nahmen die Differenzen zwischen beiden Ländern weiter zu. Die Mitgliedschaft Polens in NATO und EU führte zunächst nicht zu der vielfach erwarteten Entspannung der bilateralen Beziehungen. Polen war bemüht, gerade durch seine Mitgliedschaft in der EU die Aufmerksamkeit und das Handeln seiner Partner für eigene russland- und ostpolitische Ziele zu gewinnen.

Für Moskau war der Nachbar daher ein Störfaktor, der die Politik der EU gegenüber Russland stringenter und konsequenter ausformen wollte und den es daher zu umgehen oder zu isolieren galt. Zwei Schlüssel-situationen stehen dabei exemplarisch für die Konflikte zwischen beiden Ländern. Erinnert sei an das Engagement des polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski während der „Orangen Revolution“ Ende 2004 in der Ukraine. Als Vermittler zwischen den beiden verfeindeten Lagern in Kiew verhalf das polnische Staatsoberhaupt letztlich der prowestlichen Demokratiebewegung zum Sieg – ein Erfolg, der gleichzeitig einen zumindest temporären Rückschlag für Russlands Bestrebungen zur Sicherung seines Einflusses in der Ukraine markierte. Ein weiteres Aufeinanderprallen ergab sich, nachdem Russland ein Importverbot für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Polen verhängt hatte. Warschau reagierte Ende 2006 hierauf, indem es ein Verhandlungsmandat der EU für ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland blockierte – und damit den bilateralen Streit mit Russland „europäisierte“.

Die großen Konfliktfelder

Vier große Konfliktfelder haben das polnisch-russische Verhältnis nach 1989 geprägt und seine Krisenanfälligkeit hervorgerufen. Eine erste Quelle von Spannungen rührte daher, dass Polen an einer stark geopolitisch motivierten „*Verwestlichung*“ von Ländern wie der Ukraine oder Georgien interessiert war. Die zumindest langfristig angestrebte Einbindung dieser Länder in EU und NATO sollte von Russland ausgehende neoexpansive Tendenzen eindämmen.

Ein zweites Konfliktthema bildeten und bilden *energiepolitische Differenzen*. Obwohl sich Polens energiewirtschaftliche Abhängigkeit von Russland in Grenzen hält (die großen polnischen Energiekonzerne werden nicht von russischen Unternehmen kontrolliert; auch basiert Polens Strom- und Wärmeerzeugung noch fast ausschließlich auf heimischer Kohle), besteht ein ausgeprägtes Gefühl der energiewirtschaftlichen Verwundbarkeit durch den großen Nachbarn im Osten. Diese Befürchtung resultiert vor allem aus realen Abhängigkeiten bei der Gasversorgung, da rund zwei Drittel des gesamten Bedarfs und mehr als 90 Prozent der eingeführten Erdgasmenge aus Russland stammen. Überdies kann Polen noch nicht wirklich auf Alternativen zugreifen, da die Pipelineinfrastruktur auf den Import von Gas aus dem Osten ausgerichtet ist.

Polens Lage mildert sich allerdings dadurch etwas ab, dass es als Transitland für die Verbringung russischer Energieträger nach Westeuropa funktioniert.

Drittens haben abweichende Ziele in der *Sicherheitspolitik* immer wieder zu Reibungen geführt. Polens Streben in die NATO war in den neunziger Jahren das übergeordnete sicherheitspolitische Konfliktthema in den Beziehungen zwischen beiden Ländern. Russland sah in der Osterweiterung der Allianz eine Bedrohung und bemühte sich, eine derartige Neuordnung der strategischen Landschaft in Europa zu verhindern. In Polen ging man davon aus, dass die Aufnahme des Landes in die NATO zu einer Entspannung im Verhältnis zu Russland führen würde. Doch ein solcher Effekt stellte sich keineswegs ein, im Gegenteil. Das Thema NATO-Erweiterung blieb weiterhin ein Zankapfel nicht nur zwischen der Allianz und Russland, sondern auch zwischen Polen und Russland. Denn Polen erwies sich als eine der Triebkräfte für die Aufnahme weiterer Länder – auch aus dem nachsowjetischen Raum. Friktionen ergaben sich nicht zuletzt daraus, dass Polen trotz seiner Mitgliedschaft in der NATO weiterhin beachtliche Sicherheitsdefizite sah. Angesichts offen formulierter Zweifel an der Effizienz der NATO arbeitete man deswegen daran, eine sicherheits- und verteidigungspolitische Sonderbeziehung zu den USA aufzubauen. Wichtigstes Ziel war dabei die geplante Installation von Elementen eines US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen – eines Projekts, das von Russland scharf kritisiert wurde, da es angeblich zur Störung des strategischen Gleichgewichts in Europa führe. Auch nachdem die Obama-Administration am

17. September 2009 die Aufgabe der bisherigen Pläne zur Raketenabwehr bekanntgegeben hatte, pochte man in Polen auf die Umsetzung all derjenigen Projekte, die im Abkommen vom

Sommer 2008 mit den USA vereinbart worden waren. Dazu gehört etwa die Abhaltung eines hochrangig besetzten sicherheitspolitischen Dialogs zwischen beiden Ländern oder die Stationierung einer Patriot-Raketenbatterie auf polnischem Gebiet.

Schließlich hat die *tragische Geschichte des 20. Jahrhunderts* und ihre abweichende Interpretation die polnisch-russischen Beziehungen nach 1989/1991 immer wieder negativ beeinflusst. Wann bekennt sich Russland zu seiner Verantwortung für und zur Beteiligung an der vierten polnischen Teilung im September 1939? Wann findet Moskau angemess-

Die tragische Geschichte des 20. Jahrhunderts wirkte sich auf die bilateralen Beziehungen immer wieder negativ aus.

sene Worte zu den Massakern in Katyn, bei Charkow und Mednoje, wo im Frühjahr 1940 tausende polnischer Offiziere durch den sowjetischen Geheimdienst ermordet wurden? Wie stellt sich Russland zum Verhalten der Roten Armee während der Niederschlagung des Warschauer Aufstands im August 1944? Wie sieht Russland die Jalta-Ordnung – als System, das Stabilität und Frieden in Europa verbürgte, oder als repressiven Rahmen, der Ländern in Ostmittel- und Osteuropa Freiheit und Souveränität nahm? Häufig führten die großen historischen Fragen zu manifesten Zerwürfnissen im gegenseitigen Verhältnis. Polen sah eine russische Dialogverweigerung und prangerte angeblich mangelnde Kooperationsbereitschaft an. Russland wiederum wies auf vermeintliche „Leichen im Keller“ im polnischen Vergangenheitsdiskurs hin, etwa auf das Schicksal russischer Kriegsgefangener, die im „polnisch-bolschewistischen“ Krieg zwischen 1919 und 1921 in polnischen Lagern zumeist aufgrund schlechter hygienischer Bedingungen ums Leben gekommen waren. Auch wurde bemängelt, dass Polen den Beitrag der Sowjetunion und der Roten Armee bei der Niederwerfung Hitler-Deutschlands nicht ausreichend würdige. Gerade um Jahrestage herum kam es daher oftmals zu Streitigkeiten.

Günstige Rahmenbedingungen und neue außenpolitische Ziele

Die neue Atmosphäre zwischen Polen und Russland fußt einerseits auf veränderten außenpolitischen Zielhierarchien in Warschau und Moskau. In Polen spielt hierbei die durch den Regierungswechsel von 2007 eingeleitete außen- und europapolitische Neuausrichtung eine entscheidende Rolle. Die Regierung Tusk wollte sich durch eine pragmatische Russlandpolitik des Images eines „russophoben“ Troublemakers entledigen und damit der europapolitischen Marginalisierung entkommen, in die sich das Land in der Ära der Kaczyński-Regierungsmehrheiten manövriert hatte. Gleichzeitig nahm die Regierung Tusk eine Neueinschätzung der polnischen Ostpolitik vor. Anders als der von beinahe allen polnischen Regierungen seit den frühen neunziger Jahren praktizierte Ukraine-first-Ansatz, der die geostrategische Verwestlichung der Länder zwischen EU/NATO und Russland priorisierte, verfolgt Polen nun einen ausbalancierten Kurs, der die Vertiefung der Kooperation mit den Ländern Osteuropas und des Südkaukasus mit einer Vitalisierung der Beziehungen zu Russland vereinbaren will. Dieser Gedanke ist in Polen nicht unumstritten, sehen doch Kritiker in dieser Abkehr von einer „ja-

giellonischen“, also dem Erbe der multinationalen polnischen Adelsrepublik verpflichteten Ostpolitik eine gefährliche Vernachlässigung der Ukraine und anderer direkter Nachbarn zugunsten eines Neustarts mit Russland. Vertreter des Regierungslagers weisen diesen Vorwurf zurück. Außenminister Sikorski erklärte, Polen werde auch künftig die Zusammenarbeit mit der Ukraine und anderen osteuropäischen Staaten weiterentwickeln, dies solle jedoch parallel verlaufen zum Aufbau einer neuen, dem Geist der Versöhnung folgenden Partnerschaft mit Moskau.

Russland wiederum ist offensichtlich zu dem Schluss gekommen, dass seine traditionelle Strategie, die auf die Isolierung Warschaws in der EU abzielte, nicht mehr greift. Schon das Veto der Regierung Kaczyński war hier eine Wegmarke, denn Deutschland, das im ersten Halbjahr 2007, also unmittelbar nach der Lahmlegung der EU-Russland-Beziehungen, den EU-Ratsvorsitz ausübte, solidarisierte sich mit Polen. Generell ist ein steigendes Interesse Russlands an einer engeren Kooperation mit der EU zu beobachten. Nicht zuletzt die internationale Finanzkrise, von der Russland stark getroffen wurde, und die von der russischen Führung ausgegebenen Modernisierungspläne haben die Attraktivität der EU wieder erhöht.

Zu diesen veränderten Einschätzungen und Zielsystemen traten gewandelte Rahmenbedingungen der internationalen Politik. Zuvorderst ist hierbei der „frische Wind“ in den amerikanisch-russischen Beziehungen zu nennen. Die Obama-Administration ist von einer offensiven Freiheitsagenda im nachsowjetischen Raum abgerückt und sieht in Russ-

land einen vorrangigen Partner bei der Lösung wichtiger Probleme der internationalen Politik. Dementsprechend hat man Projekte aufgegeben, die in der Vergangenheit auch Zündstoff für

Zu einer Entspannung mit Russland trägt auch eine gewisse Abkühlung der polnisch-ukrainischen Beziehungen bei.

die polnisch-russischen Beziehungen boten, etwa die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens oder die Raketenabwehr in ihrer ursprünglich geplanten Variante. Überdies hat sich Polens Verhältnis zur Ukraine in den letzten Jahren verändert. Die Enttäuschung über die ukrainischen Eliten – sowohl aus dem „orangenen“, prowestlichen, als auch dem „blauen“, russlandfreundlichen Lager – reifte in Polen zu einer veritablen Ukraine-Ermüdung.

Aufarbeitung, Dialog, Versöhnung

Vor diesem Hintergrund hat sich zwischen Polen und Russland in den vergangenen zwei bis drei Jahren eine bis dahin kaum für möglich gehaltene Atmosphäre des Dialogs und der Konfliktvermeidung ergeben. Am beeindruckendsten ist sicherlich der polnisch-russische Austausch zu *historischen Fragen*. Für die polnische Öffentlichkeit waren hierbei die Symbolakte und Botschaften, die von der russischen Führung ausgingen, von erstrangiger Bedeutung. Dass Russlands Regierungschef Putin am Vorabend seines Besuchs auf der Westerplatte bei Danzig im September 2009 in einem offenen „Brief an die Polen“ den Ribbentrop-Molotow-Pakt verurteilte und als unmoralisch bezeichnete und dass er in diesem Zusammenhang in seiner Rede die deutsch-sowjetische Vereinbarung als „Fehler seines Landes“ anerkannte, wurde in Polen zumeist mit großer Wertschätzung aufgenommen – Stimmen etwa aus dem Präsidenten- bzw. Oppositionslager, denen die russische Selbstkritik nicht weit genug ging, blieben in der Minderheit.

Ein ähnlicher Leuchtturm der Versöhnung sollte die am 7. April 2010 in Katyn abgehaltene gemeinsame *Gedenkveranstaltung* Putins mit seinem polnischen Gegenüber Tusk werden. Beide Seiten waren sich bewusst, dass ohne eine klare, auf der historischen Wahrheit basierende russische Positionierung zum Massaker von Katyn kein nachhaltiger Aussöhnungsprozess initiiert werden konnte. Genau dieses hatte auch der Sejm, die erste Kammer des polnischen Parlaments, in einem Ende September 2009 gefassten Beschluss zum Angriff sowjetischer Truppen auf Polen am 17. September 1939 gefordert. Die gemeinsame Zeremonie der beiden Ministerpräsidenten 70 Jahre nach den von Stalin angeordneten Morden war daher an sich bereits ein immenser Erfolg. Unmittelbar danach schloss sich die Tragödie von Smolensk an – und mit ihr eine seit Generationen nicht mehr da gewesene emotionale Gemeinsamkeit von Polen und Russen. Die spontane Umarmung Donald Tusks durch Wladimir Putin an der Unglücksstätte oder die zahlreichen Beileidsbekundungen russischer Bürger zeigten in Polen erstmals ein mitfühlendes, menschliches Antlitz nicht nur der russischen Gesellschaft, sondern auch der russischen Führung.

Gerade „Katyn“ zeigt aber auch, wie fragil der neue Annäherungsprozess ist. Vielfach wird in Polen moniert, dass Moskau nicht gänzlich kooperativ sei. Die *Federacja Rodzin Katyńskich*, ein Verband von Angehörigen der in Katyn Ermordeten, geht vor dem Europäischen

Menschengerichtshof in Straßburg gegen die russische Regierung vor, da sie vollständigen Zugang zu allen im Zusammenhang mit dem Verbrechen stehenden Ermittlungsunterlagen sowie die Rehabilitierung der Opfer verlangt. Obwohl Polens Präsident Bronisław Komorowski im Sommer 2010 67 Aktenbände erhielt und weitere 20 Bände im Herbst folgten, lehnte Moskau im November 2010 die vollumfängliche Transparenz etwa bei der Aufhellung des Schicksals aller Ermordeten ab. Gegenüber Straßburg wird u. a. argumentiert, dass es sich bei Katyn nur um „gewöhnliche Verbrechen“ gehandelt habe, die schon verjährt seien. Es sind wohl derlei Stockungen, auf die die beiden Kovorsitzenden der mit einer gemeinsamen Aufarbeitung der schwierigen historischen Überhänge befassten polnisch-russischen „Gruppe für schwierige Angelegenheiten“, Adam Rotfeld und Anatolij Torkunow, hinweisen, wenn sie bei der Anerkennung des Erreichten vom „Konservatismus und der Trägheit von Teilen der Administration“ oder von „tief verwurzelten Stereotypen in beiden Gesellschaften“ schreiben.

Von der Verständigung zur Kooperation

Die politisch Verantwortlichen in Polen sind sich dessen bewusst, dass die polnisch-russische Annäherung ein zartes Pflänzchen ist. Nicht zuletzt das Fehlen eines innerpolnischen Konsenses stellt ein besonderes Risiko dar. Die jetzige Opposition um Jarosław Kaczyński, den Zwilingsbruder des am 10. April 2010 umgekommenen Staatspräsidenten, fordert eine härtere Gangart gegenüber Russland und hat die Katastrophe von Smolensk bzw. die Aufklärung der Unglücksursachen zu einer Priorität in ihrer Auseinandersetzung mit dem im Sommer gewählten neuen Staatsoberhaupt Komorowski und Regierungschef Tusk gemacht. Die auch von der Regierungsseite als schleppend beschriebene Zusammenarbeit mit den russischen Ermittlungsbehörden kann rasch zu einem Hemmschuh für das polnisch-russische Miteinander werden. Ebenso kann der Dialog zu historischen Fragen leicht wieder abrutschen, beispielsweise wenn das konstruktive *politische* Gespräch zu Themen wie Katyn eine stärkere *rechtliche* Komponente bekommt.

Polens Regierung will daher die neue Qualität in den Beziehungen zu Russland festigen, indem die gegenseitigen Verflechtungen auch in Bereichen jenseits des Verständigungsprozesses ausgebaut werden. Vorrang haben hierbei offensichtlich die *Wirtschaftskontakte*. Polen möchte sein Handelsbilanzdefizit durch den Ausbau seiner Exporte nach Russ-

land reduzieren. Insbesondere möchten beide Seiten die Kooperation im Energiesektor vertiefen. Im Herbst 2010 haben beide Seiten nach langem Ringen einen neuen Vertrag über die Ausweitung von Gaslieferungen nach Polen geschlossen. Ein weiteres Kooperationsfeld stellt das Kaliningrader Gebiet dar. Warschau und Moskau haben vorgeschlagen, die Zusammenarbeit der russischen Enklave mit benachbarten Gebieten durch ein großzügiges Modell des kleinen Grenzverkehrs zu erleichtern, der sich auf die gesamte Region Kaliningrad beziehen würde.

Die Entwicklung des Kaliningrader Gebietes liegt in beiderseitigem Interesse.

Ebenso wichtig wie der bilaterale Aspekt ist jedoch der *europa- und sicherheitspolitische Rahmen* der Beziehungen Polens zu Russland. Polen hat in der EU deutlich gemacht, dass es die Idee einer europäisch-russischen Modernisierungspartnerschaft unterstützt und Liberalisierungen im Visumsregime gegenüber Russland möchte. Im Kontext der NATO ging Polens Außenminister sogar soweit, über eine hypothetische Mitgliedschaft Russlands in der Allianz nachzudenken – der natürlich entsprechende innere Reformen vorausgegangen sein müssten. Natürlich hat Polen seinen Argwohn gegenüber Russland nicht von einem Tag auf den anderen abgelegt. Nach wie vor sind von Russland ausgehende Risiken – und zwar eher neue, „weiche“ Risiken, wie etwa im Bereich der Energiesicherheit, als alte, militärische – elementarer Bestandteil der polnischen Bedrohungsanalyse.

Die gegenwärtige polnisch-russische Entspannung gehört zu den erstaunlichsten, aber auch wichtigsten Entwicklungen auf dem Schachbrett bilateraler Beziehungen in Europa. Unklarheiten bei der Auslegung des neuen Gasvertrags oder die Rückkehr von militärischen Fragen etwa im Zusammenhang mit der Konkretisierung der neuen Variante der Raketenabwehr können jederzeit wieder zu Spannungen zwischen Warschau und Moskau führen. Dann wird es wichtig sein, dass Polen das Gefühl hat, in einen effektiven euro-atlantischen Sicherheits- und Solidarverbund eingebunden zu sein. Denn wenn man in Warschau zum Schluss kommt, dass man sich bei eventuellen Auseinandersetzungen mit Russland auf die Partner verlassen kann, wird die Reaktion auf vermeintliche oder reale russische Bedrohungen gelassener ausfallen, als dies bisher oft der Fall war.

Russlands Polenpolitik – Chance für (noch) einen Neubeginn?

Dr. Sven C. Singhofen ist Politikwissenschaftler und zur Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften (Politikwissenschaft) der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel tätig.

Die russische Außenpolitik gegenüber Polen war in den beiden letzten Jahrzehnten von erheblichen Schwankungen gekennzeichnet. Phasen einer gewissen Annäherung wechselten sich mit Phasen der Entfremdung ab, die Ursachen dafür sind meist auf außenpolitischer und wirtschaftlicher Ebene zu suchen. Ob die Aufarbeitung der Katastrophe vom April 2010 letztlich zu einer dauerhaften Verbesserung der bilateralen Beziehungen führen wird, muss offen bleiben.

Einleitung – von Neuanfang zu Neuanfang

Die Außenpolitik der Russischen Föderation gegenüber dem Westen war in den letzten Jahren von einer stark ausgeprägten Ambivalenz charakterisiert; einige Beobachter sprechen von einer Hybridität¹. Einerseits waren westliche Staaten wie die USA und die Bundesrepublik Deutschland, bisweilen aber auch Staatenverbünde wie die EU, explizite „strategische Partner“ Russlands, und der mächtigste Nachfolgestaat der

1 Nach Lilija Schewzowa spiegelt die Außenpolitik Russlands unter Wladimir Putin die innere Verfasstheit des Landes als bürokratisch-autoritäres System mit demokratischer Fassade wieder. Die Übertragung dieser Hybridität im Inneren auf das Außenverhalten Russlands insbesondere gegenüber dem Westen lässt sich nach Schewzowa auf die Formel „Wir arbeiten mit euch bei der Lösung internationaler Probleme zusammen, aber bekämpfen euren Einfluss sowohl innerhalb des Landes als auch in dem Raum, den wir als unsere Einflussosphäre ansehen“ verdichten. Vgl. Lilija Schewzowa: Bürokratischer Autoritarismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 11/2006, 13.03.2006, S. 6-13, hier S. 11.

untergegangenen Sowjetunion ließ sich gar auf eine Kooperation mit der NATO, der führenden Sicherheitsallianz des Westens und dem einstigen Gegner, ein. Die wirtschaftliche, politische und zivilgesellschaftliche Kooperation Russlands mit Deutschland oder auch der EU erreichte ein zuvor nicht gekanntes Niveau.²

Andererseits grenzte sich das durch seinen Rohstoffreichtum (scheinbar) gestärkte Russland jedoch überdeutlich gegen den Westen ab, reklamierte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion eine eigene Einflusszone, machte für sich selbst im Zusammenhang damit einen Weltmachtstatus geltend und wehrte jeden Hinweis und jede Aufforderung von westlicher Seite, sich an demokratische Standards zu halten, brüsk ab. Trotz der Zusammenarbeit mit der NATO wurde das westliche Verteidigungsbündnis in Moskau auch nach dem Ende des Kalten Krieges immer wieder als eine Bedrohung gesehen. Präsident Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 war ein besonders deutlicher Ausdruck dieses neuen Selbstbewusstseins in der russischen Außenpolitik. Das Eingreifen Russlands in den heißen militärischen Konflikt zwischen Georgien und seinen abtrünnigen autonomen Gebietseinheiten Abchasien und Südossetien im August 2008 untermauerte schließlich, dass neben dem Anspruch auf die Geltung Russlands als Großmacht in den internationalen Beziehungen auch der politische Wille existierte, diese Ansprüche in der Praxis zumindest im näheren regionalen Umfeld Russlands geltend zu machen und umzusetzen.

Die russische Außenpolitik gegenüber Polen war in den letzten Jahren größtenteils eine Funktion dieses widersprüchlichen Verhältnisses Russlands zum Westen. Zugleich speiste sich das Verhältnis Russlands zu Polen allerdings auch aus den über Jahrhunderte gewachsenen gegenseitigen Vorbehalten und Positionen. Nachdem der ehemalige „Verbündete“ aus Moskauer Sicht die Seiten gewechselt und sich in EU und NATO integriert hatte, belasteten zahlreiche Differenzen wie etwa zum Thema Energie, zum geplanten Raketenabwehrsystem in Polen oder zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU

Zahlreiche Differenzen wie etwa die Ostseepipeline und das geplante Raketenabwehrsystem belasten das russisch-polnische Verhältnis.

² Vgl. Sven C. Singhofen: Strategische Partnerschaft oder neue Konfrontation? Die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen (Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 159/2006).

und Russland das bilaterale Verhältnis. Der Regierungswechsel in Polen unter Donald Tusk, Versuche, das amerikanisch-russische Verhältnis auf eine neue Grundlage zu stellen, und zuletzt die russischen Reaktionen auf das tragische Flugzeugunglück von Smolensk und der Tod des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński am 10. April 2010 boten dann eine Gelegenheit, sich von den festgefahrenen und in Misstrauen erstarrten Positionen zu lösen und aus den eingebildeten Schützengräben herauszukommen.

Dies wirft die Frage auf, inwiefern und in welchem Ausmaß sich die russische Außenpolitik gegenüber Polen tatsächlich gewandelt hat. Kann man – in Analogie zu dem Neustart der amerikanisch-russischen Beziehungen – tatsächlich von einem Neuanfang in den polnisch-russischen Beziehungen sprechen und wenn ja: wie nachhaltig kann dieser sein? Welche Erfolgsaussichten hat ein solcher Neuanfang?

Aussöhnung vor dem Hintergrund der Katastrophe

Vor dem April 2010 hatte es zunächst lange Zeit gar nicht gut ausgesehen. Das Erbe der Sowjetunion stand in mehrfacher Hinsicht zwischen den beiden Ländern. Es bedeutete eine schwere Hinterlassenschaft für die Beziehungen zu Polen, aber auch anderen Staaten in Ostmitteleuropa.

Gewannen die Ostmitteleuropäer, und unter ihnen auch die Polen, mit der Auflösung der Sowjetunion 1991 und der damit verbundenen Emanzipation von der Sowjetvorherrschaft zugleich die Demokratie und ihre nationale Selbstständigkeit zurück, so verlor Russland als größter und wichtigster Nachfolgestaat der Sowjetunion mit den unabhängig gewordenen osteuropäischen Staaten, die bald auch den westlichen Bündnissen zustrebten und in diesen Aufnahme fanden, seine politische, wirtschaftliche und militärische Pufferzone.

Die Außenpolitik des unabhängigen Russland richtete sich in Antwort auf diese Abwendung der ehemaligen „Verbündeten“ stärker auf die GUS, Westeuropa und die USA aus. 1993 kam ein russischer Kommentator zu dem Schluss, dass Ostmitteleuropa nur noch an vierter oder fünfter Stelle der russischen Prioritäten stünde und zu einer „Zone der Kälte und des Misstrauens“ geworden sei.³ Für besonderen Unmut sorgte in Russland die Tatsache, dass die ehemaligen „Verbündeten“

3 Vgl. Johannes Baur: Abkopplung und Entfremdung – Rußland und Ostmitteleuropa. In: osteuropa 51 (2001), H. 4/5, S. 532-539.

einer nach dem anderen Mitglieder in der NATO und später auch der EU wurden und Russland, sobald der sichere Hafen erreicht war, die neu gewonnene Sicherheit und insbesondere das Misstrauen gegenüber dem einstigen Hegemon auch spüren ließen. Russland strafte diese Länder dafür mit Desinteresse, und die Streitigkeiten um die NATO-Osterweiterung trug Russland mehr mit dem Bündnis und den darin führenden Nationen als den Osteuropäern aus. Russland fühlte sich vor allem in seiner Interessenssphäre und in seinem Status als Großmacht zurückgesetzt. Auf eine Stufe mit den Osteuropäern wollte man sich, etwa durch einen Beitritt zur NATO, dann aber auch nicht begeben. Russland war und blieb, nach einem kurzen Intermezzo unter Andrej Kosyrew, in der Selbstwahrnehmung der übergroßen Mehrheit der politischen Eliten eine Großmacht und bestätigte damit auch genau die Vorbehalte und historisch begründeten Ängste, die es eigentlich hätte entkräften müssen, um auch mit Polen einen konstruktiven außenpolitischen Neuanfang zu gestalten.

Wirtschaftlich und gesellschaftlich ging man ohnehin getrennte Wege. Polen schuf durch tiefgreifende politische und wirtschaftliche Reformen die Basis für einen wirtschaftlichen Aufschwung, während Russland sich nicht von althergebrachten autoritären Mustern in der Politik lösen konnte und auch wirtschaftlich keinen wirklichen Neuanfang hinlegte. Die Reformzeit unter Jelzin wurde wenige Jahre später von der Bevölkerung als eine verlorene Zeit gesehen. Demokratie wurde in Russland zu einem Schimpfwort.

Während Polen sich wirtschaftlich immer mehr auf den Westen und insbesondere die EU ausrichtete, gelang es Russland nur sehr begrenzt, sich in die Weltwirtschaft einzugliedern. Die einzig konkurrenzfähigen Güter, die Russland für den Export anzubieten hatte, waren seine Rohstoffe. So überrascht es nicht, dass die beiden Länder sich wirtschaftlich weitgehend voneinander abkoppelten. Die Ausnahme blieb der Energiesektor.

Zu den wirtschaftlichen und politischen kamen atmosphärische Störungen hinzu, als 1993 bei den Dumawahlen antiwestliche und nationalistische Stimmen ein deutlich größeres Gewicht in der Duma erhielten als zuvor für möglich gehalten. Polen orientierte sich angesichts solcher Stimmen nur umso klarer auf die NATO und wandte sich von Russland ab. Auch der Machtwechsel in Polen 1994 von Präsident Wałęsa zu Präsident Kwaśniewski brachte hier keine Verbesserungen. In den Folgejahren änderte sich an dieser Situation kaum etwas, sodass sich

der Bedeutungsverlust, den Polen für die russische Außenpolitik erlitten hatte, auch in der Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation aus dem Juli 2000 widerspiegelte. Den zentralen Stellenwert der russischen Europapolitik nahmen die OSZE und die EU als wichtigster Handelspartner ein. Die Beziehungen zu Ostmitteleuropa wurden hingegen verklausuliert als krisengebeutelt bezeichnet.

Zwischen 2000 und 2005 unterhielten Russland und Polen recht intensive politische Beziehungen zueinander. Der russische Präsident Wladimir Putin und sein polnischer Kollege Aleksander Kwaśniewski trafen sich insgesamt zehn Mal. Zwischen den Regierungschefs und den Außenministern sowie den Parlamenten bestanden regelmäßige Kontakte. Ebenso gab es ein zweiseitiges Komitee zur russisch-polnischen Zusammenarbeit. Nach 2005 gingen die Intensität und das Niveau der politischen Kontakte deutlich zurück. Unter der national-konservativen Regierung in Warschau und der von ihr verfolgten antirussischen Politik kam es zu einer Blockade der Beziehungen. Russland reagierte auf die Schritte Warschaus mit Verhinderungsinitiativen, dem Versuch einer Isolierung Polens in der EU, Machtgesten und größtenteils wirtschaftlichen Bestrafungsmaßnahmen⁴

Die Streitthemen waren weit gestreut: Energie (Ostseepipeline), NATO-Osterweiterung (NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine), Verhandlungen um das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen Russlands mit der EU, Demokratisierung („Orangene Revolution“ in der Ukraine) sowie das Raketenabwehrprogramm der Polen in Kooperation mit den USA. Das letztgenannte Projekt hatte aus russischer Sicht mit Sicherheit eine große Bedeutung. Erst die liberal-konservative Regierung unter Donald Tusk leitete einen Neuanfang der polnisch-russischen Beziehungen ein und verhielt sich gegenüber Russland pragmatischer. Schon in seiner Regierungserklärung kündigte Tusk an, dass er einen Dialog führen wolle mit „Russland, wie dies eben sei“. Kurze Zeit später hob Moskau das Einfuhrverbot für Fleisch aus Polen auf, das 2005 verhängt worden war und die bilateralen Beziehungen besonders belastet hatte.

4 Exemplarisch für die neue Situation war nach Kai-Olaf Lang der polnisch-russische „Fleischkonflikt“, bei dem Russland ein Embargo gegen die Einfuhr von Fleischlieferungen über Polen verhängte. Danach blockierte Warschau die Verhandlungen um ein Nachfolgeabkommen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und der Russischen Föderation. Vgl. dazu Kai-Olaf Lang: Klimawandel oder Zwischenhoch? Die neue Sachlichkeit in den polnisch-russischen Beziehungen. In: Polen-Analysen, Nr. 73, 06.07.2010, S. 2-9.

Die aktuelle Verbesserung der russisch-polnischen Beziehungen steht jedoch vor allem im Zusammenhang mit dem tragischen Flugzeugunglück in Smolensk im April 2010, bei dem der polnische Präsident Lech Kaczyński, seine Frau und mit ihm ein Großteil der politischen und gesellschaftlichen Eliten Polens ums Leben kamen. Die Reaktionen der russischen Seite auf das Unglück wurden in Polen sehr positiv aufgenommen und führten zu einer spürbaren Verbesserung der Beziehungen vor allem in atmosphärischer Hinsicht. So konnte sich Putin durch die Umarmung von Donald Tusk, während dieser einen Kranz an der Unglücksstelle niederlegte, von einer menschlichen Seite zeigen, die ihm zuvor in Polen niemand zugetraut hätte. Auch die Tatsache, dass Putin

Im Zusammenhang mit dem tragischen Flugzeugunglück im April 2010 kam es zu einer Verbesserung der polnisch-russischen Beziehungen.

solange an der Unglücksstelle in Smolensk blieb, bis der Sarg mit dem Leichnam des polnischen Präsidenten nach Warschau abtransportiert worden war, hatte eine starke Aussagekraft. Zudem wurde im russischen Staatsfernsehen nur einen Tag nach der Flugzeugkatastrophe der Film „Katyn“ von Andrzej Wajda ausgestrahlt. Voller Dankbarkeit und Genugtuung registrierten die Polen auch, dass viele Russen mit ihnen trauerten. Der russische Präsident Medwedjew sprach dem polnischen Volk noch am Unglückstag sein aufrichtiges Beileid aus und sicherte zu, dass die russische Seite bei der Aufklärung der Unglücksursache gemeinsamen mit der polnischen Seite vorgehen wolle.⁵

Diese momentane und vor allem emotionale Verbesserung der Beziehungen hat sich auf russischer Seite auch in den Wochen und Monaten nach dem Flugzeugunglück fortgesetzt. So bezeichnete Präsident Medwedjew die Entwicklung der russisch-polnischen Beziehungen im Juli 2010 als eine vorrangige Richtung der russischen Außenpolitik und bekräftigte die Bereitschaft, mit dem neu gewählten polnischen Präsidenten Komorowski zu kooperieren, um die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auszubauen. Im September 2010 nahm der russische Außenminister Lawrow auf Einladung seines polnischen Kollegen Sikorski erstmals in der Geschichte der beiden Länder an einer Beratung der polnischen Botschafter teil. Ebenfalls im September 2010 besuchte auch der russische Generalstabschef Nikolaj Makarow Polen und nahm

5 Vgl. dazu Reinhold Vetter: Euphorie und Ernüchterung. Polens Russlandpolitik vor und nach Smolensk. In: osteuropa 60 (2010), H. 9, S. 17-35.

dabei an einer gemeinsamen Sitzung der Auswärtigen Ausschüsse der Parlamente beider Länder teil.

Möglichkeiten und Grenzen eines Neuanfangs

Die Frage, wie nachhaltig der begonnene Neuanfang der russischen Polenpolitik und der Beziehungen zwischen den beiden Staaten einzuschätzen ist, zielt auf das veränderte Konfliktpotenzial zwischen beiden Staaten. Hierbei geht es im Wesentlichen um drei Konfliktfelder bzw. Themen:

- die Neuordnung Europas und des postsowjetischen Raums (Außen- und Sicherheitspolitik),
- die Energiepolitik sowie
- die Aufarbeitung strittiger Themen aus der Vergangenheit.

In einigen Punkten ist dabei eine Abnahme des Konfliktpotenzials festzustellen. So lösen sich einige bis vor kurzem existierende Probleme ohnehin allmählich auf. Hierzu zählt die neue Situation in der Ukraine, wo nach den letzten Präsidentschaftswahlen und dem Erfolg des russlandfreundlichen Kandidaten Janukowitsch ein Kurswechsel zugunsten Moskaus stattgefunden hat. Das Thema des NATO-Beitritts der Ukraine ist damit bis auf Weiteres von der Agenda und belastet die Beziehungen nicht. Im Übrigen ist auch der NATO-Beitritt Georgiens momentan nicht aktuell. Ebenso ist das Problem des amerikanisch-polnischen Raketenabwehrprogramms durch das Angebot seitens der NATO an Russland, an diesem Programm teilzunehmen, ganz wesentlich entschärft worden.

Dies darf allerdings nicht über nach wie vor bestehende Interessensunterschiede und Differenzen zwischen den beiden Staaten hinwegtäuschen. So gehören die Ostseepipeline oder das in Polen umstrittene Abkommen zwischen dem polnischen Gasversorger PGNiG und Gazprom zu den nach wie vor strittigen Themen. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik bestehen polnische Befürchtungen hinsichtlich der russischen Außen- und Sicherheitspolitik fort. So wurden russisch-belarussische Manöver in Polen mit Sorge gesehen. Das Land hält darüber hinaus an dem Ziel fest, über die Stationierung militärischer Hardware, aber vor allem auch von Truppen aus den USA eine feste Sicherheitsgarantie gegenüber Russland zu bekommen.

Zudem gilt es auch, externe wie innenpolitische Faktoren in den Blick zu nehmen. Zum einen wird es für die Politik Russlands gegenüber Polen

mit Sicherheit von Bedeutung sein, inwiefern der Versuch eines Neuanfangs in den amerikanisch-russischen Beziehungen von Erfolg gekrönt sein wird. Zum anderen gilt es nicht aus dem Blick zu verlieren, dass in Russland 2012 bereits wieder Präsidentschaftswahlen anstehen. Im Zuge dieser wichtigen personal- und machtpolitischen Entscheidung in Russland ist nicht gänzlich auszuschließen, dass es im Vorfeld zu außenpolitischen Profilierungen kommt, die sich negativ für den Neustart in der russischen Polenpolitik auswirken könnten.

Fazit

Insgesamt dürfen die Änderung der russischen Polenpolitik und ihre Auswirkung auf die polnisch-russischen Beziehungen nach dem Flugzeugunglück in Smolensk nicht zu der Schlussfolgerung führen, dass sich in der russischen Polenpolitik ein fundamentaler Wandel eingestellt hat. Phasen einer Hinwendung zum westlichen Nachbarn hat es auch zuvor gegeben. Russland wird in seiner Polenpolitik aufgrund seiner inneren Verfasstheit und seines Anspruchs auf Weltmachtstatus auf absehbare Zeit ein bisweilen unbequemer Partner bleiben. Ebenso ist anzunehmen, dass sich trotz der atmosphärischen Verbesserungen in den Beziehungen nicht alle Interessenunterschiede in Luft auflösen werden. Russland wird in seiner Außenpolitik auch weiterhin Ziele verfolgen, die mit denen der polnischen Außenpolitik nicht immer leicht zu vereinbaren sein werden. Strategische Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in Fragen der Energieversorgung werden auch weiterhin Bestand haben.

Allerdings kann insofern durchaus zumindest von einem mittelfristigen Neuansatz in der russischen Haltung

gegenüber Polen ausgegangen werden, als zumindest einige der Stolpersteine aus der jüngeren Vergangenheit aus dem Weg geräumt oder auf dem Weg einer endgültigen Beilegung zu sein scheinen. Russland hat zudem seine Politik einer Isolierung Warschaws in der EU aufgegeben und setzt nun umgekehrt auf Polen als ein wichtiges Land in der EU. Wie lange dieser Neuansatz trägt, muss jedoch vorerst offen bleiben.

Trotz der atmosphärischen Verbesserungen in den Beziehungen werden sich nicht alle Interessensunterschiede in Luft auflösen.

Polen im internationalen Kontext

Janusz A. Majcherek ist Professor am Institut für Philosophie und Soziologie der Krakauer Pädagogischen Universität. Seit 1989 schreibt er für die polnische Presse Kommentare und Analysen zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.

Polen ist ein Land mit vielen Nachbarn, mit denen es eine spannungsreiche Geschichte verbindet. Die Einstellung zu diesen Ländern hat sich gerade in den letzten Jahren verändert, worüber der Beitrag anhand von statistischem Material informiert.

Wenn man viele nicht unbedingt wohlmeinende und friedliebende Nachbarn hat, darunter einige weitaus stärkere, gleichzeitig aber relativ wenige natürliche Grenzen, die einen von ihnen trennen und das eigene Territorium markieren, so gibt es guten Grund, diesen Nachbarn gegenüber misstrauisch zu sein. Diese Ängste sind umso berechtigter, wenn sie sich schon einmal bewahrheitet haben. Im Fall der Polen und ihres Staats trat genau das ein. Am Ende des 18. Jahrhunderts hatten sich die drei Nachbarmächte Russland, Preußen und Österreich verbündet und beschlossen, Polen zu beseitigen, um alle seine Ressourcen, vor allem die territorialen, untereinander aufzuteilen. Die so genannten Teilungen, die ihr Vaterland für weit mehr als ein Jahrhundert von der Landkarte Europas tilgten, sind bis heute ein schmerzlicher Stachel im historischen Bewusstsein der Polen und geben immer noch Anlass für Ängste vor den benachbarten Staaten, zumal es 1939 einen Rückfall gab, als aufgrund des geheimen Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt Polen vom Dritten Reich und von der Sowjetunion erneut geteilt und ausgeplündert wurde.

Die geographische Lage Polens als historische Belastung

Die Lage zwischen *Deutschland* und *Russland*, also zwei mächtigeren und in der Vergangenheit oft gemeinsam gegen Polen handelnden Nach-

barn, ist für die Polen ein steter Gegenstand geopolitischer Erörterungen ihrer Situation. Das Schicksal hat es so gewollt, dass gerade diese beiden bedeutendsten Nachbarn Polens und einstigen Teilungsmächte durch keinerlei natürliche Barrieren von Polen abgegrenzt sind. Die ausgedehnten Ebenen, in denen das Land liegt, bilden ein hervorragendes Aufmarschgebiet. Armeen der unterschiedlichsten Länder haben sich in den letzten Jahrhunderten oft durch diese Gebiete bewegt, ungezählte Schlachten geschlagen und Gewalttaten verübt, wie sie dabei an der Tagesordnung sind. Die ihnen folgenden Besatzungen führten ebenfalls oft zu Zerstörungen an der polnischen Kultur, gelegentlich gar zu organisierten und methodischen Versuchen, sie zu vernichten. Kaum jemand au-

Angesichts der historischen Erfahrungen mit den unmittelbaren Nachbarn haben die Polen traditionell größere Sympathien für ferner liegende Nationen.

ßerhalb Polens weiß noch, dass die Vorfahren der heute so friedlich und pazifistisch eingestellten *Schweden* im 17. Jahrhundert in Polen einfielen (was die Polen die „schwedische Sintflut“ nannten). Die von den Schweden verübten Plünderungen und Verwüstungen sollten erst von den Exzessen der Nationalsozialisten in den Schatten gestellt werden.

Es ist nicht verwunderlich, dass die mit derartigen historischen Erfahrungen und Erinnerungen behafteten Polen ihren Nachbarn gegenüber ängstlich und misstrauisch sind (auch wenn diese Erinnerungen von patriotischen, oft fremdenfeindlich eingestellten Politikern gelegentlich allzu bemüht am Leben erhalten werden). Angesichts dessen ist es auch nicht überraschend, dass sie gegenüber weiter von ihnen weg gelegenen Nationen und Staaten viel größere Sympathie an den Tag legen. Aufgrund der großen Entfernung war die Wahrscheinlichkeit von Konflikten gering. Außerdem spielten historische Gründe eine Rolle, etwa im Fall der *USA*. Mehr oder weniger zur selben Zeit, als Polen im 18. Jahrhundert von der europäischen Landkarte verschwand, entstanden auf der anderen Seite der Erde die Vereinigten Staaten von Amerika. Es wundert kaum, dass der Freiheits- und Unabhängigkeitskampf der Amerikaner von den Polen mit Sympathie verfolgt wurde, ja sie wurden sogar zu aktiven Verbündeten und Teilnehmern (von den vielen Menschen, die in den amerikanischen Unabhängigkeitskriegen kämpften, hielten Kazimierz Pułaski und Tadeusz Kościuszko Einzug in das Pantheon der bis heute geschätzten und gerühmten Helden). Jedes polnische Schulkind lernt zudem, dass der amerikanische Präsident Woodrow Wilson 1917 die Wiederherstellung der polnischen Unabhängigkeit als eines der US-

Kriegsziele des Ersten Weltkriegs bezeichnete und später in seinen Vorschlag für einen Friedensvertrag aufnahm. Während des Zweiten Weltkriegs setzten die Polen ihre Hoffnung auf den Kriegseintritt und Erfolg der USA; nach dem Einmarsch der Roten Armee und dem Beginn der sowjetischen Besatzung verkörperten die USA die Hoffnung darauf, dass Polen dereinst wieder frei werden würde.

Doch Amerika ist weit, und die Vereinigten Staaten konnten trotz ihrer globalen Supermacht-Politik keinen direkten Einfluss auf das Schicksal der Polen nehmen. Die Sympathie für Amerika war somit zwar groß, doch unkonkret (zumal nur wenige Polen Amerika aus eigener Anschauung kannten). In der mehr als hundert Jahre währenden Teilungszeit hatten die Polen daher viel konkretere Hoffnungen an *Frankreich* geknüpft. Die auf die Französische Revolution von 1789 folgende, ganz Europa umfassende Kampagne, die Napoleon mit dem Schlagwort des Freiheitskampfes führte, richtete sich hauptsächlich gegen die Teilungsmächte Polens und rief unter den Polen enthusiastische Unterstützung hervor, die sich auch in der massenhaften Beteiligung an den militärischen Unternehmungen des französischen Kaisers ausdrückte; nicht zuletzt finden sich in einem damals entstandenen Lied, das heute polnische Nationalhymne ist, die Zuversicht vermittelnden Worte „Vorbild ist uns Bonaparte, wenn den Sieg wir holen“. Seine Niederlage, vor allem im Krieg gegen Russland, war ein schwerer Rückschlag für die polnischen Bestrebungen. Dennoch verband man in Polen mit Frankreich noch lange die unterschiedlichsten Hoffnungen, Sympathien und positive Assoziationen.

In der Mitte des 19. Jahrhundert, in einer Zeit, die als „Völkerfrühling“ bekannt geworden ist, waren die Polen durch eine ganz besondere Art von Bündnis und Freundschaft mit den *Ungarn* verbunden. Die gemeinsamen Interessen und Bestrebungen der beiden um Gleichberechtigung kämpfenden Völker, deren Feinde bzw. Besatzer teilweise dieselben waren, führten zu einer Annäherung und zu Zusammenarbeit, auch auf militärischem Gebiet, wo z. B. der Pole Józef Bem an der Spitze der ungarischen Aufstandsarmee stand, selbst wenn es tiefe kulturelle Unterschiede gab, ganz zu schweigen von der Sprachbarriere. Auch das spätere Schicksal beider Nationen war miteinander verflochten, insbesondere in der Zeit der kommunistischen Herrschaft und der sowjetischen Dominanz. Die beiderseitigen Zuneigungen haben sich bis heute gehalten.

Die Haltung der Polen zu den verschiedenen angrenzenden Nationen und Staaten ist also das Ergebnis historischer Erfahrungen. Sympathie und Zuneigung empfindet man für weiter entfernte Nationen, mit deren Hilfe man in der Zeit eigener Unterdrückung rechnete oder deren Bemühungen und Kämpfe man in Polen zumindest mit Wohlwollen beobachtete, ganz in Übereinstimmung mit dem Prinzip „die Feinde unserer Feinde sind unsere Freunde“.

Das Verhältnis der polnischen Bevölkerung zu anderen Nationen

Heute stellen sich die Sympathien der Polen zu anderen Völkern folgendermaßen dar:

Tabelle: Veränderungen der Sympathie zu ausgewählten Nationen (in Prozent)

Nation	1999	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
US-Amerikaner	54	50	58	56	45	46	49	44	47	45
Araber	-	-	16	13	11	8	9	12	21	24
Chinesen	19	22	26	22	20	16	18	22	31	29
Deutsche	31	32	38	36	33	34	33	30	38	39
Engländer	45	44	51	49	46	50	50	53	51	50
Franzosen	53	55	51	48	45	43	48	52	49	51
Italiener	53	54	54	53	50	52	52	51	54	52
Japaner	33	33	39	36	32	31	30	34	42	42
Litauer	31	32	38	35	33	34	33	30	38	39
Österreicher	40	37	40	36	31	30	36	36	43	43
Rumänen	13	15	15	15	14	12	16	16	25	26
Russen	17	23	24	22	18	16	22	24	30	34
Schweden	41	44	46	48	42	39	43	44	45	44
Slowaken	34	42	42	43	41	36	44	48	51	51
Spanier	-	-	-	-	47	47	53	49	52	51
Tschechen	44	47	50	50	49	46	52	53	53	53
Ukrainer	16	19	22	19	29	23	23	25	34	34
Ungarn	44	47	48	45	43	39	45	45	48	49
Weißrussen	18	26	26	22	21	18	23	27	34	34

Quelle: Meinungsforschungsinstitut CBOS: Stosunek polaków do innych narodów (Das Verhältnis der Polen zu anderen Nationen). BS/12/2010. Warschau, Januar 2010, S. 3 (obige Tabelle ist eine leichte Kürzung der Vorlage).

Augenscheinlich gehören *Franzosen* und *Ungarn* zu den von den Polen mit Sympathie bedachten Nationen, während *Deutsche*, *Russen* oder *Ukrainer* – also die direkten Nachbarn, denen gegenüber es die größten historischen Ressentiments gibt – nicht in der Lage sind, besonders viel Sympathie hervorzurufen.

Etwas ambivalenter verhält es sich in dieser Abfolge mit der Position der *US-Amerikaner*, die relativ niedrig ist und tendenziell zurückgeht.

Die Einstellung zu den USA hat sich in den letzten Jahren eher verschlechtert.

Wie Vergleiche aus weiteren Umfragen ergeben haben, wird die positive Haltung der Polen zu den Bewohnern der USA kontinuierlich schwächer.

Waren ihnen gegenüber in der Mitte der neunziger Jahre noch fast zwei Drittel der polnischen Staatsbürger positiv eingestellt, so hegte 2009 nur noch knapp die Hälfte (45 Prozent) der Polen entsprechende Gefühle. Das hängt sicherlich mehr mit der amerikanischen Politik zusammen, die die Polen im Großen und Ganzen als enttäuschend empfanden, als mit einer veränderten Sicht der amerikanischen Gesellschaft. Eine Rolle spielt sicherlich auch das Gefühl unerwidelter Liebe: Die Polen meinen, dass sich die Vereinigten Staaten nicht für die Unterstützung und Loyalität der Polen dankbar zeigen, was sich am deutlichsten darin äußert, dass die USA nach wie vor an der Visapflicht für Polen festhalten, offiziell aus administrativen und formalen Gründen. Während sie selbst Sympathie für die Amerikaner empfinden, stoßen die Polen umgekehrt bei den Amerikanern (genauer gesagt: beim amerikanischen Staat) auf engstirnige Reserve und bürokratische Kälte.

Die hohe Stellung der *Spanier* oder *Italiener* auf der Beliebtheitskala der Polen erklärt sich aus dem erwähnten Fehlen historischer Konflikte und aus der Tatsache, dass die bilateralen Beziehungen keine negativen Assoziationen hervorrufen. Überraschend mag hingegen die hohe Position der *Tschechen* sein, da sich die Beziehungen zwischen den beiden Nationen in der Vergangenheit nicht immer positiv gestalteten und es auch heute manchen Grund für Konflikte gibt, zumal die Zuneigung keine gegenseitige ist: Bei den Tschechen rangieren die Polen, wie eine kürzliche Umfrage ergeben hat, erst auf dem achten Platz der Sympathieskala. Diese positive Einstellung zu den Tschechen ist das Ergebnis vieler verschiedener Faktoren. Es beginnt damit, dass tschechische Literatur und tschechischer Film in Polen viele Liebhaber haben, geht weiter mit dem glänzenden Ruf des tschechischen Biers und der Bewunderung

für das zauberhafte Prag und endet beim Respekt für das höhere tschechische Lebensniveau. In diesem Beispiel spiegelt sich jedoch auch eine allgemeine Gesetzmäßigkeit wider, auf die Katarzyna Wądołowska in ihrem Kommentar zu den zitierten CBOS-Umfrageergebnissen hinweist. Die Polen schätzen und ehren Nationen und Staaten höher, die westlich von ihnen liegen, während sie diejenigen, die mehr oder weniger weit östlich von ihnen liegen, in stärkerem Maße ablehnen. Diese Tendenz verstärkt sich von Jahr zu Jahr.

Das Verhältnis der Polen zu den Deutschen

Doch auch andere Daten illustrieren die Veränderungsprozesse bei der Haltung der Polen zu ihren Nachbarn. Das betrifft nicht zuletzt die *Deutschen*. Selbst wenn sie zu den in den Augen der Polen geschätzten Vertretern des Westens gehören, so haben sie doch aus historischen Gründen nie Sympathie erweckt. In den erwähnten Umfrageergebnissen von CBOS zeigt sich allerdings ein langsamer Wandel. Seit Beginn der neunziger Jahre sinkt die Abneigung gegenüber den Deutschen stetig und systematisch. Noch vor zwanzig Jahren erklärte mehr als die Hälfte der Polen ihre Abneigung; heute hingegen sind es nur noch 28 Prozent. In derselben Zeit stieg die Sympathie für die Deutschen von 23 Prozent auf 39 Prozent. Umfragen anderer Institute bestätigen, dass die Einstellung der Polen zu den Deutschen ein immer ausgeglicheneres Niveau erreicht. Anders gesagt: Die Deutschen geben immer weniger zu extremen Gefühlen Anlass, die Abneigung geht erheblich zurück und die Sympathiewerte steigen langsam an. Angesichts der historischen Belastungen und Vorbehalte ist das gar nicht so schlecht.

Gegenüber den Deutschen geht die Abneigung erheblich zurück und die Sympathiewerte steigen langsam an.

Diese Entwicklung vollzieht sich vor dem Hintergrund weiterer Faktoren. So hat sich die Meinung der Polen über Deutschland als Staat, über seine Rolle in den bilateralen Beziehungen und seine Position in der heutigen Welt verbessert. Vor zwanzig Jahren hatten 85 Prozent der Polen Angst vor einer steigenden Bedrohung nach der deutschen Wiedervereinigung. Mehr als die Hälfte der Polen war davon überzeugt, dass die deutsche Wiedervereinigung die Stellung Polens schwächen werde. Jüngste Erhebungen des „Instituts für Öffentliche Angelegenheiten“ (*Instytut Spraw Publicznych*) belegen die radikale Umkehr der Stimmungen und Einschätzungen, zu der es in den

letzten beiden Jahrzehnten gekommen ist. Fast 80 Prozent der Polen schätzen heute das wiedervereinigte Deutschland als vorteilhaft für Europa ein, und nicht weniger als drei Viertel meinen, es sei auch für Polen von Vorteil. 68 Prozent denken, dass dieser Prozess die Stabilität der politischen Lage in Europa verbessert habe; 61 Prozent erkennen einen positiven Einfluss auf die Integration Polens in die EU.

Die deutsche Unterstützung für die polnische EU-Mitgliedschaft ist insofern wichtig, als die Polen diese Mitgliedschaft heute sehr hoch schätzen. Aktuelle Umfrageergebnisse von CBOS lassen erkennen, dass 86 Prozent der Bevölkerung damit zufrieden sind; nur 9 Prozent sind Gegner einer polnischen EU-Mitgliedschaft. Die Polen sind nicht nur eine der *proeuropäischsten Gesellschaften* des Kontinents, sondern sie befürworten auch eine intensivere Integration: 70 Prozent sind für eine stärkere Koordination der EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik. Über die Hälfte hegt Vertrauen zur EU, ein Ergebnis, das von kaum einer inländischen Institution erreicht wird. Diese positive Haltung zur EU hängt mit der bereits erwähnten positiven Haltung zum Westen zusammen, aber auch mit der immer besseren Einstellung gegenüber Deutschland, dem wichtigsten und stärksten Mitgliedsland der EU. Nicht weniger Vertrauen als in die EU setzen die Polen auch in die NATO. Untersuchungen zehn Jahre nach dem NATO-Beitritt Polens haben ergeben, dass die Mitgliedschaft von 80 Prozent der Bevölkerung unterstützt wird.

Insgesamt entwickeln sich die Meinungs- und Sympathiewerte gegenüber anderen Nationen positiv. Wie die CBOS-Umfrageergebnisse zeigen, haben sie sich nur im Fall der USA in den letzten Jahren erheblich verschlechtert; bei Italienern und Franzosen gab es einen geringfügigen Rückgang, doch blieben sie auf den vorderen Plätzen. Die Polen wissen fast alle Nationen, nach denen sie gefragt werden, heute besser zu schätzen. Das belegt ein wachsendes Vertrauen ihnen gegenüber, doch sicherlich auch ein steigendes Selbstwertgefühl, also eine immer geringere Angst vor anderen und der Außenwelt. Die Polen haben ein stärkeres Gefühl von Stabilität und Sicherheit in einer Umgebung immer beliebter werdender Nachbarn.

Aus dem Polnischen übersetzt von Zenona Choderny-Loew.

Russland – Polen: eine schwierige Nachbarschaft

Dr. Irina Scherbakowa, Germanistin und Übersetzerin, ist die Leiterin des Projekts „Allrussischer historischer Schülerwettbewerb“ der Menschenrechtsorganisation „Memorial“.

Im 20. Jahrhundert wurden ungezählte Bürger beider Länder Opfer des stalinistischen Terrors, dessen Aufarbeitung im heutigen Russland nur schleppend in Gang kommt. Ein Blick auf die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts bietet überraschende Beispiele des Miteinanders von Polen und Russen auf kulturellem Gebiet, wodurch das gegenseitige Misstrauen weitgehend abgebaut werden konnten. Neonationalistische Tendenzen in Russland sind jedoch eine stetige Quelle für neue Auseinandersetzungen.

Eine Geschichte voller traumatischer Ereignisse

Keine anderen zwischenstaatlichen Beziehungen in Osteuropa waren so voller Spannung, Misstrauen und Feindlichkeit wie die russisch-polnischen – im Laufe nicht nur des 20. Jahrhunderts, sondern auch lange davor und nun zwanzig Jahre danach. Es wäre im Rahmen dieser kurzen Überlegungen wohl kaum möglich, diese langjährige Geschichte darzustellen, aber es sollte betont werden, dass viele „schwarze Flecken“ in der Geschichte des Stalinismus auch im Zusammenhang mit Polen stehen.

Gemeint ist damit der Große Terror von 1937/38, in dessen Verlauf die so genannten „nationalen“ Operationen mit der „polnischen“ Operation begannen. Mehr als 140.000 Sowjetbürger polnischer Abstammung wurden verhaftet, über 70 Prozent von ihnen erschossen. Seit dieser Zeit saß die Angst, einen polnisch klingenden Namen zu tragen, jahrelang tief in den Menschen.¹ Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939, die

¹ Vgl. zum Hintergrund <http://www.memo.ru/history/polacy/vved/index.htm> (letzter Zugriff: 20.01.2011).

Teilung Polens und die danach folgenden Ereignisse führten zu einem tiefen Riss in den russisch-polnischen Beziehungen, der manchmal unüberwindbar zu sein schien. Im Herbst 1939 bekamen die sowjetischen Schulkinder einen neuen Schulatlas, in dem der östliche Teil Polens als „Zone der sowjetischen Interessen“ gekennzeichnet war.

„Das imperialistische und reaktionäre Polen fand sein historisches Ende“ – so stand es im Kapitel „Polen“ in dem entsprechenden, 1940 erschienenen Band der Großen Sowjetischen Enzyklopädie. In der Realität bedeutete dies für Hunderttausende von Menschen Flucht und Umherirren „zwischen Stalin und Hitler“. Symbolisch wird dies in der Anfangsszene von Andrzej Wajdas Film „Katyn“ dargestellt, wie im September 1939 auf einer Brücke ein Menschenstrom vor den Sowjets von Osten nach Westen flüchtete, und ein weiterer in die umgekehrte Richtung die Rettung vor den Deutschen sucht. Von nun an hing das menschliche Schicksal davon ab, zu welchem Zeitpunkt und wo man sich befand, denn die sowjetischen Behörden fingen sofort mit den Säuberungen und Deportationen aller „feindlichen“ Elementen an, eine Praxis, die später in den besetzten baltischen Staaten fortgesetzt wurde. Die Deutschen wiederum isolierten die Flüchtlinge und begannen mit der Ermordung von Juden.

Mehr als 420.000 polnische Bürger wurden in den folgenden ein- und einhalb Jahren nach Sibirien und nach Kasachstan deportiert. Im Frühjahr 1940 folgte die Erschießung von 20.000 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geratenen polnischen Offizieren in Katyn, Charkow und Mednoje, später bekannt geworden als das Verbrechen von Katyn. „Katyn“

blieb für mehrere Jahrzehnte in jeder Hinsicht ein Ereignis von historischer Bedeutung, nicht nur in der polnischen Erinnerung, sondern auch für Russland, weil es ein Beweis dessen war, was das russische kollektive Be-

wusstsein bis heute nicht wahrnehmen will: dass der Zweite Weltkrieg für die UdSSR in gewissem Sinn schon 1939 begonnen hat, als Stalin mit Hitler Polen teilte und man gemeinsame Militärparaden veranstaltete und Kommissionen bildete.

„Katyn“ bedeutet auch die Erinnerung an den Großen Terror in der Sowjetunion, weil die Erschießung der polnischen Offiziere ohne jegliches juristisches Verfahren erfolgte und damit eine Fortsetzung der Massenrepressalien von 1937/38 war. Polnische Offiziere hatten in den

Bis heute will das russische kollektive Bewusstsein nicht wahrnehmen, dass der Zweite Weltkrieg für die UdSSR schon 1939 begonnen hat.

Augen Stalins und seiner Handlanger keinen Kriegsgefangenenstatus. Demzufolge wurden sie als „unverbesserliche Feinde der Sowjetmacht“ erschossen und waren somit keine Bürger des Staates Polen, der in Stalins Augen aufgehört hatte zu existieren. „Katyn“ ist nicht nur die Erinnerung an Verbrechen der sowjetischen Führung, sondern auch an viele kleine namenlos gebliebene Täter, ohne die die Maschine des Terrors nicht so reibungslos hätte funktionieren können. „Katyn“ steht symbolisch für Jahrzehnte lang andauernde Lügen der sowjetischen Propaganda, die das Verbrechen den Nazis in die Schuhe schieben wollte, nicht zuletzt durch Vernichtung von Zeugen und Geheimhaltung der Dokumente.

Kulturelle Brücken in der Nachkriegszeit

Ein dunkler Schatten lag seit dieser Zeit auf den russisch-polnischen Beziehungen. Auch nach dem Tod von Stalin, in der „Tauwetterzeit“ nach 1956, ist das Verbrechen von Katyn nicht aufgeklärt worden. Gerade an diesem Beispiel wird die Begrenztheit und Halbherzigkeit der antistalinistischen Bemühungen von Chruschtschow deutlich. Diese Verheimlichung zwang polnische Angehörige der Erschossenen oft zum Verschweigen und zur Anpassung. Die Angst, die Wahrheit offen zu sagen, war sehr groß. Dasselbe galt auch für diejenigen, die aus der Verbannung und aus den Lagern in der Sowjetunion nach Polen zurück kamen. Trotz der offiziellen „Brüderlichkeit“ im sozialistischen Lager belastete all das die russisch-polnischen zwischenmenschlichen Beziehungen, ganz davon abgesehen, dass in vielen polnischen Familien schon die Urgroßväter in der russischen Verbannung gewesen waren.

Umso wichtiger war es, dass viele Beziehungen und Verbindungen in dieser Zeit entstanden und gewachsen sind. Dabei spielte die *Kultur* eine große Rolle. Besonders in den Jahren zwischen 1955 und 1980 waren Literatur, Film, Theater und Kunst die sichersten Mittel, mit denen man Brücken über die historischen Abgründe bauen konnte. Die polnische Filmkunst jener Jahre, insbesondere Werke wie „Kanal“ (1956) und „Asche und Diamant“ (1958) von Andrzej Wajda oder die Filme von Krzysztof Zanussi entwickelten sich in den Kreisen der russischen Intellektuellen zu Kultfilmen. Polnische Bücher und Filme stellten die wichtigsten Ereignisse der polnischen Geschichte wie etwa den Warschauer Aufstand von 1944 oder die Tragödie der Kämpfer der Heimatarmee dar. Umgekehrt bildeten russische Literatur und russische Lyrik zwei der

wichtigsten kulturellen Quellen für die polnische Kulturelite. Nicht nur die russische Klassik, wie beispielsweise „Dämonen“ von Dostojewski, beschäftigten Andrzej Wajda jahrelang; auch Gedichte und Lieder moderner russischer Lyriker wie Bulat Okudschawa (1924-1997) und Wladimir Wysotskij wurden in Polen bekannt.

Vor allem entstanden zu dieser Zeit gegenüber Polen ein großes Interesse und sogar ein romantisches Flair seitens der russischen oppositionellen Kulturelite und in den Dissidenten-Kreisen, da Polen zum Sym-

Unter russischen Intellektuellen galt Polen als Symbol eines ungebrochenen Widerstandes, der in einem solchen Ausmaß in Russland nicht denkbar war.

bol eines ungebrochenen Widerstandes wurde, der in einem solchem Ausmaß in Russland nicht denkbar war. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die Ereignisse in Danzig, die Entstehung von Solidarność und die

Rolle der kirchlichen Opposition – all dies verfolgte man in Russland mit großer Spannung. Manche lernten sogar polnisch, um polnische Zeitungen und Zeitschriften lesen zu können, weil man darin mehr über Polen und auch andere Weltereignisse erfahren konnte. Andererseits darf man natürlich nicht vergessen, dass die kommunistische Propaganda ein ganz anderes Bild des sozialistischen Polens zu schaffen versuchte, das auch durch oberflächliche Komödien, Fernsehserien, die Eindrücke touristischer Reisegruppen usw. entstand. Deshalb reagierte man in Russland äußerst gekränkt, als sich in Polen ab Ende der achtziger Jahre offen antirussische Stimmungen zeigten und die Befreiungsrolle der Roten Armee von 1944 nicht mehr akzeptiert wurde.

Neue Wege durch die Perestrojka

Die Wahrheit über Verbrechen des Stalinismus endlich aufzuklären, lautete zu Beginn der Perestrojka eine der wichtigsten Parolen. Somit war es klar, dass die Verbrechen von Katyn endlich aufgedeckt werden mussten. Der erste Schritt in diese Richtung sollte die Veröffentlichung der geheimen Zusatzprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt sein. Dies geschah nach großem Widerstand und Zögern und nur unter dem Druck der Öffentlichkeit der baltischen Staaten und vor allem auch Polens. So hat die Sowjetunion endlich am 13. April 1990 nach 50 Jahren den an polnischen Offizieren begangenen Massenmord durch eine Erklärung der Nachrichtenagentur TASS anerkannt. Etwas später wurde von der Staatsanwaltschaft eine Untersuchungsgruppe gebildet, die eine entspre-

chende Exhumierung anordnete. Anschließend folgten von 1992 bis 1993 weitere offizielle Schritte durch den damaligen Präsidenten Boris Jelzin, u. a. die Veröffentlichung von geheimen Dokumenten, und seine Kranzniederlegung am Denkmal der Opfer von Katyn in Warschau.

Mit der Öffnung der Archive konnte die Gesellschaft „Memorial“ in Moskau ein polnisches Programm entwickeln und tausende Schicksale von verhafteten und deportierten Menschen erschließen. Als Antwort auf die Anträge der Angehörigen wurden entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt.

Enttäuschte Erwartungen und neue Spannungen

Ab dem Jahr 2000 jedoch führten der Richtungswechsel in der russischen Politik und die Mitgliedschaft Polens in der NATO zu immer stärker werdenden Verstimmungen. Vor dem Hintergrund der Versuche, mithilfe der neuen russischen Macht eine neue nationale Identität, die auf alten imperialen Bausteinen gründen sollte, zu schaffen, zeigten sich wieder die nicht bewältigten und nicht wirklich aufgearbeiteten Geister der Vergangenheit. Verstärkt wurde das Misstrauen Moskaus durch Polens Haltung während der „Orangen Revolution“ in der Ukraine.

In diesen Jahren, und besonders nach 2005, verdrängte das russische kollektive Bewusstsein nicht nur die Verbrechen gegenüber polnischen Offizieren, sondern auch die Erinnerung an stalinistische Massenrepräsentationen gegenüber dem eigenen Volk. Mehr noch, die Figur Stalins wurde wieder zum Symbol des starken Staates und der heroischen Vergangenheit. Vor allem wurde der Name Stalins erneut zum Symbol des Sieges im „Großen Vaterländischen Krieg“. Es bildete sich aufs Neue ein Kampffeld zwischen Stalinisten und demokratischen Kräften in Bezug auf das Bild Stalins.

Die Versuche einer Rehabilitierung Stalins führten in den vergangenen Jahren zu neuen Misstönen im russisch-polnischen Verhältnis.

Und wiederum wurde die russisch-polnische Geschichte zum Lackmustest, der diese Veränderungen in Richtung eines wachsenden Neonationalismus zeigte. 2005 wurde in Russland ein neuer Feiertag, der „Tag der nationalen Einheit“, eingeführt. Dazu wurde der 4. November 1612 gewählt, ein absolut künstliches und mythologisiertes Datum – der Tag der Vertreibung der polnischen Truppen aus Moskau während der Wirren nach dem Aussterben des russischen Zarenhauses. Dieser neu

eingeführte Feiertag wurde von fundamentalistischen und antikatholischen Kreisen innerhalb der Russischen Orthodoxen Kirche unterstützt. Charakteristisch ist der 2007 entstandene propagandistische Spielfilm „1612“, der dieses mythische Datum untermauern sollte. Letztlich war das Ganze ein Fehlschlag: Das Datum „4. November 1612“ ist bisher bei den Russen nicht wirklich „angekommen“.

Wesentlich komplizierter und schwieriger sah es jedoch in Bezug auf den Hitler-Stalin-Pakt und Katyn aus. Hier merkte man die Wirkung der alten Propaganda bis hin zu den neuen Mythen und Verdrängungen, denn in den letzten Jahren erschienen mehrere Publikationen mit neuen und alten Fälschungen, wobei man ständig versuchte, die Verbrechen von Katyn wie in der Nachkriegszeit den Deutschen zuzuschreiben. Die Kommunisten argumentierten mit angeblichen Beweisen, wonach die Dokumente und besonders der maßgebliche Beschluss des Politbüros Fälschungen aus der Zeit der Perestroja seien; außerdem kursierten im Internet zahllose antipolnische Verleumdungen. Als Farce offenbarte sich auch der Prozess, den Jewgenij Dschugaschwili, ein Enkel Stalins, gegen die „Nowaja gazeta“ hinsichtlich der Verantwortung Stalins für die Katyn-Verbrechen führte. Stalins Verantwortung sollte als Lüge abgetan werden – der Enkel verlor jedoch diesen absurden Prozess nicht zuletzt dank der von „Memorial“ vorgelegten einschlägigen Dokumente. Dennoch war es ein Pyrrhussieg für die Wahrheit, denn nach 2005 wurde der Zugang zu den Dokumenten und Archivalien immer mehr erschwert. Ein Teil der Katyn-Dokumente, u. a. die Ergebnisse der Untersuchungskommission aus den neunziger Jahren, wurde wieder gesperrt.² Die Staatsanwaltschaft stufte die Unterlagen als „geheim“ ein und verweigerte den Angehörigen der Opfer die Rehabilitierung ihrer Familienmitglieder als Opfer unter dem Vorwand, diese seien nicht politisch verurteilt worden. Die Gesellschaft „Memorial“ hat diesen Beschluss der Staatsanwaltschaft mehrere Male ergebnislos juristisch angefochten. Es scheint wieder einmal eine endlose Geschichte zu werden.

² Vgl. auch <http://www.urokiistorii.ru/current/view/2010/16/katyn-pravo> (letzter Zugriff: 20.01.2011).

Der 10. April 2010 – ein Wendepunkt?

Die Entwicklungen in Europa, die Wirtschaftskrise und die Beziehungen Russlands zur EU ebneten schließlich den Weg zu einer realistischen Politik gegenüber Polen. Dabei wurde wohl auch der russischen Führung endlich klar, dass keine wirkliche Wende denkbar ist, ohne die Geister der Vergangenheit zu vertreiben. Im Frühjahr 2010 folgte die offizielle Einladung an den polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk nach Smolensk anlässlich der gemeinsamen Trauerfeier zum 70. Jahrestag von Katyn. Auch die folgende unglaubliche Tragödie des Flugzeugabsturzes einer polnischen Delegation, an deren Spitze Staatspräsident Lech Kaczyński stand, schien die russische öffentliche Meinung zu ändern. Vor allem waren der Schock und die Gesten des Mitgefühls vieler Russen ein Zeichen dafür. Der bereits oben erwähnte Film „Katyn“ (2007), der zuvor nur von „Memorial“ in einigen wenigen geschlossenen Veranstaltungen gezeigt werden konnte und von Kommunisten und Stalinisten stets angegriffen wurde, wurde nun auf staatlichen Kanälen des russischen Fernsehens gezeigt.

Diese Tendenzen stehen in einem gewissen Zusammenhang mit dem wachsenden Widerstand der russischen Gesellschaft gegen die Versuche, Stalin wieder zu glorifizieren, und passen zu den Aussagen des russischen Präsidenten Medwedjew, in denen er die Massenverbrechen des Stalinismus verurteilt. Zudem folgten einige konkrete Schritte, u. a. die Übergabe einiger Katyn-Dokumente an Polen und ein Beschluss der Duma vom November 2010, der Stalin und seine Handlanger für das Verbrechen gegenüber den polnischen Offizieren verantwortlich machte. All das hätte man sich vor ein paar Jahren kaum vorstellen können.

Natürlich bedeuten diese neuesten Entwicklungen nicht, dass von nun an alles nur in die positive Richtung verlaufen wird. Auch der Kampf um die unter Verschluss befindlichen Archivdokumente ist nach wie vor erfolglos, und auch die Opfer selbst sind noch nicht rehabilitiert. Immerhin ist gerade der erwähnte Parlamentsbeschluss eines der wenigen positiven Beispiele aus Russland dafür, dass weiterhin die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung besteht und eine ernsthafte Aufarbeitung der Vergangenheit möglich sein wird.

Das polnische Katyn-Problem aus russischer Sicht

Marija Rosinskaja ist Redakteurin des kirchlich-wissenschaftlichen Zentrums „Orthodoxe Enzyklopädie“ in Moskau.

Mit Katyn verbindet die russische Bevölkerung erst seit April 2010 eine größere und tragische Geschichte. Unter den Folgen der stalinistischen Herrschaft haben zwar auch die Russen gelitten, jedoch wollen viele nicht zugeben, dass der Stalinismus nicht das Werk nur einer Person gewesen ist. Den Vorwürfen von polnischer Seite, die Verbrechen der Vergangenheit würden nicht angemessen aufgearbeitet, begegnet die russische Seite mit dem Hinweis, auch Polen müsse sich um wunde Punkte in der Geschichte kümmern.

Last der Geschichte

Wenn heute in Russland das Gespräch auf Polen kommt, dann läuft es rasch auf die Erörterung der aktuellen Beziehungen zwischen den beiden Staaten hinaus, obwohl die Geschichte der russisch-polnischen Beziehungen viele Jahrhunderte zählt und daher einen breiten Themenkreis zur Diskussion anbieten könnte – zu kulturellen, ökonomischen, religiösen und anderen Aspekten des Zusammenwirkens. Dabei muss man allerdings einräumen, dass sich der Durchschnittsrusse weder besonders für die Grundlagen der Beziehungen zu Polen noch für den gegenwärtigen Zustand dieses Landes insgesamt interessiert.

Die Mehrheit der Russen stellt sich diesen Staat als eines von vielen Ländern vor, die sich in territorialer Nähe zu Russland befinden, gerät aber sogleich in Verlegenheit, wenn sie die beiderseitigen Beziehungen charakterisieren soll. Schwierigkeiten ergeben sich auch bei der Bitte, etwas über Polen zu erzählen. Am ehesten führt die Aussage dann zu der Feststellung, dass die Polen unsere slawischen Brüder seien, und zu Er-

innerungen an persönliche Begegnungen mit Polen in Drittländern bzw. während einer Transitreise durch Polen im Rahmen einer Europareise. Ungeachtet der schlechten Geschichtskenntnisse der Russen ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass auch die Figur des „falschen Dmitrij“ genannt wird – obwohl hier auch eine Verwirrung darüber möglich ist, was er genau war, Russe oder Pole –, aber das historische Gedächtnis der Russen bewahrt bis heute die traurigen Erinnerungen daran, wie die Polen einstmals mit List versuchten, den russischen Zarenthron zu besetzen.¹ Ebenfalls wissen viele Russen, ohne besondere Kenntnisse über die Einzelheiten zu besitzen, dass Polen mancherlei Forderungen gegenüber Russland hat, die ihnen aber in ihrer Mehrzahl unverständlich sind und infolge ihrer politischen Bedingtheit als unbegründet angesehen werden.

Katyn 2010 und die Frage der Schuld

Pressemitteilungen zufolge sind die Beziehungen zwischen den beiden Staaten wegen der Langsamkeit erschwert, mit der Russland die Frage der Anerkennung bzw. der Nichtanerkennung eigener Schuld an der Erschießung polnischer Offiziere im Wald von Katyn im Jahre 1940 untersucht. Für den Durchschnittsrussen jedoch, der sich mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der polnisch-russischen Beziehungen wenig auskennt, ist die Ursache für die Appelle der polnischen Seite sowie die Glut der Emotionen in der Katyn-Frage häufig unverständlich. Und das beruht nicht nur auf dem in der russischen Gesellschaft mangelnden Interesse an der polnischen Nation, sondern auch auf dem unterschiedlichen Einfluss des historischen Gedächtnisses, wie es sich in der polnischen Gesellschaft durch eine andere Deutung einer Reihe anderer historischer Ereignisse und durch andere politische Motivationen herausgebildet hat.

Erst die zweite Katastrophe von Katyn öffnete vielen Russen die Augen für die wirkliche Bedeutung Katyns.

Gewiss, die Apriltragödie bei Katyn, als bei einer Flugzeugkatastrophe der polnische Präsident Lech Kaczyński mit seiner Ehefrau sowie

¹ Anspielung auf die Zeit innerer Wirren zu Beginn des 17. Jahrhunderts in Russland, in der Polen versuchte, den vakanten Zarenthron mit verschiedenen Prätendenten zu besetzen. Der „falsche Dmitrij“ (deutsch „Demetrius“) – es gab mehrere Thronanwärter dieses Namens – soll der jüngste Sohn Zar Iwans IV. gewesen sein; tatsächlich wurde er 1591 ermordet (Anm. d. Redaktion).

wichtige Repräsentanten der polnischen politischen Elite umkamen, stieß in Russland auf breiteste Resonanz und auf das tiefe Mitgefühl aller Russen. Es ist schwer, Worte zu finden, um die Erschütterung zu beschreiben, die die Russen damals empfanden. Gerade in jenen Tagen wurde auf dem zentralen russischen Fernsehkanal zur besten Sendezeit Andrzej Wajdas Dokumentarfilm „Katyn“ gezeigt, und vielen Russen wurde erst damals bekannt, dass sich am 10. April 2010 tatsächlich eine *zweite* Tragödie von Katyn ereignet hatte. Damals nämlich erfuhren die Russen, dass die polnische Gesellschaft unzufrieden war mit der Behäbigkeit, mit der Russland die Frage der Anerkennung seiner Schuld an der ersten Tragödie von Katyn untersucht. Nachdem sie aber davon Kenntnis erhalten hatten, kamen nur wenige zu der Schlussfolgerung, dass eine Beschleunigung eines solchen Schuldeingeständnisses an der Erschießung der polnischen Offiziere im Wald von Katyn notwendig sei, und sehr wenige stimmten mit der Begründung der polnischen Erwartungen an Russland überein. Die Situation, als im stärksten Nebel, der bei der April-Katastrophe eine tödliche Rolle spielte, das polnische Flugzeug Nr. 1 unter schwierigsten meteorologischen Bedingungen starrsinnig zur Landung ansetzte, ist allegorisch zu der ähnlichen Hartnäckigkeit der polnischen Aufrufe, deren Stichhaltigkeit und Ziele ziemlich stark verschleiert sind. Ungeachtet der Überzeugung, dass meteorologische Bedingungen und ein verhängnisvolles Zusammentreffen von Umständen die Katastrophe des polnischen Präsidentenflugzeuges verursacht haben, verwandelten sich die herzliche Reaktion und das aufrichtige Mitgefühl in der russischen Gesellschaft in Befürchtungen, Russland würde auch eine Schuld an der Flugzeugkatastrophe zugeschrieben werden.

Und dieser Wandel geschah nicht zufällig, denn das allgemeine Verhältnis der Russen zu den Polen ist reichlich kompliziert, und man kann es eher als zwiespältig charakterisieren. Einerseits ist das Fundament internationaler Beziehungen ohnehin ein Wohlwollen, das auf dem Bewusstsein der slawischen Einheit beruht. Zugleich aber ist es offensichtlich, dass beide Völker, ausgehend von der Geschichte, eher zu verschiedenen gegenseitigen feindseligen Bekundungen bereit sind als zu freundschaftlichen. Diese Zwiespältigkeit lässt sich ausschließlich mit dem historischen Gedächtnis über die verschiedenen sowohl freundschaftlichen als auch feindseligen Perioden der russisch-polnischen Wechselbeziehungen motivieren, mit der unterschiedlichen Wahrnehmung der verschiedenen Geschichtsperioden seitens der Polen und der Russen. Eine

wohlwollende Geisteshaltung wird durch das historische Gedächtnis daran bewahrt, dass die Polen lange Zeit unmittelbare Nachbarn der Russen waren und einst sogar zum Russischen Reich gehörten, aber auch durch die Zugehörigkeit der Polen zur slawischen Familie und der linguistischen Verwandtschaft der Sprachen. Man darf nicht den polnischen Einfluss auf die Herausbildung einer russischen aristokratischen Kultur im 19. Jahrhundert vergessen, obwohl über diesen Einfluss selten gesprochen wird. Heute ist Polen kein unmittelbarer Nachbar Russlands mehr, aber die Russen akzeptieren die Polen auch weiterhin als Bruder-volk. Der russische Mangel an Zutrauen zu den Polen wird sowohl durch das historische Gedächtnis als auch durch die zahlreichen, den Russen unverständlichen Beschuldigungen hervorgerufen, die Polen an die russische Adresse richten, darunter auch die Erschießungen von Katyn.

Katyn 1940 und die Frage der Schuld

Was die Schuldanerkennung besonders für die Erschießungen von Katyn betrifft, so wird von einer erdrückenden Mehrheit der Russen die Tragödie bei Katyn mit der Periode des totalitären Regimes assoziiert, mit den grausamen Stalinschen Repressionen und mit dem blutigen Krieg, die mit wenigen Ausnahmen jede Familie in dem aus vielen Nationen bestehenden Russland betreffen. Und darum fühlen sich die meisten Russen weiterhin als Opfer des Stalinregimes und nicht als seine Mitwirkenden. Für die heutigen Russen ist es schwierig, die Schuld der Funktionäre, infolge von deren Befehlen ihre Verwandten massenhaft umkommen und unerträgliche Leiden erduldeten, als die ihre anzuerkennen. Die Russen haben kein Bewusstsein dafür, dass die Stalinzeit nicht nur von Stalin selbst abhing, sondern auch von vielen anderen Sowjetbürgern. Die ganze Schuld an den Ereignissen jener Periode wird voll und ganz dem „Führer des Volkes“ auferlegt. Russland aber ist, obwohl es sich selbst als Rechtsnachfolger der Sowjetunion bezeichnet, so viele Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (der übrigens weiterhin als „Großer Vaterländischer Krieg“ bezeichnet wird) nicht imstande, sich der Verbrechen schuldig zu bekennen, die von der Sowjetunion im Verlauf der Kriegshandlungen begangen worden sind, ganz im Gegensatz zum besiegten Deutschland. Aber dieses war ohne-

Die Russen haben kein Bewusstsein dafür, dass die Stalinzeit und die darin begangenen Verbrechen nicht nur von Stalin selbst abhing, sondern auch von vielen anderen Sowjetbürgern.

hin bezwungen und vollzog ein solches Schuldeingeständnis nicht ohne den Druck der Siegerstaaten.

Vor der Aufführung des Films „Katyn“ von Andrzej Wajda im russischen Fernsehen rief mich ein befreundeter Spanier an, der in Moskau arbeitet, und riet mir nachdrücklich, diesen Film anzusehen. „Du wirst viel Neues über dein Land erfahren“, sagte er. Nachdem ich jedoch den Film gesehen hatte, habe ich, wie viele andere, für mich nichts Neues erfahren. Der Film ist sehr emotional, und diese Emotionalität vermindert die Aufgaben des Films, etwas zu erforschen und Belege vorzulegen. Kein Russe behauptet, dass Katyn keine Tragödie sei. Der Schmerz von Katyn ist den Russen sehr nah und verständlich, weil fast jede russische Familie ihn erfahren hat. Unter dem Einfluss dieses Schmerzes ist es, obwohl in den Archivquellen eindeutige Hinweise und eindeutige Beweise fehlen, für die russische Gesellschaft recht leicht, dem Stalinregime auch das Verbrechen von Katyn zuzuordnen, aber kraft dieses Schmerzes ist es für sie schwierig, die Schuld für die Leiden ihrer Nächsten auf sich zu nehmen.

Aber die Hartnäckigkeit der polnischen Seite und neue Anklagen zwingen dazu, darüber nachzudenken, warum sie das Bekenntnis der russischen Seite so nötig hat und worin dieses seinen Ausdruck finden soll. Früher, im Jahre 1990, erkannte der Präsident der damaligen Sowjetunion, Michail Gorbatschow, die Schuld der sowjetischen Führung an der Tragödie von Katyn an, im Jahre 1993 entschuldigte sich der Präsident Russlands, Boris Jelzin, während eines Besuches in Warschau beim polnischen Volk für die Ermordung von 22.000 Polen, und schließlich nahm die russische Staatsduma am 26. November 2010 eine spezielle Erklärung an, in der sie sich dazu bekannte, die Erschießung sei eine Tat des Stalinregimes gewesen. Nach dieser Periode wurden der polnischen Seite praktisch sämtliche früher als geheim angesehene Dokumente, die mit der Tragödie verbunden waren, übergeben. Polen beharrt jedoch unverändert auf weiteren „Anerkennnissen“ von Seiten Russlands. Gewiss, diese Anerkennniserklärungen wurden auf offizieller Ebene getätigt und waren überaus formal. Die polnische Seite möchte möglicherweise tiefere, von Reue durchdrungene russische Worte zu der gegebenen Situation hören, aber eine erdrückende Zahl von Russen zweifelt bereits jetzt daran, dass irgendwelche neuen „Anerkennnisse“ die polnische Seite beruhigen könnten.

Russische Anfragen an Polen

Bei den Versuchen, historisch gerecht zu verfahren, denkt man in Polen seltsamerweise nicht an das Sterben von 80.000 Rotarmisten in polnischen Internierungslagern unter dem Regime von Piłsudski während des polnisch-sowjetischen Krieges 1919-1921. Die russische Seite erinnert oft an diese Tatsache, die grundlegend archivalisch gesichert ist, weil man sich gut daran erinnert (dieses Faktum wurde während der Sowjetzeit nicht verschwiegen). Aber die polnische Seite weigert sich immer irgendwie, diese Tatsache zu diskutieren, indem sie behauptet, beide Ereignisse hätten nichts miteinander zu tun.

Man erinnert sich in Polen auch nicht an die Befreiung Warschaus durch die Sowjetarmee im Januar 1945. Das ist den Russen noch weniger verständlich, weil Polen periodisch Russland auch die Schuld an einer Reihe anderer historischer Ereignisse gibt, bis hin zu der Anschuldigung, den Zweiten Weltkrieg entfesselt zu haben, und beinahe auch noch an den Teilungen Polens im 18. Jahrhundert.

So ergibt es sich, dass man auf *ein* Tor spielt, wenn unterschiedliche Ansprüche und Appelle an Moskau adressiert werden, es aber umgekehrt keinerlei Zugeständnisse gibt, weil sie offen als unbegründet und nicht notwendig angesehen werden. Die ganze polnische Rhetorik erweckt den Eindruck, der Kalte Krieg sei tatsächlich noch nicht zu Ende und Polen stehe gemeinsam mit Europa einem feindlichen Russland gegenüber, dem Nachfolger der Sowjetunion. Beim Durchschnittsrussen entsteht der Eindruck, dass die Autoren, die Russland zum Umdenken seiner historischen Vergangenheit auffordern, beharrlich nicht die kolossalen Veränderungen sehen wollen, die im Land schon vor sich gegangen sind, und nicht bereit sind, ihre Wahrnehmung Russlands zu ändern. Ungeachtet der wohlwollenden Geisteshaltung im gegenseitigen Verhältnis, wie sie unter einfachen polnischen und russischen Bürgern herrscht, fahren einige polnische politische Funktionäre damit fort, die Katyn-Karte zu spielen, in der Hoffnung, ihre politischen Ambitionen zu befriedigen, anstatt tatsächlich ihren Staat zu festigen und die zwischenstaatlichen Beziehungen zu entwickeln.

Auch auf polnischer Seite gibt es „blinde Flecken“ bei der Aufarbeitung der russisch-polnischen Geschichte.

Aus dem Russischen übersetzt von Dr. Friedemann Kluge.

Soll Polen den Bären umarmen?

Wojciech Soczewica ist seit 2008 Mitarbeiter von Prof. Dr. Władysław Bartoszewski in der Kanzlei des Ministerpräsidenten der Republik Polen und Doktorand an der Kardinal Stefan Wyszyński-Universität in Warschau.

Im polnisch-russischen Verhältnis zeichnet sich trotz aller historischer Belastungen eine Entwicklung hin zu gutnachbarlichen Beziehungen ab. Problemfelder auf außenpolitischer und wirtschaftlicher Ebene können, wenn beide Seiten zu Kompromissen bereit sind, gelöst werden, sodass Polen für die russische Seite zum Partner für eine engere Anbindung an den Westen werden kann. Eine dauerhafte Verbesserung wird aber nur gelingen, wenn sich die Kontakte in der jungen Generation vertiefen.

Die Beziehungen zwischen Polen und Russland sind stark von geschichtlichen Ereignissen geprägt. Weil dies häufig tragische Ereignisse waren, ist die Betrachtung und Beurteilung der Gegenwart ohne emotionalen und manchmal belastenden Charakter durchaus kompliziert. Auch die neueste Geschichte der bilateralen Beziehungen, also die Zeit seit Beginn des Demokratisierungsprozesses in Polen im Jahr 1989, wurde von Problemen begleitet, die ein polnisch-russisches Miteinander aufgrund der Souveränitätsbestrebungen der gesamten Region Mittel- und Osteuropas sowie der Transformation der Sowjetunion und später Russlands nicht reibungslos erscheinen lassen. Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz vom Warschauer Institut für Oststudien weist darauf hin, dass sich die polnisch-russischen Spannungsfelder der vergangenen 20 Jahre folgendermaßen gliedern lassen:

- Abbau russischer Dominanz in Polen und Warschaus Politik gegenüber der EU und der NATO;
- Vorgehensweise beider Länder im Verhältnis zu Staaten Osteuropas;
- gegenseitige Energiepolitik;

- Auslegung gemeinsamer Geschichte.¹

Obwohl das erste Spannungsfeld als „abgearbeitet“ betrachtet werden kann, zumal Polens Mitgliedschaft in EU und NATO die Folge der unabhängigen Außenpolitik ist und nicht hinterfragt wird, lassen sich dennoch manche Maßnahmen Moskaus als Versuch deuten, Macht dort zu demonstrieren, wo sie noch vor zwei Jahrzehnten fast durchaus mit Verständnis wahrgenommen wurde. Zwanzig Jahre später wecken jedoch solche Handlungen unbequeme Erinnerungen und werfen Fragen auf, die aus polnischer Sicht nicht zum gegenwärtigen Europa und seinen Problemen passen. Gemeint sind damit z. B. Russlands Reaktionen auf Gespräche über die Stationierung von Elementen eines Raketenabwehrsystems in Polen und der Tschechischen Republik oder russisch-weißrussische Militärübungen an der polnischen Ostgrenze („Westen 2009“).

Das Verhältnis und die daraus folgende Politik Warschaus gegenüber seinen östlichen Nachbarn besteht seit 1989 aus der so genannten „Zweigleisigkeit“, d. h. dem Bestreben, Unabhängigkeits- und Demokratisierungsprozesse in der Ukraine, Weißrussland und den baltischen Staaten zu unterstützen und gleichzeitig eine bestmögliche Politik gegenüber Russland zu verfolgen. Jerzy Giedroyc, eine Galionsfigur des intellektuellen Emigrantenlebens zur Zeit des Kommunismus, sagte 1994 „(er) verstehe die Abneigung der polnischen Gesellschaft gegenüber allem, was russisch sei, als Reaktion auf ihre vierzigjährige Zwangsfreundschaft, aber eine vernünftige, richtig partnerschaftliche Ostpolitik sei eine geschichtliche Notwendigkeit Polens“². Polen solle mit allen östlichen Nachbarn gute Beziehungen pflegen, also auch mit Russland, ohne dabei zu vergessen, dass eine freie und stabile Ukraine, Weißrussland und die baltischen Staaten zu wichtigen Interessen Warschaus gehören.

Seit 1989 unterstützt Warschau einerseits den Unabhängigkeits- und Demokratisierungsprozesse in der Ukraine, in Weißrussland und den baltischen Staaten und bemüht sich andererseits um die bestmögliche Politik gegenüber Russland.

1 Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz: How far do the borders of the West extend? Russian/ Polish strategic conflicts in the period 1990-2010 (Quelle: <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-report/2010-03-18/how-far-do-borders-west-extend-russianpolish-strategic-conflicts-pe>; letzter Zugriff: 21.11.2010).

2 Vgl. Leopold Unger: Teczeki Giedroycia (Quelle: http://wyborcza.pl/1,75515,8372509,Teczki_Giedroycia.html; letzter Zugriff: 20.11.2010).

Aus demselben Grund werden die milderen Töne, die innerhalb des letzten Jahres von ranghohen russischen Politikern geäußert wurden, mit Aufmerksamkeit und Ernst von Warschau wahrgenommen. Die Ursachen für eine entgegenkommende Politik Moskaus zumindest im Bereich des Deklarativen mögen unterschiedlicher Natur sein und sich auf mehreren Ebenen äußern, angefangen bei der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise, die unter anderem Energieträgerpreise deutlich fallen ließ, was den russischen Paradigmenwechsel und den darauf folgenden „Modernisierungsprozess“ sehr wahrscheinlich zwangsläufig gemacht hat.³ Auch trägt die demographisch-zivilisatorische Lage Russlands, vor allem in Bezug auf die wachsende Rolle Chinas und mögliche Spannungen im Grenzgebiet beider Länder, zur Mäßigung Moskaus in dessen Politik gegenüber dem Westen bei. Auf der Ebene des polnisch-russischen Verhältnisses erwidert Moskau Signale des gegenseitigen Vertrauens und bemüht sich, gemeinsame Lösungen für manche anstehenden Probleme zu suchen. Als hervorragendes Instrument des guten Willens gilt die seit 2008 wieder funktionierende „Polnisch-Russische Gruppe für schwierige Fragen“ (GSF). Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld, dem ehemaligen Außenminister Polens, und Prof. Dr. Anatolij Torkunow, dem Rektor des Moskauer Staatsinstituts für Internationale Beziehungen, werden Kernfragen der bilateralen Beziehungen erörtert und Lösungsvorschläge vorgelegt.

Einen weiteren Grundstein für bessere Beziehungen, vor allem im gesellschaftlichen Bereich, haben die *Russische Orthodoxe Kirche*

(ROK) und die *katholische Kirche Polens* gelegt, die seit vergangenem Jahr einen intensiven Dialog miteinander führen. Die ROK wird in Polen als herausragender institutioneller Partner verstanden, nicht zuletzt wegen

ihrer eindeutigen Einstellung zum Stalinismus, den sie verurteilt; auch ruft sie zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte auf. Als Höhepunkt der bisherigen Annäherung der beiden Kirchen wird der Besuch von Erzbi-

Einen intensiven Dialog führen die Russische Orthodoxe Kirche und die katholische Kirche Polens miteinander, besonders zu gesellschaftlichen Fragen.

3 Vgl. die Ergebnisse des diesjährigen Deutsch-Russischen Forums: „Jahreskonferenz 2010 – Die Ostpolitik der EU: Die Rolle Deutschlands, Polens und Russlands“ (Quelle: <http://www.deutsch-russisches-forum.de/index.php?id=343>; letzter Zugriff: 18.11.2010) und Georges Mink: *La réconciliation polono-russe: vers un changement de paradigme?* (Quelle: www.ifri.org/downloads/pe32010mink.pdf; letzter Zugriff: 18.11.2010).

schof Hilarion, dem Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, im Juni 2010 in Polen gewertet. Ein Vergleich zum polnisch-deutschen Annäherungsprozess, bei dem der Brief polnischer Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder im Jahre 1965 eine fundamentale Rolle spielte, drängt sich verständlicherweise sofort auf. Aus polnischer Sicht ist der Dialog der Kirchen auch deswegen wichtig, weil diese Institutionen bedeutende Bindeglieder zwischen den Gesellschaften darstellen, die im Vergleich zu westeuropäischen Ländern weit konservativer sind. Die Religiosität und deren Verflechtung mit nationaler Tradition sind in diesem Fall eine Chance zur Verständnis- und Vertrauensbildung.

Berücksichtigt man in den bilateralen Kontakten die gemeinsame Geschichte, so tritt ein aus polnischer Perspektive hervorstechendes Problem ans Tageslicht, nämlich das der endgültigen und bedingungslosen Aufklärung des *Verbrechens von Katyn*, wo auf Befehl Stalins 1940 ungefähr 22.000 polnische Offiziere und weitere Gefangene ermordet wurden.⁴ Dabei geht es um moralische Wiedergutmachung, keineswegs um Entschädigungszahlungen, was Angehörige der Katynopfer bereits zu Beginn der Arbeiten der GSF im Jahr 2008 unterstrichen haben.⁵ Wichtige Aussagen von Staatspräsident Medwedjew und Ministerpräsident Putin trugen dazu bei, dass die Faktenlage geklärt und die Verantwortung des stalinistischen Regimes für das Massaker von russischer Seite klar herausgestellt worden ist. Hilfreich war dabei auch die Entscheidung, den Film „Katyn“ von Andrzej Wajda im russischen Fernsehen zu senden. Nach der Flugzeugkatastrophe vom 10. April bei Smolensk wurde der Film von einem der populärsten russischen TV-Sender ausgestrahlt und damit zumindest potenziell einem Publikum von 100 Millionen Zuschauern zugänglich gemacht. Danach ging eine in diesem Ausmaß bis dahin nie gekannte Welle der Solidarität mit Polen durch Russland. Dadurch wurde ein Beitrag zum gegenseitigen Verständnis geleistet.

Im Bereich der *Energiepolitik* wie überhaupt in den *Wirtschaftsbeziehungen* scheinen beide Länder füreinander interessant zu sein. Selbstverständlich ist das kein symmetrisches Verhältnis, sowohl aufgrund der

4 Zu den Ereignissen in Katyn vgl. ausführlich den Beitrag von Christoph Schmidt in vorliegendem Heft.

5 Vgl. Marcin Wojciechowski/Wacław Radziwinowicz: Rehabilitacja dla ofiar Katynia (Quelle: http://wyborcza.pl/1,75477,7959328,Rehabilitacja_dla_ofiar_Katynia.html; letzter Zugriff: 20.11.2010).

auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet vorkommenden Energieträger als auch wegen der Marktgrößen. Wenn man allerdings Polen als Teil der EU sieht, die 60 Prozent aller in Russland vorkommenden Investitionen tätigt, und berücksichtigt, dass über polnisches Territorium der von Russland begehrte Transfer von Technologien und Gütern aus der EU verläuft, dann wird Polen zum wichtigen Teil des Ganzen. Diese Logik ist vor allem für Warschau von großer Bedeutung, denn erstmals seit mehreren Jahrhunderten ist es in der Lage, gemeinsam mit westlichen Ländern auf partnerschaftlicher Basis über Strategien gegenüber Russland nachzudenken und diese auch umzusetzen. Als Teil des Ganzen kann Polen bei der neuen Ausrichtung der Politik der EU und NATO im Verhältnis zu Moskau mitwirken und die Vorteile der unmittelbaren Nachbarschaft auf Augenhöhe nutzen. Die Zeit ist dafür reif, eigene Komplexe abzulegen und souverän vorzugehen. Auf russischer Seite sind in diesem Bereich ebenfalls neue Ansätze bemerkbar. Das noch nicht allzu alte Paradigma, wonach Polen und die baltischen Staaten als „Störenfriede“ betrachtet wurden, die Russlands Weg zu relativ reibungslosen Handelsbeziehungen mit Deutschland, Frankreich oder Italien blockieren, weicht einer Neuumschreibung.

Polen versucht, in einer sich rasch wandelnden Welt Vorteile aus der gegebenen politischen Konstellation zu ziehen und die Verbindungen mit Russland partnerschaftlich zu gestalten. Sergej Lawrow, russischer Chefdiplomat, war bei der Botschafterbesprechung im vergangenen Jahr in Warschau zu Gast. Das ist zwar nur ein Symbol, aber ein wichtiges, denn es dient dem Abbau von Misstrauen. Auch die Teilnahme des russischen Außenministers beim Treffen des „Weimarer Dreiecks“⁶ im Juni 2010 gehörte dazu.

Sollte sich der russische Paradigmenwechsel als glaubwürdig erweisen, dann werden Warschau und Moskau neue Instrumente zur Verwirklichung ihrer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele benötigen. Die GSF hat bereits nachgewiesen, dass das der richtige Weg ist. Die Kultusminister beider Länder haben angekündigt, in Kürze „polnisch-russische Zentren für Dialog und Versöhnung“ gründen zu wollen. Diese Einrichtungen mit Sitz in Warschau und Moskau sollen in

6 Das Weimarer Dreieck (korrekte Bezeichnung „Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit“) bezeichnet ein seit 1991 bestehendes Gesprächsforum zwischen Deutschland, Frankreich und Polen, das seinem Namen nach dem erstmaligen Tagungsort Weimar trägt (Anm. d. Redaktion).

erster Linie im humanitären, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich tätig sein. Der Versuch, den Personenverkehr zwischen Kaliningrad und der EU durch Aufhebung der Visapflicht zu erleichtern, ist ein weiterer Schritt, um auf gesellschaftlicher Basis das tägliche Leben zu erleichtern.

Eine stärkere Verankerung Russlands im Westen liegt im beiderseitigen Interesse. Die erwähnten Prozesse können durchaus zu tieferem Vertrauen führen. Das schließt künftige Differenzen nicht aus, gibt aber zusätzliche Instrumente, diese zu beheben.

Das Verhältnis der Gesellschaften Polens und Russlands zueinander, das heißt der hiesigen und dortigen „Meiers“, steht im Vordergrund der Annäherung. Wir haben gute Erfahrungen, die tief in die Zeit vor 1989

Entscheidend für die künftige Entwicklung ist das Gespräch von Mensch zu Mensch, besonders in der jungen Generation Polens und Russlands.

zurückreichen, als die Menschen privat großes Interesse an dem Kulturleben und der Sprache des Nachbarn hatten. Um auf dieses Verhältnis zurückzugreifen und es zu stärken, ist es unabdingbar, dass Mechanismen der ständigen und auf Zukunft ausgerichteten gesellschaftlichen Vernetzung eingeführt werden; Mechanismen, die zwar auf hoher Ebene initiiert werden, aber künftig weitestgehend unabhängig von politischer Konjunktur für regen und authentischen Austausch sorgen werden. Deshalb sollte der Schwerpunkt auf das gegenseitige Kennenlernen von Jugendlichen gelegt werden. Polen und Deutsche verstehen einander besser, weil in den vergangenen zwanzig Jahren zwei Millionen Jugendliche aus beiden Ländern gemeinsame Projekte verwirklicht haben. Daraus wird wertvolles Kapital geschöpft, welches auch Polen und Russland brauchen. Eine entsprechende mutige Investition muss deshalb getätigt werden. Wenn Jugendliche die Möglichkeit haben werden, sich einander uneingeschränkt zu treffen, werden weder geschichtliche noch wirtschaftspolitische Streitfragen sie daran hindern, miteinander über die gemeinsame Zukunft nachzudenken. Das sollte Priorität haben.

Reale und symbolische Nähe der Kirche zum Staat heute

Ein polnisch-russischer Vergleich

Katharina Ilić promoviert nach ihrem Studium der Slawistik an der Universität St. Gallen zum Thema „Inszenierung von Religion in Bosnien-Herzegowina, Polen und Russland“.

Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) und die katholische Kirche in Polen verstehen sich jeweils als Träger der russischen bzw. polnischen Kultur und als traditionelles Identitätssymbol ihres Landes. Bei genauem Hinsehen lassen sich jedoch markante Unterschiede in der historischen, politischen, ideengeschichtlichen und religiösen Entwicklung feststellen. Ein Vergleich beider Länder führt zu einem besseren Verständnis dieser Problematik.

Einführung

Die Neupositionierung von Religion und Kirche im Staat ist trotz der letzten zwanzig Jahre in vielen postsozialistischen Ländern des so genannten ehemaligen Ostblocks noch nicht abgeschlossen. Dabei ist zu beobachten, dass diejenigen Religionsgemeinschaften, die zahlenmäßig die Mehrheit der jeweiligen Landesbevölkerung darstellen, eine führende symbolische Rolle in der Gesellschaft einnehmen. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher historischer, politischer, ideengeschichtlicher und religiöser Entwicklungen dient ein Vergleich – wie im vorliegenden Fall zwischen Russland und Polen – dem besseren Verständnis dieser Problematik. Welche Unterschiede und welche markanten Parallelen existieren zwischen den beiden Ländern? Sowohl die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) als auch die katholische Kirche in Polen halten sich für bedeutende und territorial legitime Glaubensrepräsentanten.

Sie positionieren sich jeweils als Kern der russischen bzw. polnischen Kultur und als traditionelles Identitätssymbol ihres Landes. Die Selbstrepräsentation beider Kirchen manifestiert sich insbesondere in einer Betonung der symbolischen und tatsächlichen Verortung im Zentrum des Staats. Von hier aus ist es kein großer Schritt mehr, die Bevölkerung für sich zu vereinnahmen. Soziologische Umfragen belegen dies. Die Nähe der Kirche zum Staat und zur Politik zeigt sich sowohl hier als auch da in mannigfaltiger Art und Weise.

Mehrheitsreligion und Religiosität in Polen und Russland – der statistische Befund

Die katholische Kirche in Polen zählt aktuell ca. 96 Prozent der Bewohner des Landes zu ihren Gläubigen.¹ Die Angaben über die Angehörigen der ROK in Russland sind vergleichsweise schwieriger zu erfassen. Denn anders als bei der katholischen Kirche führen weder die Bistümer noch die Diözesen oder Gemeinden der ROK Mitgliederlisten. Daher ist man auf soziologische Umfragen angewiesen. Hier schwanken die Werte jedoch stark. Man schätzt die Zahl der Gläubigen, die zur ROK des Moskauer Patriarchats gehören, auf 50 Prozent bis maximal 75 Prozent der Gesamtbevölkerung. Das staatsnahe russische Meinungsforschungsinstitut VCIOM veröffentlichte im Januar 2010 eine Studie, der zufolge sich ca. 75 Prozent der Bewohner Russlands als russisch-orthodox bezeichnen – eine beträchtliche Quote, wenn man bedenkt, welche Vielzahl an religiösen Gemeinschaften in der Russischen Föderation darüber hinaus existiert. Auch ist zu fragen, inwieweit für den Durchschnittsrussen bei der Frage, ob er sich als russisch-orthodox identifiziert, die nationale und familiäre Tradition sowie die russische, orthodox geprägte Kultur im Allgemeinen ausschlaggebend sind und nicht etwa die tatsächliche Zugehörigkeit zur ROK.² Eine

Große Unsicherheit besteht über die Zahl der Russen, die der Russischen Orthodoxen Kirche angehören.

1 Statistik der katholischen Kirche 2007: www.iskk.ecclesia.org.pl/statystyka_2007.htm (letzter Zugriff: 17.01.2011)

2 Vgl. VCIOM-Studie und kritische Stimmen (ru), wciom.ru/index.php?id=269&uid=9532 (letzter Zugriff: 17.01.2011); „Wieviele Orthodoxe gibt es in Russland?“, wciom.ru/index.php?id=269&uid=13381 (letzter Zugriff: 17.01.2011); außerdem Nadeschda Beljakowa: Religiöses Leben im heutigen Russland – Ideal und Wirklichkeit. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 11 (2010), H. 1, S. 54-63, bes. S. 56-58.

solche Haltung deckt sich auch mit einer ROK-Weisung, der zufolge die russische orthodoxe Kultur auch bei *nicht* orthodox getauften Russen greife.

Vor diesem Hintergrund darf ein wesentlicher Unterschied zwischen Polen und Russland nicht unerwähnt bleiben: Im polnischen Nationalstaat herrschen nahezu monoethnische demographische Verhältnisse. Hingegen erklärt sich die multiethnische Bevölkerung Russlands aus der Natur des gigantischen föderativen Staates heraus: Unter den zahlreichen Ethnien in der Russischen Föderation, dem flächenmäßig größten Staat der Erde, dominieren die Russen mit ca. 80 Prozent. Wesentlich für das Verständnis hierfür ist jedoch die Tatsache, dass in den russischen Volkszählungen die Angabe der Nationalität, die im russischen Pass vermerkt wird, jedem Einzelnen selbst überlassen ist. So kann sich beispielsweise ein muslimischer Tatare als „Russe“ deklarieren, sodass die nationale und konfessionelle Identität separat betrachtet werden – gut für die religiöse Selbstbestimmung, schlecht für den Bedarf an statistisch verlässlichen Werten. In Polen deklariert sich dagegen ein polnischer Bürger, der z. B. Protestant oder Muslim ist, in der Regel als Pole. Wie der Autor der VCIOM-Studie Michail A. Tarusin einräumt, ist somit die nationale Selbstbestimmung der Bürger Russlands im Gegensatz zu Polen stark abhängig von der religiös-historischen Tradition.³

Nichtsdestotrotz ist an den Zahlen für beide Länder unschwer abzulesen, dass es sich um eine zahlenmäßig jeweils dominierende Religionsgemeinschaft handelt, oder anders gesagt, eine Religion der Mehrheit. Nun liegt die Vermutung nahe, dass die Formel „Pole = katholisch“ bzw. „Russe = russisch-orthodox“ leicht zur Anwendung kommen könnte. Dem entspricht das allgemeine religiöse Verhalten der katholischen Polen.⁴ Die Religiosität unter den Orthodoxen in Russland steht dazu im extremen Gegensatz, denn sie ist bei weitem nicht so hoch: Zwar wird kirchlich geheiratet und getauft, der Anteil der tief im Glauben verwurzelten Kirchenmitglieder, die regelmäßig beten oder an einer Liturgie teilnehmen, ist aber weitaus geringer (2010: 17 Prozent).⁵ Somit bleibt

3 wciom.ru/index.php?id=269&uid=13381 (letzter Zugriff: 17.01.2011).

4 Vgl. Janusz Mariański: Macht die Säkularisierung um Polen einen Bogen? In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 8 (2007) H. 1, S. 20-30.

5 Zu Russland vgl. z. B. Alexey D. Krindatch: Religion, Public Life and the State in Putin's Russia. In: Religion in Eastern Europe XXVI (2006) Nr. 2, S. 28-76. – Zu Polen z. B. Gert Pickel: Areligiosität, Antireligiosität, Religiosität – Ostdeutschland als Sonderfall niedriger Religiosität im osteuropäischem Rahmen? In: Monika Wohlrab-Sahr/

auch hier die Erklärung auf der Ebene eines Verweises auf die kulturellen und religiös-historischen Identifikationsmuster stecken. Um welche handelt es sich hierbei? Welche Rolle spielen die Kirchen dabei? In welchen Formen und Strukturen treten diese in Erscheinung? Und welche symbolischen und geographischen Faktoren spielen hierbei eine Rolle?

Schaffung einer territorialen und nationalreligiösen Identität

Je nach Fragestellung erheben Statistiken und quantitative soziologische Untersuchungen zuallererst Zahlen zur Religionszugehörigkeit. Die *Religiosität*, die als freiheitliches Grundrecht in beiden Ländern gilt, spielt in diesem Zusammenhang eine nachgeordnete Rolle und wird separat betrachtet. Interessant wird es, wenn die katholische Kirche in Polen und die ROK eine nationalreligiöse Identität öffentlich erschaffen und zur Volks- oder gar Staatsreligion erheben. Diese Hypothese spitzt die Debatte im Spannungsfeld zwischen dem Wegbrechen der sozialistisch-atheistischen Ideologie und der „Wiederkehr des Religiösen“ in den ehemals sozialistischen Staaten zu.

Bei beiden großen Kirchen ist zu beobachten, wie sie sich eines symbolischen und real verorteten Kults um die eigene (Mehrheits-) Religion bedienen. Trotz einer strikten verfassungsrechtlichen Trennung zwischen Kirche und Staat haben die Kirchen in beiden Ländern eine exponierte Stellung inne: Polen schloss 1998 ein Konkordat mit dem Vatikan, in dem die Kirche als Träger des nationalen historischen Erbes auftritt. Und das russische Religionsgesetz räumt der ROK eine besondere kulturell-traditionelle Rolle ein.⁶ Die Selbstrepräsentation beider Kirchen nimmt Bezug auf ihre historische Rolle in den Jahrhunderten der Könige, der Zaren und des Nationswerdungsprozesses, lange bevor der Sozialismus Einzug hielt. Man denke nur an die Konzepte der ROK von der

Trotz einer strikten verfassungsrechtlichen Trennung zwischen Kirche und Staat haben die Kirchen eine exponierte Stellung inne.

Detlef Pollack (Hrsg.): Atheismus und religiöse Differenz. Opladen 2003, S. 247-270; Beljakowa (wie Anm. 2).

- 6 Zu Russland: Föderales Gesetz über Gewissensfreiheit und religiöse Vereinigungen (26.09.1997). In: Osteuropa-Archiv 48/1998; Gerd Stricker: Wie neu ist das russische Religionsgesetz? Oder: Wie Boris Jelzin die Welt verschaukelte ... In: Glaube in der 2. Welt 25 (1997), Nr. 10, S. 13-17. – Zu Polen: Vollständiger Text des Konkordats in polnischer Sprache: www.opoka.org.pl/biblioteka/T/TA/TAI/konkordat_rp.html (letzter Zugriff: 17.01.2011).

„symphonia“ zwischen Kirche und Staat⁷ oder an die Vorstellung von der Gottesmutter Maria als „Königin von Polen“, der seit dem 18. Jahrhundert von der katholischen Kirche gepflegt wird, und der analogen Forderung des kirchentreuen Sejm-Abgeordneten Artur Górski im Jahre 2006, Jesus zum „König von Polen“ auszurufen.⁸ Problematisch wird die historisierende Betrachtung dieser Konzepte, wenn man sich die wechselnden Grenzverläufe zwischen Polen und Russland vor Augen führt, aus denen sich zwangsläufig territoriale Brüche ergeben.

Beide Kirchen verflochten nationale und religiöse Konzepte und bieten dem Volk eine Identität an, die aus einem symbiotischen Verhältnis zwischen Kirche und Nationalstaat besteht. Während die Position der katholischen Kirche in Polen während des Sozialismus sowohl im Staat als auch in der Bevölkerung stärker war als die der ROK in Russland, lassen beide Kirchen in ihrer jüngsten Geschichtsschreibung heute keinen Zweifel daran, dass sie einen wichtigen Beitrag für die Moral geleistet haben: 2010 vereinnahmte die ROK das 65jährige Jubiläum zum Ende des Zweiten Weltkriegs („Großer Vaterländischer Krieg“) und den Sieg der Sowjetunion für sich, indem sie das Vaterland verteidigt habe. Sie unterstrich ihre besondere Rolle durch entsprechende Ausstellungen und veröffentlichte zahlreiche Publikationen, in denen sie die Armee und den Sowjetstaat glorifiziert. Die wert- und machtorientierte Wiedergeburt nach der Zeit der Perestrojka brachte – neben der Meinungsfreiheit – ein neues selbstbewussteres Selbstverständnis und Staatstreue hervor. Die beispiellose Vernichtung des Klerus und die Enteignung des Kircheneigentums unter den Bolschewiki blieben in diesem Zusammenhang ausgeblendet.

Tatsächliche und symbolische Verortung von Kirche im Nationalstaat

Aus Sicht beider Kirchen soll Religion als der wesentliche Baustein im Prozess der Stabilisierung der Nation dienen, indem sie das entstandene Macht- und Ideologievakuum füllt und die Herrschaftsstrukturen legitimiert. Zum einen gehören Wahlempfehlungen in Form von Hirtenbriefen oder die Anwesenheit von Kirchenvertretern bei politischen Amtseinführungen auf die Tagesordnung beider Kirchen. Auch die Über-

⁷ Vgl. Jelena W. Beljakowa: Der Begriff „symphonia“ in der russischen Geschichte. In OST-WEST. Europäische Perspektiven 11 (2010), H. 1, S. 16–22.

tragung von Messen und Liturgien, in denen die Präsidenten oder andere hochrangige Politiker zu sehen sind, ist den Fernsehzuschauern in Russland und Polen wohl vertraut. Zum anderen möchten die „Volkskirchen“ an der Macht partizipieren, da ihnen ihre ideologische Rolle in und für die Gesellschaft während des Sozialismus lange vorenthalten worden ist. Als Glaubensgemeinschaften möchten sie nicht nur eine sinn- und moralstiftende Funktion für die Gläubigen erfüllen, sondern im Sinne einer postsozialistischen Wiedergeburt nationale Werte wie Liebe und Stolz gegenüber dem Vaterland vermitteln. Der Paradigmenwechsel, der das alte, sozialistische durch ein neues parlamentarisches Staatssystem ersetzte, bedurfte einer klaren Legitimation, die die Politik für die desorientierte Gesellschaft allein nicht zu

In beiden Ländern möchten die großen Kirchen im Sinne einer postsozialistischen Wiedergeburt nationale Werte wie Liebe und Stolz gegenüber dem Vaterland vermitteln.

leisten vermochte. Im Zuge des Auseinanderbrechens der Sowjetunion fürchtete Russland den Verlust der ehemaligen Größe, vor allem territorial. Diese Situation erlaubte es der ROK, ihren Beitrag zum sozialen Frieden zu leisten. Polen erlangte hingegen seine volle nationale Souveränität, was der katholischen Kirche neue Handlungsmöglichkeiten bot. Die Folgen waren bei beiden Kirchen dieselben: Man knüpfte an die historische Nation und die ehemalige Größe sowie an die Bedeutung der Religion für die Geschehnisse des Staates an. Verklärende Geschichtsdarstellungen und Reproduktionen russischer slawophiler Autoren bzw. polnischer Dichter boomen auf den Büchermärkten.

Das Selbstbewusstsein der Kirchen ist nach nunmehr zwanzig Jahren Postsozialismus sowohl in Russland als auch in Polen derart gestiegen, dass beispielsweise in Polen mehr und mehr Widerstand von Seiten der Bevölkerung gegen den starken Einfluss der Kirche entsteht.⁹ Im Falle Russlands bleibt der Protest auf wenige Kreise wie z. B. Intellektuelle beschränkt und findet selten in der Öffentlichkeit statt.

Der Soziologe Ireneusz Krzemiński warnte im Zusammenhang mit der Flugzeugtragödie von Smolensk, bei der der polnische Präsident Lech Kaczyński und seine Frau sowie zahlreiche weitere Politiker,

8 Vgl. Spiegel Online: www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,455925,00.html (letzter Zugriff: 20.01.2011).

9 Vgl. Andrzej Kaluza: Die katholische Kirche in der Defensive – auch in Polen. In: Polen-Analysen, Nr. 79. 16.11.2010, S. 2-6.

Militärangehörige und Personen des öffentlichen Lebens umgekommen sind, vor der katholischen Mythologisierung.¹⁰ Das Aufstellen eines Kreuzes vor dem Präsidentenpalast sowie die Beerdigung Kaczyńskis auf der Wawel-Burg, wo zahlreiche Nationalhelden begraben sind, wurden kontrovers diskutiert und riefen Proteste in der Gesellschaft hervor.¹¹ Das Ansehen der katholischen Kirche sank und bestätigte den seit 1989 vom Warschauer Meinungsforschungsinstitut CBOS beobachteten Trend. Die Beisetzung des letzten Zaren Nikolaus II. in Sankt Petersburg, der Hauptstadt des zaristischen Russland, 1998 sowie seine Heiligsprechung durch die Bischofsversammlung der ROK im Jahre 2000 zeugen ebenfalls von der nationalen Werteorientierung, die die ROK repräsentiert. Die Bestattung des ehemaligen Präsidenten Boris Jelzin in der repräsentativen Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau im Jahre 2007 reiht sich ein in die prunkvolle Ehrerbietung der ROK gegenüber Staatsvertretern, obwohl die Bevölkerung mit Jelzin größtenteils die sozial und ökonomisch schwierigste Zeit im neuen Staat verbindet.

Strategien der Präsenz: Medien und Öffentlichkeit

Die katholische Kirche in Polen und die ROK verfügen über eine starke mediale Präsenz¹² mit eigenen TV- und Rundfunksendern, Printmedien und Internetportale. Dadurch verfolgt man vor allem auch missionarische Zwecke, wie es beispielsweise der russische Patriarch Kyrill zuletzt verkündete. Radio Maryja macht es in Polen vor, die übrigen katholischen Institutionen ziehen nach. Mittlerweile übertragen viele Gemeinden die Heilige Messe via LiveStream. Radio Maryja wird aufgrund seiner antieuropäischen und antisemitischen „Ausrutscher“ von der polnischen Bischofskonferenz zwar oft kritisch beäugt, hatte bislang jedoch nie mit ernsthaften Konsequenzen zu rechnen. Vielmehr baut es an einem modernen medialen Erscheinungsbild, das vor allem junge Menschen ansprechen soll.

10 Ireneusz Krzemiński: Masse, Zivilgesellschaft und Nationalkirche. In: Dialog 93 (2010), S. 35–42.

11 „Kreuz-Streit“ beeinträchtigt das Ansehen der katholischen Kirche“, G2W Online, 19.10.2010: http://www.kirchen.ch/g2w/index.php?option=com_content&view=article&id=425:polen-qkreuz-streitq-beeintraehtigt-das-ansehen-der-katholischen-kirche&catid=1:aktuelle-nachrichten (letzter Zugriff: 17.01.2011).

12 Aus den Bereichen Fernsehen und Radio seien für Polen „TV TRWAM“ und „Radio Maryja“, für Russland „Spas“, „Radonesch“ und „Radio Radonesch“ erwähnt.

In Russland setzt Patriarch Kyrill verstärkt auf neue Medien und fordert eine intensivere Nutzung des Internets. Die ROK startete zuletzt auf YouTube einen offiziellen Kanal, auf dem alle aktuellen Aktivitäten des Patriarchen und anderer führender Geistlicher der ROK in Form von kurzen Videosequenzen ausgestrahlt werden.¹³ Der User kann sich Predigten, Segnungen, Reden und Gespräche zwischen Vertretern der ROK, russischen Politikern und Vertretern anderer Staaten wie z. B. der Ukraine ansehen. Im November 2010 besuchte Patriarch Kyrill die Ukraine aus Anlass des 75jährigen Geburtstags von Metropolit Volodymyr von der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats. Während dieser Reise traf er sich u. a. mit Präsident Janukowitsch, dessen Amtseinführung er bereits im Februar 2010 beiwohnte, und betonte die Einheit der orthodoxen Christen in schwierigen Zeiten.¹⁴

Zahlreiche neue Kirchenbauten sind deutliche Zeichen für die öffentliche Präsenz der Kirchen.

Die öffentliche Präsenz beider Kirchen im jeweiligen Land ist unverkennbar: Sowohl in Polen als auch in Russland ist die Dichte an Kirchenbauten (wieder) sehr hoch. Vor allem in Russland hat seit den neunziger Jahren eine rege Wiederaufbauphase bzw. ein Neubau-Boom eingesetzt. Klöster werden restauriert und ausgebaut, oftmals durch Spendengelder von Gläubigen. So wurde beispielsweise mit dem Wiederaufbau der Christ-Erlöser-Kathedrale der größte orthodoxe Sakralbau weltweit errichtet, der mit seiner byzantinisch-russischen Architektursprache der ROK als repräsentatives Prestigeobjekt gute Dienste erweist. Zuletzt hat die ROK den Bedarf an 200 weiteren Kirchen für die Stadt Moskau bekundet. Darüber hinaus fordert Patriarch Kyrill beständig die Rückgabe aller Immobilien und Grundstücke, die der Kirche während der Oktoberrevolution enteignet wurden, bisher jedoch ohne Erfolg.¹⁵

In Polen hingegen waren die katholischen Sakralbauten, die während

¹³ www.youtube.com/russianchurch.

¹⁴ Vgl. dazu auch Katja Richters: Die Russische Orthodoxe Kirche zwischen Patriotismus und Nationalismus. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 11 (2010), H. 1, S. 39-47, bes. S. 44-46.

¹⁵ Hier ist am 20.11.2010 eine entscheidende Wende erfolgt. An diesem Tag verabschiedeten die Abgeordneten der Duma ein Gesetz zur Rückgabe der kirchlichen Gebäude. Vgl. dazu Oliver Hinz: Die mit Abstand größte Eigentumsrückgabe der Geschichte. Russland erstattet Religionsgemeinschaften tausende Gebäude. In: KNA-ÖKI 47, 23.11.2010, S. 14 f. (Anm. d. Redaktion).

des Zweiten Weltkriegs nicht zerstört worden sind, auch während des Sozialismus gepflegt worden. Durch die Westverschiebung des Landes erschloss die Kirche ehemals deutsche protestantische Gebiete und übernahm größtenteils die erhaltenen Kirchengebäude. Orte und Landstriche, die bis zum Zweiten Weltkrieg überwiegend jüdisch besiedelt waren, wurden sowohl konfessionell als auch architektonisch „katholisiert“. ¹⁶ Unter Parteichef Gierek setzte in den siebziger Jahren ein Bauboom ein, der – durch Spendengelder finanziert – zahlreiche Kirchenbauten auf dem Land und in den Städten zumindest architektonisch im real existierenden Sozialismus ankommen ließ. Der enteignete Besitz, zu dem Immobilien, Ländereien, Grundstücke und monetäre Werte gehörten, wird seit 1989 im Rahmen einer eigens zu diesem Zwecke gegründeten Restitutionskommission nach und nach der Kirche übereignet.

Seit den neunziger Jahren erfreut sich die katholische Kirche einer erhöhten Spendenbereitschaft und investiert in Neubauten, aber auch in Denkmäler. So baute der Priester Sylwester Zawadzki in der Stadt Świebodzin, nur 50 Kilometer von der deutsch-polnischen Grenze entfernt, gegen Ende November 2010 die welthöchste Christus-Statue (58 Meter hoch). ¹⁷ Die Statue erinnert an das Vorbild in Brasilien, ist vollständig weiß und mit einer goldenen Krone versehen, damit man sie von der Schnellstraße zwischen Berlin und Warschau aus sehen kann – ein deutliches Beispiel für die öffentliche Präsenz von Religion in Polen.

¹⁶ In diese Zeit des staatsideologisch vorgeschriebenen Atheismus fällt nach Ansicht von Brian Porter die eigentliche „Katholisierung“ der polnischen Nation; vgl. Brian Porter: *The Catholic Nation: Religion, Identity, and the Narratives of Polish History*. In: *The Slavic and East European Journal* 45 (2001), Nr. 2, S. 289-299.

¹⁷ www.n-tv.de/panorama/Priester-baut-hoechsten-Christus-article1823436.html (letzter Zugriff: 17.01.2011).

Krzysztof Meyer – Dmitrij Schostakowitsch

Ein Beispiel polnisch-russischer Musikbeziehungen

Dr. Friedemann Kluge ist Slawist und Publizist und lebt in Berlin.

Im 20. Jahrhundert hat es nur wenige direkte Kontakte zwischen Komponisten aus Polen und Russland gegeben. Eine bedeutende und für die Musikgeschichte der Moderne einzigartige Ausnahme wird im nachstehenden Beitrag skizziert.

Sieht man einmal ab von dem so genannten Polenakt in Mussorgskijs Oper „Boris Godunow“, von Alexander Skrjabin's op. 21, der Polonaise in b-moll, von einigen unbedeutenden Polonaisen vornehmlich in Klavierwerken „kleinerer“ russischer Komponisten sowie von der zuweilen als „Die Polnische“ (manchmal aber auch als „Die Ruthenische“) deklarierten dritten Symphonie D-Dur, op. 29, von Peter Tschajkowsky, so steht es um die musikalischen Beziehungen zwischen Polen und Russland unter inhaltlichen Gesichtspunkten nicht besonders gut. Umgekehrt ergibt sich ein ähnliches Bild: Kein polnischer Komponist von Bedeutung thematisierte bisher russische Sujets oder komponierte auch nur versuchsweise in russischen Klangfarben.

Bei den personalen Beziehungen sieht es kaum besser aus: Komponistenfreundschaften von hüben nach drüben sind nicht bekannt, und unter den Interpreten leuchtet einzig die legendär zu nennende Freundschaft zwischen Henryk Szeryng (1918-1988) und David Oistrach (1908-1974) auf, die in ihren Programmen immer auch die Musik der jeweils anderen Nation pflegten, also z. B. die Geigenliteratur von Tschajkowsky oder Glasunow auf der einen, die Violinkonzerte und Capricen Wieniawskis auf der anderen Seite. Umso überraschender ist daher die enge Verbindung zwischen Krzysztof Meyer und Dmitrij Schostakowitsch, bei der es aber gleich zwei Missverständnissen entge-

genzuwirken gilt. Zum einen wird Meyer vielfach als „Schüler“ Schostakowitschs bezeichnet. Das ist nicht richtig. Tatsächlich ist Krzysztof Meyer Schüler von Stanisław Wiechowicz und Krzysztof Penderecki in Polen sowie von Nadia Boulanger in Frankreich. Das zweite Missverständnis: Krzysztof Meyer sei ein „Freund“ Schostakowitschs gewesen. Dagegen spricht schon der gewaltige Altersunterschied zwischen beiden Komponisten, der allein freilich eine Freundschaft noch nicht undenkbar macht. Es ist aber wahrscheinlicher, dass Meyer – bei aller

gegenseitigen Wertschätzung, die es erwiesenermaßen auch von Schostakowitschs Seite aus gab – eher mit dem russischen Komponisten „befreundet“ als wirklich ein „Freund“ im engeren Sinne gewesen ist, was auch von

Die Beziehung zwischen Meyer und Schostakowitsch ähnelt eher einer Freundschaft als einem Schüler-Lehrer-Verhältnis.

Meyer selbst so gesehen wird: „Ein etwas vertrauterer und freundschaftlicheres Verhältnis entwickelte sich erst zu Beginn der siebziger Jahre ...“¹

Die Anfänge dieser Verbindung liegen im Jahr 1959 und sind sicher auch gewissen schwärmerischen Neigungen des damals sechzehnjährigen Meyer entsprungen. Er hatte Schostakowitschs Musik für sich entdeckt und schrieb dem verehrten Meister, der damals immerhin schon 52 Jahre zählte, einen Brief, dem er eines seiner eigenen Werke beilegte. Zu Meyers Überraschung antwortete Schostakowitsch, und das sogar verhältnismäßig rasch. Seinem Schreiben legte der Russe eine Photographie mit Widmung bei, was Meyer wiederum ermutigte, Schostakowitsch in einem weiteren Brief von seinem kompositorischen Debüt, von der ersten öffentlichen Aufführung eines eigenen Werkes zu berichten. Schostakowitsch antwortete auch diesmal freundlich: „Lieber Krzysztof, ich gratuliere Ihnen zum ersten Konzert. Ich wünsche große schöpferische Erfolge. Mit bestem Gruß, D. Schostakowitsch.“

Unter größten, damals systembedingten Schwierigkeiten reist Meyer 1959 und 1960 nach Moskau, wo es erst beim zweiten Versuch zu der von ihm angestrebten Begegnung der Komponisten kommt. Diese erweist sich als der Beginn eines regen Austausches zwischen beiden Ton-

1 Krzysztof Meyer: Schostakowitsch. Sein Leben, sein Werk, seine Zeit. Bergisch Gladbach 1995. Sofern nichts anderes erwähnt ist, entstammen alle Berichte und Zitate zu den persönlichen Begegnungen beider Komponisten bzw. zu ihrer Korrespondenz dem 28. Kapitel dieses Buches, S. 527 ff.

schöpfen – ungeachtet großer Unterschiede in der kompositorischen Auffassung. Schostakowitsch macht keinen Hehl aus seiner Abneigung oder doch zumindest seinem Unverständnis gegenüber der in jenen Jahren in Polen praktizierten neuen Musik. Gleichwohl gesteht er dem jungen Polen zu, dass dessen nach Moskau mitgebrachte Musik – Meyers 1. Klaviersonate und ein Streichquartett – „gut und interessant“ seien.

Nach Jahren reger Korrespondenz traf man erst 1968 wieder persönlich zusammen. Jetzt erfuhr Meyer, dass auch Schostakowitsch eine gewisse Affinität zur polnischen Musik besaß: „Ganz unvermittelt kam er auf Polen zu sprechen und zeigte Interesse an polnischer Musik. Dabei erwähnte er, dass sein Vater ausgezeichnet Polnisch gesprochen habe, und rezitierte aus dem Gedächtnis einen lustigen Kindervers. Dann fügte er in leicht entschuldigendem Ton hinzu: ‚Wissen Sie, es ist für Sie vielleicht unangenehm, aber ich mag Chopin nicht besonders.‘“ Eine größere Wertschätzung brachte Schostakowitsch eindeutig der polnischen Komponistin Grażyna Bacewicz entgegen.

Es folgten weitere Begegnungen beider Komponisten, stets in Moskau, stets mit vergleichbaren Abläufen. Meyer hatte schon 1968 mit dem Gedanken gespielt, eine Monographie über den von ihm zunehmend verehrten Meister zu verfassen. Sie erschien schließlich im Jahre 1973 in Krakau.² Außer dieser verfasste Meyer auch eine Reihe von Aufsätzen über Schostakowitsch und sein Werk. Die letzte Begegnung beider Komponisten fand im April 1974 statt, als Schostakowitsch schon von schwerer Krankheit gezeichnet war.

Die Kultur des Zusammenklangs

Krzysztof Meyer, Jahrgang 1943 und in den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts noch eher ein esoterischer Geheimtipp unter verschworenen Kennern, zählt heute zusammen mit seinem Lehrer Krzysztof Penderecki, mit Witold Lutosławski, Grażyna Bacewicz und Andrzej Panufnik zur Crème der polnischen Moderne und Postmoderne. Er blickt auf ein umfangreiches Œuvre zurück, das bislang sieben Symphonien, eine Messe, ein Oratorium, eine Oper („Kyberjade“), eine Kinderoper („Klonowi bracia“/„Die verzauberten Brüder“), ein Ballett („Hrabina“/„Die Gräfin“), eine als „Aprilscherz“

² Krzysztof Meyer: *Dymitr Szostakowicz i jego czasy*. Kraków 1973, überarbeitet Kraków 1986. Erste deutsche Ausgabe: Leipzig 1980, überarbeitet Bergisch Gladbach 1995.

komponierte „Sinfonie im Stile Mozarts“, einige weitere Orchesterwerke, zahlreiche Solokonzerte für Violine, Violoncello, Klavier, Flöte, Trompete, Oboe, Saxophon, Harfe und Klarinette, 13 Streichquartette sowie zahlreiche weitere Kammermusiken umfasst.

Meyers kompositorisches Credo lautet heute (nachdem seine Anfänge vielfach im Experimentellen gelegen haben), dass eine plastische, gut gewählte Form wichtig sei, „damit das Hörverständnis gefördert würde“. Die Kultur des Zusammenklangs, so Meyer, sei in Verfall geraten: „Ich bin zutiefst überzeugt, dass die Harmonie wieder erarbeitet werden muss.“³ Auch als Musikwissenschaftler hat Meyer reüssiert: Von 1966 bis 1987 unterrichtete er an der Musikhochschule in Krakau Musiktheorie. Danach war er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2010 Professor an der Musikhochschule in Köln, wo er eine Meisterklasse für Komposition leitete. Der Eintritt in den Ruhestand hindert ihn aber nicht an weiterer wissenschaftlicher Tätigkeit. Da man in Polen bis zum 70. Lebensjahr arbeiten darf, unterrichtet Meyer jetzt sowohl am musikwissenschaftlichen Institut der Universität Posen als auch an der Musikakademie Krakau weiterhin Komposition.

Als Dmitrij Schostakowitsch am 9. August 1975 im Alter von fast 69 Jahren in Moskau verstarb, hinterließ er zwei vollständige Opern, drei Ballette, eine Operette, 15 überwiegend großformatige Symphonien, zahlreiche Orchesterwerke und Filmmusiken, Klavier-, Violin- und Cellokonzerte, 15 Streichquartette, zahlreiche Klavierwerke (darunter die an Bach orientierten 24 Präludien und Fugen), etliche Chorwerke und Kompositionen für Singstimme – und das Opernfragment „Igroski“ („Die Spieler“) nach einer Komödie von Nikolaj Gogol. Darin geht es um Falschspieler, die zunächst einander betrügen, um anschließend gemeinsame Sache gegen arglose Mitspieler zu machen. Am Ende ist der Hauptbetrüger selbst der Betrogene, der aufgrund dieser Erfahrung dem Falschspiel ein für allemal abschwört. „Die Spieler“ hatte Schostakowitsch 1941 in Angriff genommen und zunächst für sich den folgenden Plan entwickelt: „„Die Spieler‘ werden nicht wie ‚Die Nase‘ werden ... In der ‚Nase‘ bin ich mit Gogols Text frei umgegangen, aber in den ‚Spielern‘ werde ich Gogol folgen und nicht ein einziges Wort auslassen ... Librettist ist Gogol selbst.“⁴ Kurz danach aber, am 1. März 1943,

3 <http://www.uni-wh.de/kultur/studium-fundamentale/in-residence-programme/composer-in-residence/krzysztof-meyer/> (letzter Zugriff: 21.01.2011).

4 Isaak Dawydowitsch Glikman (Hrsg.): Dmitri Schostakowitsch. Chaos statt Musik? Briefe an einen Freund. Berlin 1995, S. 27.

schreibt Schostakowitsch bereits an seinen Freund Isaak Glikman: „Stark vorangekommen bin ich mit der Oper ‚Die Spieler‘, aber ich werde diese Oper nicht ankündigen, weil ich es aufgegeben habe, sie weiterzuschreiben.“⁵

Schostakowitschs Absicht, in seiner dritten Oper „Gogol zu folgen und nicht ein einziges Wort auszulassen“, erwies sich letztlich als undurchführbar, „weil die Oper zu lang geworden wäre“. Da der Respekt vor Gogols Werk für ihn jegliche Kürzung ausschloss, stellte er Ende 1942 das Projekt ein, nachdem er von den 25 Szenen bei Gogol die ersten sieben vollständig, die 8. Szene zu zwei Dritteln fertig gestellt hatte: Die Dauer der vollendeten Oper mit

Politische Gründe bewogen Dmitrij Schostakowitsch, die Arbeit an „Igroki“ einzustellen.

einem ungekürzten Gogol-Text hatte Schostakowitsch auf fünf Stunden geschätzt, was ihm als unzumutbar erschienen war. In den von Solomon Wolkow aufgezeichneten und herausgegebenen Memoiren lässt Schostakowitsch allerdings auch durchblicken, dass es nicht nur pragmatische Gründe waren, die ihn an einer Fortsetzung der Arbeit an den „Spielern“ hinderten, sondern, wie kaum anders zu erwarten, auch politische: „Worauf hatte ich mich da eingelassen? Was würde dabei herauskommen? Diese Oper würde ja einen unerhörten Umfang haben. Doch das war nicht einmal das Ausschlaggebende. Das Ausschlaggebende war die Frage: Wer würde so etwas inszenieren? Es war kein *heroisches* und kein *patriotisches* Sujet ... Und ich war für die Kulturfunktionäre ein feuchter Kehrriech. Sie hätten gesagt, dieser Schostakowitsch mokiert sich über uns. Man kann doch keine Oper über Kartenspieler schreiben. Wo bleibt da die *Moral*? Kartenspieler sind doch finstere Gesellen, die einander nach Kräften betrügen.“⁶

⁵ Ebd., S. 58.

⁶ Hervorhebungen in diesem Absatz durch den Autor. – Vgl. Solomon Wolkow (Hrsg.): Zeugenaussage. Die Memoiren des Dmitrij Schostakowitsch. Frankfurt (Main), Berlin, Wien 1981, S. 282. Die Authentizität dieser Schostakowitsch-Memoiren ist hinsichtlich der Urheberschaft umstritten: Während z. B. der Dirigent Kurt Sanderling von ihrer Echtheit überzeugt ist, bestreitet Meyer, immerhin der bedeutendste und kompetenteste noch lebende Kenner Schostakowitschs, diesen als den diktatgebenden Autor, hält die *Inhalte* allerdings für zutreffend: „Wissen Sie, das ist ein Apokryph. Die Fakten sind größtenteils richtig, aber das Buch ist nicht von Schostakowitsch ... Es hat eine enorme Rolle für das Verständnis seiner Musik gespielt, war aber auch politisch wichtig ... Der heikle Punkt: Es ist von Wolkow. Russen, die dieses Buch läsen, würden das sofort feststellen“ (<http://www.musik-in-dresden.de/2010/09/15/krzysztof-meyer>; letzter Zugriff: 21.01.2011).

„Einige Zeit später übergab er die Handschrift der Komponistin Galina Ustwolskaja, die diese bis Anfang der siebziger Jahre bei sich aufbewahrte. Gegen Ende seines Lebens forderte er die Partitur von Ustwolskaja zurück, ohne aber die Arbeit an der Oper fortsetzen zu wollen.“⁷ Das Fragment wurde zu Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als Partitur und auf Schallplatte in Moskau veröffentlicht. „In dieser Fragmentgestalt ... wurde *Igroki* in Leningrad 1978 konzertant ..., in Berlin 1981 szenisch ... uraufgeführt.“⁸

Krzysztof Meyer als Nachlassvermehrer

Als man sich für eine in Wuppertal geplante Aufführung des Fragments mit Krzysztof Meyer in Verbindung setzte, bot sich dieser an, das *Igroki*-Fragment vollständig zu Ende zu komponieren. Meyers Konzept: „Ich konnte vom künstlerischen Standpunkt aus eigentlich nur eine Möglichkeit vertreten: Das Stück im Sinne von Schostakowitsch weiterzuentwickeln und zu Ende zu komponieren.“⁹ In diesem Geiste schuf Meyer zwischen Oktober 1980 und Juni 1981 die Oper und vertonte somit etwa zwei Drittel des Werks. Zu seiner Vorgehensweise äußerte sich Meyer wie folgt: „Ich wollte natürlich das, was Schostakowitsch komponiert hat, weiterentwickeln, und es war mein Ehrgeiz, dass die Grenze zwischen Schostakowitschs Musik und meiner nicht mehr erkennbar sei ... Neben der Vollendung des 1. Aktes musste ich zwei weitere Akte komponieren – insgesamt anderthalb Stunden Musik, also mehr, als Schostakowitsch geschrieben hat.“¹⁰ Was dann entstanden ist, das war ein kongenial

auskomponiertes Meisterwerk, bei dem es lediglich erstaunt, wenn nicht gar verärgert, dass es seit der erfolgreichen Wuppertaler Uraufführung im Jahre 1983 in Deutschland bis

Mit der Vollendung von „Igroki“ durch Krzysztof Meyer entstand ein kongeniales Meisterwerk.

heute noch keine weitere Inszenierung gegeben hat. Außerhalb Deutschlands sind nur eine englische (Liverpool 2006) und zwei polnische Inszenierungen (Warschau 1983 und Posen 2005) nachweisbar.

7 Persönliche Mitteilung von Krzysztof Meyer am 7. September 2010.

8 Hans-Peter Rösler: Die Spieler. Komische Oper in drei Akten. In: Pipers Enzyklopädie des Musiktheaters. Oper, Operette, Musical, Ballett. Hrsg. v. Carl Dahlhaus (u. a.). München 1994. Bd. 5, S. 630.

9 Persönliche Mitteilung von Krzysztof Meyer am 7. September 2010.

10 Vgl. Elżbieta Szczepańska-Malinowska im Beiheft zur CD-Einspielung Schostakowitsch/Meyer: „Die Spieler“. Königsdorf 1995, S. 12 f.

Eine Verbeugung vor Schostakowitsch ist auch Meyers Streichquartett op. 89, das in der fortlaufenden Zählung seines eigenen Streichquartett-Schaffens keine Berücksichtigung findet. Dieses Quartett, von Meyer als „Au delà d'une absence“ charakterisiert, stellt, so die Mitteilung seines Musikverlages Sikorski, eine Art imaginärer Fortsetzung des Schostakowitschschen Œuvres insofern dar, als dieser ein 16. Streichquartett geplant, jedoch nicht mehr hatte komponieren können. Er hatte noch Gelegenheit, es Meyer in groben Zügen zu umreißen: „Und das 16. wird dreiteilig, mit einer Fuge im Finale, verstehen Sie, mit einer Doppelfuge. Der zweite Satz sanglich, sehr sanglich ...“ Über seine Vorgehensweise berichtet Meyer: „Gänzlich unterordne ich mich dabei seiner Stilistik, ohne jedoch aus seinen Werken zu zitieren ... Im Einklang mit Schostakowitschs Absicht besteht das Streichquartett aus drei Sätzen.“¹¹

Meyers Verbundenheit mit Schostakowitsch hat die Zeiten bis heute überdauert. Sein vorerst letztes öffentliches Auftreten erfolgte anlässlich des Ersten Schostakowitsch-Festivals im September 2010 im sächsischen Gohrisch, 50 Jahre, nachdem Schostakowitsch hier 1960 innerhalb von nur drei Tagen sein bedeutendstes, ergreifendstes und, wie uns Poldjaeva wissen lässt, „meistgespieltes Streichquartett eines Komponisten des 20. Jahrhunderts“¹² komponiert hatte. Dieses 8. Quartett in c-moll, op. 110, wollte er als Reminiszenz an das zerbombte Dresden verstanden wissen. Als nun dieses bedeutende Werk in der Interpretation des Dresdner Streichquartetts erneut zur Aufführung kam, brachte das Berliner Sinus-Quartett am 10. September 2010 auch Meyers 13. Streichquartett op. 113, ein Auftragswerk der Internationalen Schostakowitsch-Tage, zur erfolgreichen und von der Kritik wohlwollend aufgenommenen Uraufführung. Bei so viel Nähe zu Schostakowitsch verwundert es nicht, dass Krzysztof Meyer in Gohrisch 2010 auch für den Eröffnungsvortrag der Internationalen Schostakowitsch-Tage verantwortlich zeichnete.

11 Vgl. Krzysztof Meyer in: Schostakowitsch gewidmet: Krzysztof Meyers Versuch eines 16. Streichquartetts (http://www.sikorski.de/2044/de/schostakowitsch_gewidmet_krzysztof_meyers_versuch_eines_16_streichquartetts.html; letzter Zugriff: 21.01.2011).

12 Jelena Poldjaeva: Die Entwicklung der Schostakowitsch-Symposium-Reihe. In: Musikgeschichte in Mittel- und Osteuropa, Heft 4, 1999, S. 213.

Eine andere Welt

Juri Durkot, gebürtig aus Lwiw (Lemberg), ist als Journalist und Publizist tätig und hat u. a. zahlreiche Berichte und Analysen für deutschsprachige Medien verfasst.

Die Ostgrenze Polens bildet zugleich die östliche Außengrenze der EU, an der Pass- und Zollkontrollen das Leben der Menschen bestimmen. Der kleine Grenzverkehr hilft über die Absurditäten eines Alltags hinweg, in dem Europa noch immer geteilt ist.

Es ist Herbst 2009. Seit einer halben Stunde stehe ich in Shegyni an der ukrainisch-polnischen Grenze. Ich bin nicht mehr in der Ukraine, aber noch nicht in Polen. Der Grenzübergang für Fußgänger führt nach der ukrainischen Passkontrolle durch einen schmalen Korridor auf die polnische Seite. Der Weg ist von beiden Seiten durch einen hohen Zaun gesichert. Vor dem EU-Schild ist erstmal Schluss mit der Weiterreise. Das heißt: Man muss sich anstellen und warten und sehr viel Geduld mitbringen.

Die Schlange ist groß. Sie bewegt sich nicht. Die Grenzgänger werden hier sortiert, die Menschenströme teilen sich. Für EU-Bürger gibt es einen anderen Korridor mit einem anderen Schalter. Dort gibt es keine Schlange; die gibt es dort praktisch nie. Die polnischen EU-Bürger, die in dieser Grenzgegend genauso arm und arbeitslos sind wie die ukrainischen Nicht-EU-Bürger, werden in wenigen Minuten abgefertigt. Polen und Ukrainer machen dasselbe Geschäft – sie schleppen Wodka und Zigaretten nach Polen. Viel darf es nicht sein: Eine Flasche Hochprozentiges und zwei Päckchen Glimmstängel sind erlaubt – ein Geschäft für die Ameisen.

Ich habe den Eindruck, dass ich falsch angezogen bin. Weiße Hose, heller Pullover, blaue Jacke, roter Rucksack. Die anderen tragen hier schmutzige Sporthosen, dunkle Mäntel und große Taschen. Immer wie-

der sagen mir die Menschen, dass ich den anderen Korridor nehmen soll – den für EU-Bürger. Sie halten mich wohl für einen verrückten Abenteuerer aus dem Westen, der sich hierher verirrt hat und dazu noch recht passabel ukrainisch spricht.

Doch ich bin kein Abenteuerer; warum ich hier stehe, hat keine abenteuerlichen Gründe. Gerade ist ein Fernsehsender aus Deutschland auf die Idee gekommen, eine Reportage über die polnisch-ukrainische Grenze zu machen. Man will in einer Jubiläumssendung die glücklichen ukrainischen und polnischen Familien zeigen, die sich nach dem Inkrafttreten des Abkommens über den kleinen Grenzverkehr gegenseitig besuchen. Auf der anderen Seite warten die TV-Kollegen auf mich. Ich komme nicht alleine, sondern mit Pan Orest.

Die Redaktion in Deutschland meinte es gut. Im fernen Berlin oder im noch fernerer Köln war man überzeugt, dass die ukrainisch-polnische Grenze ganz ähnlich funktioniert wie einst die deutsch-französische, als es diese Grenze noch gab. Na gut, vielleicht doch etwas anders, weil sich hier das Ganze an der Außengrenze der EU abspielt. Die Grenze soll die Festung Europa vor illegalen Migranten schützen. Aber die Familien wollen sich ja trotzdem sehen, oder? Und jetzt können sie es viel leichter machen, nachdem Polen für die Anwohner der Grenzregion, die in einem 35 km breiten Grenzstreifen seit mindestens drei Jahren leben, kein Visum mehr verlangt. Es reicht, für 20 Euro einen Plastikausweis zu erwerben, und schon kann man unproblematisch und sogar zu Fuß nach Polen gelangen.

Auf meinen Hinweis, dass es in den Grenzgebieten infolge von gegenseitigen Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg kaum noch Familien gibt, die sich gegenseitig besuchen könnten, reagiert man in der Redaktion ziemlich misstrauisch. Man müsse nur gut suchen, wozu bräuchten dann die Menschen ihre Plastikausweise? Eigentlich nur dazu, um sich durch den kleinen Grenzhandel über Wasser zu halten in einer Region, wo es keine Arbeit und kein Geld und keine Aussicht auf ein besseres Leben gibt. Wo es in den Dörfern und Kleinstädten fast nur noch ältere Menschen leben. Wie in Nemyriw, einem kleinen Ort, der knapp 15 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt liegt. Seitdem die Chemiefabrik im benachbarten Nowojaworiwsk dicht gemacht hat, haben rund 15.000 Beschäftigte in der Region ihre Jobs verloren. Von der einstigen Schwefelproduktion – immerhin wurde hier im umweltfeindlichen Verfahren rund die Hälfte des gesamten sowjetischen Schwefels produziert – sind nur die tote Landschaft und der Schwefelgeruch geblie-

ben. Die Kuranstalt in Nemyriw ist auch mehr tot als lebendig, andere Arbeitgeber gibt es in der Nähe kaum. So bleibt den Menschen nur der Kofferhandel übrig – legal, halblegal und illegal. Doch das alles klingt für die Redaktion nicht besonders überzeugend.

So stehe ich heute mit dem alten „Pan“ Orest da; es ist üblich in der Ukraine, die Leute mit „Herr“ oder „Frau“ und mit dem Vornamen anzureden. Meine Suche war letztendlich doch von Erfolg gekrönt. Pan Orest lebt mit seiner Frau nur ein paar Kilometer von der Grenze entfernt. Er zeigt mir stolz seinen neuen Reisepass, für den er umgerechnet rund 40 Euro hinblättern musste, und den Plastikausweis eines Grenzanhalters, mit dem er ohne Visum und ohne Pass nach Polen darf. Nur ein paar Kilometer weiter entfernt, Pan Orest zeigt mit der Hand die Richtung, lebt sein Sohn Igor. Doch das ist schon drüben in der EU. Sein Haus und das Haus seines Vaters sind vielleicht nur zehn Kilometer Luftlinie voneinander entfernt. Trotzdem ist es oft eine Tagesreise. Nach dem Zerfall der Sowjetunion ist Igor ins Nachbarland abgehauen, hat Geschäfte gemacht, niemand weiß so recht, welche. Dann hat Igor eine Polin geheiratet. Es klingt wie eine Versöhnungsgeschichte. Es ist auch eine, aber trotzdem ist es eine ganz andere, die sich jenseits der politischen Bemühungen abspielt.

Blick auf eine belastete Geschichte ...

Denn beide Länder haben sich seit langem um Versöhnung bemüht. Die Vergangenheit birgt viele düstere Seiten, die von beiden Völkern unterschiedlich interpretiert werden – Kosakenkriege unter Bohdan Chmelnyzkyj, der ukrainisch-polnische Krieg in den Jahren 1918-1919, die Zwischenkriegszeit mit ihrer nationalen und religiösen Unterdrückung, nationalistischem Terror und polizeilichen „Pazifizierungsaktionen“, die Kämpfe zwischen Ukrainern und Polen im Zweiten Weltkrieg, die im Blutbad von Wolhynien gipfelten, gegenseitige Vertreibungen nach 1945.¹ Die Anzahl der Opfer auf beiden Seiten geht in Hunderttausende. Lange Jahre waren diese Themen aus der gemeinsamen Geschichte tabu. Erst nach dem Zerfall des Ostblocks hat man in den neunziger Jahren angefangen, über die schwierige Vergangenheit zu reden, in Polen wohlgeheimer früher als in der Ukraine. Zu größeren Versöhnungsaktionen

1 Vgl. zum Hintergrund Andrzej Brzezicki: Konfliktregion Wolhynien: Auge um Auge? In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 10 (2009), H. 1, S. 71-78.

mit wichtigem symbolischem Wert kam es jedoch erst später. 2003 wurde unter Beteiligung der Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und Leonid Kutschma der Opfer in Wolhynien gedacht, und nach der „Orangen Revolution“ haben Kwaśniewski und der neue ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko den polnischen und den ukrainischen Friedhof in Lemberg eingeweiht. Die friedlichen Proteste im Herbst 2004 haben für eine gewisse Zeit zum Wandel in der Wahrnehmung der Ukrainer durch Polen geführt. War das Bild des Nachbarvolkes vorher eher negativ geprägt, änderte sich die Meinung der meisten Polen ins Gegenteil. Die Kinder der Solidarność-Väter standen schließlich zusammen mit den Ukrainern auf dem Majdan.² Doch es dauerte nicht lange, bis die Erwartungen enttäuscht wurden.

Das Konzept der polnischen Außenpolitik wurde noch vor dem Zusammenbruch des Ostblocks in den polnischen Emigrationskreisen ausgearbeitet. Insbesondere haben dazu Jerzy Giedroyc und die Pariser Zeitschrift „Kultura“ beigetragen. Der Ukraine wurde hier eine zentrale Rolle zugewiesen. Eine unabhängige, demokratische und prowestliche Ukraine wurde als Garant für ein demokratisches und unabhängiges Polen betrachtet. Dabei sollte man sich um die Aufarbeitung der schwierigen ukrainisch-polnischen Vergangenheit und die Versöhnung der beiden Völker nach dem Beispiel der deutsch-französischen Freundschaft kümmern. Dieses Konzept wurde nahtlos von der polnischen Politik übernommen – zunächst durch die Solidarność, später durch die Postkommunisten. Dabei haben auch historische Ängste vor Russland eine gewisse Rolle gespielt.

Unter den Kaczyński-Brüdern und noch mehr nach den polnischen Parlamentswahlen von 2007 haben sich die außenpolitischen Akzente etwas verschoben. In Kiew hatte man den Eindruck, dass Polen nicht mehr so ganz aktiv wie früher seine Anwaltsrolle wahrnehmen will. Mit Enttäuschung hat man registriert, dass der neue Ministerpräsident Donald Tusk seinen Besuch in die Ukraine mehrmals verschoben hat und gegen die Tradition zunächst nach Moskau gereist ist. Polnische Opposition und Presse haben den Premier scharf kritisiert und ihm vorgeworfen, dass er auf diese Weise die guten polnisch-ukrainischen Beziehungen zerstöre. Dabei waren die Bemühungen Warschaus, die Beziehungen mit Moskau zu normalisieren und auf eine pragmatische Basis zu stellen,

2 Platz (der Unabhängigkeit), zentraler Versammlungsort in Kiew während der „Orangen Revolution“.

mit der Veränderung der außenpolitischen Situation ganz logisch. Die für viele Osteuropäer so typischen Ängste vor dem russischen Druck konnten durch den Beitritt Polens zur NATO und zur EU zumindest deutlich geschwächt werden.

Tusk kam Ende März 2008 zum ersten Mal nach Kiew, um unter anderem das lange ausgehandelte Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zu unterzeichnen. Die neue Regelung sah vor, dass die Einwohner eines 50 Kilometer breiten Streifens ohne Visum nach Polen dürfen. Problematisch war, dass dieses Abkommen erst nach der Ratifizierung durch das polnische Parlament und vielen durch Brüssel geforderten Korrekturen im Juli 2009 in Kraft getreten ist. In der Ukraine war man der Meinung, dass die Verzögerung durch die polnische Seite verursacht wurde, denn ein ähnliches Abkommen mit Ungarn war bereits 2008 unterzeichnet worden.

Nach dem Sieg von Wiktor Janukowitsch bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im Februar 2010 haben sich auch die außenpolitischen Prioritäten Kiews geändert. Man setzt nicht mehr auf die Anwaltsrolle Warschaus, auch eine schnelle Annäherung an die EU steht nicht mehr auf der Tagesordnung. Eher ist anzunehmen, dass die ukrainische Diplomatie versuchen wird, wieder – wie in der Zeit von Präsident Kutschma – zwischen dem Westen und Russland zu lavieren.

Polen wird seine Politik gegenüber der Ukraine überdenken und versuchen, sie auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Enttäuschungen der letzten Jahre haben hier für immer mehr kritische Stimmen gesorgt. Die ständigen Machtkämpfe in der ukrainischen Politik und die versäumten Reformen erschwerten die Zusammenarbeit. Hoffnungen auf ein künftiges pragmatisches Miteinander zumindest im wirtschaftlichen Bereich können genauso schnell platzen wie Hoffnungen auf eine schnelle Annäherung der Ukraine an den Westen.

... und auf den nüchternen Alltag

Doch die große Politik wird für die Einwohner der Grenzregionen kaum Auswirkungen haben. Die Realität an der Grenze sieht anders aus. Solange es die Grenze gibt und keine andere Arbeit weit und breit, wird sie die Menschen ernähren. So auch Pan Orest und seine Familie. Dreimal die Woche geht er nach Polen, einige Male geht seine Frau. Nach dem Grenzübergang verschwindet er kurz hinter ein paar Blechbuden. Dort kann er den Wodka und zwei Zigarettenspackungen verkaufen. Da er

schon länger im Geschäft ist, hat er drüben einen polnischen „Geschäftspartner“. Die anderen haben weniger Glück. Alte ukrainische Frauen stehen auf dem Platz vor dem Supermarkt und versuchen, ihre Flaschen für ein paar Złoty loszuwerden. Ein paar Meter weiter ist die Straße, wo sich eine Autoschlange gebildet hat. Auch hier stehen fast ausnahmslos Händler. Das sind diejenigen, die etwas mehr Geld haben und einen alten Lada oder einen Moskwitsch besitzen. Auf dem Dach haben sie ihre Einkäufe festgezurr – Blech, Holz, Heizkessel, Waschmaschinen oder Rohre. Für 200 Euro pro Person dürfen sie Ware zollfrei einführen. Fast alles ist in Polen billiger zu haben als in der Ukraine, mit Ausnahme von Wodka, Zigaretten und Benzin. So gibt es hier auch eine andere Schlange, die aus „Benzintouristen“. Deren Ausflugsziel: die nächste Tankstelle jenseits der Grenze. Dann schnell zurück, Benzin abpumpen und sich wieder anstellen. So kann man pro Tag ein paar Runden machen. Die Polen brauchen kein Visum für die Ukraine.

Die Ukrainer mit der Plastikkarte des Grenzanwohners dürfen dagegen nur jeden zweiten Tag nach Polen. Obwohl das eigentlich nicht stimmt. Sie dürfen jeden Tag nach Polen gehen, aber mit der Ware nur jeden zweiten. Alles wird im Computer erfasst.

Auf dem Rückweg kann man ein ähnliches Bild beobachten. Diesmal bildet sich eine Schlange vor der ukrainischen Passkontrolle. Wiederum teilt sie sich, jetzt sind es die Ukrainer, die schnell die Grenze passieren dürfen, die Polen müssen warten. Eine kleine Rache eben.

Pan Orest ist mit seiner Einkaufsstüte schnell durch. Denn bei seinen „Auslandsreisen“ kauft er auch immer im Supermarkt ein. Eine billige Kette hat wenige Meter hinter der Grenze eine Halle gebaut. Jetzt leuchtet hier ein Marienkäfer auf gelbem Hintergrund. Pan Orest bringt immer Käse, Würstchen oder sogar Butter nach Hause. Auch Lebensmittel sind in Polen billiger. Seinen Sohn besucht er selten, einmal im Monat vielleicht – es sei denn, das Fernsehen kommt.

Polen und Russland, unsere Nachbarn im Osten – heute Partner – Freunde?

Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a. D., ist Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Polen und Russland aus der Perspektive eines deutschen Politikers – vielleicht ein ungewöhnlicher Zugang. Aus der Distanz weitet sich der Blick, neue Aspekte scheinen auf. Deutlich wird, wie wichtig ein gutes polnisch-russisches Verhältnis für Deutschland und Europa insgesamt ist.

I.

Über Jahrzehnte war die Nadel meines außenpolitischen Kompasses nach Westen ausgerichtet. Meine erste Auslandsreise, noch als Schüler, führte mich nach Rom. Später ging es natürlich nach Frankreich und England und schließlich in die USA und vor allem nach Israel. Nach Polen oder in die Sowjetunion zu reisen, war mir auch als Student noch nicht in den Sinn gekommen. Polen war für mich ein von Kommunisten regiertes Land – Teil des von der Sowjetunion beherrschten Ostblocks, noch dazu durch ihren treuesten Vasallen, die DDR, von der Bundesrepublik abgeriegelt.

Hitlers Reichstagsrede vom 1. September 1939, die im Radio zumindest in Ausschnitten übertragen wurde und den Überfall auf Polen rechtfertigen sollte, klingt mir noch in den Ohren: „Seit 5.45 Uhr wird zurück geschossen und von jetzt an wird Bombe mit Bombe vergolten.“ Mit einer Lüge begann Hitler den Zweiten Weltkrieg, der Polen wie Deutschland, ja ganz Europa ins Unglück stürzen sollte. Je intensiver ich mich während meines Studiums mit der jüngsten europäischen Geschichte befasste, umso bewusster wurde mir, was für furchtbare Verbrechen in deutschem Namen an diesem Volk begangen worden waren: die Aufteilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die Bildung eines Generalgouvernements für Restpolen, der Mord an polni-

schen Juden, der Aufstand der Juden im Warschauer Ghetto, das Scheitern des Aufstandes der polnischen Untergrundbewegung, die Kapitulation Warschaus, dem die am Ostufer der Weichsel stationierten sowjetischen Truppen monatelang nicht zur Hilfe kamen.

Als das Zweite Vatikanische Konzil 1965 zu Ende ging, taten die polnischen Bischöfe den ersten Schritt: Mit ihrem Brief an ihre deutschen Amtsbrüder setzten sie eine befreiende Geste von moralischer Größe und Symbolkraft. „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Und ihre deutschen Mitbrüder erwiderten: „Mit brüderlicher Ehrfurcht ergreifen wir die dargebotene Hand.“ Vorausgegangen war die Ostdenkschrift der evangelischen Kirche, in der Flucht und Vertreibung als die Folgen des nationalsozialistischen Terrors bezeichnet wurden und für ein Polen in sicheren Grenzen geworben wurde.

Als Kultusminister von Rheinland-Pfalz förderte ich Anfang der siebziger Jahre die Schaffung eines Schulbuchinstitutes in Braunschweig, das Niedersachsen mit Unterstützung von Rheinland-Pfalz begründete (das heutige „Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung“) sowie die Errichtung des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, das unter der Leitung von Karl Dedecius beachtlich an Bedeutung gewinnen sollte, und die Einrichtung eines Studienschwerpunkts „Polonistik“ an der Universität Mainz.

Ich fuhr mehrfach nach Warschau oder traf mich mit Repräsentanten der polnischen Machthaber in Westdeutschland. Wir erreichten gemeinsam durchaus gewisse Erfolge, aber über das Leid der Menschen, die aus Schlesien oder Pommern vertrieben worden waren, oder gar über den Hitler-Stalin-Pakt durfte nicht gesprochen werden. Anlässlich meiner Polenreisen kam es zu ersten Begegnungen mit polnischen Katholiken. Sie vertieften sich, nachdem ich Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken geworden war. Der unvergessene Stanisław Stomma, der Nestor der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland, war schon 1958 als erster polnischer Sejm-Abgeordneter nach Bonn gereist. Ich lernte ihn und andere wichtige Personen, darunter Tadeusz Mazowiecki, Jerzy Turowicz, Mieczysław Pszon, Janusz Reiter und später besonders intensiv Władysław Bartoszewski kennen. In Krakau kam es im April 1973 zu einem langen Gespräch mit dem dortigen Kardinal Karol Wojtyła, dem späteren Papst Johannes Paul II., der zum „Türöffner der Freiheit“ (Helmut Kohl) werden sollte. Ich machte meinen ersten Besuch in Auschwitz, der Stätte furchtbaren Grauens. Ich stand an der Rampe, von der aus Edith Stein in die Gaskammer ging, und im Hunger-

bunker, in dem Maximilian Kolbe seinen Opfertod starb. Später sollte ich für zehn Jahre das Maximilian-Kolbe-Werk leiten, das bis heute versucht, überlebenden KZ-Opfern zu helfen. Mir wurde bewusst, wie notwendig, aber auch wie schwierig es werden würde, Brücken zu schlagen, um eines Tages zu Versöhnung, zu Partnerschaft, ja in noch fernerer Zukunft zu Freundschaft zu gelangen.

Die ungelöste Grenzfrage belastete über Jahrzehnte jedes Gespräch, und das Festhalten am Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen – für die Deutschen in der DDR eine Überlebensfrage – erwies sich als schwerwiegendes Hindernis. Beides konnte nicht mit den kommunistischen Machthabern in Polen gelöst werden. Dazu bedurfte es eines endgültigen Schlusstriches unter das Unheil des Zweiten Weltkriegs. Der Aufstand auf der Danziger Lenin-Werft mit Lech Wałęsa als Leitfigur der Solidarność-Bewegung, die Wahl eines Polen zum Papst, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger in Rom davon überzeugt war, dass der Kommunismus vor seinem Zusammenbruch stand, *veränderten alles*. Von Polen brach sich die Freiheitsbewegung in Osteuropa Bahn. Ohne Solidarność, ohne den Papst aus Polen wäre es nicht zur friedlichen Revolution in der DDR und zum 9. November 1989 gekommen. Der Zufall wollte es, dass ich diesen historischen Tag in Warschau erlebte. Die ersten Nachrichten über die Geschehnisse am Brandenburger Tor erreichten die deutsche Delegation, die Bundeskanzler Helmut Kohl auf seinem Staatsbesuch begleitete, beim Abendessen, zu dem uns der kurz zuvor zum Ministerpräsidenten gewählte Tadeusz Mazowiecki eingeladen hatte. Am Tag darauf, am 10. November 1989, konnten wir die Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau eröffnen. Ein Wunder war geschehen.

Warschau stimmte dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag zu. Die so lange und so heiß umstrittene polnische Westgrenze wurde von Deutschland bestätigt und anerkannt.

Mit aller Kraft hat sich Deutschland, hat sich insbesondere Helmut Kohl für den baldigen Beitritt Polens zur NATO und im Rahmen der Osterweiterung zur EU eingesetzt. Der polnische Ministerpräsident sprach in der Nacht zum 1. Mai 2004 vom glorreichsten Augenblick in der polnischen Geschichte. Schwierigkeiten und Irritationen blieben auch danach nicht aus, Fehler wurden auf beiden Seiten gemacht. Aber zumindest seit der Wahl von Donald Tusk zum polnischen Ministerpräsidenten ist das Eis gebrochen.

II.

Die deutsch-polnische Nachbarschaft steht auf einer belastbaren Grundlage. Ein selbstbewusstes Polen ist heute unser Nachbar. Unsere Beziehungen sind vielschichtig und eng. Versöhnung und Freundschaft sind keine Fremdworte mehr. Viele Polen orientieren sich in ihrem Bemühen um bessere Beziehungen zur Ukraine und zu Russland heute am deutsch-polnischen Beispiel. Auch die Beziehungen Polens zu Russland und erst recht unsere Beziehungen zu Russland leiden bis heute unter den Folgen des von Hitler mutwillig begonnenen Zweiten Weltkriegs. Sowjetische Truppen standen bis August 1994 mitten in Deutschland; Polen war, wie die DDR, ein sowjetischer Satellitenstaat. Von der Sowjetunion hatte der Zweite Weltkrieg den höchsten Blutzoll gefordert.

Erst die Ernennung Michael Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU, erst Perestrojka und Glasnost brachten die Auflösung der Sowjetunion, brachten die große – wie wir heute wissen – welthistorische Wende. Michael Gorbatschow wurde zu einem der Väter der deutschen Wiedervereinigung und zum Totengräber der Sowjetunion. Russland wurde zum größten und bedeutendsten Partner Polens und Deutschlands im Osten, wirtschaftlich und politisch. 6.000 deutsche Unternehmen arbeiten in Russland.

Es ist unsere gemeinsame Staatsräson, diese Beziehungen wichtig zu nehmen, ihnen größte Aufmerksamkeit zu schenken. Und auch Russland hat längst erkannt, dass es wirtschaftlich und politisch mehr zu gewinnen hat, wenn es auch mit Polen normale Beziehungen aufbaut. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland haben sich aufgrund beiderseitiger handfester Interessen gut entwickelt. Putin und seinem Nachfolger Medwedjew kommt das Verdienst zu, in der Nachfolge von Gorbatschow und Jelzin ihr Land stabilisiert zu haben. Zu einem demokratischen Gemeinwesen, wie wir es verstehen, ist es nicht geworden. Die Geltung der Menschenrechte und der demokratischen Grundrechte, volle Meinungsfreiheit, Rechtssicherheit und Marktwirtschaft sind für die Zukunft noch nicht gesichert. Kritische, unabhängige Journalisten werden ermordet. Ihr Tod wird nicht aufgeklärt.

Vor einiger Zeit hat Wolfgang Ischinger, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, im Deutschlandfunk von einem ausführlichen Gespräch mit Präsident Medwedjew berichtet. Dieser habe völlig neue Töne angeschlagen, nicht auf klassischen russischen Positionen beharrt,

sondern gesagt: „Wir brauchen in Russland auch mehr Öffnung, mehr Demokratie, mehr Heterogenität.“ Und er habe sein großes Interesse am Projekt gemeinsamer Raketenabwehr und an einer gesamteuropäischen Sicherheitsgemeinschaft gezeigt. Auch sein Bemühen um eine Entspannung im russisch-polnischen Verhältnis habe er betont. Das macht Hoffnung. Aber wie ist die Machtkonstellation im Kreml wirklich? Wer wird die Nachfolge von Medwedjew antreten? Er selbst oder sein Vorgänger?

Die deutsche Außenpolitik sollte die Veränderungen im Kreml beachten, sollte aber auch auf Polen Rücksicht nehmen. Angela Merkel hat angesichts der historischen Erfahrungen Polens zu Recht gesagt: „Wer nach Moskau fährt, sollte in Warschau Station machen.“

Das kostet Zeit und ist nicht immer einfach, aber wir sollten aus unserer gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichte die richtigen und die notwendigen Schlüsse ziehen. Polen muss sich vorbehaltlos auf uns verlassen können. Es darf seinerseits allerdings nicht nur respektieren, sondern es muss akzeptieren, dass es nicht nur für Deutschland, sondern auch für Polen lebensnotwendig ist, für Russland die Tür zu Europa offen zu halten. Ein offenes, unverkrampftes Verhältnis zwischen Russland und Deutschland ist darum Voraussetzung. Eine Mitgliedschaft Russlands in der EU kommt meines Erachtens aus vielen Gründen nicht in Frage, und auch eine Mitgliedschaft in der NATO begegnet bei mir großer Skepsis. Aber an einer Abwendung Russlands von Europa, an einer einseitigen Hinwendung nach Asien, kann weder Deutschland noch Polen gelegen sein.

Eine von Bismarck gerne gebrauchte Maxime lautet: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“ Ich meine: „Der Freund unseres Freundes ist unser Freund.“ Wir Deutsche wünschen uns für die Zukunft Polen und Russland als Partner und als Freunde.

Die deutsche Außenpolitik sollte die Veränderungen im Kreml beachten, sollte aber auch auf Polen Rücksicht nehmen. Angela Merkel hat angesichts der historischen Erfahrungen Polens zu Recht gesagt: „Wer nach Moskau fährt, sollte in Warschau Station machen.“ Das kostet Zeit und ist nicht immer einfach, aber wir sollten aus unserer gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichte die richtigen und die notwendigen Schlüsse ziehen. Polen muss sich vorbehaltlos auf uns verlassen können. Es darf seinerseits allerdings nicht nur respektieren, sondern es muss akzeptieren, dass es nicht nur für Deutschland, sondern auch für Polen lebensnotwendig ist, für Russland die Tür zu Europa offen zu halten. Ein offenes, unverkrampftes Verhältnis zwischen Russland und Deutschland ist darum Voraussetzung. Eine Mitgliedschaft Russlands in der EU kommt meines Erachtens aus vielen Gründen nicht in Frage, und auch eine Mitgliedschaft in der NATO begegnet bei mir großer Skepsis. Aber an einer Abwendung Russlands von Europa, an einer einseitigen Hinwendung nach Asien, kann weder Deutschland noch Polen gelegen sein.

Bücher

- Anna Ciencila*: Katyn. A Crime without Punishment. New Haven, Conn., 2008.
- Gerd Kaiser*: Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis. Berlin: Aufbau, 2002.
- Länderbericht Polen*. Hrsg. v. Dieter Bingen und Krzysztof Ruchniewicz (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 735). Bonn 2009.
- Länderbericht Russland*. Hrsg. v. Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1066). Bonn 2010.
- Eugenia Maresb*: Katyn 1940. The Documentary Evidence of the West's Betrayal. London 2010.
- Martin Schaub*: Streitfall Katyn. Die Wahrnehmung des Massakers in der sowjetrussischen, polnischen und westdeutschen Öffentlichkeit 1980-2000. Marburg: Tectum, 2008.
- George Sanford*: Katyn and the Soviet Massacre of 1940. Truth, Justice and Memory. London: Routledge, 2005.
- Victor Zaslavsky*: Klassensäuberung. Das Massaker von Katyn. Berlin: Klaus Wagenbach, 2007.

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift **OST-WEST. Europäische Perspektiven** bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europas und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von € 6,50 (D) / € 6,70 (A) / SFr 10,80 (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden:

Albanien, Heft 4/2010

Historischer Überblick • Politischer und kultureller Wandel • Religion und Nation

Umweltprobleme in Mittel- und Osteuropa, Heft 3/2010

Medien als Macht?, Heft 2/2010

Einfluss der Medien in Deutschland • Medienentwicklung in Mittel- und Osteuropa • Ethik der Medien

Kirche und Politik in Russland, Heft 1/2010

Zwischen Patriotismus und Nationalismus • Probleme der Ökumene • Religiosität im heutigen Russland

Bulgarien, Heft 4/2009

Zwischen Tradition und Moderne • Streiflichter aus Politik und Kultur • Orthodoxe und katholische Kirche in Bulgarien • Bulgarien und Deutschland

Kirchen der östlichen Traditionen, Heft 3/2009

Überraschende Vielfalt • Spirituelles Erbe • Ökumenische Beziehungen • Gelebte Ostkirche heute

Zwanzig Jahre Wende – Gespräche mit Zeitzeugen, Heft 2/2009

Europas Wiedervereinigung • Neun Zeitzeugen aus Deutschland, Polen, Russland, Tschechien und der Ukraine

Regionen in Europa – Vergessene Vielfalt, Heft 1/2009

Das Europa der Regionen • Neun Beispiele • Porträt: Patriarch Kyrill von Moskau

Weitere Informationen, auch zu früheren Jahrgängen, finden Sie unter www.owep.de.

Heft 2/2011 erscheint Mitte Mai zum Thema

»Bleibende Wunden – Psychische Folgen des Kommunismus«.

Verlag Friedrich Pustet



www.verlag-pustet.de

Editorial

Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus geschieht in der Regel mit den Mitteln der Geschichtsschreibung. Historische Fragestellungen dominieren die Diskussion um seine Genese, seine Umsetzung in der Praxis und deren Auswirkungen bis zu seinem Fall 1989/90. Diese historischen und politischen Aspekte verstellen nicht selten den Blick auf die Konsequenzen dieser Herrschaftsform für den Einzelnen, für sein individuelles oder familiäres Schicksal, das er häufig allein und mit sich selbst zu bewältigen hat. Dabei waren gerade die psychischen Folgen häufig auch dann noch sichtbar, als es den Kommunismus in den betreffenden Ländern längst nicht mehr gab.

Die Beiträge dieses Heftes versuchen eine Annäherung an diesen komplexen und schwer greifbaren Aspekt. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach den Spätfolgen kommunistischer Herrschaftspraxis für die mentale Entwicklung und Verfassung der Menschen in den Ländern Ostmitteleuropas, die unter dieser Herrschaftsform persönlichen Diskriminierungen unterschiedlichen Ausmaßes ausgesetzt waren.

Dabei kommen sowohl Psychoanalytiker zu Wort, die über ihre Erfahrungen mit der Therapie – beispielsweise durch Traumanalyse – vom Kommunismus geschädigter Patienten berichten, als auch Betroffene, die über das Leben „zwischen Sein und Schein“ (Filaj-Ballvora) beispielsweise in Albanien oder Rumänien schreiben. Die Reflexion über die Bedeutung der Kirche als „die am meisten kommunismusresistente Dimension des Lebens“ (Preda) ist dabei ebenso Teil der Beiträge und Interviews wie die Frage nach der erneuten Traumatisierung von Teilen der Menschen nach 1989. Vieles, was auf den ersten Blick verstörend und befremdend wirkt, erschließt sich dem Leser nach und nach durch die unterschiedlichen Blickwinkel, die dieses Heft zu vermitteln versucht. Eine alle Aspekte umfassende Darstellung ist freilich nicht möglich, doch allein schon die Hinführung an das Thema sowie die Sensibilisierung für die Problematik war das Anliegen der Redaktion.

Die Redaktion

Wie leben mit Erinnerungen, die man kaum erträgt?

Zu den psychosozialen Folgen von Systemunrecht

Prof. Dr. Thomas Hoppe lehrt Katholische Theologie unter besonderer Berücksichtigung der Sozialwissenschaften und der Sozialethik an der Universität der Bundeswehr Hamburg.

Das Ende des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa liegt zwar fast ein Vierteljahrhundert zurück, doch leiden bis heute viele Menschen unter den Folgen des Systems. Vielfach wird das Geschehene verdrängt oder ignoriert. Der folgende Beitrag vermittelt einen Überblick über die Problematik und skizziert Möglichkeiten der Hilfe für die Opfer. Vieles lässt sich nicht wieder heilen, jedoch sollte es ein Anliegen der Gesellschaft sein, den Betroffenen ihre Würde zurück zu geben.

I.

Zwanzig Jahre können eine sehr lange Zeit sein, aber auch eine ziemlich kurze; wenigstens dann, wenn es um das historische Gedächtnis von Menschen und Völkern geht, ihre Suche nach Antwort auf die als bedrängend empfundene Frage danach, wie dem standzuhalten wäre, was sich in der Erinnerung beharrlich zurück meldet, allen Versuchen zum Trotz, sich durch eine entschlossene Wendung des Blickes „nach vorn“ hiervon zu bewahren. Mit dem Abstand von zwanzig Jahren rückt vielleicht manches Detail in diffuser werdende Erinnerungsschichten ein, dafür treten Schlüsselsituationen des Geschehenen und die großen Linien seiner Verläufe um so konturenschärfer ans Licht.

Gut zwanzig Jahre brauchte es, bis das Thema der weithin unterbliebenen Aufarbeitung des Nationalsozialismus die bundesrepublikanische Gesellschaft erschütterte, ein tragendes Motiv jener Studentenrevolte, die sich mit der Jahreszahl 1968 verbindet. Wird nun, mit etwa demsel-

ben zeitlichen Abstand, die Aufarbeitung der Epoche des Kommunismus und seiner Herrschaftsformen, die bis 1989 die Alltagswirklichkeit in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas prägte, dort einen entsprechenden Stellenwert erhalten?

Sicher ist: Zahllose Menschen in diesen Ländern sind auf durchaus unterschiedliche Weise mit den Folgen kommunistischer Herrschaftspraxis bis in die Gegenwart hinein konfrontiert. Der ungarische Schriftsteller und Überlebende von Auschwitz Imre Kertész („Roman eines Schicksallosen“) prägte vor Jahren bereits die Formel, mit Diktaturen könne man nicht politisch umgehen. Denn sie seien eine „Lebensform“, die sich nur über Jahrzehnte hinweg überwinden lasse. Dies auch deswegen, weil moderne Diktaturen darauf angelegt seien, das Bedürfnis nach einer „Vaterherrschaft“ zu befriedigen und auf diese Weise einen Konsens unter den Beherrschten zu stiften, dessen Preis in deren Entmündigung als Subjekte nicht nur von politischen, sondern auch von vielen alltäglichen Entscheidungsprozessen bestehe. Die Prägekraft dieser Sozialisationsmechanismen für die Individualität von Personen sei kaum zu überschätzen.¹ Unter diesen Bedingungen fällt es naturgemäß schwer, sich auf die Zumutungen, ja manchmal existenziellen Risiken der Freiheit, wie sie in einem westlich geprägten demokratischen Regierungssystem erfahrbar werden, einzulassen, und es wird nachvollziehbar, worin die Verführungskraft autoritärer Staatsmodelle gründet.

II.

Im Speziellen machen sich die Folgen des Kommunismus dort bemerkbar, wo man auf die eigene Position innerhalb der damals gegebenen Systemstrukturen reflektiert. Im Blick auf die Betroffenheit durch Systemunrecht lässt sich grob die Dreiteilung in die „Rollen“ der hierin auf unterschiedlichen Ebenen Verantwortlichen („Täter“), der dadurch Geschädigten („Opfer“) und derer durchführen, die weder in die eine noch in die andere Situation gerieten. Deren Bezeichnung als „Zuschauer“ wirft jedoch eine Reihe von Fragen auf, etwa danach, wie weit jemand, der dieser Kategorie zugeordnet wird, als Unbeteiligter am Geschehen zu betrachten ist. Nicht wirksam Einfluss nehmen zu können und unbeteiligt zu sein, ist ja keineswegs dasselbe. Dies kann sich unter anderem

¹ Interview mit Walter von Rossum, Deutschlandfunk, 19.01.1997.

darin zeigen, dass ein Mensch unter seinem Mangel an Handlungsmöglichkeiten auch im Nachhinein noch leidet, während die Feststellung, unbeteiligt zu sein, in aller Regel eher den Beigeschmack einer Entschuldigung mit sich führt, selbst wenn die mangelnde äußerliche Beteiligung am Geschehen durchaus mit dessen innerer Billigung einhergegangen sein kann. Über längere Zeiträume begegnen zudem persönliche Konstellationen, die sich nicht eindimensional auf nur eine der angegebenen Kategorisierungen beziehen lassen; „Täter-Opfer“- und „Opfer-Täter“-

Die Kategorisierung „Täter-Opfer“ lässt sich nicht immer streng durchhalten, sie kann sich sogar ins Gegenteil verkehren.

Biographien spiegeln sich z. B. in den Akten der Staatssicherheit der ehemaligen DDR, die die Tätigkeit der „Informellen Mitarbeiter“ dokumentieren, mehr als nur gelegentlich wider.

Die direkten Opfer staatlicher Repressionsmaßnahmen hatten ohne Zweifel das schwerste Schicksal zu ertragen. Auch hier ist ein Blick auf die Situation in der DDR hilfreich: Seit dem Ende des Stalinismus, vor allem aber nach der Einigung auf die Grundsätze der Schlussakte von Helsinki der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im Jahr 1975 waren physische Formen von Gewaltanwendung kein Mittel der Wahl mehr, wenngleich eine derartige Praxis damit noch lange nicht gänzlich endete. Psychische Gewalt in ihren subtilen wie brutalen Erscheinungsformen wurde dafür von den Betroffenen um so häufiger erlebt, etwa in Konzeptionen zur „Zersetzung“ einer Person, die auf deren soziale Isolierung, Desorientierung und auf ihre Diskreditierung gerichtet waren; aufgrund der damit verbundenen Maßnahmen und Mechanismen hatten sie in vielen Fällen lange nachwirkende psychische Schädigungen zur Folge.² Berufliches Fortkommen und eine annähernd normale Lebensführung wurden auch für diejenigen vielfach unmöglich, denen Inhaftierung und Verurteilung zu langjährigen Gefängnisstrafen mit den hierfür charakteristischen Traumatisierungen erspart blieb. Auch nach dem Ende der DDR ergaben sich daraus bleibende Benachteiligungen, die durch eine strafrechtliche Rehabilitierung und Versuche, mit Hilfe entsprechender Gesetze einen Teil des erlittenen Unrechts zu entschädigen, nicht ausgeglichen werden können.

Überaus schmerzliche Wunden blieben aber auch bei manchen Men-

² Zu den angewendeten Methoden und ihren Auswirkungen vgl. z. B. Sandra Pingel-Schliemann: *Zersetzen. Strategie einer Diktatur*. Berlin 2002.

schen zurück, die die Staatsmacht nicht so sehr als ihnen feindliches Gegenüber erlebten, sondern in die Kooperation mit deren Organen ebenso systematisch wie schleichend verstrickt wurden. Dies dürfte wohl nicht zuletzt für einen nennenswerten Teil der Personen gelten, die als „Informelle Mitarbeiter“ der Staatssicherheit geführt wurden. Die mehr oder minder starke Überzeugung, im Sinne einer guten Sache zu handeln, steht nicht selten am Beginn dieser Art von Zusammenarbeit; wird später das Ausmaß deutlicher, in welchem man dadurch an systembedingtem Unrecht beteiligt wird, gelingt es jedoch meist nicht mehr, sich daraus ohne Weiteres zurückzuziehen. Wer aber realisiert, dass er sein Handeln ab einem bestimmten Punkt mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbaren kann, gerät dadurch in eine innere Situation, die ihn als moralisches Subjekt zu zerbrechen vermag. Wo Verdrängungsmechanismen nicht mehr weiterhelfen, kann es daher sehr schwer werden, mit einer solchen Situation auf Dauer zu leben. Gerade die Techniken der Verstrickung bedeuten damit einen besonders nachhaltig schädigenden „Angriff auf die Seele“, was dann noch verstärkt gilt, wenn nicht Erwachsene, sondern Kinder und Jugendliche im Fokus entsprechender Anwerbsstrategien stehen.³

Der oft beklagenswerten Lage vieler Opfer stehen manche Indifferenz auf Seiten derer, die in diese Rolle nicht gerieten, sowie die nicht selten anzutreffenden Rechtfertigungsstrategien der Verantwortlichen für das geschehene Systemunrecht gegenüber. Solche Strategien beruhen nur teilweise auf ideologischen Begründungsmustern; vielmehr muss beunruhigen, in welchem Ausmaß ein Handeln, das zur Zerstörung einer Persönlichkeit geführt haben kann, als unter den obwaltenden Systemzwängen konsequent und unvermeidlich interpretiert und womöglich subjektiv tatsächlich so wahrgenommen werden kann. So lässt sich die Erfüllung der jeweiligen funktionalen Aufgabe im Systemzusammenhang mit der Überzeugung verbinden, persönlich keine unehrenhaften Motive gehabt und im Einzelfall vielleicht sogar manche Milderung ansonsten noch unerträglicherer Zustände bewirkt zu haben. Das Erschrecken über die Folgen eigenen Handelns wird auch dadurch gehemmt, dass die dafür Verantwort-

Täter-Opfer-Gespräche sind bis heute überaus selten, und die meisten von ihnen scheitern erfahrungsgemäß.

³ Vgl. etwa Klaus Behnke/Jürgen Wolf (Hrsg.): Stasi auf dem Schulhof. Der Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch das Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 1998.

lichen ihren Opfern im Gros der Fälle nicht mehr begegnen. Täter-Opfer-Gespräche, also bewusst intendierte Zusammentreffen, sind bis heute überaus selten, und die meisten von ihnen scheitern erfahrungsgemäß.

III.

Unsichtbar scheint, wenigstens auf den ersten Blick, das Leid, das auf einer Gesellschaft lastet, in der Menschen zusammen leben müssen, die einander einst als Täter und Opfer begegneten. Dennoch bleibt es vielfach in eminenter Weise präsent und wirksam. Hierbei geht es nicht nur um die Folgen moralischer oder krimineller Schuld im geläufigen Sinn des Wortes. Am Phänomen der Verstrickung wird vielmehr deutlich, wie sehr etlichen Handlungszusammenhängen, in denen Menschen sich vorfanden, tragische Züge zukommen. Der Versuch, im eigenen Handlungsrahmen Unrecht und Leid wenigstens zu mindern, konnte darauf hinauslaufen, auf andere Weise dem Unrecht aufzuhelfen, seine Wirksamkeit noch zu steigern. Erfahrungen von Ausweglosigkeit und Ohnmacht prägen die Erinnerung unzähliger Menschen, zugleich damit ihr Lebensgefühl in der Gegenwart.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal dieser Gegenwart liegt in der Zäsur der Lebenswelten, die Menschen, die zu Opfern von Systemunrecht wurden, von jenen trennt, die dieses verantworteten oder solches Handeln stillschweigend akzeptierten. Letzteren gelingt es meist, in und nach Wendezeiten in der unter neuen politischen Vorzeichen entstehenden gesellschaftlichen Realität wieder Fuß zu fassen, sich nicht selten erfolgreich darin zu etablieren, ja den Gang der weiteren Entwicklung womöglich maßgeblich mitzubestimmen und so erneut Verhältnisse entstehen zu lassen, die den eigenen Interessenlagen und Präferenzen günstig sind. Denjenigen, die die Erfahrungen des Opfer-Seins in sich tragen, fällt dies ungleich schwerer; nicht nur gelegentlich scheitern solche Versuche, nachdem sie wiederholt unternommen wurden. Menschen, die unter den Systembedingungen der Diktatur ausgegrenzt und verfolgt wurden, sehen sich auch unter gewandelten politischen Bedingungen erneut marginalisiert und von der großen Mehrheit weitgehend isoliert, schon deswegen, weil kaum jemand von ihren Erfahrungen und ihrer Lebenssituation Kenntnis nehmen will, der diese nicht selbst in ähnlicher Weise leidvoll erfahren hat. Nicht nur im psychologischen, sondern auch im soziologischen Sinn erscheint die Beobachtung, dass die

markierte Trennung der Lebenswelten nicht Fiktion, sondern schmerz-hafte Realität ist, als berechtigt.

Vor diesem Hintergrund erweisen sich herkömmliche Versuche, pragmatisch mit den Herausforderungen von Transformationsprozessen umzugehen, als unzulänglich, weil sie die Ernsthaftigkeit und Tiefe der tatsächlich aufkommenden Fragen erkennbar unterbieten. Hierin liegt eine der wesentlichen Ursachen für die Enttäuschung, die sich bei nicht wenigen Menschen mit der Erfahrung der konkreten Praxis politischer, gesellschaftlicher, ökonomischer und sozialer Veränderungsprozesse verbindet. Dies gilt selbst dann, wenn diese Praxis äußerlich durchaus erfolgreich ist. Dass das allgemeine Lebensniveau gegenüber dem Zustand zur Zeit des alten Regimes deutlich angehoben wurde, erscheint in dieser Sicht bei aller Anerkennung des Geleisteten doch nur als eine relative, sekundär bleibende Errungenschaft, der gegenüber die Bewältigung wesentlicher, auf politisch-moralischer Ebene liegender Herausforderungen weiterhin aussteht. Nur Unkenntnis der hinter dieser Wahrnehmung liegenden Problemkonstellation mag es Betrachtern von außen als berechtigt erscheinen lassen, im Hinweis auf die begrenzte Reichweite etwa ökonomischer Konsolidierungsprozesse einen Mangel an Dankbarkeit derer zu diagnostizieren, denen diese Fortschritte zugute kommen sollen.

IV.

Entgegen einer vielleicht auf den ersten Blick plausiblen Erwartungshaltung sind in einer solchen Situation auch Kirchen und religiöse Gemeinschaften nicht diejenigen Institutionen, denen vorab eine besondere Befähigung zugeschrieben wird, auf die Fragen, die die Gesellschaft umtreiben, angemessen antworten zu können. Denn zum einen haben auch sie unter den Bedingungen des ehemaligen politischen Systems leben und überleben müssen, unterlagen also in einem nicht unerheblichen Grad selbst den subtilen Mechanismen der Herrschaftssicherung, die sich mit diesem System verbanden. Ihre Glaubwürdigkeit als geeignete Institutionen zur Aufarbeitung von Unrechtserfahrungen war daher stets Zweifeln ausgesetzt, und jüngste Veröffentlichungen mit einer Reihe durchaus selbstkritischer Beiträge

Auch Kirchen und religiöse Gemeinschaften können nicht selbstverständlich auf die Fragen, die die Gesellschaft umtreiben, angemessen antworten.

von Kirchenvertretern aus vormalig kommunistisch regierten Ländern zu Möglichkeiten und Grenzen ihres damaligen und heutigen Tuns bestätigen dies.⁴ Zum anderen erschien häufig unklar, worin ein inhaltlich substanzieller kirchlicher Beitrag zu den Fragestellungen gesellschaftlicher Aufarbeitungsprozesse überhaupt liegen könnte. Theologische Antwortversuche, auch solche, die sich im Sinne von Johann Baptist Metz in besonderer Weise einer „leidempfindlichen Gottesrede“⁵ verpflichtet sahen, erreichten nur diejenigen, die einen Zugang zu dieser Reflexionsform gefunden hatten, also eine deutliche Minderheit im Vergleich zur Gesamtgruppe derer, die nach Antworten auf die Fragestellungen des Aufarbeitungsprozesses suchten. Eher schon konnten kirchliche Strukturen einen Rahmen dafür bieten, die großen Themen der Aufarbeitung von Systemunrecht zu identifizieren und sie unter Beteiligung von Zeitzeugen aus unterschiedlichen Länderkontexten ins Gespräch zu bringen, um Anregungen dafür geben zu können, welche Aspekte mit welcher Gewichtung in einem den kirchlichen Raum überschreitenden gesellschaftlichen Kontext zu erörtern wären.⁶

Deutlich wurde dabei immer wieder, dass es sich verbietet, Kategorien wie diejenigen der Vergebung und der Versöhnung vorschnell in einen politisch-ethischen Gesprächszusammenhang einzuführen. Denn damit wird riskiert, dass die Frage nach den anspruchsvollen Voraussetzungen für die mit diesen Kategorien bezeichneten Prozesse unbestimmt bleibt. Umgekehrt müssten zunächst diese Voraussetzungen geklärt und den Gründen dafür nachgegangen werden, warum sie oft so schwer zu realisieren sind. Aufarbeitung von Systemunrecht muss sich an der Trias „Erinnerung – Gerechtigkeit – Versöhnung“⁷ orientieren, wobei zu vermeiden ist, dass die Bedeutung, die dem Bemühen um eine authentische

4 Vgl. etwa Ingeborg Gabriel/Cornelia Bystricky (Hrsg.): *Kommunismus im Rückblick. Ökumenische Perspektiven aus Ost und West* (1989-2009). Ostfildern 2010.

5 Vgl. z. B. Johann Baptist Metz: *Kein Leid, das uns nichts angeht*. In: *Süddeutsche Zeitung*, 28.09.2004, S. 17.

6 Vgl. Dieter Grande (Hrsg.): *Ohne Erinnerung keine Versöhnung. Ansätze zu einer Charta Memoriae*. Dokumentation eines internationalen Workshops in der Gedenkstätte Buchenwald (Deutsche Kommission Justitia et Pax: Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden, Nr. 41). Bonn 1999; *Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit. Empfehlungen zum Umgang mit belasteter Vergangenheit* (Deutsche Kommission Justitia et Pax: Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden, Nr. 102). Bonn 2004.

7 Vgl. Thomas Hoppe: *Erinnerung, Gerechtigkeit und Versöhnung. Zur Aufgabe eines angemessenen Umgangs mit belasteter Vergangenheit*, in: Michael Bongardt/Ralf K. Wüstenberg (Hrsg.): *Versöhnung, Strafe und Gerechtigkeit*. Göttingen 2010, S. 29-51.

Erinnerung an das Geschehene und dem Streben nach Linderung der Folgen erlittenen Unrechts zukommt, von der Versöhnungsfrage her relativiert wird: Auch wo letztere bis auf weiteres offen steht, haben solche Bemühungen einen unverzichtbaren Eigenwert. Denn die Arbeit daran, zu authentischem, also nicht selektivem und damit verfälschendem Erinnern vorzudringen, beugt nicht nur der späteren Legendenbildung vor, vielmehr ist sie selbst ein Beitrag dazu, ein Stück Gerechtigkeit für die Opfer von Unrechtsstrukturen und -handlungen zu schaffen und ihre verletzte Würde wieder aufzurichten: Indem verhindert wird, dass die Verursachungsfaktoren und Verantwortlichkeiten für das ihnen zugefügte Leid auch nach Überwindung dieser Strukturen dem kollektiven Vergessen anheim fallen.

Zu den Aufgaben wiederherstellender Gerechtigkeit gehört es darüber hinaus, jenseits individueller Rehabilitierungen und Entschädigungen die gesellschaftliche Situation von Opfern zu verändern, indem sie aus der selbst empfundenen Isolation befreit und aktiv in den Prozess der gesellschaftlichen Aufarbeitung einbezogen werden. Denn nicht zuletzt wird diese Wahrnehmung dadurch verstärkt, dass es ihnen unmöglich ist, über das von ihnen Erlittene zu sprechen – sei es, weil die Tiefe der eigenen Verletzungen dies verwehrt, sei es, weil die lebensweltlichen Plausibilitäten der Gegenwart hierfür keinen Ort mehr zu bieten scheinen. Durch Zeitzeugengespräche, öffentliche Ehrungen der Opfer, Gedenkstättenarbeit, historisch wie didaktisch mit Sorgfalt konzipierte Publikationen, Medienarbeit und überhaupt die Thematisierung dieser Problematik im Bereich von Erziehung und Bildung kann es gelingen, geeignete Formen kollektiven Erinnerns zu entwickeln und sie zugleich vor politischer Manipulation zu schützen. Sie lassen sich im weiteren Sinne als Akte der Rehabilitation und der Entschädigung ansehen. Denn sie zielen darauf, gegen das allmähliche Vergessen anzuarbeiten, das über Zeit die Opfer ein zweites Mal zu Opfern werden lässt.

In diesen Zusammenhang sind auch konkrete, in der karitativen bzw. diakonischen Arbeit der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland realisierte psychosoziale Hilfsangebote für Menschen zu stellen, die durch die Erfahrungen von politischer Repression traumatisiert wurden.

Die öffentliche Beratungstätigkeit der Kirchen folgt dem Grundsatz, den Betroffenen einen „geschützten Raum“ und Wege zu eröffnen, auf denen sie das Gefängnis ihrer Erinnerungen ein Stück weit aufsprengen können.

Die öffentliche Beratungstätigkeit im Rahmen dieses Projekts, die seit 2004 dezentral in den ostdeutschen Bundesländern durchgeführt wird, folgt dem Grundsatz, den Betroffenen einen „geschützten Raum“ und Wege zu eröffnen, auf denen sie das Gefängnis ihrer Erinnerungen ein Stück weit aufsprengen können.⁸ So soll es ihnen ermöglicht werden, trotz der erlittenen Schädigungen Formen der alltagspraktischen Lebensbewältigung zu entdecken und die dazu notwendigen Kraftressourcen in sich zu erschließen. Es geht dabei nicht um die illusionäre Absicht, die seelischen Verwundungen umfassend zu heilen; das Ziel besteht darin, zu der Wahrnehmung zu gelangen: „Ja, ich war ein Opfer, aber letztlich haben mich die Verfolger nicht besiegt. Es ist Vergangenheit, ich habe noch ein Leben danach.“⁹

Diese Form karitativen Engagements kann auch solche Menschen erreichen, deren Kirchenbindung aus unterschiedlichsten Gründen weniger stark ausgeprägt ist oder gänzlich fehlt. Sie haben die Möglichkeit, ein niederschwelliges Angebot in Anspruch zu nehmen. Der bisherige Verlauf der Beratung zeigt den weiterhin bestehenden Bedarf an psychosozialer Hilfe für den betroffenen Personenkreis auf. Es ist daher dringend zu wünschen, dass diese auch künftig bereit gestellt werden kann.

Ein bescheidener Beitrag, gewiss, aber doch eine Alternative dazu, das Existieren bleibender Verwundungen nur zu beklagen. Und ein Stück praktischer Verantwortungsübernahme in einem Bereich, der zum Auftrag von Kirche in dieser Welt untrennbar dazugehört: der konkreten Sorge um den Nächsten, gerade den verletzten und bedrängten. Es gibt Grund zu hoffen, wenn man darum weiß, dass so zu handeln möglich ist.

8 Vgl. Norbert Peikert: Psychosoziale Beratung für Betroffene von Systemunrecht und Gewaltherrschaft. In: *Evangelische Theologie* 70 (2010), S. 145-150; Thomas Hoppe, Psychosoziale Beratung für Betroffene von Systemunrecht in der ehemaligen DDR. In: ebd., S. 151-158.

9 Norbert F. Gurrus: Interview, veröffentlicht im 4. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt. Magdeburg 1998, S. 108-114, hier S. 113.

Die Folgen von Traumata durch politische Verfolgungen. Einige Fallstudien

Prof. Dr. med. Krzysztof Rutkowski ist Direktor des Zentrums für die Behandlung von politisch Verfolgten, das dem Institut für Psychiatrie der Jagiellonen-Universität in Krakau angegliedert ist.

Der folgende Beitrag beschreibt die Traumata und ihre Folgen, an denen viele Polen aus politischen Gründen während der kommunistischen Herrschaft litten. Die Fallstudien konzentrieren sich auf den Zeitraum zwischen 1939 und 1956, was rechtliche Gründe hat; zudem würde eine Darstellung aller Methoden und Folgen der politischen Verfolgungen zwischen 1939 und 1989 die Möglichkeiten dieses Artikels überschreiten.

Einführung

Entgegen der verbreiteten Meinung begannen die kommunistischen Verfolgungen in Polen nicht nach Ende des Zweiten Weltkriegs, sondern bereits mit seinem Ausbruch als Folge des Hitler-Stalin-Pakts vom 23. August 1939. Dieser Pakt teilte die Gebiete der unabhängigen Staaten Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland und Rumänien zwischen der Sowjetunion und Hitler-Deutschland auf. Die geheimen Arbeiten an dem Abkommen hatten im April 1939 begonnen; für Polen bedeuteten sie einen Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion über die Teilung Polens. Er wurde am 17. September 1939 umgesetzt, als die Rote Armee nach Polen einmarschierte und dadurch die deutsche Offensive unterstützte. Von diesem Augenblick an begannen die kommunistischen Verfolgungen in Polen.

Nach Kriegsende blieben Abteilungen der Roten Armee und des sowjetischen Innenministeriums (NKWD) in Polen, wo sie de facto als Besatzungsmacht agierten. Die größten Verfolgungen gab es bis 1956; nach Stalins Tod 1953 gingen sie allerdings allmählich zurück. In dieser

Zeit wurden Personen, die sich für den Kampf gegen den Kommunismus engagierten oder lediglich anderer politischer Ansichten verdächtigt wurden, zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, außerdem wurden rund 1.000 Todesurteile offiziell vollstreckt; die Zahl der ohne Urteile Ermordeten und der durch Folter Getöteten ist nicht bekannt. Noch nach dem Krieg gab es Verschleppungen von Polen in sibirische Lager, für die sowjetische Einheiten verantwortlich waren.

Die massenhaften antikommunistischen Demonstrationen im Juni 1956 sowie die ungarische Revolution führten zu einigen Veränderungen. So wurde eine Amnestie erlassen und die Verfolgungen in den nächsten Jahren waren weniger umfangreich, richteten sich nun aber gegen konkrete Personen und wurden während der antikommunistischen Proteste 1968, 1970, 1976 und 1980 wieder intensiviert. Im August 1980 begann die Solidarność-Bewegung, der durch die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 ein Ende gesetzt wurde. Trotz der fortgesetzten politischen Verfolgungen führten das antikommunistische Engagement und die politische Lage zu Gesprächen der Opposition des Solidarność-Lagers mit der Regierung. Sie ermöglichten am 4. Juni 1989 die ersten freien Wahlen in einem Ostblockland. Der Senat bestand nun in seiner Gesamtheit aus Personen, die der antikommunistischen Opposition verbunden waren; Ministerpräsident wurde Tadeusz Mazowiecki. Diese Veränderungen hatten Einfluss auf weitere Länder und ermöglichten u. a. den Fall der Berliner Mauer im November 1989.

Mit der Erforschung der Nachwirkungen der Verfolgungen begann man in Polen schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist allerdings

Die Symptome der Erkrankung halten selbst noch viele Jahre nach der Traumatisierung an und verstärken sich aufgrund der schwächer werdenden Kontrollmechanismen sogar noch.

darauf hinzuweisen, dass die ersten Veröffentlichungen über kriegsbedingte Nervenkrankheiten bereits während des Ersten Weltkriegs veröffentlicht wurden. Aus offensichtlichen Gründen betrafen die Forschungen der fünfziger Jahre lediglich die nationalsozialistischen Verfolgungen;

erste Dissertationen erschienen bereits 1960. Nach 1989 wurden die Arbeiten auf die Erforschung der Folgen der kommunistischen Verfolgungen ausgeweitet. Diese Arbeiten werden in Krakau am Lehrstuhl für Psychiatrie sowie am Lehrstuhl für Psychotherapie der Jagiellonen-Universität betrieben.

Alle Untersuchungen haben eindeutig bestätigt, dass verbreitet post-traumatische Belastungsstörungen (PTBS) sowie andere psychische Störungen auftreten, die Folgen erlittener Traumata sind. Am häufigsten handelt es sich um depressive Erkrankungen, Angstzustände und Persönlichkeitsveränderungen. Wichtig ist, dass diese Symptome selbst noch viele Jahre nach der Traumatisierung anhalten und sich aufgrund der schwächer werdenden Kontrollmechanismen sogar noch verstärken.

Das Durchschnittsalter der Patienten in psychiatrischer Betreuung beträgt heute fast 70 Jahre und steigt natürlich. Verkürzt gesagt haben die Untersuchungen ergeben, dass PTBS bei 80 Prozent auftreten, Persönlichkeitsveränderungen nach Extremlastung bei 16 Prozent, affektive Störungen bei 57 Prozent und anhaltende wahnhaftige Störungen bei 1 Prozent. Die bei den Patienten auftretenden Symptome sind für die genannten Störungen typisch. Unter ihnen dominieren Zeichen von Überempfindlichkeit für alle Stimuli (Reize), die mit den Traumata zu tun haben, etwa Jahrestage, aber auch neutrale Stimuli wie ein in russischer Sprache geführtes Gespräch, selbst wenn eindeutig gesagt wird, man habe keine Vorurteile; dennoch lassen die monatelangen Gefahren zum Beispiel vonseiten der Wächter im sowjetischen Lager Assoziationen anklingen. Immer wieder kommt es auch zu Alpträumen.

Äußerst schwerwiegend sind bei Personen, die in jungen Jahren Repressionen ausgesetzt waren – etwa weil sie mit ihrer Familie nach Russland deportiert wurden –, so genannte Vermeidungssymptome. Diese Personen gehen allen sozialen Kontakten aus dem Weg, sie ziehen sich zurück und haben einen beschränkten Bekanntenkreis.

Oft wiederkehrend sind Symptome von Depressivität, fehlender Fröhlichkeit und Niedergeschlagenheit. Wenn man sämtliche Symptome zusammenfasst, so kann man sagen, dass sie selbst viele Jahre nach den erlittenen Traumata das Leben der Untersuchungspersonen noch erheblich beeinträchtigen.

Im Folgenden werden einige typische Beispiele für Traumata angeführt, die eine Folge unterschiedlicher Arten von Verfolgung sind.

Erstes Beispiel: Gefangenschaft aus politischen Gründen

Herr B. W. wurde durch das ehemalige Militärbezirksgericht 1950 auf der Grundlage von Art. 86 § 2, Art. 69 § 3 sowie Art. 46 § 1 und Art. 48 § 1 des Strafgesetzbuchs der polnischen Armee zu drei Jahren Gefängnis, zum Verlust der öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte für ein Jahr

sowie zum Verlust seines ganzen Vermögens verurteilt. Er war in patriotischen Traditionen erzogen worden. Seine Eltern hatten in der Heimatarmee¹ gekämpft, sein Vater war von deutschen Soldaten festgenommen worden und in einem Konzentrationslager ums Leben gekommen.

1948 gründete B. W. eine Organisation mit dem Namen „Kreis der Anhänger der Mickiewicz-Idee“, die später in „Orzeł“ (Adler) umbenannt wurde. In dieser Organisation wurden Gedichte mit patriotischem Inhalt geschrieben, man bereitete Flugblätter vor und verteilte sie. Nachdem die Organisation aufgedeckt worden war, wurde die Untersuchungsperson in ihrem möblierten Zimmer verhaftet und zum UB (Urząd Bezpieczeństwa, Geheimpolizei) gebracht, wo schwere Misshandlungen folgten. Die erste Nacht hindurch wurde der Festgenommene in einem Untersuchungszimmer festgehalten, das er nicht verlassen durfte, anschließend wurde er in einer Kellerzelle untergebracht. Er wurde schikaniert und dadurch verängstigt, dass man ihm sagte, seine Mutter würde wegen ihm leiden, seine Brüder ihre Arbeitsstellen verlieren.

Nach dem Ende der Untersuchungen – nach rund acht Monaten – wurde er ins Gefängnis im Lubliner Schloss gebracht. Hier kam er nacheinander in verschiedene Sammelzellen mit wöchentlichem Wechsel. Das Urteil nahm er ruhig auf, da er eine höhere Strafe befürchtet hatte. Er verbrachte die Haft im Gefängnis in Lublin, in dem 1951 eine Abteilung für jugendliche Gefangene eingerichtet worden war; später wurde er in ein Gefängnis für jugendliche politische Häftlinge in Jaworzno verlegt und zur Arbeit bei der Herstellung von Halbfertigprodukten eingesetzt. Nach mehrmaligem Krankenhausaufenthalt wurde er zu Bauarbeiten eingeteilt. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis hatte er Schwierigkeiten, eine Stelle zu bekommen;

Häufig versuchen die Patienten, die Erinnerung an die schweren Erlebnisse zu verdrängen.

im April 1953 wurde er zum Dienst in die Arbeiterbataillone eingezogen, für die er in einem Bergwerk arbeiten musste.

Nach mehrmaligem Krankenhausaufenthalt wurde er als Bote auf Baustellen eingesetzt. 1956 heiratete er; nach der Scheidung 1959 ging er 1968 erneut eine Ehe ein. Er hat eine 1959 geborene Tochter sowie zwei 1969 und 1976 geborene Söhne. Aufgrund körperlicher Erkrankungen befand er sich oftmals in Krankenhausbehandlung. Er klagt über häufige

1 Die polnische Untergrundarmee (Armia Krajowa, AK) während des Zweiten Weltkriegs.

Angstzustände, Unruhe, starke Kopfschmerzen, Gedächtnisstörungen, Konzentrationsschwächen und Gleichgewichtsprobleme, er ist reizbar, unruhig, aufbrausend, seine Reaktionen auf äußere Impulse sind übertrieben, immer wieder kehren die Erinnerungen an die Zeit von Verfolgung und Gefängnisaufenthalt wieder. Die Symptome verstärken sich, weshalb die Untersuchungsperson versucht, alles zu meiden, was diese Erinnerungen heraufbeschwört.

Der Patient leidet an Beschwerden, die in einem direkten Kausalzusammenhang mit den physischen und psychischen Traumata aus der Zeit von Verfolgung und Gefängnisaufenthalt stehen und als posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) zum Ausdruck kommen.

Zweites Fallbeispiel: Deportation nach Sibirien

Frau A. D. wurde gemeinsam mit ihrem Bruder, ihrer Mutter und der Schwester ihrer Mutter am 13. April 1940 deportiert. Ihr Vater war Kriegsinvalide aus dem Ersten Weltkrieg, er wurde am 31. August 1939 einberufen, als ihn die Untersuchungsperson zum letzten Mal sah. Die Deportation erfolgte in der Nacht, Dinge des Vaters durften nicht mitgenommen werden, und einer der Rotarmisten empfahl der Mutter, anstelle von wertvollem Besteck besser warme Kleidung mitzunehmen.

Die Ortschaft W. verließen die Gefangenen mit einem Lastwagen; der Untersuchungsperson zufolge wurden sie „nach der Ankunft herausgeworfen und man befahl uns, dort zu leben“. Die erste Nacht verbrachten sie unter freiem Himmel, am nächsten Tag wurde ihnen ein Ort zugewiesen, an dem sie wohnen sollten. Es handelte sich um Holzbaracken, „wo es Wanzen gab“. Die Untersuchungsperson beschreibt die schlechten Lebensbedingungen, den starken Frost bis minus 30 Grad, die Unterernährung und die drohenden Krankheiten.

Mutter und Tante mussten arbeiten. Als sie sich wegen des starken Frosts wärmen wollten, wurden sie beschuldigt, Sabotage betrieben und die Arbeit verweigert zu haben. Die Untersuchungsperson litt an zahlreichen parasitären Erkrankungen (Krätze, Läusebefall), sie erkrankte auch an Malaria und hatte Erfrierungen an den Füßen.

Die Verbannten wurden dazu aufgefordert, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen, und man drohte ihnen bei einer ablehnenden Antwort damit, dass man sie „in die Steppe“ umsiedeln würde, „wo nichts wächst“.

Erst in den neunziger Jahren erfuhr die Untersuchungsperson, dass ihr Vater in russische Gefangenschaft geraten und in das NKWD-Lager in Starobielsk gekommen war; seine sterblichen Überreste wurden später anhand von persönlichen Aufzeichnungen in einem Massengrab in Charkow entdeckt.²

Nach Polen kehrten sie mit Papieren zurück, die ihnen vom „Bund der Polnischen Patrioten“ ausgestellt worden waren. Zurückkehren konnten alle Polen und Juden, als Beweis für ihre Nationalität genügte z. B. ein Gebetbuch in polnischer Sprache.

Die Untersuchungsperson absolvierte zunächst die Grundschule, dann die höhere Schule und machte das Abitur. Sie arbeitete als Journalistin beim Rundfunk von Kielce, in der Abteilung für gesellschaftliche Publizistik. 1982 ging sie in Rente.

A. D. leidet unter zahlreichen körperlichen Gebrechen. Sie hat nie geheiratet. Bis zum Tod ihrer Mutter lebte sie bei ihr und kümmerte sich um sie.

Die Untersuchungsperson ist gekennzeichnet durch starke Gefühlsäußerungen mit einer besonderen Konzentration auf den Ausdruck negativer Gefühle, von Trauer und Angst. Während ihrer Erzählungen über den Aufenthalt in der Verbannung weint sie, sie ist offensichtlich angespannt und hat Angst. Feststellbar sind manipulative Unruhe und Händezittern. Die Stimmung ist gedrückt, die Untersuchungsperson beklagt sich über anhaltende Zustände von Trauer und Niedergeschlagenheit. Es kommt zu Müdigkeit und einem reduzierten psychomotorischen Antrieb. Ihre Interessen haben sich immer stärker eingeschränkt; sie schildert, dass es ihr immer schwerer fällt, positive Emotionen zu verspüren, auch hat ihre Empfänglichkeit für positive Impulse nachgelassen. Immer wieder kehren Erinnerungen an die Zeit ihrer Deportation wieder, sowohl von sich aus als auch nach der Stimulierung durch Impulse, die das Thema Verbannung betreffen.

Die Untersuchungsperson hat sich im „Bund der Sibirier“ (Związek Sybiriaków) engagiert, hat dies aber aufgeben müssen, da „ich die Emotionen, die bei mir freiwurden, nur schwer ertragen konnte“. Beim Lesen von Beschreibungen der Mitglieder des Bunds über ihren Aufenthalt in der Verbannung musste sie oft weinen. Um das Gedächtnis ihres Vaters

2 Vgl. dazu auch Christoph Schmidt: „Die auf den Gräbern gepflanzten Bäume waren drei Jahre alt.“ Katyn gestern und heute. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 12 (2011), H. 1, S. 2-8, bes. S. 6.

zu pflegen, hat sie eine Zweigstelle der Gesellschaft „Katyn-Familie“ (Rodzina Katyńska) gegründet.

Immer wieder wird sie von Albträumen über die Verbannung geplagt, besonders häufig träumt sie vom zugefrorenen Fluss Irtysch. Die Untersuchungsperson wacht mit Gefühlen von Angst, Unruhe und Gereiztheit auf. Daneben hat sie Einschlafprobleme und Angst, das Haus zu verlassen. Wie sie angibt, hat sie seit fünfzehn Jahren keine längere Reise angetreten: „Auf der Straße habe ich vor allem Angst, ich habe sogar davor Angst, aus dem Haus zu gehen.“ Sie ist sich der Grundlosigkeit ihrer Befürchtungen bewusst und bemüht sich, keine Angst an den Tag zu legen, doch die einzige Möglichkeit, ihre Angst und Unruhe zu reduzieren, besteht darin, Reize und starke Eindrücke zu vermeiden.

Viele Betroffene meiden soziale Kontakte, leiden zugleich aber unter dem Gefühl der Entfremdung und des Fehlens an zwischenmenschlichen Kontakten.

Die Untersuchungsperson ist für alle Reize anfällig, die sie an die erlittenen Traumata erinnern. Sie meidet Filme mit historischer Thematik, entsprechende Begegnungen und Gespräche. Die Erinnerungen gehen einher mit einem starken Leidensgefühl und der Angst vor Wiederholung des Traumas.

A. D. lebt zurückgezogen, meidet soziale Kontakte und hat heute nur beschränkte Interessen. Sie leidet unter dem Gefühl der Entfremdung und des Fehlens an zwischenmenschlichen Kontakten. Sie ist reizbar, aufbrausend und unruhig. Sie ist übermäßig wachsam und reagiert unverhältnismäßig auf Reize. Seit rund 40 Jahren ist sie aufgrund der beschriebenen Symptome in Behandlung.

Drittes Fallbeispiel: ebenfalls Verschleppung in die Sowjetunion

Frau C. D. stammt aus einer Familie, in der patriotische Traditionen gepflegt wurden. Ihr Vater war Offizier der polnischen Armee, ihre Mutter arbeitete nicht. Die Untersuchungsperson ist Einzelkind. Im Februar 1940 wurde ihr Vater vom NKWD verhaftet und kam unter ungeklärten Umständen ums Leben. Im April 1940 wurde ihre im neunten Monat schwangere Mutter mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern deportiert. Während des Eisenbahntransports in die Verbannung wurde die Untersuchungsperson geboren. Sie selbst weist darauf hin, dass sie „im Zug geboren ist, doch im Personalausweis steht T., denn das war die

nächstgelegene Ortschaft“. Nach der Ankunft am Verbannungsort wurde ihre Mutter sofort zur Arbeit verpflichtet.

Sie beschreibt die schlechten Lebensbedingungen während der Verbannung, die Unterernährung und die stets drohende Unterkühlung. Während der Verbannung starben eine Schwester und ein Bruder der Mutter, die zum Zeitpunkt der Deportation 16 und 14 Jahre alt waren. Die eigenen Erinnerungen setzen um das fünfte Lebensjahr ein, unter anderem mit dem dramatischen Ereignis, als die Großmutter starb, die sich zu Hause um sie gekümmert hatte. Die Untersuchungsperson beteiligte sich, als sie älter war, selbst am Diebstahl von Essen, sie beschreibt, wie die in der Bäckerei arbeitenden Polinnen weinten, „dass ein polnisches Kind solche Sachen machen muss.“

An die Rückkehr nach Polen erinnert sich die Untersuchungsperson genauer. Dies war möglich, da die Familie es abgelehnt hatte, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen, und die Mutter Dokumente besaß, die ihre polnische Nationalität belegten. Dort, wo man die aus der Verbannung Zurückgekehrten ansiedelte, lebten viele alleinstehende Frauen.

Nach der Rückkehr erkrankte die Untersuchungsperson häufig, sie war geschwächt, oft erkältet, ging aber gerne zur Schule; sie lernte gut, „war fleißig“, hatte gleichzeitig aber Angst, alleine zu Hause zu bleiben. Immer wieder kehrten hartnäckige Erinnerungen an die Verbannung zurück und damit verbunden ein starkes Angstgefühl. Sie hatte Angst, zu heiraten. Im Alter von 23 Jahren ging sie eine Ehe mit einem Offizier ein, „und ich hatte oft Angst, dass er ebenso wie mein Vater abgeführt wird“. 15 Jahre lang arbeitete sie als Hebamme. Die ganze Zeit über hielten sich

Angstgefühle, weshalb sie sich um das 30. Lebensjahr herum in psychiatrische Behandlung begab. Im Alter von 36 Jahren versuchte sie, sich mit einer

In einzelnen Fällen münden die Traumata in akute Suizidgefährdung.

Überdosis Medikamente selbst zu töten. Sie kam ins Krankenhaus. Die psychiatrische Behandlung hält bis heute an.

Die Stimmung von Frau C. D. ist gedrückt und gekennzeichnet vom Ausdruck negativer Emotionen, von Trauer, Niedergeschlagenheit sowie körperlichen Schmerzen. Sie klagt über Angst- und Unruhezustände, die sowohl infolge äußerer Reize als auch ohne greifbaren Grund auftreten. Immer wieder wird sie von Erinnerungen heimgesucht, die direkt mit dem Zeitraum der Verbannung zu tun haben. Damit einher gehen starke Gefühle von Leiden, Angst und Furcht, „wieder ver-

schleppt zu werden“. Häufig kommt es zu Alpträumen, in denen die Situation der Deportation wieder abläuft. Sie reagiert auf alle Reize, die sie an die erlittenen Traumata erinnern. Die sie belastenden Erlebnisse werden besonders oft vom Rauschen des Windes heraufbeschworen. Mit dem neuerlichen Durchleben der Traumata gehen Angst, Unruhe und die Erregung des autonomen Nervensystems einher.

Die Untersuchungsperson meidet alle Gespräche und Situationen, die sie an die erlittenen Traumata erinnern könnten. Sie schaut sich keine Filme über den Krieg und über die Verbannung an. Die Abneigung, sich an den Aufenthalt in Sibirien zu erinnern, trat „fast das ganze Leben lang auf, ich wollte noch nicht einmal mit Mutter darüber sprechen“. Sie hat Angst, alleine zu bleiben, und verlässt das Haus nicht gerne.

C. D. lebt zurückgezogen, meidet soziale Kontakte und hat Angst, neue Bekanntschaften zu schließen. Sie ist übermäßig empfänglich für vermeintlich gleichgültige Reize und reagiert extrem darauf. Sie klagt über zahlreiche Beschwerden wie Kopf-, Glieder- und Rückgratschmerzen.

Diagnostiziert wurden posttraumatische Belastungsstörungen, die sich in direktem Kausalzusammenhang mit den während der Deportation in die Sowjetunion erlittenen Traumata entwickelt haben.

Therapie

Die Diagnose für alle Patienten wurde in der „Beratungsstelle für politisch verfolgte Personen“ beim Lehrstuhl für Psychotherapie sowie beim Lehrstuhl für Psychiatrie der Jagiellonen-Universität (Collegium Medicum) in Krakau gestellt. Die Arbeitsstelle besteht seit der Mitte der neunziger Jahre und hat bislang knapp 1.500 Personen betreut. Alle Patienten (auch die beschriebenen) werden psychiatrisch, psychologisch und internistisch untersucht und haben die Möglichkeit, die Behandlung fortzusetzen.

Die Behandlung ist aufgrund der über viele Jahre hin verwurzelten Symptome schwierig und besteht in der Regel aus Medikamentengabe und unterstützender Therapie. In den meisten Fällen schwächen sich die klinischen Symptome wie Angst und Niedergeschlagenheit ab, verstärkt verändert sich hingegen das Sozialverhalten.

Oft war der Kontakt mit den Ärzten das erste Mal im Leben der Untersuchungspersonen, wo sie umfassend über die erlittenen Traumata sprechen konnten. Dies führt zu einer Verbesserung der sozialen Kom-

petenzen und zu einer Verringerung der Angst. Anfangs dominierten unter den Patienten ehemalige politische Häftlinge, heute gibt es mehr Personen, die als Kinder nach Sibirien verschleppt wurden. Nach wie vor melden sich viele Patienten in der Beratungsstelle.

Aus dem Polnischen übersetzt von Zenona Choderny-Loew.

Psychologische Auswirkungen kommunistischer Regime: Die Dynamik der Autoritätserfahrung

Prof. Dr. Gražina Gudaite ist Professorin für Psychologie an der Universität Vilnius.

Die kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa unterdrückten über Jahrzehnte durch massiven Einsatz von Polizei und Geheimdiensten jegliche Opposition. In Litauen kam es zu zahllosen Verurteilungen, auch zur Ermordung von Regimegegnern. Die Autorin zeigt anhand dreier Beispiele, dass die Kinder der Opfer stark, oft jedoch unbewusst unter diesen Ereignissen gelitten haben. In der Therapie lassen sich mit der Traumanalyse gute Heilungserfolge erzielen.

I.

In den vergangenen Jahrzehnten gab es immer wieder zahlreiche Diskussionen darüber, welche Auswirkungen das kommunistische Regime auf den Menschen hatte. Zahlreiche Forschungen bezüglich der psychologischen Auswirkungen politischer Unterdrückungen wurden am Institut für klinische Psychologie der Universität Vilnius durchgeführt. Neben zahlreichen weiteren Ergebnissen wurde darin deutlich, dass in den Jahren von 1940 bis 1990 vor allem der Verlust des Wertesystems, die Zerstörung der persönlichen Entschlusskraft und die starke Verbreitung selbstzerstörerischen Verhaltens eine Folge der politisch bedingten Unterdrückungen in Litauen waren. Weitere Studien konzentrierten sich auf Erkenntnisse über die Dynamik solcher Erfahrungen im Rahmen der Langzeit-Psychotherapie. Die Einzelfallanalyse hat gezeigt, dass die Konfrontation mit dem Autoritätskomplex und Verflechtungen traumatischer Erfahrungen der Selbstidentifikation mit den Opfern oder Tätern zu den entscheidenden Aspekten des Heilungsprozesses bei Individuen zählen, die den Repressionen des kommunistischen Regimes ausgesetzt waren.

Wie lässt sich das innere Modell der Ich-Beziehung der Opfer zur Obrigkeit beschreiben? Welche Veränderungen dieses Musters können

während des Prozesses der Psychoanalyse eintreten? Die Antworten sind bis heute von Bedeutung, da eine ambivalente Beziehung zur Autorität im Zusammenhang mit Fällen steht, in denen man einen eingeschränkten Respekt der Untersuchungsperson vor sich selbst und anderen, einen Mangel an Verantwortung und einen eher niedrigen Grad an Verinnerlichung moralischer Werte beobachten kann.

Die methodologische Basis unserer Studien umfasste Fallanalysen und qualitative Recherchen. Neben der Analyse historischer Daten und

Schwerwiegende Erlebnisse kapseln sich im Unterbewusstsein ein und kehren in Träumen wieder, die sich in manchen Fällen im Laufe vieler Jahre nicht verändern.

ihrem Einfluss auf das Individuum und dessen Überlebens- und Nachahmungsstrategien richteten wir unser Augenmerk auch auf sinnbildliche Ausdrücke von Erfahrungen. Unter anderem wurden *Traumsequenzen* im Rahmen von Fallstudien untersucht.

Für diese Wahl gab es verschiedene Gründe: Traumastudien zeigen, dass sich schwerwiegende Erlebnisse im Unterbewusstsein einkapseln und entsprechende Erinnerungen in Träumen wiederkehren, die sich in manchen Fällen im Laufe vieler Jahre nicht verändern. Zahlreiche Überlebende der staatlichen Unterdrückung weisen traumatische Erfahrungen und posttraumatische Störungen auf. Die Praxis zeigt, dass sich Menschen eher an Träume erinnern als an schmerzhaft Erfahrungen, da sie sie als weniger real hinnehmen. Träume als solche schaffen eine Distanz, die wichtig ist für das Sicherheitsempfinden in Bezug auf den Kontakt mit massiven Erfahrungsthemen.

Im Folgenden soll auszugsweise auf drei Fälle meiner Patienten eingegangen werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den baltischen Ländern staatlichen Unterdrückungen ausgesetzt waren, deren Alter derzeit um die 50 Jahre liegt und deren Eltern nur teilweise den Krieg, die Gefangenschaft in Sibirien und die Widerstandsbewegung überlebten. Sie waren zu jung und somit nicht unmittelbar von den Nachkriegsrepressionen betroffen; eine Analyse ihrer „Innenwelt“ zeigte dennoch den enormen Einfluss von traumatisierenden historischen Ereignissen auf ihre Leben.

Zu Beginn der Therapie brachte keiner der Patienten seine Beschwerden mit einem politischen Trauma in Verbindung. Sie zeigten emotionale Störungen wie Ängstlichkeit, depressive Schübe, geringes Selbstbewusstsein, irrationale Furcht und ein starkes Gefühl der Einsamkeit; in einem Fall manifestierten sich zwanghafte Symptome. Sie kannten die

traumatischen Geschehnisse innerhalb ihrer Familiengeschichte, doch anfänglich dachten sie nicht, dass diese Tatsachen mit ihren Leben in Verbindung standen. Agota wusste, dass ihre Familie die Deportation nach Sibirien überlebt hatte, doch sie akzeptierte das als etwas nichts Besonderes – „vielen Familien widerfuhr solch Erlebnisse“. Rimas wusste, dass sein Vater vom sowjetischen Geheimdienst KGB ermordet worden war, doch zu Beginn der Therapie wiegelte er ab: Sein Vater starb, als er ein Kind war, und er wolle mir dazu keine Einzelheiten mitteilen, als wäre es etwas Beschämendes. Jonas verlor seinen Vater als Kind und lernte ihn nie kennen; er wusste allerdings, dass dieser ein Rowdy gewesen war und 25 Jahre im Gefängnis verbracht hatte.

Nimmt man diese Geschichten genauer unter die Lupe, so zeigt sich, dass die Thematik traumatischer politischer Geschehnisse und ihr emotionales Erleben in vielen Familien ein Tabu waren. Dies beruht wahrscheinlich auf einer damit verbundenen Überlebensstrategie, die einherging mit dem Verbergen von Wunden und dem Verstecken der eigenen wahren Reaktionen und Werte, um zu vermeiden, erneut Opfer zu werden. Zu den Gemeinsamkeiten innerhalb ihrer Beziehungsmuster zählten bei all meinen Patienten eine Angst vor Autorität (die typischerweise als bedrohlich empfunden wurde), das Verbergen wahrer Gefühle und verschiedene Arten von Fluchtverhalten. Bis zum Zeitpunkt der Traumklärung waren sie sich dessen nicht bewusst.

II.

Ich befand mich im Haus meiner Kindheit, schaute durchs Fenster und sah eine riesengroße Gestalt, einem Ungeheuer gleich, die vom Wald her auf mein Haus zukam. Unser Hund versuchte, sie aufzuhalten, doch das Geschöpf ergriff ihn mit einer Hand und lachte laut auf. Durch den Schrecken wachte ich auf und wusste: Dieser Mann war vom KGB.

Dies erzählte mir Agota während ihrer ersten Therapiephase. Neben anderen Assoziationen kam eine Kindheitserinnerung zum Vorschein: Agota war ungefähr vier Jahre alt, als sie (im selben Haus aus dem Traum) mit ihrer Mutter daheim war und einen Mann sah, der aus dem Wald kam. Als er im Garten ankam, war es völlig anders als bei anderen Begegnungen mit Menschen. Während er mit ihrer Mutter sprach, lächelte er ohne Unterlass, und Agota sah, dass ihre Mutter furchtbar verwirrt und sehr verängstigt wirkte. Sie erinnerte sich zwar nicht an das Ende dieses

Treffens, aber an denselben Abend, an dem ihre Mutter bitterlich weinte und ihr Vater wie verstummt war. Agota weiß nicht, was an jenem Tag mit ihrer Mutter geschah, aber sie erkannte die Gefahr im Lächeln dieses Mannes. Vom heutigen Standpunkt aus weiß sie, dass ihre Familie vom KGB überwacht wurde, nachdem ihre Verwandten nach Sibirien deportiert worden waren; vielleicht war dies eine jener Episoden.

Wir wissen, dass sich der KGB eines breiten Spektrums von Mechanismen bediente, um die Menschen zu kontrollieren. Manchmal waren es

Die Methoden des Geheimdienstes umfassten Gewalt und Folter, manchmal aber auch höfliches Benehmen, das nicht minder gefährlich war.

unverhohlene Gewalt und Folter, manchmal aber auch höfliches Benehmen, das nicht minder gefährlich war. Hinter einer Umarmung oder einem Lächeln konnte sich ein Urteilspruch verbergen, der es vermochte, ein Le-

ben zu zerstören. Das heitere Gesicht des Mannes erschien wiederholte Male in zahlreichen Träumen Agotas, und jedes Mal erwachte sie angsterfüllt. Mangel an Grundvertrauen und Doppelzüngigkeit sind typisch für die Beziehung mit Autoritäten in der Beschreibung des so genannten „Homo-sovieticus-Komplexes“.

Ich arbeite in einem Gefängnis und weiß, dass einer der Strafgefangenen, ein selbstgefälliger Mann mittleren Alters, der Mörder meiner Familie ist, die nach Sibirien deportiert wurde. Es überrascht mich, dass er völlig frei alle Sperranlagen passieren kann und erst zur Nacht zurückkommt. In dieser Nacht kommt er wie immer ganz zufrieden zurück, lächelt und erzählt mir, er würde damit fortfahren, das zu tun, was er sein ganzes Leben lang getan hat. Ich sage, dass es nicht so weitergehen würde, und er beginnt damit, Stühle nach mir zu werfen, und versucht, mir den Kopf abzuschlagen. Ich versuche, den Schlägen auszuweichen. ... Ich bemerke, dass eines seiner Augen blutet. Mir wird klar, dass er sich diese Verletzung während eines Kampfes zuzog, und bin erleichtert, dass jemand sein wahres Gesicht erkannte und sich gewehrt hat. Ich bin also nicht mehr allein.

Diese Traumepisode trug sich mitten in Agotas Therapie zu. Davor hatte sie etliche Träume, in denen der Angreifer dämonische Züge hatte und als Satan oder sehr konkret in Gestalt des sowjetischen Politikers Leonid Breschnew erschien, jeweils lachte und Agota auf eine Weise ansah, dass sie sich wie gelähmt fühlte und verängstigt aufwachte. Im

letzten Traum trotz ihr Ego dem Aggressor, sie fühlt sich nicht länger hilflos. Dies war ein bedeutsamer Wendepunkt, den die Patientin selbst als eindeutiges Zeichen der Besserung ihres Zustands wahrnahm. Die Fähigkeit, sowohl externer als auch interner Gewalt gegenüberzutreten, ist ein wichtiger Hinweis auf ein gestiegenes Selbstbewusstsein und damit auf das Wachstum einer Persönlichkeit.

III.

Es ist Mitternacht, und ich befinde mich auf einem runden Platz inmitten eines Waldes. Dort sitzt eine Gruppe von Männern um ein Feuer herum. Sie ähneln einander. Ich erkenne sie nicht, doch mir ist klar, dass ein Ritual stattfinden wird. Ich sehe die kopflose Gestalt unseres bekanntesten Künstlers B. Dann erinnere ich mich, dass er vom KGB ermordet wurde. Wir müssen ihm Lebewohl sagen und das große Opfer für unsere Nation würdigen.

Durch die Assoziationen mit einigen Symbolen dieses Traums, eröffneten sich zahlreiche Aspekte von Jonas' Erfahrungshorizont. Der Abschied vom Künstler B. war nicht nur ein Hinweis auf die Erinnerungen an ihn, sondern gleichsam ein Indiz für die entgangenen Möglichkeiten im Leben von Jonas. Jonas hatte musikalisches Talent, da er aber ein ziemlich schwieriges Kind war („ein blindwütiger Rowdy wie sein Vater“), bestand keine Möglichkeit zur Reifung. Die Waldszenerie mit dem Kreis von Männern erinnerte an die Widerstandsbewegung und an die Menschen, die für die Freiheit des Landes kämpften. Sie alle wurden ins Gefängnis gesperrt oder getötet. Zur damaligen Zeit wusste Jonas weder etwas von der Teilnahme seines Vaters an der Widerstandsbewegung noch von dessen 25jähriger Haftstrafe. Erst später, aufgrund seiner historischen Nachforschungen, wurde er in diese Thematik verwickelt. Die Erforschung seiner eigenen Wurzeln und der Geschichte seines Landes gaben seinen Aktivitäten eine neue Richtung.

Der vielleicht schockierendste Aspekt dieses Traums war die kopflose Gestalt. Auf einer inneren Ebene bedeutet der Verlust des Kopfes den Verlust von Kontrolle, und einen Moment lang akzeptierte Jonas diese Hypothese als sehr wahrscheinlich. Themen, die mit Kontrolle und Macht verbunden sind, hatten für ihn sein Leben lang eine außerordentliche Bedeutung. Andauernde Auseinandersetzungen mit mächtigen Menschen bremsten seine Selbstverwirklichung und Anstrengungen,

sein eigenes Leben in den Griff zu bekommen, entwickelten sich bis hin zu zwanghaften Symptomen. Vielleicht bedeutet das Motiv der Opferung prinzipiell den Verlust von Macht; vielleicht war dieses Ritual nicht nur wichtig für sein persönliches Leben, sondern sagte auch etwas über den Abschied von der Vergangenheit auf der kulturellen Ebene.

In der analytischen Psychologie C. G. Jungs steht das Opfer in Verbindung mit der *Fähigkeit zur Trennung*, zum Abschied von der Vergangenheit und der Fortsetzung des Lebens. Opfer sind ein wichtiger Teil von Transformationsprozessen. Gilt dies allerdings auch für jene, die von politischen Unterdrückungen betroffen waren? Da sie viel opferten, klingt die Frage an sich absurd. Es ist paradox, doch die Praxis der Psychotherapie zeigt, dass Personen ohne solch eine Möglichkeit mit einem inneren Modell von Beziehungen verankert bleiben würden. Jonas kämpfte mit den Autoritäten, als wären diese reelle Feinde. War dies wirklich so? Es ist richtig daran zu glauben, dass Autoritäten die einzige Macht sind, die ein Leben zerstören können. Die Transformation einer solchen Einstellung scheint den Abschnitt der Trennung und des Abschieds von altem Wissen und bestehenden Autoritäten zu beinhalten.

IV.

Rimas verlor als Kind seinen Vater und scheint ebenso sein Grundvertrauen verloren zu haben. Er zeigte häufig unterdrückte Aggression und viele Symptome des so genannten Autoritätskomplexes – (Selbst)Kritik und Ängste, Probleme mit Vorgesetzten, extrem hohe Maßstäbe und fortwährende Anstrengungen, ganz oben zu sein, was allerdings nie eintrat. Während der Analyse wurde klar, dass sein Vater das Sowjetsystem bekämpft und man ihn deshalb in eine psychiatrische Klinik eingeliefert hatte. Zu Beginn schämte sich Rimas zu erzählen, dass er sich nicht sicher war, ob sein Vater wirklich ein gesunder Mann war. Rimas war schüchtern und diente dem Sowjetsystem, so gut er konnte. Er wählte den Marxismus sogar als Thema für seine Dissertation, beendete diese jedoch nie.

Er hatte zahlreiche Träume, in denen er von einem starken und angriffslustigen Mann verfolgt wird, vor dem er sich verstecken oder davonlaufen musste. Anstrengungen und extreme Müdigkeit waren charakteristisch für seinen Zustand. Im Traum wollte Rimas manchmal diese Mörder oder Gewalttäter hereinlegen, doch es funktionierte nicht,

sodass er aufs Neue laufen musste. Angst, hoher Blutdruck, Herzprobleme und mehr waren über Jahre hinweg seine Symptome.

Für das Überleben ist es unerlässlich, die Begegnung mit dem Angreifer zu vermeiden oder vor ihm zu fliehen; die meisten meiner Patienten kannten diese Strategie gut und setzten sie dazu ein, um mit der Außenwelt klarzukommen. Ihre Strategie hemmte jedoch die Entwicklung der Innenwelt – wahre Emotionen und Spontaneität, innere Konflikte und Kreativität, alles, was zur Selbstregulierung und -verwirklichung unerlässlich ist. Die analytische Psychologie versteht die Flucht als eine Strategie des Egos, um der dunklen Seite des Seins gegenüberzutreten. Märchenhelden wenden diese Strategie an, wenn das Böse besonders mächtig ist und die Gefahr besteht, dass der Held vernichtet werden könnte.

Flucht wird als eine Strategie des Egos verstanden, die dazu dient, der dunklen Seite des Seins gegenüberzutreten.

Ich befand mich in einem großen Raum. Eine große und mächtige Person stand neben mir. Ich fürchtete mich und mein Herz schlug heftig. Ich wusste nicht, ob Gott oder der Teufel hinter ihm stand, aber ich beschloss zu riskieren, ihn zu treffen. Dann herrschte ein langes Innehalten ... Danach fühlte es sich an, als ob ein Wind meinen gesamten Körper streifte. Ich spürte eine enorme Energie und vermochte, mich aufzubauen, zu bewegen und die Richtung zu bestimmen.

Rimas sagte, dass er nach diesem Traum äußerst erleichtert war, so, als ob etwas von sehr großer Bedeutung zu ihm zurückkehrte. Er versuchte zu erraten, was es war. War es der Geist seines Vaters, der Atem Gottes oder eine andere Quelle? Wir wissen es nicht. Der analytischen Psychologie zufolge kann man vermuten, dass es die positive Seite des Archetyps „Autorität“ war. Mit der inneren Stärke verbunden zu sein, bedeutet manchmal, anderen die eigenen Projektionen von Autorität zurückzugeben und Autorität als einen Teil seiner selbst zu sehen.

Die Analyse von Mythen und Märchen zeigt, dass das Böse gut wird, wenn es dem Helden gelingt, mit der scheinbaren Verkörperung des Bösen in Berührung zu kommen. Therapeuten bezeichnen dies als Akzeptanz des Schatten-Aspekts und seiner Transformation. Dies ist von großer Bedeutung, da wir erkennen, dass die Nachwirkungen politischer Unterdrückung sich zu Konflikten in den zwischenmenschlichen Beziehungen auswachsen.

V.

Wenn man die oben genannten Fälle zusammenfasst, so ist es wichtig zu erwähnen, dass die Psychotherapie meinen Patienten dabei half, ihre ersten Symptome und ihre psychologischen Probleme zu bewältigen. In jedem dieser Fälle werden verschiedene Veränderungen bei der Integration der inneren Autorität ersichtlich:

- bei Agota das Bewusstwerden ihrer eigenen Grenzen und eine verbesserte Selbstdarstellung;
- bei Jonas ein verbessertes Differenzieren zwischen inneren und äußeren Kräften und ein Brückenschlag hin zu seiner eigenen Geschichte und zu jener seines Landes;
- Rimas lernte, Autorität als eine innere Kraft zu akzeptieren.

Mit dem Autoritätskomplex als einem Teil des Erbes autoritärer Regime zu arbeiten, war nicht nicht das einzige Thema im Rahmen des analytischen Prozesses. Die Langzeittherapie beinhaltet ein wesentlich breiteres Spektrum an Erfahrungen und das Eröffnen neuer Möglichkeiten, was einen entscheidenden Anteil an der Selbstwerdung der Persönlichkeit darstellt. Doch zeigten die Fälle auch, dass die Erneuerung der Verbindung zwischen dem Ego und der Autorität (als innerem Zentrum) einen wichtigen Schritt im Heilungs- und Reifeprozess eines Individuums darstellt.

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Hartl.

Kommunismus als Trauma

Sozialtheologische Überlegungen aus rumänischer Sicht

Prof. Dr. Radu Preda ist Professor für Theologie und Ethik an der Fakultät für Orthodoxe Theologie der Babes-Bolyai-Universität in Cluj-Napoca/Klausenburg (Rumänien).

Einer immer noch verbreiteten These zufolge war der Kommunismus gut als Theorie, fehlerhaft war nur die Umsetzung. Ein genauer Blick in die Entwicklung etwa Rumäniens belegt jedoch, wie auch die theoretischen Grundlagen dieser Ideologie die Gesellschaft zerstört haben und, was noch viel schwerwiegender ist, bis heute in der Mentalität vieler Menschen nachwirken. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den geistigen Folgen des Kommunismus steht, obwohl dies mehr denn je notwendig ist, bis heute aus.

I.

Mit mehr als hundert Millionen Opfern weltweit, einer zerstörten Landschaft, egal wo man hinsieht, verstörten Generationen von Menschen, die sich den Spagat zwischen Lüge und Realität als Lebensstil aneigneten, verbunden mit tiefreichenden Spuren im Denken und Handeln, hat der Kommunismus nur flächendeckendes Elend, eine endemische Korruption, Hoffnungslosigkeit und Barbarei, massive Ruinen und eine krankhafte Melancholie hinterlassen. Aus dem proletarischen Traum ist ein Trauma geworden.

Das einmalige Sozialexperiment der Errichtung einer klassen-, interessen- und besitzlosen, dafür wohlhabenden, neuen und gerechten Gesellschaft ist definitiv gescheitert. Seine „historischen Probanden“ leiden immer noch, bewusst oder unbewusst, unter den Folgen dieser letzten großen politischen „Religion“ der Moderne. Dabei denke man nicht nur an die unmittelbar Betroffenen, sondern vor allem an die Nachfolge-

generation, an die vielen jungen Menschen des Ostens, die unweigerlich Spurenelemente des Kommunismus in sich tragen, obwohl sie mit diesem jüngsten Kapitel der Geschichte in der Regel nichts zu tun haben wollen. Aber selbst die Auswanderung so vieler junger Osteuropäer – ein Phänomen erschreckenden Ausmaßes – stellt eine unmissverständliche Absage an die postkommunistischen Verhältnisse dar, die ihre Heimatländer noch immer negativ bestimmen. Kurzum: Der Kommunismus

Der Kommunismus bleibt auch nach zwei Jahrzehnten seiner politischen Insolvenz eine Realität, die das Leben vieler Menschen direkt und indirekt berührt.

bleibt auch nach zwei Jahrzehnten seiner politischen Insolvenz eine Realität, die das Leben vieler Menschen direkt und indirekt berührt. Darum ist eine Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seinen Folgen mehr denn je notwendig.

Aus Platzgründen beschränke ich mich auf die Thematisierung zweier vor allem in Westeuropa verbreiteter Grundeinstellungen zum Kommunismus bzw. Postkommunismus. Eine erste Grundeinstellung reduziert diese Ideologie auf die Diktatur des Proletariats in Osteuropa und lässt deren folgenreiche Wechselwirkung für Westeuropa außer Acht. Dabei wird systematisch jene Tatsache ignoriert, dass der Kommunismus einer intellektuellen und politischen Richtung Westeuropas im Kontext seiner industriellen und sozialen Entwicklung seit Beginn des 19. Jahrhunderts entsprang, lange bevor er als politisches Phänomen in Osteuropa auf die geschichtliche Bühne treten konnte. Dass der von Marx und Engels für ganz andere Gesellschaftstypen vorgesehene Kommunismus ausgerechnet im agrarischen Russland an die Macht gelangen konnte, ist nur dem Kampf Lenins und den chaotischen Zuständen im Staatsapparat nach der Abdankung des Zaren zu verdanken und steht in keiner unmittelbaren Beziehung zur russischen intellektuellen oder sozialen Realität. Obwohl Russland auf Grund der Oktoberrevolution von 1917 später die zentrale Rolle schlechthin in der Geschichte des Kommunismus eingenommen hat, war es ein Land, in das diese Ideologie erst eingepflanzt werden musste. Dieselbe Situation wiederholte sich ab 1945, als unter dem gewaltigen Druck der Roten Armee in einer Reihe von osteuropäischen Ländern kommunistische Regierungen installiert wurden. Dies erfolgte trotz der Tatsache, dass die Kommunisten in nahezu all diesen Ländern eine verschwindende Minderheit darstellten.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogene Teilung Europas und der Welt war ebenso das Ergebnis machtpolitischer Entscheidungen auf

höchster Ebene und nicht etwa Folge von freien Wahlen. Erst der Fall des Kommunismus in den meisten Ländern Osteuropas vor zwanzig Jahren stellt eine demokratische Tatsache dar, die nicht ohne Widerstand einiger westlicher Mächte über die Bühne ging – es soll hier genügen, an den DDR-Besuch des französischen Staatspräsidenten Mitterrand in der Endphase des SED-Regimes zu erinnern. Aus solchen Gründen ist eine Ausblendung der gesamteuropäischen Relevanz des Kommunismus als Ideologie und als brutale Politik keineswegs zu rechtfertigen. Vielmehr untermauert eine geographische Reduktion des politischen Kommunismus auf Osteuropa – im Wissen um seine ideologischen Wurzeln und Propagierung im Westen – den Eindruck bei vielen Osteuropäern, von Westeuropa nicht wirklich ernst genommen und ihrer Leiden nicht genügend gewürdigt zu werden. Ein Indiz dafür ist z. B. die Tatsache, dass insgesamt über den Holocaust mit Recht sehr viel diskutiert wird, aber über den Gulag zu Unrecht viel zu wenig. Obwohl in den letzten zwei Jahrzehnten Versuche unternommen wurden, den Kommunismus und seine Untaten rechtlich zu verurteilen, ist die europäische politische Klasse – im Osten wie im Westen – *de facto* noch nicht so weit. Die jüngste Absage der Europäischen Kommission im Dezember 2010, eine Verurteilung des kommunistischen Verbrechens voran zu treiben, spricht für sich.

Verbreitet ist immer noch die verführerische These, die Theorie des Kommunismus sei gut gewesen, nur die Umsetzung schlecht.

In diesem nur skizzenhaft umschriebenen Kontext darf es nicht wundern, dass die zweite verbreitete Grundeinstellung zum Kommunismus zunehmend Gehör findet. Ihre These ist verführerisch einfach: Die Theorie des Kommunismus sei gut gewesen, nur die Umsetzung dagegen schlecht. Hierbei wird bewusst verschwiegen, dass selbst die Theorie falsch war und in ihrer dogmatischen Form gar nicht ohne Blutvergießen umsetzbar gewesen ist. Wenn Intellektuelle und Politiker im Osten wie im Westen eine lautstarke und unbeirrbar Hymne auf die Revolution des Proletariats anstimmen, dann geschieht das nicht nur, weil es immer noch Leute gibt, für die der Kommunismus die einzige Alternative zum kapitalistischen System darstellt. Vielmehr liegt es auch daran, dass die kriminelle Natur des Kommunismus nicht genügend thematisiert wird. Das Trauma, das die „Diktatur des Proletariats“ verursacht hat, bleibt leider immer noch mehr oder wenig unbeachtet. Um nicht missverstanden zu werden: Die Schuld für die oberflächliche Auseinandersetzung

mit dem kommunistischen Erbe ist nicht allein Westeuropa anzulasten, sondern vielmehr auch Osteuropa selbst.

II.

Die Folgen des Kommunismus sind in Osteuropa auf Schritt und Tritt sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf persönlicher Ebene zu spüren. Was das öffentliche Leben betrifft, stellt das auffälligste Merkmal die chronische Unfähigkeit in den Menschen dar, einem bestimmten Denkmuster zu enttrinnen. Diese Geisteshaltung, die sich über Jahrzehnte im Kommunismus tief im gesellschaftlichen *Corpus* festgesetzt hat, zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass kein Unterschied zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen, zwischen dem eigenen Interesse und dem des Gemeinwohls, zwischen dem Unerlaubten und dem Recht gemacht wird. Diese Einstellung ist auch bei den jüngeren Repräsentanten der heutigen Politik zu beobachten. Wenig überraschend ist die Tatsache, dass sich diese Mentalität vor allem in den oberen Klassen zeigt. Dabei paart sich des öfteren Machtausübung mit Korruption und Überschreitung von gesetzlichen Vorgaben. Abgesehen von einer Anzahl von Ganoven kreisen die Korruptionsskandale der letzten Jahre in der Tat – in Rumänien wie in ganz Osteuropa – um Leute, die sich auf jeden Fall keine Sorgen um den morgigen Tag zu machen brauchen. Die Korruption in den ehemaligen kommunistischen Gesellschaften ist das Resultat einer falsch verstandenen Weise, mit den öffentlichen Ressourcen umzugehen. Der ethische innere Widerspruch des Kommunismus, alle Schätze *symbolisch* der ganzen Nation, aber *faktisch* ganz bestimmten Parteifunktionären zuzueignen, rächt sich und verfehlt auch nach über zwei Jahrzehnten seine Wirkung nicht.

Die endemische Korruption basiert dabei auf einem sozialen Netz von alten noch immer funktionierenden Beziehungen, die über alle Parteien und politischen Umstände hinweg weiter ihre Effizienz entfalten. Die zu Demokraten mutierten alten Kader der kommunistischen Partei halten eben die Tugend der Kameradschaft sehr hoch! Das hat zur Folge, dass der Wettbewerb und überhaupt jede persönliche Leistungsfähigkeit in der Wirtschaft oder im akademischen Bereich umgangen und ausgeschaltet werden. Alles erscheint abgesprochen und vorprogrammiert zu sein, wodurch Außenseiter chancenlos bleiben müssen. Das Gefühl, in einem solchen System von Bekanntschaften und Verwandtschaften nicht willkommen zu sein, treibt die meisten junge Leute dazu, die Weite der

globalisierten Welt zu suchen. Der Kastenmentalität der ehemaligen Funktionäre der kommunistischen Macht und ihrer biologischen oder institutionellen Nachfolger „verdanken“ alle Reformbemühungen des Rechtsstaates ihre Langsamkeit. Das besonders Giftige an diesem System stellt dabei nicht nur die korrupte Mentalität dar, sondern auch die enormen Kosten, die solche Leute täglich ohne angemessene Gegenleistung verursachen. Bürokraten sehen sich ja nicht gezwungen, ihre Entscheidungen zu rechtfertigen oder wegen Missständen, die daraus resultieren, irgendeine persönliche Konsequenz zu ziehen. Das System steht grundsätzlich nie unter Legitimations- oder Effizienzdruck. Es kann und darf einfach so bestehen, wie es ist, weil seine Existenz mit der des Staates gleichgesetzt wird; schließlich gibt es bekanntlich keinen Staat ohne Staatsapparat. An den Regeln der Wirtschaftlichkeit vorbei und in absoluter Ignoranz gegenüber den demokratischen Pflichten der Gesellschaft und der Bürger machen solche korrupten Systeme ein kostenintensives Paradox möglich: Sie geben sich selbst die notwendige juristische Grundlage, um dem Rest der Bevölkerung zu trotzen.

Kein Sektor des öffentlichen Lebens in Rumänien zeigte in den letzten Jahren eine so hohe Wachstumsrate wie die staatliche Verwaltung – deutliches Zeichen einer Überbürokratisierung.

Um die Situation in Rumänien konkret anzusprechen: Kein Sektor des öffentlichen Lebens zeigte in den letzten Jahren eine so hohe Wachstumsrate wie die staatliche Verwaltung. Zum demographischen Problem, demzufolge immer mehr Rentner von immer weniger Arbeitnehmern versorgt werden müssen, tritt das der Überbürokratisierung hinzu. Im Durchschnitt sind mehr Leute vom Staat beschäftigt als in der Wirtschaft. Wenn die jetzige Finanzkrise etwas Gutes gebracht hat, dann jenes, dass sie diese Missstände notgedrungen ans Tageslicht gefördert hat. So erfuhr die breite Masse der Bevölkerung von Entscheidungsstrukturen im staatlichen System – voll gesetzeskonform, aber gänzlich unmoralisch –, wonach Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst am besten bezahlt werden. Diese traumatische Ungleichheit in der Demokratie – zwischen Staatsapparat und freier Wirtschaft oder zwischen den Dazu-Gehörenden und den Für-immer-draußen-Bleibenden – ist letztendlich die zynische Umwandlung des angeblichen kommunistischen Egalitarismus.

III.

Die Folgen des Kommunismus auf persönlicher Ebene reichen offensichtlich tief hinein in die Mentalität der Menschen, egal ob diese ein Leben lang, wenige Jahre oder gar nicht unmittelbar in der Diktatur des Proletariats verbrachten. Das Trauma schlechthin des Kommunismus in unserer eigenen Geschichte stellt dabei die systematische Vernichtung der Eliten dar. Politiker, Offiziere, Künstler, Priester, Journalisten, kurzum alle, die mit der Gesellschaft und Zeit vor dem Kommunismus in Verbindung standen, mussten weg. Diejenigen, die es nicht ins Exil schafften, wurden für Jahrzehnte eingesperrt. Allein in Rumänien rechnet man in dieser Zeit (1948-1989) mit ca. 100.000 politischen Gefangenen, darunter an die 5.000 Priester, Mönche, Nonnen, Pastoren und Prediger. Hinzu kommen die etwa 2 Millionen Opfer von Deportationen, Zwangsarbeit und von Hausarrest. Das macht insgesamt ca. 10 Prozent der damaligen Bevölkerung aus.

Eine gravierende Folge dieser vernichtenden Politik stellt die Angst in den Menschen dar, ihr eigene Meinung zu sagen, an die ungefälschte Geschichte zu rekurrieren oder überhaupt das System infrage zu stellen. Dadurch ist das Fehlen eines organisierten Widerstandes in Rumänien zu erklären. Auch die heutige Schwierigkeit, geeignete, gut ausgebildete und ehrliche Leute für Leitungspositionen zu finden, hat durch diese Unterbrechung des Elitenflusses weitgehend ihre Begründung.

Die Angst der älteren Generation war mit der Indoktrinierung der jüngeren gekoppelt. Man könnte sogar von einer ideologischen Bevormundung sprechen, wenn man bedenkt, dass durch die Indoktrinierung mit dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ das ganze Denksystem jedes Einzelnen auf ein falsches Fundament gestellt wurde. Teil dieser Indoktrinierung war der Glaube an die kommunistische Partei, an die Macht des Proletariats und an die Überlegenheit des Kommunismus im Vergleich mit dem Kapitalismus. Hinzu kommt der dem Kommunismus konstitutive Atheismus und eine aktive Religionsfeindlichkeit. Es ist daher bemerkenswert, dass trotz verstärkter Propaganda und Ideologie die Religion als die am meisten kommunismusresistente Dimension des persönlichen Lebens bis zum Schluss erhalten geblieben ist. Seine Religion zu praktizieren war nicht selten eine gewagte Form, Widerstand zu leisten. Und in der Tat: Die Hauptbotschaft des Christentums war der absolute Widerspruch zur kommunistischen Ideologie. Der Fall des Kommunismus ist letztendlich das Ergebnis seiner falschen Anthropol-

logie und Weltanschauung. Je krasser die Parteipropaganda und der Persönlichkeitskult um Ceaușescu in den letzten Jahren des Regimes wurden, desto deutlicher trat die Diskrepanz zur Realität hervor, sodass am Ende das Szenenbild im geschichtlichen Prozess in sich zusammengebrochen ist.

Der Kommunismus lebt in Osteuropa z. B. in der allgegenwärtigen Architektur der Städte weiter. Das Wohnen wurde in der Diktatur des Proletariats auf das Schlafen reduziert. Entsprechend fielen die Räume klein aus, und ein Wohnblock gleicht einer Kolonie der Gestrandeten. Durch die bewusste Mischung der sozialen Klassen sind solche Wohnblocks Orte von anonymen Massen. Jeder sorgt selber für sein Wohlbefinden in den eigenen vier Wänden, dafür aber ist der gemeinsame Raum, das Treppenhaus oder das wenige Grün um den Block ungepflegt. In paradoxer Weise hat so der Kommunismus fast die gleiche Art von Egoismus und Individualismus hervorgebracht wie die großen Städte im Westen.

Die Menschen hatten sich mit den traumatischen Lebensbedingungen in der Diktatur soweit arrangiert, dass heutige Freiheit und Selbstbestimmung als traumatisch, sogar als Provokation empfunden werden.

Trotz dieser traumatischen Entwicklung, die die Menschen aus den Dörfern zu grauen Stadtbewohnern machten, ohne Identität und Wurzel, gibt es nicht wenige, die dieser kommunistischen Epoche nachtrauern. Für sie sieht die Bilanz dieser Zeit sehr simpel aus: Bis vor zwanzig Jahren hatten sie eine gesicherte Wohnung und einen Arbeitsplatz. Dass dafür der Kommunismus die Elite, die Geschichte, die Natur und die Religion des Landes systematisch unterdrückt und vernichtet hatte, scheint nicht mehr zu zählen. Es spielt keine Rolle, dass für das wenige Gute viel Böses geschah und die geschichtliche Rechnung deutlich erkennen lässt, dass Rumänien zu den Verlierern und nicht zu den Gewinnern gehört. Man hat sich mit den traumatischen Lebensbedingungen in der Diktatur so arrangiert, dass nun die Freiheit und die Selbstbestimmung als traumatisch erscheinen, ja mehr noch, als laute Provokationen. Die Nacht des Totalitarismus war so lange, dass vielen das Tageslicht der Demokratie immer noch störend und unerträglich erscheint.

IV.

Was kann die Kirche (hier: die orthodoxe) unternehmen, damit dieses Trauma des Kommunismus verarbeitet werden kann? Als Ort der Anamnese *par excellence* kann und soll die Kirche eine Kultur der Erinnerung pflegen. Dass dies keine leichte Aufgabe angesichts der Verstrickungen einiger Kirchenvertreter mit dem alten Regime darstellt, versteht sich von selbst. Nicht mehr selbstverständlich sein darf jedoch zwanzig Jahre nach der Wende die weitere Ausblendung der Tatsache, dass die Kirche in dieser Zeit auch Märtyrer und Bekenner hervorgebracht hat. Sie zu ehren und als Beispiele des religiös-spirituellen und zivilen Lebens gleichermaßen vorzustellen, wäre der größte Beitrag der orthodoxen Kirche in Rumänien und in Osteuropa dafür, dass künftige Generationen aus der Lektion des Kommunismus etwas lernen und die Freiheit bewusster erleben können.

Literaturhinweise

- Radu Preda*: Comunismul. O modernitate eșuată (Der Kommunismus. Eine gescheiterte Moderne). Cluj-Napoca 2009.
- Radu Preda*: Das Jahr 1989 in der Geschichte und im Bewusstsein der rumänischen Gesellschaft und Kirchen. In: Klaus Koschorke (Hrsg.): Falling Walls. The Year 1989/90 as a Turning Point in the History of World Christianity / Einstürzende Mauern. Das Jahr 1989/90 als Epochenjahr in der Geschichte des Weltchristentums. Wiesbaden 2009, S. 57-75.
- Radu Preda*: Kommunismus als theologische Anfrage. Die Skizze einer orthodoxen Antwort. In: Ingeborg Gabriel/Cornelia Bystricky (Hrsg.): Kommunismus im Rückblick. Ökumenische Perspektiven aus Ost und West (1989-2009). Ostfildern 2010, S. 167-191.
- Radu Preda*: Zwischen Tradition und Transition. Zwanzig Jahre Postkommunismus am Beispiel Rumäniens. In: Miroslav Polzer u. a. (Hrsg.): Religion und Wende in Ostmittel- und Südosteuropa 1989-2009. Innsbruck, Wien 2010, S. 320-346.

Beziehung, Freiheit, Toleranz und Kultur

Prinzipien der therapeutischen Arbeit im östlichen Europa¹

Gert Sauer ist Psychoanalytiker und Psychotherapeut und lebt in Freiburg/Breisgau. Als Lehranalytiker und Supervisor des C. G. Jung-Instituts Stuttgart arbeitet er mit Ausbildungsgruppen für Analytische Psychoanalyse und Psychotherapie in Polen, Litauen, Russland und Kasachstan.

Psychotherapie ist im östlichen Europa Trauma-Therapie von traumatisierten Menschen für traumatisierte Menschen. Nach dem politisch-gesellschaftlichen Umbruch zeigte sich rasch, dass sich die im westlichen Europa bewährten Methoden nicht eins zu eins auf die Situation im östlichen Europa übertragen lassen. Eine große Rolle spielt der Rückgriff auf kulturelle Traditionen, mit deren Hilfe der Therapeut geeignete Zugänge zum Patienten findet. Westlichen Augen werden damit neue Horizonte eröffnet, die für die hiesige Arbeit fruchtbare Anregungen bieten.

Einführung

Sowohl im Westen als auch im Osten stellt der analytische Beratungsraum eine wertvolle Insel dar. Man wird wohl selten einen anderen Ort finden, an dem sich eine Person mehrmals in der Woche Zeit für uns und unser Leben nimmt.

Ich arbeite nun schon seit langem in der Supervision und führe Seminare und Vorlesungen zusammen mit litauischen, russischen und polnischen Kollegen durch. In dieser Zeit lernte ich sehr viel über das Leben in der sowjetischen und postsowjetischen Zeit, über die von Nazi-

¹ Der Text beruht auf einem Vortrag, den der Autor in englischer Sprache 2009 auf einer Konferenz in Vilnius gehalten hat. Er wurde von Thomas Hartl aus dem Englischen übersetzt und vom Autor überarbeitet.

Deutschland verursachten Traumatisierungen während des Zweiten Weltkriegs, die der sowjetischen Herrschaft in Litauen folgende gesellschaftliche Spaltung, die Sehnsucht nach politischer, ökonomischer, öffentlicher und individueller Freiheit – und über die Kunst, eine manchmal realistische, manchmal surrealistische Welt zu meistern und in ihr zu überleben. Und es scheint mir, dass ich ebenso etwas Besonderes gelernt habe, was nicht in der allgemeinen therapeutischen Haltung des Westens zu finden ist. Man kann es als eine Art Schwingung im psychischen Raum beschreiben, die im therapeutischen Raum vorherrscht und der Schwingung ritueller russisch-orthodoxer Gesänge entspricht, obgleich ich weiß, dass Polen und Litauen römisch-katholisch geprägt sind. Daher will ich den Opfern Ehre geben und ihre Überlebenskunst ehren, die in Litauen stets in der Volkspoesie, in Liedern und in der Kunst zum Ausdruck kam. Aus diesem Grund beginne ich die Zusammenfassung meiner Erfahrungen mit der Erinnerung an große Werke litauischer Kunst. In seiner Einführung in die Bilder von Mikalojus Konstantinas Čiurlionis, einem der wichtigsten Künstler Litauens, dem in Kaunas ein außerordentliches Museum gewidmet ist, sagte Vytautas Landsbergis, der frühere Staatspräsident Litauens, Folgendes:

„Mikalojus Konstantinas Čiurlionis verkörperte Kreativität sowohl in facettenreicher als auch in verdichteter Weise ... Die Welt ist nicht chaotisch, vielmehr stellt sie sich in einer ganzen Reihe von Verflechtungen dar, darin inbegriffen die Beziehung zwischen Erde und Himmel. Die menschliche Existenz ist lediglich ein Partikel von etwas Größerem, und das Schöpferische des Menschen kann sich als Zeichen der universellen Schöpfung manifestieren. Genauso sind die Werke von Čiurlionis.“²

Vytautas Landsbergis drückt nur das aus, was ich in der praktischen Arbeit der Supervision begriff. Was er ausspricht, kommt den Ideen der therapeutischen Arbeit im Rahmen der analytischen Psychologie sehr nahe. Čiurlionis war – als Litauer – ein Vertreter des russischen Symbolismus. Die russischen Symbolisten wiederum kamen von der russisch-orthodoxen Tradition der Erfassung der Welt und entwickelten ein Konzept des psychischen Feldes, dem sie den Namen „sobornost“ gaben.³ Das Wort lässt im Russischen Gemeinschaft, Versammlung und das Bild

2 Vgl. dazu Birutė Verkelytė-Federavičienė: Mikalojus Konstantinas Čiurlionis. Staatliches Kunstmuseum M. K. Čiurlionis. Kaunas 1997, S. 9.

3 Vgl. Artikel „Sobornostj“. In: Norbert Franz (Hrsg.): Lexikon der russischen Kultur. Darmstadt 2002, S. 417 (auch zum Folgenden).

einer großen Kirche mitklingen. Landsbergis beschreibt das mit den Worten „Die menschliche Existenz ist lediglich ein Partikel von etwas Größerem“. Deutsch lässt es sich am ehesten mit „gemeinschaftliche Verbundenheit“ wiedergeben. In der russischen Philosophie drückte Alexej Chomjakow mit dieser Vorstellung die Einheit in der Vielfalt aus. Wladimir Solowjew und Sergej Trubezkoi arbeiteten es aus und Wjatscheslaw I. Iwanow formulierte es für den russischen Symbolismus 1913 als den besonderen gesellschaftlichen Geist (der Russen).

Ich habe den Eindruck, dass man etwas davon in der Arbeit aller unserer osteuropäischen Kollegen findet, was wohl in Verbindung steht mit dem Einsatz der Intuition und der Funktion des Fühlens, die im Vergleich mit dem Westen dort wesentlich mehr geschätzt wird. Jedenfalls scheint es so, dass die osteuropäischen Kollegen ihre praktische und klinische Arbeit von einer ganzheitlichen Position her angehen. Im Vergleich dazu gehen die westeuropäischen Kollegen ziemlich häufig von einer kartesisch-analytischen⁴ Position her an ihre Arbeit.

Einmal verbrachten wir eine schöne Woche in Nida⁵ an der Ostsee und diskutierten einige Fälle. Während der Arbeit tauchte in mir die Abfolge „Beziehung, Freiheit, Toleranz und Kultur“ als wichtigste Richtschnur für die therapeutische Arbeit in Osteuropa auf. Deshalb werde ich mich nun ein wenig dazu äußern.

Beziehung

Ich beginne jedoch mit einem litauischen Lied:⁶

*Oh Mutter, mein Herz und Leben.
Erkläre mir, was meine Träume bedeuten.
Eine Dohle flog über den Kirschgarten
Und spann grüne Seide
Und verstreute weiße Perlen.*

⁴ Gemeint ist hier im Gegensatz zur intuitiv-emotionalen Zugangsweise eher ein rationales Vorgehen im Anschluss an René Descartes (1594-1650), der zu den Begründern des neuzeitlichen Rationalismus in Europa zählt (Anm. d. Redaktion).

⁵ Nida, deutsch Nidden, gelegen auf der Kurischen Nehrung, bekannt durch das Ferienhaus Thomas Manns (heute Museum).

⁶ Eine englischsprachige Übersetzung der folgenden Verse bietet die Ausgabe von Algirdas Landsbergis/Clark Mills: *The Green Oak. Selected Lithuanian Poetry*. New York 1962.

*Oh Sohn, mein Herz und Leben,
 Ich werde Dir die Bedeutung Deiner Träume sagen.
 Die Dohle ist Deine Braut,
 Die grüne Seide ist ihr Haar,
 Und die weißen Perlen sind Tränen.*

Das moderne Wirtschaftsleben beruht auf zwanghaften Strukturen. Die Lebensqualität hängt von hoher Mobilität, guten Kompetenzen, der

Die gesellschaftlichen Umwälzungen nach dem Ende der Sowjetherrschaft verursachten gewaltige neue Traumatisierungen innerhalb der Familien.

Kraft zur Konkurrenzfähigkeit und der Möglichkeit ab, viele Dinge zu verändern und Chancen und Transformationen zu erhalten. Verbindlich ist ebenso die Notwendigkeit zu überleben, was viele Menschen in den baltischen Ländern dazu zwang, in westlichen Ländern zu arbeiten; Folge waren gewaltige neue Traumatisierungen innerhalb der Familien. In der Zeit vor der aktuellen Krise – und erneut während dieser Krise – wurde die Notwendigkeit zu überleben genauso zwanghaft erforderlich wie jene zu konsumieren. Die heutige Werbung zerstört ebenso das Gefühl für das Maß im Leben, wie es die Sowjetpropaganda mit ihren Lügen tat.

In der Sowjetzeit war die öffentliche Kontrolle durch die Nachbarschaft und Betriebe eine Kontrolle des verordneten Denkens. Nun ist es die Kontrolle darüber, was die Menschen konsumieren müssen, um modisch zu sein. Der Zwang, modisch zu sein, führt zum gleichen Effekt wie Gefühle der Entbehrung und Leere.

In dieser Situation bietet die Analyse Beziehung als ein persönliches Feld, dem Anderen zu begegnen, und eine Möglichkeit, einen Ort zu finden, wo es möglich ist, sich selbst zu finden. Im Alltagsleben äußert sich die Flucht gewöhnlich in neuen oder kurzlebigen Partnerschaften, Events, Alkoholismus, dem Rückzug in die Depression oder sogar in der Psychose. Innerhalb der Therapie bietet sich eine stabile Beziehung, die, Stunde für Stunde, auf Menschen mit psychischen Störungen heilend wirkt und sie mit sich selbst konfrontiert.

Beobachtungen zeigen, dass Frauen im Allgemeinen besser überleben als Männer. Der Anteil an Männern, die an ihre Gefühle nur mithilfe von Wodka oder Bier herankommen, ist größer als jener der Frauen. Meine Erfahrung legt folgende Hypothese als Begründung nahe: Viele Menschen in Osteuropa, die in Therapien gehen, leben in matriarchalen

Strukturen. In solchen Strukturen haben Frauen wesentlich mehr Möglichkeiten, sich selbst zu finden und ihren eigenen Wert zu erkennen. Mütter und Großmütter sind somit die Leitfiguren, die Stabilität und Halt geben. Psychodynamische Reaktionen in Richtung Körper sind häufig eine Regression in den Zustand der frühen Muttererfahrung am Lebensanfang: Frauen finden einen Ausweg aus ihrem Leiden und drücken es durch körperlichen Schmerz aus, der durch Tabletten gelindert wird. Männer dagegen haben es auf Wodka und Bier abgesehen.

Der Analyseraum, gefüllt mit Gefühl und Intuition, um zu verstehen, stellt einen mütterlichen Raum für Wiedergeburt bereit. Diese Art zu arbeiten ist eine Form von Gastfreundschaft, die bekanntlich in Osteuropa im Unterschied zu vielen Situationen in Westeuropa hochgeschätzt wird. Dort zeigen sich dann die verschiedenen aus dem Seelenhintergrund auftauchenden archetypischen Muster, zeigen sich die unzulänglichen, schlechten oder instabilen Vaterkomplexe und die dominanten guten oder schlechten Mutterkomplexe. Zudem finden Frauen dort eine weitere hilfreiche Struktur: Frauen in Osteuropa waren immer auch kämpfende Frauen, und zwar kämpfende Mütter und, darin inbegriffen, kämpfende Frauen. Dementsprechend haben Frauen wertvolle innere Bilder bezüglich ihres Selbstwertgefühls – Männer haben es dabei schwerer. Sie sind Helden, die der Mutter dienen, ihr behilflich sind und nur auf die Befehle der Mutter hören. Gemeint sind damit innere Bilder, die nur bloss ausgedrückt werden durch Worte wie Heimat, Gemeinschaft der Freunde u. ä.

Freiheit

Erneut ein litauisches Lied:

*Hey, Ihr jungen Vögel,
Ich wünschte, ich wäre verheiratet.
Die grau umhüllte Drossel
Wird meine Pferde satteln,
Der Biber mit des Marders Haube
Wird der Fahrer sein,
Der schmalbeinige Hase
Wird nacheilen,
Die kristallklare Nachtigall
Wird aus dem Gesangbuch singen*

*Und die springende Elster
Wird tanzend wirbeln.*

Bezüglich Freiheit ist die psychoanalytische Behandlung revolutionär. In totalitären mütter-, vater- bzw. gruppenbezogenen Strukturen eine selbstständige Beziehung mit sich selbst und anderen zu finden, in dem man die Andersartigkeit von inneren psychischen Strukturen und von anderen Personen respektiert, ist unmöglich. Die Erfahrung, anders

Die Analyse bietet einen geschützten Ort, wo es möglich ist, sich selbst und andere zu beobachten und wahrzunehmen.

als die anderen Gruppenmitglieder zu sein, ist für archaische Menschen möglicherweise verheerend. Die Analyse bietet einen geschützten Ort, wo es möglich ist, sich selbst und andere zu beobachten und wahrzunehmen. Und

erneut scheint *sobornost* als Gefühl auf, im gleichen psychischen Strom zu sein, um den analytischen Prozess zu begünstigen. Dort gibt es keine Wertung, es herrscht wirkliches Mitgefühl und mehr: Der Patient hat ein Anrecht darauf, über alles Mögliche herum zu phantasieren, sogar über das Illusorische, das Utopische, das in Osteuropa so tiefe Wurzeln hat, ohne aus der Beziehung herauszufallen, die im analytischen Raum vorherrscht. Eine Frau liebt mehrere Männer, ein Mann liebt Männer, ein anderer lebt in seiner Phantasie mit Schatten: betragend, verrätend, kämpfend – die Analyse bietet ein experimentelles Leben in Träumen, kreativer Arbeit und Fantasien. Sehr wichtig ist jedoch: Nichts ist falsch – solche Freiheit ist in geschlossenen Gesellschaften unmöglich. Eines der wichtigsten Geschenke, die C. G. Jung der osteuropäischen Psychologie machte, besteht in der Erfahrung, dass der Mensch geheilt wird, wenn die Freiheit gegeben ist, sich selbst solange auszuprobieren, bis der wirkliche eigene Ort gefunden ist.

Toleranz

Im Folgenden ein Vers von Jurgis Baltrusaitis:

*Fange dieses lebendige Wissen ein, lass Dir Deine Augen öffnen,
Und von da an wirst Du Deinen dahinschwindenden Moment
anlocken,
Für immer, und du musst nicht zersplittern das Reich
der Welt zu schlammiger Erde und sternenbedecktem Himmel ...*

Beziehungen und Freiheit stärken den Ich-Komplex, um Gegensätze auszuhalten. Die Supervision in Osteuropa zeigt, dass das Wort „Toleranz“ in Bezug auf Beziehungen und im Unterschied zum westlich-europäischen Gebrauch ein anderes Element enthält. Etwas, das zwischen Analytikern und Patienten im Raum schwingt und das ich mit dem russischen Wort „*terpenije*“ erklären möchte. Psychologisch gebraucht bedeutet es nicht nur die Möglichkeit, dem Anderen einen Ort des Daseins zu geben, wie Henry IV. es in Frankreich den Protestanten gab, und ihn dort zu ertragen. Die psychische Erfahrung dieses Raumes zwischen den Patienten und den osteuropäischen Psychoanalytikern – ausgedrückt mit *terpenije* – bedeutet in etwa mystische Teilhabe, wie Lucien Lévy-Bruhl es ausdrückte, ist aber in der Aktivität mehr. Der Therapeut begibt sich in das Leiden seines Patienten. Er hält das Leiden in seinen Armen und lässt es in sein Herz.

Rudolf Blomeyer bezeichnete in Berlin diesen Prozess innerhalb seiner therapeutischen Trias als „auf den Armen halten“. Es gibt etwas Ähnliches, das durch das archetypische Bild auf manchen Ikonen der Gottesmutter ausgedrückt wird, auf der sie den Erlöser in den Armen hält. Dies sind Ikonen der „Milost“-Gottesmutter, was nicht ganz präzise mit „Gottesmutter der Gnade“ übersetzt werden kann, da im Westen häufig die Elemente des *terpenije* und der Partizipation fehlen und durch Denkformeln ersetzt werden. Vielleicht könnte hier das Beispiel des Philosophen Nikolai Berdjajew hilfreich sein. In seiner Arbeit beschreibt er die Persönlichkeit des Menschen wie folgt: „Persönlichkeit zeichnet sich nicht durch die Möglichkeit aus, das Leiden herauszuspüren und zu fühlen; Persönlichkeit ist das Leiden selbst, der lebendige Schmerz.“⁷

Der osteuropäische Therapeut lebt in der Funktion des Fühlens und in der Intuition solcher Strukturen und scheint normalerweise durch solche archetypischen Kräfte geleitet zu sein wie jene der *milost*-Gottesmutter. Hiermit kommen wir zurück in die Welt des *sobornost*, wo wir etwas beschreiben und ausdrücken, was nicht durch intellektuelle Formeln zu beschreiben ist: Das Gefühl, auf innige Weise mit dem Leiden des Anderen verbunden zu sein.

⁷ Nikolai A. Berdjajew: Von der Sklaverei und der Freiheit des Menschen. Zitiert bei Fedor Stepun: Mystische Weltanschauung. Fünf Gestalten des russischen Symbolismus. München 1964, S. 182.

Kultur

Nun noch zwei Verse von Faustas Kirsas:

*Im Hause seines Vaters schnitzt ein 100jähriger Bauer
ein hölzernes Abbild des Herrn, das Wunder wirkt.*

*Auf das Antlitz Jesu schreibt er seinen Kummer,
Als sie seinen Sohn ins Gefängnis nach Sibirien schickten.*

Wie man sieht, müssen wir die Besonderheiten des kollektiven Bewusstseins berücksichtigen, um unsere Therapeuten und ihre Patienten verstehen zu können. Die Vielfalt der osteuropäischen Kultur als Ausdruck des kollektiven Bewusstseins muss durch Toleranz geachtet, durch innere und äußere Freiheit getragen und durch Beziehungen verstanden und gehalten werden. Osteuropa war schon immer ein Schmelztiegel verschiedener Kulturen, Sprachen, Bräuche und Riten. In Beziehung zu stehen mit der jeweiligen Kultur des Patienten, gibt dem Therapeuten die Freiheit, umzuschalten in den archetypischen Fluss der Psyche des Patienten. Wenn der Therapeut die Kultur des anderen erforscht, erforscht er auch sich selbst und seine eigene Kultur. Indem er dies ohne Angst tut, wird er zum Beispiel der Freiheit, um einen Weg zu seiner eigenen Identität und der seines Patienten zu finden.

Zusammenfassung

Psychotherapie in Osteuropa ist Trauma-Therapie von traumatisierten Menschen für traumatisierte Menschen. Die Archetypen des „Verwundeten Heilers“ und der „Großen Mutter“ sind ständig präsent. Der Archetyp des Vaters erscheint meistens im matriarchalen Kraftfeld als eine helfende Kraft der „Großen Mutter“. Dieses ist oft in seiner verschlingenden Kraft aus Depressionen, körperlichen Schmerzen und Abhängigkeiten konstelliert. Der Ich-Komplex taucht häufig in Situationen auf, in denen er durch Abwertungen gestört wird. In der männlichen und weiblichen Psyche wird er kompensiert durch narzisstische Störungen. Die Themenkomplexe Beziehung, Freiheit, Toleranz und Kultur als Prinzipien der therapeutischen Arbeit erscheinen als Leitlinien hilfreich für das Training und die Supervision.

Das Erwachen zur Verantwortung

Dr. Ludvík Běťák arbeitet als Psychologe und Psychotherapeut (Schule von C. G. Jung) in Brno/Brünn. Er ist Begründer des Ausbildungsgangs in der jungschen Psychotherapie in Tschechien und hat über mehrere Jahre Seminare und Vorlesungen an der dortigen Universität und an der Universität Prag gehalten (u. a. Imaginative Psychotherapie).

Kein Arzt bleibt vom Leiden seines Patienten unberührt. Gerade die persönliche Beziehung zwischen beiden ist für die Diagnose und Therapie oft genauso wichtig wie die Gabe von Medikamenten. Noch schwieriger ist es, wenn beide mitten in einem System leben, das die Menschen seelisch krank macht – Arzt und Patient sind beide „Betroffene“. In den nachfolgenden Zeilen wird dieses Dilemma im Hinblick auf die Situation in der Tschechoslowakei vor und nach 1989 deutlich. Einmal mehr zeigt sich dabei auch, wie die Verletzungen, die das System „Kommunismus“ verursacht hat, einen Schatten auf die heutige demokratische Gesellschaft werfen.

Biographische Skizze

Seit dem Fall des totalitären Regimes in der Tschechoslowakei sind mehr als zwanzig Jahre vergangen. Unsere Kinder und Enkelkinder vermissen beinahe schon die Vorstellung davon, wie diese Zeit gewesen ist und was sie in uns hinterlassen hat.

Der Beruf als Psychologe und die psychotherapeutische Erfahrung können mir auf den ersten Blick einen Einblick davon vermitteln, wie die andauernden Schmerzen der menschlichen Seele oder individuelle und soziale Psychopathologien mit dem politischen Regime zusammenhängen, in dem ich mehr als die ersten vierzig Jahre meines Lebens verbracht habe. Auch wenn ich es mir nicht zutraue, gegenwärtig eine gründlichere Analyse vorzunehmen, versuche ich, einige Beobachtungen und ein Stück persönlichen Zeugnisses abzugeben. Die Zeit war kompliziert,

hatte eine Reihe an Etappen und Wandlungen. Sicher hat dies meinen individuellen Weg gekennzeichnet; ich kann allerdings meine Erlebnisse nicht mit den Menschen vergleichen, die mit der Gesundheit, der Freiheit – durch Gefängnishaft –, mit dem Verlust der Nächsten bezahlt haben, emigrieren mussten oder sogar das Leben verloren.

Für die so genannte „politische Unzuverlässigkeit“ habe ich selber knapp einem Verlust des Arbeitsplatzes entgehen können, tiefer haben mich aber eigene innere Krisen und Verluste nahestehender Menschen getroffen. Gleich nach dem Studium musste ich auf eine pädagogische Laufbahn verzichten, konnte aber das Studium wenigstens überhaupt zu Ende bringen. Ich muss zugeben, dass die kommunistische Normalisierung in den siebziger Jahren mir sogar indirekt „geholfen“ hat, das „innere Leben“ in mir zu erwecken und bei der klinischen Arbeit zu bleiben. Das Überleben haben mir wahrscheinlich am meisten enge Beziehungen mit einigen wunderbaren Menschen ermöglicht, dazu die geistige Orientierung, Musik und Humor. Die „Samtene Revolution“ von 1989 hat mich in einer Lebenssituation heimgesucht, in der ich mich nach Freiheit und Erkenntnis sehnte. Mit großer Begeisterung habe ich dann Wege gesucht, um meine psychotherapeutischen Kenntnisse ergänzen zu können, und zwar in Deutschland und in der Schweiz. Ich bin sehr dankbar für die Hilfe, die ich dort von vielen Menschen und Institutionen bekommen habe, und versuche nun, diese in meine therapeutische Arbeit einzubringen.

Folgende Mosaiksteine der persönlichen und beruflichen Erfahrung zeigen, wie sich die individuellen und sozialen Krankheitsbilder im Thema der Verantwortung überschneiden und wie es unmöglich wird, die Anpassung nach außen und nach innen voneinander zu trennen.

Erstes Fallbeispiel: Dissident oder Geisteskranker?

Ich erinnere mich zuerst an einen Fall, der so wirkt, wie wenn er die Zeit des Übergangs vom totalitären Regime zur Demokratie ganz typisch charakterisieren würde. Der Fall bezieht sich vor allem auf die Frage, ob in einer ungesunden Gesellschaft überhaupt ein gesundes Individuum aufwachsen kann und was eigentlich normal ist.

Irgendwann im Jahr 1989 hat mir ein Psychiater diesen Patienten zur Untersuchung geschickt, nicht lange vor der „Samtenen Revolution“. Damals gehörte zu meinem Arbeitsbereich in der Poliklinik Psychodagnostik. Ich kann mich nicht mehr an alle Einzelheiten erinnern, aber ich

sollte mich an der Begutachtung des geistigen Zustandes des Patienten im Zusammenhang mit seiner „Erregung von öffentlichem Ärgernis“¹ beteiligen. Er hatte Schwierigkeiten, seine Gefühle zu beherrschen, hat offen über die Kommunisten geschimpft und ist für den unverhohlenen Ausdruck seiner radikalen Einstellungen wiederholt verfolgt und auch inhaftiert worden. Dabei war er furchtlos, sogar eher provozierend, und hat fest damit gerechnet, wieder verhaftet zu werden.

Beim ersten Gespräch stellte sich schnell heraus, dass es sich um einen „offiziellen Dissidenten“ handelte. Ich gewann allerdings sehr schnell den Eindruck, dass es sich um eine abnorme Persönlichkeit mit gewissen Kennzeichen der Verwirrtheit handelte – auch solche Menschen gab es unter den Dissidenten. Damit befand ich mich in einem moralischen Dilemma. Es war eindeutig, dass die Forderungen des Mannes berechtigt waren. Wenn ich mich nun zu seinem Geisteszustand äußere, werde ich diesen Menschen in bestimmter Weise disqualifizieren, weil ich nicht die ganze Wahrheit sage – vielleicht wird er dann statt ins Gefängnis in eine Psychiatrische Anstalt eingeliefert. Soll ich also ernsthaft eine Person „disqualifizieren“, die mit ihrem unkonventionellen Verhalten dazu beiträgt, das totalitäre System zu destabilisieren? Gleichzeitig aber disqualifiziere ich mich selbst – ich bin doch auch mit dem System nicht einverstanden, selbst wenn mein Selbsterhaltungstrieb, meine Familie und meine ganze geistige Veranlagung mir bisher nicht erlaubt haben, so offen wie er und mit einer ähnlichen Radikalität gegen die gebündelten Missstände zu opponieren.

So wurde ich plötzlich mit meiner eigenen „Rücksicht“, „Toleranz“, „Konformität“, aber auch mit der eigenen Angst und einem Autoritätskomplex konfrontiert. Ich musste zugeben, dass dieser nach außen „unangepasste“ Mensch eigentlich mit sich selbst viel mehr im Reinen war als ich selbst. Das machte mich wütend. Ich habe mich missbraucht gefühlt. Das Regime wollte meine professionelle Rolle missbrauchen, wollte eine psychologische Charakteristik der Persönlichkeit des Patienten in einem Kontext nutzen, die nicht im Interesse dieses Menschen war und noch

Die Diagnose soll dazu führen, dass der Dissident für geisteskrank erklärt und in eine Anstalt abgeschoben werden kann.

1 Dahinter steht das Phänomen der „Maladaptivität“: Ein ursprünglich wertneutrales, zum Selbstschutz entwickeltes Verhalten verändert eine Person derart, dass sie verhaltensauffällig wird (Anm. d. Redaktion).

weniger den Interessen der ganzen kranken Gesellschaft diene. Was sollte dann noch irgendeine „normative Diagnostik“ bringen? Schließlich habe ich es abgelehnt, die Untersuchung fortzusetzen.

Uns alle hat schließlich die gesellschaftliche Veränderung im November 1989 „gerettet“. Der Patient wurde nicht mehr verfolgt und musste weder ins Gefängnis oder in eine Anstalt gehen. Er bleibt bis zum heutigen Tag für viele Menschen durch seine persönliche Eigenart und sein „unangepasstes Verhalten“ unbequem. In einer demokratischen Umgebung kann und wird er dadurch jedoch nicht von vorneherein als Krimineller oder Geisteskranker abgestempelt werden.

Zweiter Fall: Wohltäter oder unzurechnungsfähig?

In diesem Fall geht es um Werte wie Verantwortung und Familiensolidarität. Etwa zehn Jahre nach der Wende, um das Jahr 2000, habe ich einen ca. sechzigjährigen Mann untersucht. Seine Familie hatte die Untersuchung beantragt – die Ehefrau und die erwachsenen Kinder hatten darauf hingearbeitet, ihn für unzurechnungsfähig zu erklären und ihm die Geschäftsfähigkeit zu entziehen.

Der Mann hat mir seine Geschichte erzählt. In der Zeit der kommunistischen Normalisierung in den siebziger Jahren war er ein hochrangiger Direktor einer großen Fabrik, verfügte über ein großes Einkommen, war allerdings auch sehr unbeliebt wegen seines kompromisslosen und unsensiblen Umgangs mit den Angestellten. Nach 1990 verlor er seine Arbeit, fand keine angemessene Stellung mehr und ist nach und nach in immer stärkere Depressionen gefallen. Er hatte zwar Familie, ein Haus, große Ersparnisse, war aber ohne Freunde. Die Depression dauerte schon ein paar Jahre an; stationäre und medikamentöse Behandlung halfen nicht, schließlich verließ er das Haus fast nicht mehr, aß wenig,

verkam nach und nach und verbrachte die meiste Zeit, nun bereits im Rentenalter, im Bett. Damals tauchte in seinem Leben ein Mann auf, der von seiner seelischen Verfassung erfahren hatte. Dieser begann, ihm über das

Wenn Patienten in auswegloser Lage neue Ziele entdecken, kann dies zum Verschwinden depressiver Zustände führen.

Leben der Armen in Indien zu erzählen, und hat mit Bildern, statistischen und anderen Angaben demonstriert, welch unermessliches Elend diese Menschen plagt. Nachdem er Mitgefühl bei unserem Patienten geweckt hatte, erläuterte er ihm, wie er durch eine Stiftung helfen könne,

den leidenden Menschen in Indien wenigstens zu einem Sterben in Würde zu verhelfen. Unser Patient begeisterte sich immer mehr für diese Idee – und in gleichem Maße nahmen die Depressionen ab, bis sie schließlich vollständig verschwunden waren. Er hat sich dann entschieden, eine größere Summe der Stiftung zu widmen, aber dagegen hat sich nun die Familie gestellt. Zwei erwachsene Kinder stellten finanzielle Forderungen, obwohl sie laut Aussage des Patienten bereits große Summen erhalten hatten. So kam es schließlich dazu, dass der Patient Rechtsanwälte einschaltete, um frei über seine Ersparnisse verfügen zu können. Er war sogar bereit, sich scheiden zu lassen, um den Rest seines Lebens und seiner Mittel dem widmen zu können, woran er glaubte. Die Familie hingegen war sich einig, das wäre nicht normal, und hat Wege gesucht, ihn entmündigen zu lassen.

Auch hier konnte die Psychiatrie selbst kaum helfen. Hier ging es vor allem darum, die moralische und menschliche Ebene des Falls herauszuarbeiten. Weiterhin spielten Themen wie Schuld und Verzeihung, Sinnfindung und Individualpotenzial eine Rolle. Die Zeit hat auch in diesem Fall schneller zu einer Lösung geführt, als die Beteiligten erwartet hatten – unser Mann ist körperlich ernstlich erkrankt und kurz darauf verstorben. Damit fand die angestaute Energie (symbolisiert durch das Geld), die der Patient nach seiner Vorstellung sinnvoll investieren wollte, unerwartet einen anderen Weg.

Mentale Veränderungen in der Gesellschaft

Die genannten Beispiele betreffen längst nicht die Breite aller Probleme, mit denen wir uns in der Zeit des Kommunismus und des Übergangs zur Demokratie auseinandersetzen mussten. Die beiden Fälle weisen allerdings auf eine gemeinsame Frage des Konflikts zwischen der Anpassung nach innen und nach außen hin, auf die Frage der *Treue zur eigenen Seele*. Es handelt sich um die Möglichkeit, aber auch die Verantwortung und den Mut, die eigene Bestimmung zu erkennen und den dann erkannten Weg konsequent zu gehen. Es geht um die *Erweckung des Gewissens*.

Was haben wir im Kommunismus am meistens vermisst? Sicherlich vor allem Freiheit – vielleicht mit der Ausnahme der kurzen Hoffnung im Prager Frühling 1968. In lebendiger Erinnerung habe ich vor allem die Zeit der so genannten Normalisierung: Restriktion, Unfreiheit, Gewalt, Machtmissbrauch – Vergewaltigung der Seele, das Aufdrängen des Unannehmbaren. Das Regime konnte töten, die Menschen verbiegen und

erpressen; es hat Heuchelei und Denunziantentum gefördert. Die Menschen wurden darin gehindert, sich frei zu äußern, zu reisen, sich zu bilden, selbstständig zu wirken. Viele haben dies allerdings kompensiert, haben einen „erträglichen“ Lebensstil entwickelt. Wochenendhäuser gewannen immer mehr an Beliebtheit, und die nicht erfüllte Sehnsucht nach innovativer Arbeit haben die Menschen in Basteltätigkeit umgewandelt. Man zog sich in eine bequeme Passivität und Pseudosicherheit zurück, bildete halb legale und illegale „Netze“, die es ermöglicht haben, das „aufzutreiben“ und zu besorgen, was normalerweise unerschwinglich war.

Das kommunistische Regime hat bei uns in der Tschechoslowakei radikal die traditionellen Werte unterdrückt und uns ideologische Stereotypen ähnlich aufgedrängt, wie es in Deutschland in der Zeit des Nationalsozialismus der Fall war. Die Gesellschaft hat sich atomisiert; der offene Austausch von Meinungen und Informationen wurde bestraft. Die Werte haben sich verschoben – Zugehörigkeit zur „richtigen“ poli-

tischen Richtung und nicht Fähigkeiten, Fertigkeiten oder ehrlicher Fleiß verhalfen den Menschen zur Macht und zur Betätigung. Viele Menschen schwiegen in der Atmosphäre

*Das kommunistische System
unterdrückte traditionelle Werte und
ersetzte sie durch neue Stereotypen.*

der Angst oder haben nur heimlich darüber geschimpft. Neben den tapferen öffentlichen Gegnern des Regimes hat es glücklicherweise nicht an unauffälligen Gegnern gefehlt, die im Versteck und trotz der damit verbundenen Gefahren den freien Geist pflegten, etwa durch Verbreitung von Samisdat, also heimlich veröffentlichter Literatur.

Wenn ich mich an meine psychotherapeutische Klientel in den siebziger und achtziger Jahren erinnere, dann haben zu Beginn der Behandlung über das kommunistische Regime als Hauptursache für ihre Leidenssituation nur relativ wenige Leute offen gesprochen (Phänomen der „schweigenden Mehrheit“). Deutlich äußerten sich besonders Menschen aus der künstlerischen Avantgarde, von denen einige leider dem Alkohol verfallen waren oder Rauschgift konsumierten.² Viele wurden infolge

2 Hinweis der Übersetzerin: Im Original liegt eine Anspielung auf den Typus des „poète maudit“ („verfemter Dichter“) vor. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts werden damit Künstler bezeichnet, die sich mit Person und Werk dem Zeitgeist widersetzen und von der Gesellschaft, die sie selbst verachten, an den Rand gedrängt oder sogar ausgestoßen werden. Viele von ihnen wurden erst spät oder nach ihrem Tod anerkannt. Bekannte Beispiele im 19. Jahrhundert waren Edgar Allan Poe und Charles Baudelaire.

der geistigen Anspannung und unterdrückter Aggressionspotenziale krank, trauten sich aber oft nicht, einen Zusammenhang zwischen den eigenen psychischen Beschwerden und der gesellschaftlichen Situation einzugestehen.

Die tiefenpsychologische Charakteristik dieses Verhaltens sollte allgemein damit beginnen, wie sich ein Mensch (seine Bewusstheit, sein Ego) überhaupt auf etwas anderes beziehen kann. Zu dieser in bestimmten Maßen autonomen Andersartigkeit gehören sowohl Faktoren der Gesellschaftsordnung als auch Vorgänge in unserem Innern. Beides hängt untrennbar zusammen. Die Qualität der Beziehung jedes Einzelnen zur äußeren Umgebung und zum eigenen Innern spielt eine wesentliche Rolle dafür, wie sich das Individuum (und damit letztlich auch die Gesellschaft) entwickeln.

Vieles hängt nun mit der *Einbildungskraft* (Imagination) zusammen. Eine der heimtückischsten Wirkungen totalitärer Regime richtet sich gerade auf diesen Bereich der menschlichen Natürlichkeit. Das Ergebnis ist dann bei vielen Menschen eine negative Haltung zur Autorität und eine grundsätzliche Passivität, die die Entwicklung einer („kindlichen“) freien Imagination verhindern. Dies führt letztlich zu einer Traumatisierung. Bis heute treffen wir solche Fälle an, in denen erst eine tiefenpsychologisch orientierte Psychotherapie den Menschen hilft, hinter ihren psychischen Beschwerden tief gespeicherte Traumata aus der Zeit des vergangenen Regimes zu erkennen. Dazu ein Beispiel: Die Tochter eines bedeutenden tschechischen Intellektuellen und Regimekritikers, die in der Zeit der so genannten Normalisierung Zeugin der Verhaftung des Vaters war und seine dreijährige Gefangenschaft verarbeiten musste, hat sich in ihrer Vorstellung einen imaginären Hund geschaffen. Dieser innere Helfer hat sie in dieser Zeit überall begleitet, gemeinsam mit den Märchen, die der Vater aus dem Gefängnis schickte, beschützt und ihr geholfen, eine schmerzhaft leere zu füllen. Bis zum Erwachsenenalter haben sie immer wieder unverständliche monothematische Träume heimgesucht. Erst die psychotherapeutische Beratung nach vielen Jahren hat offenbart, wie diese Träume die unverarbeiteten Traumata von der Verhaftung und Inhaftierung des Vaters kompensiert haben.

Eine ernüchternde Zwischenbilanz

Die Atmosphäre der Angst hat viele Menschen daran gehindert, ihre Vorstellungen frei und verantwortlich zu entwickeln und zu äußern.

Selbst wenn dies möglich war, hat das totalitäre Regime autoritär dafür gesorgt, dass eine Veränderung der gesellschaftlichen Zustände verhindert wurde.

Wir können folgendes psychologisches Modell verwenden. Bildlich gesprochen wurden

- Verbrechen am Kind (als Symbol oder Prinzip einer Entwicklungsmöglichkeit),
- Verbrechen am Elternprinzip als Träger der Struktur, Vermittler des Sinnes für Grenzen und Verantwortung, Gewissen und Moral,
- Verbrechen gegen die Sphäre unseres bewussten Ichs (Unterbindung von freier Erkenntnis, Unterdrückung der Motivation [Banalisierung und Passivität], Unterdrückung des Sinnes für symbolisches Verhalten und symbolisches Leben [beides unerlässlich für die seelische Entwicklung]) und
- Verbrechen gegen Beziehungen zwischen den Menschen verübt.

Was der Kommunismus den Einzelnen nicht lehren konnte, waren freier und verantwortungsvoller *Umgang mit dem Eigentum*, sowohl konkret als auch im übertragenen Sinne des Wortes. Die Redewendung „das ist meine Sache“ konnte man im Kommunismus nicht als eine indi-

viduelle, freie und souveräne Äußerung der Kompetenz und als eine Übernahme von Verantwortung verstehen. Im Gegenteil: Dies wurde dem Individuum im Namen der arbeitenden Klasse oder Partei mit Gewalt verwehrt. Schnell hat sich dann im Volksmund eine andere „dialektisch-mate-

Was der Kommunismus den Einzelnen nicht lehren konnte, waren freier und verantwortungsvoller Umgang mit dem Eigentum, sowohl konkret als auch im übertragenen Sinne des Wortes.

rielle“ Variante dieser Redensart verbreitet, die mit dem Beigeschmack einer bitter-grotesken Übertreibung wie folgt lautete: „Was dir ist, ist auch mir. Was mir ist, das braucht dich nicht zu interessieren.“ Von hier ist es nur ein Schritt zu dem Motto: „Wer nicht klaut, bestiehlt seine eigene Familie.“

Die Ablehnung bzw. der Missbrauch des Freiheitsprinzips und die Verbiegung des Verantwortungsprinzips bilden meiner Meinung nach die Grundlage der sozialen Pathologie. Die unterdrückte und korrupte persönliche Souveränität wurde zum Pilzgeflecht für einen moralischen Relativismus. Nachwirkungen davon sind nicht nur die Flucht in Alkoholismus und sexuelle Promiskuität, sondern auch der spezifische Hu-

mor und charakteristische Gestaltungstrieb des tschechischen Menschen. Auf der Seite des Einzelnen bleibt dann natürlich immer das *Problem des Gewissens*, das aus der Fähigkeit der Selbstreflexion wächst. Einsichten in das eigene Gemüt hat das kommunistische Regime nicht geachtet, es konnte sie aber auch nicht ganz verhindern. Keine politische Ordnung erspart schließlich dem Menschen den Erkenntnisweg von „Durchleben und Durchleiden“.

Seit 1989: Neue Zugänge – neue Möglichkeiten

Die Epoche, in der die Parteiideologie die Möglichkeiten des Studiums vor allem im Bereich der Humanwissenschaften einschränkte oder völlig unterband, ist glücklicherweise vorbei. Mit dem Fall des Regimes setzte auch ein Wandel im Ausbildungsbereich der Psychotherapie ein. Nun erschlossen sich Zugänge zur Tiefenpsychologie und zahlreichen anderen psychotherapeutischen Wegen. Meine Kollegen und ich konnten ihr theoretisches Wissen im Ausland erweitern; Kollegen aus der ganzen Welt kamen in die Tschechoslowakei und unterstützten uns.

Ich selbst konnte meine Kenntnisse über die Lehren von Carl Gustav Jung vertiefen (z. B. im Bereich „aktive Imagination“) und vertiefte mich in die differenzierten Vorstellungen von Hanscarl Leuner (Katathym-imaginative Psychotherapie).³

Die Qualität der psychotherapeutischen und sozialen Arbeit bei uns ist in den letzten Jahren sehr gewachsen, wie ich auf der Grundlage von Supervisionen, die ich jungen Kollegen biete, feststellen kann. Dies hängt nicht nur mit der Möglichkeit der Ausbildung, sondern auch mit der umfangreichen Fachliteratur zusammen, die inzwischen auch in Tschechisch vorliegt. Von großer Bedeutung sind auch Kurse und Schulungen durch ausländische Lektoren.

Die Psychotherapie ist sicher sehr wichtig, allerdings nicht allmächtig. Wir haben uns noch nicht ganz vom Totalitätstrauma befreit und müssen uns mit den Schwächen der Demokratie, den Schattenseiten der so genannten Freiheit und den Verführungen der „Göttin des Konsums“

³ Diese tiefenpsychologische Zugangsweise entwickelte Hanscarl Leuner 1954. Ansatzpunkt der Therapie sind bildliche Vorstellungen (Imaginationen) wie z. B. Haus, Weg oder Baum, die durch bestimmte Gesprächstherapien ergänzt werden. Vgl. dazu Hanscarl Leuner: Katathym-imaginative Psychotherapie (KiP). Hrsg. und fortgeführt von Eberhard Wilke. 6. Aufl. Stuttgart 2005 (Anm. d. Redaktion).

abfinden. Wir stellen fest, dass es in bestimmter Hinsicht sehr anstrengend ist, frei zu leben, auch wenn es in der ersten Phase sehr berauschend war. Auch die Freiheit gibt es schließlich nicht ohne Leid.

Die Verwandlungen, denen wir ausgesetzt sind, sind enorm. Der technische Fortschritt überholt uns, die menschliche Seele stolpert ihm hinterher, die Menschheit vernetzt sich dabei immer mehr, die Rolle der Medien wächst ... Die Orientierung auf Leistung und Erfolg, der Gewinn als Maßstab für Sinnhaftigkeit, die Krise der Spontaneität und Vorherrschaft des Vermittelten, die Vergöttlichung des Marktes, die fortschreitende Abwendung vom Natürlichen hin zum Virtuellen – alles das sind Charakteristika der neuen Zeit. Wie man jedoch deutlich sehen kann, ist unsere gegenwärtige Gesellschaft noch lange nicht gesund, und eine Veränderung können wir nicht einfach durch bloße Nachahmung irgendeiner sozialen oder legislativen Maßnahme, die von außen kommt, erwarten.

Vor kurzem hat mich folgendes Zitat beeindruckt: „Es ist offensichtlich, dass wir in einer geistig sehr verelendeten Kultur leben: Der Gewohnheitsmaterialismus macht aus uns Sklaven der Oberfläche, der Aufruf der Fundamentalisten macht uns zaghaft und ängstlich, und die zerstreuen banalen Ideologien der Seelenwanderung bagatellisieren mehr, als dass sie bereichern.“⁴

Die Menschen müssen sich mit den Schwächen der Demokratie, den Schattenseiten der so genannten Freiheit und den Verführungen der „Göttin des Konsums“ abfinden.

Wenn ich nicht wüsste, dass sein Autor ein bedeutender zeitgenössischer amerikanischer Anhänger von Carl Gustav Jung ist, könnte ich ruhig sagen, dass er in bestimmter Hinsicht die Situation des Menschen in einem totalitären Regime beschreibt und nicht die Lage in der selbstbewussten euroatlantischen Gesellschaft, die sich selbst als frei, demokratisch und weltoffen bezeichnet.

Einerseits wird uns immer klarer, wie wir alle vernetzt sind. Wir beeinflussen uns auf vielen Ebenen, aber diese Erkenntnis kann man nicht so einfach weitergeben. Eine Entwicklung muss jeder nicht nur in der Konfrontation mit den Anderen, sondern auch mit dem eigenen Innern durchmachen. Für mich spielt in diesem Kontext die *Individuations-*

⁴ James Hollis: *Mythologems: Incarnations of the Invisible World* (Studies in Jungian Psychology by Jungian Analysts). London 2004. (Zit. nach der tschechischen Übersetzung, S. 10.)

theorie von Jung, d. h. seine Vorstellung vom Prozess des Werdens zur Einzelpersönlichkeit, eine große Rolle, denn sie umfasst sowohl eine individuelle als auch eine beziehungs- und transpersonelle (autonome) Dimension. Dies scheint mir auch deswegen wichtig zu sein, weil sie Distanz zu den übermächtigen Vorstellungen und Idealen der „sozialen Marktwirtschaft“, auf die ein Mensch mit der Erfahrung des Totalitarismus mit Recht überempfindlich reagiert, wahrt.

Wie es scheint, ist für eine Entwicklung des menschlichen Bewusstseins schließlich vor allem eine *persönliche Beziehung* unersetzlich, die menschliche Nähe und Gegenseitigkeit, also Mitleid und Liebe, weisen Sinn für Maß und Respekt davor, was dem Menschen transzendent ist, Respekt vor dem Geheimnis und Achtung der eigenen Begrenztheit umfasst.

Ich bin davon überzeugt, dass man die Errungenschaften der westlichen Wissenschaften und der Psychotherapie zur Behandlung des Leidens der Menschen, die das totalitäre Regime erlebt haben, nicht eins zu eins übernehmen kann. Anders gesagt: Die „Lösung“ der internen Probleme der Menschen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks muss aus der Situation heraus erwachsen. Das Problem hat auch eine „ökologische“, moralische und archetypische Dimension, denn Gewissen und Verantwortung kann man nicht transplantieren. Carl Gustav Jung sagt: „Wir können nichts von außen, von der Welt, von der Geschichte borgen und holen. Das Wesentliche kann nur aus uns selber wachsen.“

Aus dem Tschechischen übersetzt von Michaela Götz.

Vilma Filaj-Ballvora

Albanien – Das Leben eines Volkes zwischen Sein und Schein

Vilma Filaj-Ballvora (geb. 1964 in Tirana) hat das albanische Programm bei der „Deutschen Welle“ in Bonn seit 1992 mit aufgebaut und ist seit 2009 Redaktionsleiterin.

Das Ende des kommunistischen Systems lässt sich besonders gut an äußerlichen Veränderungen erkennen: Das Warenangebot explodierte förmlich, die Häuser wurden bunter, die Straßen voller. Die Errungenschaften des „siegreichen Kapitalismus“ überrollten die Gesellschaft förmlich – was aber geschah im Innern? Haben die Menschen die alten, jahrzehntelang eingeübten Verhaltensweisen abgelegt? Sind sie in der Lage, angemessen auf die neuen Herausforderungen zu reagieren? Folgende Beobachtungen aus Albanien stimmen nachdenklich.

„Fest und Trauerfeier“ – Paraden auf dem Boulevard „Märtyrer der Nation“

Tirana im Januar 2011! Die Sonne scheint, die südliche Wintertemperatur ist sehr passend für einen Bummel durch die Gassen im Herzen der Hauptstadt Albaniens. Diana Konstandin (D. K.) lebt seit zwanzig Jahren in Deutschland und kehrt immer wieder in ihre Heimatstadt zurück, etwa zwei- bis dreimal im Jahr. Optisch hat sich vieles in Tirana während der letzten zwei Dekaden verändert, erzählt sie. Was ihr aber sofort störend auffällt, ist das totale Chaos im Straßenverkehr, die Fahrweise ohne Rücksicht auf die Fußgänger, die Müllberge, die an jeder Ecke in der Stadt herumliegen, die Straßenhunde, die überall in der Stadt herumlaufen, die kleinen Kinder, die Zigaretten, Feuerzeuge und anderen Kleinkram verkaufen. Aus den Cafés und Restaurants, die sehr dicht nebeneinander liegen, tönt Musik: Melodien zwischen Schlager, Pop und Techno mischen sich und werden unerträglich sowohl für die Einwohner als auch für manche Passanten. Die Besitzer dieser Läden kümmern

sich überhaupt nicht um das Wohl der Nächsten; sie wollen durch die laute Musik unbedingt Kunden locken. Nur eines zählt heute in Albanien: Profit um jeden Preis.

In der Stadt sieht man überall zehn- bis zwölfstöckige Büro- und Wohnhäuser, die einem den Eindruck vermitteln, als ob sich hier keiner Gedanken um den Städtebau gemacht habe. Der einzige Teil der Stadt, bei dem alles so geblieben ist, wie es einmal war, ist der Hauptboulevard „Märtyrer der Nation“ von Tirana. Was sich an diesem Boulevard verändert hat, ist das Ritual der Spaziergänge, die vor zwanzig Jahren hier stattfanden.

Ein von der Autorin vor wenigen Jahren aufgenommenes Bild zeigt den „Boulevard der Märtyrer“ mit dem Verkehr einer modernen Metropole.¹

D. K. erinnert sich an das Ritual der „Xhiro“ (um den Kreis drehen) auf dem Boulevard, wie man auf Albanisch sagte. Xhiro wurde während der 45 Jahre Diktatur bis Anfang der neunziger Jahre die einzige mögliche

¹ Weitere Bilder sind unter <http://de.academic.ru/pictures/dewiki/98/779d84bc6f7ab601cae55d65ae9d1553.jpg> (Vogelschau) und <http://static.panoramio.com/photos/original/14647812.jpg> (Aufnahme von 1988!) einsehbar (jeweils letzter Zugriff: 26.04.2011).

Freizeitaktivität einer Gesellschaft, die ansonsten gezwungen war, in erstickender Isolation zu leben.² Jeden Abend strömten die Menschen stillschweigend in Gruppen auf den Boulevard, um auf und ab zu spazieren. Einem Außenstehenden schien dies wie ein absurdes Ritual einer in Agonie lebenden Gesellschaft. Im Spaziergehen auf dem Boulevard spielte sich aber das Leben, Sehen und Gesehen werden ab: Die Sigurimi (Staatssicherheit Albaniens) hatte die Menschen dabei unter Kontrolle und spürte sie auf: Wer mit wem und über was spricht. Andererseits jedoch wurden dort einfach Bekanntschaften und Freundschaften geschlossen, ja sogar Ehen gestiftet. Selbst die große Politik spielte sich auf diesem Boulevard ab: Für die Partei war er die Massen Bühne, wo die „Erfolge“ pompös gefeiert wurden. Der Boulevard mit seinen Paraden – einer langen Tradition – ist heute eine der wichtigsten Verkehrsadern der Stadt. Er wurde Anfang der dreißiger Jahre von den Italienern gebaut und trägt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs den Namen „Märtyrer der Nation“.

Um einen Eindruck der wichtigsten „Erlebnisse“ des Volkes auf diesem Boulevard abzugeben, erinnert sich D. K. zunächst an das, was ihre Eltern ihr erzählt haben. Am 5. März 1953 ging die Todesnachricht von Josef Wissarionowitsch Stalin um die Welt. Die Eltern von D. K. waren noch im Kindes- und Jugendalter. Sie mussten mit tausenden anderen Schülern und Studenten dem sowjetischen Diktator aus dem fernen Bruderland die letzte Ehre erweisen. Die

Trauerfeier in Tirana glich einer Massenhysterie. Zehn Jahre später, 1963, gab es wieder eine Parade auf dem Boulevard „Märtyrer der Nation“. Sie galt dem chinesischen Premiermini-

Der Boulevard wurde zum Schauplatz gelenkter Massendemonstrationen, etwa im März 1953 nach dem Tod Stalins.

ster Tschou En Lai. Und wieder jubelten die Massen euphorisch und hysterisch in Tirana.

Am 1. Mai 1976 war D. K. zwölf Jahre alt. Zum ersten Mal durfte sie an der Maiparade teilnehmen. An der Feier des Internationalen Tags der Arbeit nahmen jährlich tausende Schüler, Studenten, Arbeiter, Beamte, Militärs aus dem ganzen Land teil. Die Mutter von D. K. war Lehrerin und musste selbst jedes Jahr ihre Schüler bei solchen Veranstaltungen

2 Vgl. zum Hintergrund der folgenden Schilderung auch OST-WEST. Europäische Perspektiven 11 (2010), H. 4 „Albanien“, besonders die Beiträge von Michael Schmidt-Neke, Fabian Schmidt und Lindita Arapi.

begleiten. Ihrer Tochter aber sagte sie jedes Mal: „Du brauchst dort nicht hinzugehen, es gibt nichts Aufregendes bei dieser Demonstration.“ Aber an diesem Tag ging das Mädchen mit Erlaubnis der Mutter doch zur Parade. Gegen sechs Uhr morgens machte sie sich auf den Weg zum Boulevard. Zusammen mit ihren Schulkameradinnen und Schulkameraden wartete sie stundenlang auf dem Platz vor dem Universitätsgebäude. Punkt zehn Uhr begann die Parade. Als die Gruppe sich der Tribüne näherte, sah D. K., wie ihre Freundinnen, wie per Knopfdruck gesteuert, in hysterischen Jubel ausbrachen und die Fahnen schwenkten: „Partei, Enver, wir sind immer bereit!“ Ihr war es nicht danach, zu jubeln oder solche absurden Sprüche zu rufen, zumal sie zu Hause mitbekommen hatte, wie sich die Eltern über solche Sprüche lustig machten. Im Innersten zögerte sie mitzumachen. Sie blieb alleine auf dem Platz stehen, während ihre Gruppe schon fortging, um anderen Gruppen Platz zu machen. D. K. fragte sich: Was ist denn mit meinen Freundinnen los – oder stimmt mit mir etwas nicht? Sind die anderen wirklich aus innerer Überzeugung bei diesem Jubel dabei oder tun sie nur so, als ob?

Man muss sich die Situation für ein Kind bei einer solchen Parade einmal vorstellen: Dort, wo das Mädchen stand, war nichts zu sehen außer Polizeisperren. Etwa 20 bis 30 Meter entfernt sah man eine mit rotem Tuch zugedeckte Tribüne und ein etwa fünf Meter hohes Podium. Die Personen auf der Tribüne erschienen aus der Entfernung nur wie Figuren eines Schattenspiels. Jede menschliche Dimension fehlte. Alles war unreal. Damals konnte D. K. dieses Empfinden noch nicht analysieren, sie konnte auch nicht mit ihren Freundinnen darüber sprechen. Dennoch hat sie damals zum ersten Mal verstanden, wovor ihre Mutter sie schonen wollte. Heute ist sie ihr sehr dankbar dafür.

29. November 1978! Albanien beging den Tag der Befreiung seit 1944 mit dem jährlichen Ritual der Militärparade auf dem Boulevard „Märtyrer der Nation“.³ D. K. hat seit jenem Mai Tag an keiner anderen Parade mehr teilgenommen. Die Paraden konnte man inzwischen auch im Fernsehen verfolgen. Auf dem Bildschirm konnte man zumindest die „Schattenfiguren“ auf der Parteitribüne besser erkennen als auf dem Boulevard, außerdem konnte man sich ganz entspannt dabei amüsieren. Jedem Albaner war klar, dass es ein Wettrüsten zwischen den Großmächten gab.

³ Das Foto unter http://farm3.static.flickr.com/2586/3728707062_83d715a967.jpg (letzter Zugriff: 26.04.2011) zeigt einen Ausschnitt einer solchen Parade.

Diese Militärparade im kleinen Albanien musste jedem nüchternen Bürger wie ein wahnwitziges Schauspiel erscheinen.

15. April 1985! Enver Hoxha starb; im ganzen Lande war tagelang Trauer angeordnet. Alle Bürger „wollten“ dem „beliebten Staats- und Parteichef“ die letzte Ehre erweisen. D. K. war an diesem Tag wegen einer Erkältung nicht zur Schule gegangen. Sie hatte damit eine gute Rechtfertigung, nicht zum Trauerzug zu gehen. Trotzdem ging sie aus Neugier mit ihrer Mutter zusammen auf die „Trauerparade“. Dies war für sie das zweite und zugleich letzte Mal, dass sie eine Massenveranstaltung auf dem Boulevard „Märtyrer der Nation“ besuchte: Abertausende Menschen warteten wie zusammengepfercht brav darauf, vor dem Sarg ihre „Trauer“ zu demonstrieren. Stundenlange Wartezeiten waren angesagt. Plötzlich wandte sich eine Frau aus der Menge an D. K. und brüllte hysterisch: „Wieso trauerst du nicht? Was soll dieses Makeup in deinem Gesicht?“. D. K. staunte und blieb still. Ihre Mutter, die neben ihr stand, staunte ebenfalls. Stillschweigend und unauffällig taten Mutter und Tochter so, als ob sie nichts mitbekommen hätten. Sie verständigten sich per Augenkontakt und beschlossen, sich aus dem Staub zu machen. D. K. erlebte damals wieder einen hysterischen Ausbruch auf dem Boulevard ihrer Heimatstadt: Während sie und ihre Mutter sich auf den Heimweg machten, kamen ihnen „Trauer-Demonstranten“ entgegen,

Die Trauer um Enver Hoxha artete in Massenhysterie aus.

die sich zu dem Ort bewegten, wo der Sarg stand. Plötzlich fingen die Menschen an zu laufen, wurden hysterisch und aggressiv, schubsten einander.

Einige fielen dabei zu Boden. Es sah nach Massenpanik aus. Stauend fragte sich D. K.: Was ist denn heute mit den Menschen los, trauern sie wirklich? Warum muss eine Trauerfeier so aggressiv verlaufen?

13. Juli 1990! Die letzte Parade auf dem Boulevard „Märtyrer der Nation“. D. K. hatte inzwischen zusammen mit vielen anderen Mitbürgern die Heimat verlassen und erfuhr durch die westlichen Medien von dieser Veranstaltung. In der Nacht auf den 12. Juli 1990 reisten etwa 5.000 ausreisewillige Albaner aus, nachdem sie sich etwa zwei Wochen lang in westlichen diplomatischen Vertretungen aufgehalten hatten.

Den Tag nach dem ersten Massenexodus beschreibt Albaniens renommiertester Schriftsteller, Ismail Kadare, in seinem 1991 erschienenen Buch „Albanischer Frühling“:

„Was sich am Morgen danach ereignete, war widerwärtiger als die Entweihung eines Heiligtums, grausamer als ein Blutbad.“

Es war eine Versammlung.

Eine von der Partei veranstaltete Versammlung.

Um über die Flucht von fünftausend jungen Albanern zu frohlocken.

Um der Trauer zu applaudieren.

Um den Albanern zu beweisen, dass die Partei stärker als die Nation war, dass sie nicht nur der Blutsbande spottete, sondern dass sie die Nation dazu zwang, zu dieser Beleidigung auch noch Beifall zu klatschen ...

Die Diktatur, die auch hier wieder einmal ihren Riten gehorchte, schickte sich nach der Ausführung des Verbrechens an, es zu verkünden. Wie die Asche des Vesuvs musste das Verbrechen auf die Schultern vieler Einzelner fallen, wenn möglich auf die Schultern aller, sodass es sich in gewisser Hinsicht rechtfertigen ließ. Das wenigstens versuchte diese barbarische, ja vielleicht am stärksten von Unmenschlichkeit geprägte Versammlung, die je in diesem Land stattfand, zu beweisen. Die Albaner, schon daran gewöhnt, dass Festtage zugleich Trauertage sein können und umgekehrt, würden diese Demütigung noch einmal einstecken. Aber es würde bestimmt die letzte sein.“

Am 20. Februar 1991 strömen hundertausende Albaner über den Boulevard „Märtyrer der Nation“. Voller Wut, schreiend und schimpfend zerren sie die vergoldete Statue Enver Hoxhas, die sie vorher gestürzt haben, durch die Straßen. Es sind dieselben Bürgerinnen und Bürger, die sechs Jahre vorher dem Diktator noch hysterisch zugejubelt und danach getrauert haben.

Im Sommer 1991 jubelte das Volk auf dem Boulevard US-Außenminister James Baker zu. Die Euphorie war unbeschreiblich. Sogar der Wagen des Gastes aus USA wurde von der Masse hochgehoben.

„Der neue Mensch“ – Hauptdarsteller auf der Bühne eines absurden Theaters

„Das Regime spielte eine Komödie, auf deren Cast Millionen von Laienschauspielern standen. Jeder hatte seine Rolle perfekt gelernt, denn ein Versprecher kostete das Leben. Es gab auch genügend Akteure. Wir und China sind 603 Millionen, sagte Enver Hoxha und meinte es auch“ – so fasst Dr. Werner Daum, der erste westdeutsche Geschäftsträger in Albanien in den Jahren 1987-1990, seine Eindrücke zusammen.⁴

⁴ Vgl. ausführlich Werner Daum (Hrsg.): Albanien – zwischen Kreuz und Halbmond. Innsbruck 1998.

D. K. hat diese Zeit genau so erlebt, wie der deutsche Diplomat sie beschreibt. Während der Kulturrevolution in Albanien in den siebziger und achtziger Jahren erreichte das Orwellsche Leben des Volkes den Höhepunkt. Das Land von 3 Millionen Einwohnern wurde während des kommunistischen Regimes unter Enver Hoxha zu einem einzigen „großen Gefängnis“ umgewandelt: In Albanien waren nach Schätzungen von Verfolgten etwa 50 Prozent der Bevölkerung direkt oder indirekt von der Repression betroffen. Das erzeugte ein Klima der Angst und der Lähmung, das beispiellos war. Zwar waren D. K. und ihre Familie nicht direkten Repressionen ausgesetzt, aber ihre Erlebnisse sind typisch für die Mehrheit der Bevölkerung, die unter schwierigsten seelischen Belastungen gelebt hat: Die Revolution hat im Innern stattgefunden, während man sich in der Öffentlichkeit diplomatisch verhalten hat.

„Die Schaffung des neuen Menschen“ mit sozialistischem Bewusstsein war das Ziel der Kommunisten in Albanien. Selbst der Glaube blieb den Albanern in dieser Zeit verwehrt. 1967 wurde ein totales Religionsverbot erlassen, somit war Albanien der erste atheistische Staat der Welt. Viele Beobachter halten die Unterdrückung der Religion, wie sie von den damals Verantwortlichen in brutalster Weise durchgesetzt wurde, für eine ewige Wunde in der Geschichte Albaniens.

„... Die Schöpfungskraft und das Talent der Schriftsteller und Künstler müssen dazu beitragen, die Überreste der dunklen Interessen aus dem Bewusstsein des Volkes zu liquidieren und die großartige Schönheit der sozialistischen Welt in der Eigenschaft ihres neuen Menschen aufzuzeigen.“⁵

Juni 1978! D. K. hat gerade die Hauptschule abgeschlossen. Ihr Wunsch ist es, am Gymnasium für Fremdsprachen zu studieren. Dafür musste sie dem Bewerbungsschreiben eine Familienbiographie beifügen. Erwartet wurde eine „Biographie“ ungefähr folgenden Inhalts: „Mein Großvater L. K., geboren am ... 1900, war von Beruf ... und hat sich für das Vaterland verdient gemacht, indem er während des Zweiten Weltkrieges aktiv den Nationalen Befreiungskrieg unterstützt hat. Mein Vater V. K., geboren am ... 1935, arbeitet als ... Meine Mutter D. B., geboren am ... 1944, arbeitet als ... Meine Familie ist der Parteilinie treu geblieben und wirkt aktiv am Fortschritt unseres Sozialistischen Staates mit.“

5 Zitat aus der Rede von Enver Hoxha auf dem 4. Plenum des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens 1974 (Text abgedruckt in Auszügen in: „Roter Morgen“, Nr. 8, 22.02.1975, nach Vorlage der Albanischen Nachrichtenagentur ATA).

Nolens volens verfasste D. K. die Biographie so, wie es zu sein hatte, wohlwissend, dass ihr Großvater, der in Wien studiert hatte, während des Krieges als Übersetzer für die Deutschen tätig war. Deswegen stand er im Jahre 1945 vor einem Sondergericht für „Kollaborateure“. Er hatte aber das Glück, der Todesstrafe durch Begnadigung zu entgehen, weil er nämlich vielen Albanern das Leben gerettet hatte. D. K. stand bei solchen Bewerbungen immer wieder vor dem Dilemma: Ist es wahr oder gelogen, richtig oder falsch, was sie in dieser Biographie schreibt? Sie und ihre Familie haben sich damit abgefunden, im Schatten der Vergangenheit zu leben. Während bei D. K. zu Hause Musik aus aller Welt gespielt und sehr kritisch über die Absurditäten in Albanien diskutiert wurde, musste sie in der Schule unter anderem auch Zitate von Enver Hoxha auswendig lernen wie: „Die Albaner essen lieber Gras, als dass sie darauf verzichten, den Marxismus-Leninismus zu verteidigen!“

Jede Bürger sollte „ein Soldat“ für den Schutz des Vaterlandes sein, wenn der „Feind“ Albanien angreifen sollte. Aus diesem Grund gab es bereits im Gymnasium ab der neunten Klasse bis zur Universität das Fach Militärunterricht. Verschiedene Verteidigungsmanöver, die in der Theorie gelehrt wurden, sollten einmal im Jahr durch simulierte Manöver in der Praxis geübt werden. Auswendig gelernt werden sollte unter anderem auch die Konstruktion des Sturmgewehrs Kalaschnikow, Modell 56. Die „Krönung“ dieses Faches war eine Schießübung, an der nur Abiturienten teilgenommen haben. Am 15. Juni 1983 musste die Klasse von D. K., die inzwischen 18 Jahre alt

Das sozialistische System zwang die Menschen zu bewusster Verfälschung der Wahrheit.

war, an einer solchen Schießübung teilnehmen. Manche ihre Schulkameraden fanden Spaß daran, während es für sie und einige andere Freundinnen ein sehr unangenehmer Tag war. Auf einem Militärgelände voller Bunker sollte man auf Zielscheiben schießen. Falls man drei Treffer schaffen würde, gab es eine 10, die beste Note. D. K. schaffte es, aber sie weiß nicht mehr, wie. An den Schock von damals kann sie sich noch heute erinnern.

Freiheit will gelernt sein – „Paraden“, die man auf Albaniens Hauptboulevard vermisst

Mai 2010! Viele Menschen haben sich auf dem großen Boulevard „Märtyrer der Nation“ versammelt, und es sieht fast nach einem Protest aus. Gegenüber dem Sitz des demokratischen Premierministers Sali

Berisha sind etwa 200 Abgeordnete und Anhänger der oppositionellen Partei der Sozialisten unter dem Vorsitzenden Edi Rama für vierzehn Tage in einen Hungerstreik getreten. Transparenz der Parlamentswahlen vor einem Jahr verlangen sie.⁶ Ihnen gegenüber versammeln sich Hungerstreikgegner und Anhänger der regierenden Partei, die den Protest der Sozialisten für übertrieben halten. „Die Partei hat uns aufgerufen zu protestieren“, hört man jemand mit lauter Stimme auf dem Boulevard rufen. Und dieser Spruch „Die Partei hat uns gerufen ...“ weckt Erinnerungen bei D. K.: Es scheint, als ob sich kaum etwas geändert hat, genauso wie damals: Immer wenn die Partei sie ruft, sind die Albaner bereit, auf dem Boulevard „Parade“ zu halten.

21. Januar 2011! Es wird wieder demonstriert auf dem Boulevard „Märtyrer der Nation“. Es ist eine Demonstration, zu der die sozialistische Opposition aufgerufen hat. Zwar soll sich die Protest friedlich gegen die Mitte-Rechts-Regierung und die zunehmende Korruption im Land richten, aber sie nimmt ein blutiges Ende: Die Bilanz: drei Tote, ein vierter Demonstrant schwebt noch in Lebensgefahr im Krankenhaus, und Dutzende von Verletzten. Die drei Leichen der Opfer und mehrere Verwundete liegen auf dem Hauptboulevard unmittelbar vor dem Amtssitz des Premierministers Sali Berisha, der sich zu diesem Zeitpunkt nach eigenen Angaben in seinen Amtsräumen aufhielt. Auch nach den blutigen Ereignissen bleibt die Stimmung weiterhin aufgeheizt. Die führenden Politiker der großen Parteien können keine Sprache der Vernunft und der Versöhnung finden – im Gegenteil: Gerade aus der Politik wird immer mehr Öl ins Feuer gegossen, indem man die Schuld auf den Gegner zu schieben versucht.

Das, was man im Kindes- und Jugendalter erlernt hat, ist nicht mehr zu verlernen, meint die Psychologin Barbara Hawellek: „Die Strafe des Kommunismus besteht nicht nur darin, dass die Menschen traumatisiert werden. Er nimmt den Menschen die Basis der Persönlichkeit, mit der sie sich außerhalb des Systems das Leben selbst gestalten können. Neigung zu Extremen und Mangel an eigener Verantwortung sind die Folgen. Viele sind nicht mehr in der Lage, die eigene Autonomie zu leben und Entscheidungen zu treffen, um einen Entwurf zu schaffen, sowohl für das eigene Leben als auch für das Leben im sozialen Umfeld.“⁷

6 Vgl. dazu auch Michael Schmidt-Neke: Albaniens Geschichte in acht Leitfragen. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 11 (2010), H. 4, S. 243-251, bes. S. 250 f.

7 Aussage im Interview mit der Autorin.

Zwei Generationen, die in Albanien die kommunistische Diktatur miterlebt haben, nehmen heute noch aktiv am Leben teil. Die Schicksale des Landes werden jetzt von Politikern bestimmt, die noch im alten System erzogen worden sind und deren Persönlichkeit auch sehr stark davon geprägt wurde. Die politische Debatte wird nicht mit Sachargumenten geführt, sondern läuft sehr oft auf der Ebene persönlicher Anfeindungen ab.

Das Leben zweier Generationen zwischen dem seelischen Spagat, im Privaten frei und kritisch zu sein, aber brav und bejahend in der Öffentlichkeit, hat tiefe Spuren hinterlassen: Es hat dazu geführt, dass die Menschen sich auch heute nicht trauen, Position zu beziehen und sich über das, was sie wirklich denken, zu äußern. Deswegen vermisst man heute auf dem Boulevard „Märtyrer der Nation“ in Tirana die „Parade“ eines echten bürgerlichen Protestes: gegen die Armut, gegen die Korruption, gegen das zurückgebliebene Bildungssystem, gegen den Mangel an Wasser- und Energieversorgung, gegen die katastrophale Lage der Krankenhäuser, gegen unkontrolliertes Bauen, gegen das Versinken des Landes im Müll ... Es sind genau dies die Gründe, weshalb viel zu viele Albaner aufgegeben und der Heimat den Rücken gekehrt haben. Durch den Exodus der neunziger Jahre hat Albanien einen *brain drain* ohnegleichen erlebt – heute lebt ein Drittel der Bevölkerung Albaniens im Ausland.

Tirana im Jahre 2011! Der Boulevard „Märtyrer der Nation“, umgeben von Regierungsgebäuden, die in den gleichen Farben wie damals frisch gestrichen sind. Heute fahren hier in beide Richtungen sechsspurig Tausende von Autos. Das Ritual „Xhiro“ findet nicht mehr statt. Als Freizeitaktivität haben die Albaner die Cafés von nebenan entdeckt. In den überfüllten Cafés sitzen Gymnasiasten, Studenten, Rentner, Geschäftsleute, Arbeitslose und Staatsbeamte. Das Leben, die Politik und die Geschäfte finden heute in den schicken Lokalen statt. Man möchte schnell nachholen, was einem lange verwehrt war: Man träumt von einem Leben in Wohlstand, ohne sich allzuviel anstrengen zu müssen. Der Verantwortung, die die Freiheit mit sich bringt, will man sich nicht unbedingt stellen.

Das Leben zweier Generationen zwischen dem seelischen Spagat, im Privaten frei und kritisch zu sein, aber brav und bejahend in der Öffentlichkeit, hat tiefe Spuren hinterlassen: Die Menschen trauen sich auch heute nicht, Position zu beziehen und sich über das, was sie wirklich denken, zu äußern.

Für eine Außenstehende – und so fühlt sich D. K. heute in ihrer Heimatstadt – scheint all das wieder Symptom einer Gesellschaft in Agonie: Man lebt zwar in einem demokratischen Albanien, wo der Lebensstandard sich deutlich verbessert hat, aber das Trauma des Kommunismus verfolgt die Menschen auch noch, nachdem das System vergangen ist.

Vier Stimmen zum Thema „Bleibende Verantwortung der Kirchen“

In den meisten Beiträgen dieser Ausgabe wird die Rolle der Kirchen angesprochen. Für die Zeit des Kommunismus lässt sich kein einheitliches Urteil fällen, da die Situation von Land zu Land verschieden war. In einigen Ländern waren die Kirchen massiven Repressionen ausgesetzt oder sogar in den Untergrund gedrängt, in anderen Ländern entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte ein Modus vivendi, der allerdings auch Grenzüberschreitungen bis hin zu freiwilliger oder erzwungener Mitarbeit Einzelner im kommunistischen System führte.¹ Vieles davon ist bis heute nicht aufgearbeitet, was dazu beiträgt, dass die Kirchen sich heute bei der Bewältigung der traumatischen Folgen des Kommunismus oft schwer tun.

Die folgenden vier Stellungnahmen sind sicher nicht repräsentativ, bieten jedoch ein Stimmungsbild zur Einschätzung der Kirchen damals und heute. Ernüchterung, Verdrossenheit, selbst Verbitterung klingen an, aber auch der Appell an die Kirchen, zu ihrer Verantwortung zu stehen und aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken.

Die Fragen stellte Michael Albus.

Hellmut Puschmann

Prälat Hellmut Puschmann (geb. 1938) wurde nach dem Studium der Theologie 1964 zum Priester geweiht. 1971 wurde er Caritasrektor in Berlin, 1973 Diözesan-Caritasdirektor des Bistums Dresden-Meißen, 1982 Leiter der Zentralstelle Berlin des Deutschen Caritasverbandes und 1991 Präsident des Deutschen Caritasverbandes Freiburg. Seit 2003 ist er Vorsitzender des Diözesancaritasverbandes Dresden-Meißen und Diözesanpräses des Kolpingwerkes



¹ Vgl. dazu ausführlich die Beiträge in OST-WEST. Europäische Perspektiven 8 (2007), H. 3 „Schatten der Vergangenheit“.

Für viele Menschen in Ost und West ist nach über 20 Jahren die Zeit des Kommunismus aus und vorbei. Die meisten sind mit Fragen einer neuen Wirtschaftsordnung oder mit finanziellen Krisen beschäftigt. Wie sehen Sie die Situation des Einzelnen?

Die Beantwortung dieser Frage kann nur sehr differenziert erfolgen. Generell hat sich die wirtschaftliche Situation der meisten Menschen seit 1990 gebessert. Wer tariflich bezahlte Arbeit hat, kann mit seinem Lohn wesentlich mehr anfangen als früher. Kreative und leistungsstarke Menschen erhielten Chancen und haben viel auf die Beine gestellt. Sehr hart traf es aber jene, die dabei scheiterten, weil sie in der Regel nur über geringe Eigenmittel verfügen und sich sehr verschulden mussten.

Der Kommunismus ist kein erstrebenswertes Ziel mehr. Er war es auch früher für viele nicht, weil er aufgrund des real existierenden Sozialismus als unerfüllbare Utopie erschien, wenn nicht sogar als Täuschung der Menschen. Allerdings vergleichen auch heute die Menschen einzelne Momente der Wirklichkeit mit den Zielen der sozialen Marktwirtschaft und insgesamt auch mit den Zuständen vor 1990. Und da zeigt sich, dass vor allem das Problemfeld „Gerechtigkeit“ wahrgenommen wird. Wie wird Arbeit im Zusammenhang mit der mit ihr verbundenen Verantwortung bewertet? Dies trifft vor allem zu in der Vergütung (untertarifliche Bezahlung contra Managergehälter und -abfindungen). Können die Unterschiede bei Einkommen und Vermögen (riesiger Reichtum gegenüber permanentem Mangel) gutgeheißen werden? Weshalb ist die Entlastung von Familien in Problemsituationen nach wie vor unzureichend? Die Dominanz des Geldes gegenüber menschlicher Solidarität hat kaum jemand vorhergesehen. Sie sorgt für Fragen und Unzufriedenheit, zumal das Gefühl besteht, dass die Politik viele dieser Fragen nicht erkennt, nicht angeht oder regelrecht hilflos ist.

Welche grundlegenden Fragen sind für die Menschen geblieben?

Die Angst vor der persönlichen Zukunft und vor der Zukunft der Menschheit wurde früher reduziert auf die Frage Krieg-Frieden und die Bedeutung des sozialistischen Lagers, das den Friedenskampf für sich reklamiert hat. Heute werden viele von der allgemeinen Unsicherheit zermürbt: Werde ich Arbeit haben? Wird die Rente einmal ausreichen? Bleiben die lebensnotwendigen Dinge bezahlbar? Damit bleiben die existenziellen Probleme der Zukunft bestehen, werden jedoch differen-

zierter wahrgenommen. Sie erhalten eine andere Perspektive, denn dank der Medien werden die unterschiedlichen Bedrohungen sichtbar. Verantwortungsloser Egoismus und verbrecherische Gier, Machtmissbrauch und Korruption derer, die eigentlich Führungseliten sein sollen, wird als allgemeine Systemschwäche wahrgenommen, der gegenüber der Einzelne hilflos ist. Die ökologischen Fragen werden zwar viel mehr als früher als Herausforderung gesehen, ihre Missachtung durch Großunternehmer macht wütend. Und damit ist auf ganz andere Weise, aber im Ergebnis ebenso wie früher die Haltung die Folge: Man kann sowieso nichts machen. So ziehen sich viele zurück ins Private oder in eine Haltung innerer Verweigerung: Die Großen machen ohnehin, was sie wollen. Politikverdrossenheit und Resignation in Bezug auf die Steuerungsfähigkeit der genannten Prozesse werden bei vielen nicht geringer. Deutlich wird dies wohl auch in vielen zustimmenden Reaktionen zu den Thesen Sarrazins²: Obwohl in Sachsen nur ca. 2 Prozent Ausländer leben, besteht bei vielen eine unreflektierte ablehnende Haltung ihnen gegenüber.

Welche Rolle spielen nach Ihrer Meinung die Religion oder die Religionen bei der Suche nach Antworten?

Der Verlust an Reflexionsfähigkeit und das leichte Angebot billiger Ablenkungen machen es vielen Menschen sehr schwer, über solche Fragen nachzudenken. Ich erhielt neulich in einem intensiven Gespräch mit einem jungen Erwachsenen auf die Frage, ob er schon einmal über Sinn und Ziele seines Lebens nachgedacht habe, eine völlig negative Antwort: Nein, das habe er noch nie. Der Gesamtentwurf des Lebens und damit die Suche nach Antworten aus der Religion sind scheinbar für viele als Herausforderung verblasst und stellen sich eher den dafür „Begabteren“. Hier haben christliche Schulen eine herausragende Aufgabe. Bei den Menschen, die eine neue Nachdenklichkeit erfasst, beispielsweise nach traumatisierenden Erfahrungen, entstehen häufig Fragen nach der Religion. Dann ist für manche der Weg zu esoterischen Formen nicht weit. Aber in der Masse ist Religion kein Thema. Übrigens wird dies auch sichtbar in der veränderten Bestattungskultur.

² Gemeint ist die Diskussion um das Buch von Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München 2010.

Welche vordringlichen Aufgaben stellen sich der kirchlichen Seelsorge?

Wir können in der Seelsorge nicht einmal mehr bei aktiven Christen generell auf eine funktionierende Erziehung und auf traditionelle Formen bauen, sondern müssen uns intensiv und ehrlich mit den neuen Lebenswirklichkeiten heutiger Menschen auseinandersetzen. Das hat die Kirche auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil erkannt, aber noch lange nicht wirklich gelernt oder gar umgesetzt. Erst wenn wir wirklich Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen ungefiltert wahrnehmen, sind wir fähig, Menschen dort abzuholen, wo und wie sie sind. Dann besteht die Chance, dass sie Glaube als Befreiung und nicht als neues Pflichtenheft erleben, das sie abarbeiten müssen. Viel zu selten habe ich zukunftssträchtige Ansätze gefunden, die ermöglichen, dass suchende Menschen den Glauben als herausfordernde Alternative erleben, gleichzeitig sich jedoch verstanden fühlen und nicht zuerst ein Normensystem kennenlernen. Solche Ansätze habe ich bisher leider nur bei wenigen Orden, Gemeinschaften und einzelnen Menschen gefunden. Diese Ansätze aufzuspüren und dann eine solche Dynamik in die Seelsorge zu bringen, sollte vor allen strukturbetonenden Änderungen stehen. Dies bedeutet jedoch eine grundlegende Erneuerung und Verbreiterung dessen, was heute unter Seelsorge verstanden wird.

* * *

Friedrich Schorlemmer

Friedrich Schorlemmer (geb. 1944) war nach dem Studium der Theologie Studieninspektor in den Franckeschen Stiftungen, 1971-1978 Jugend- und Studentenpfarrer in Merseburg. Zwischen 1978 und 1992 wirkte er als Prediger an der Schlosskirche in Wittenberg und als Dozent am Evangelischen Predigerseminar. Er zählt zu den Mitbegründern des „Demokratischen Aufbruchs“ in Dresden.



Für viele Menschen in Ost und West ist nach über 20 Jahren die Zeit des Kommunismus aus und vorbei. Die meisten sind mit Fragen einer neuen Wirtschaftsordnung oder mit finanziellen Krisen beschäftigt. Wie sehen Sie die Situation des Einzelnen?

Die Neuvereinigung 1990 war von der Mehrheit mit Euphorie begleitet worden – zumal großsprecherischen Versprechen geglaubt wurde, niemandem würde es schlechter, aber vielen besser gehen. Ersteres bezweifeln alle, die von der doppelt so hohen Arbeitslosigkeit im Osten betroffen sind, die demütigenden Dauerabsagen bei Bewerbungen resignierend ertragen, die Etablierung einer ganzen Hartz IV-„Kultur“ mit ansehen. Vor allem ist es die als Würde- und Selbstwertverlust empfundene Arbeitslosigkeit, bei jahrzehntelang hoher Wertschätzung der Arbeit in der DDR (auch wenn sie vielfach nur Beschäftigung war), die so sehr schmerzt, dass mancher die DDR wieder in mildem Licht sieht („Es war nicht alles schlecht.“). Viele gehen auf Distanz zu unserem freiheitlich-demokratischen System, was sich in genereller Politikabstinenz, ja in Verachtung ausdrückt. Andererseits wissen viele noch sehr gut, wie jammervoll die DDR in jeder Hinsicht zugrunde gegangen ist und dass es so nicht weiterging. Und andererseits gibt es viele, die sich als Gewinner erleben und die Vorzüge des heutigen Lebens genießen.

Zugleich fragt sich beinahe jeder, der in der DDR erzogen worden ist, ob die analytischen Aussagen von Karl Marx über das kapitalistische System nicht weiterhin völlig zutreffen; wo eine „gewissenlose Handelsfreiheit“ gilt und nichts mehr gilt als die „gefühllose bare Zahlung“.

Die Verankerung von demokratischen Parteien in der Gesellschaft ist noch nicht so gelungen, dass die Parteien wirklich das Spektrum der verschiedenen Auffassungen und Interessen widerspiegeln. Kommunismus, unter Führung einer Kaderpartei und unter Herrschaft einer Ideologie, wünscht sich hier keiner zurück. Auch die Linke ist meines Erachtens keine Gefahr für unsere Demokratie. Bemerkenswert ist der reflexhafte Antikommunismus im Westen, der geradezu fiebrig wird, wenn Frau Wagenknecht im Fernsehen vorgezeigt wird oder wenn Frau Löttsch es – fahrlässig – unterlässt, nochmalig ihre Distanz zum Sowjet-Modell vom Kommunismus und von SED-Machenschaften auszusprechen. Der Begriff ist in der Tat nie mehr unschuldig, aber die Ideale, die die Menschen beflügelt haben, sind nicht erledigt.

Für die heute Zwanzigjährigen sieht die Welt ganz anders aus, und sie wissen kaum noch, wie es war, als Deutschland durch eine Mauer getrennt wurde und 450.000 Sowjetsoldaten das Land besetzt hatten.

Welche grundlegenden Fragen sind für die Menschen geblieben?

Warum geht die Schere zwischen Reich und Arm immer weiter auf?

Warum ist der Primat von Politik über Ökonomie verloren gegangen und warum herrschen weltweit die Gewinnmaximierungsprinzipien des Neoliberalismus? Warum werden die öffentlichen Güter weiter privatisiert? Wo soll das hinführen? Warum werden so wenige Kinder geboren?

Warum werden deutsche Soldaten wieder in Kriege geschickt? Warum gibt es keinen garantierten Mindestlohn?

Welche Rolle spielen nach Ihrer Meinung die Religion oder die Religionen bei der Suche nach Antworten?

Die christliche Religion ist numerisch wieder auf dem Stand von vor 1989. Evangelische Kirchen hatten 1989/90 eine vom Volk getragene emanzipatorische, in die Demokratie auf einem gewaltlosen Wege führende Aufgabe wahrgenommen.

Der größte Erfolg der DDR-Propaganda besteht darin, dass es wohl nachhaltig gelungen ist, eine Kirchendistanz bis zur Kirchenfeindschaft und Ablehnung des religiösen Bewusstseins als falsches Bewusstsein erreicht zu haben. Die Kirchen finden heute wohl gesellschaftliche Anerkennung und die Kirchengebäude sind weithin saniert. Sie werden vor allem von den Verlierern dort als wichtig empfunden, wo sie eine Stimme der Verlierer sind, wo sie sich um die sozial Schwachen auf eine uneigennützige Weise kümmern. Insbesondere die soziale Rolle von Kirchen ist gefragt, wohl aber auch die Herausbildung einer tragfähigen Wertebildung, die nicht bloß für Sonntagsreden taugt.

Welche vordringlichen Aufgaben stellen sich der kirchlichen Seelsorge?

Die kirchliche Seelsorge ist herausgefordert, sich wieder viel mehr um den Einzelnen zu kümmern, statt nur Veranstaltungen anzubieten oder gar Events zu organisieren. Auch bei schwindender Zahl kirchlich angestellter kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist das Sich-Kümmern und Bekümmern, das Zeit-Haben und Zuhören eine der wichtigen

Aufgaben der Kirche – nicht nur dann, wenn Menschen mit ihren Sorgen selber kommen, sondern wenn die kirchlichen Vertreter mindestens zu ihren Mitgliedern persönlichen Kontakt aufnehmen. Die Kirche kann und muss (nach einer Formulierung von Ernst Lange) immer auch „der Sammelplatz der Beunruhigten“ sein, die in der Kirche Stärkung erfahren, um in der Welt wieder aktiv zu werden – als Menschen, die eine Hoffnung behalten und gleichzeitig ein realistisches Bild vom Menschen.

Die Kirche wird von denen, die ihr näher oder ferner stehen, gebraucht als Helferin an den Schnittstellen des Lebens mit den so genannten Passage-Riten. Taufe, Konfirmation und Hochzeit werden wieder mehr und mehr zu einem bloßen bürgerlichen Ritual, das nicht auf einem Bekenntnis basiert. Dazu müsste allerdings viel theologischer Ballast aus der Vergangenheit abgeworfen werden, z. B. die Perpetuierung eines längst obsolet gewordenen Weltbildes, wie es sich im sogenannten Apostolischen Glaubensbekenntnis ausdrückt.

Die Kirchen können in ihrer pädagogischen Arbeit sprach- und lebensstilbildend wirken, weshalb insbesondere die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien wieder stärker in den Blick kommen muss.

Das Wichtigste bleibt, dass die Kirche weiß, dass sie nicht aus sich selbst und für sich selbst lebt, sondern für andere und in der Kraft dessen lebt, der ihr zuspricht, dass er alle Tage bei ihr sein wird.

Nur eine getragene Kirche kann ihren Auftrag mit langem Atem, mit Freude und getrostem Niederlagetraining wahrnehmen.

* * *

Pero Sudar

Weihbischof Dr. Pero Sudar (geb. 1951) empfing 1979 die Priesterweihe; danach studierte er in Rom (Promotion 1985) und lehrte mehrere Jahre Kirchenrecht an der Universität Sarajevo. 1994 wurde er zum Bischof geweiht. Er ist Generalsekretär der Bischofskonferenz von Bosnien und Herzegowina; zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählt besonders das Schulwesen.



Für viele Menschen in Ost und West ist nach über 20 Jahren die Zeit des Kommunismus aus und vorbei. Die meisten sind mit Fragen einer neuen Wirtschaftsordnung oder mit finanziellen Krisen beschäftigt. Wie sehen Sie die Situation der Einzelnen?

Ich fürchte, dass viele Menschen tief enttäuscht und resigniert sind. Dies gilt sicher auch für die Menschen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien. Nachdem sich die Menschen und die Völker lange Zeit nach der Freiheit gesehnt und dafür auch gekämpft haben, müssen sie sich jetzt mit einer neuen Abhängigkeit und Sklaverei abfinden. Die neue Wirtschaftsordnung hat nicht nur große Armut, sondern auch brutale Ausbeutung gebracht. Die ehemaligen so genannten „Staatsgüter“ sind, in vielen Fällen auf korrupte Weise, in die Hände von wenigen Reichen gelangt. Dadurch stehen viele Arbeiter ohne Arbeitsplatz und viele Familien ohne das Nötigste für das Leben und ohne Perspektive da.

Welche grundlegenden Fragen sind für die Menschen geblieben?

Die neuen, im Kommunismus unbekannten sozialen Spannungen haben viele grundlegende Fragen aufkommen lassen. Bei uns glaubten die Menschen an die westliche Welt und ihre humanistischen und sozialen Werte. Wegen dieses neuen, wilden Kapitalismus fragen sich die Menschen, ob soziale Ethik und Solidarität überhaupt noch möglich sind. In einer Welt ohne Gerechtigkeit stellen sich zwangsläufig auch die Fragen nach dem Sinn der Menschenwürde, der Ehre, der Arbeit. Besonders bei den jungen Menschen!

Welche Rolle spielen nach Ihrer Meinung die Religion oder die Religionen bei der Suche nach Antworten?

Die Religion überhaupt und die Kirchen und Religionsgemeinschaften spielten in der Zeit des Kommunismus, aber auch bei seinem Untergang eine wichtige Rolle. Sie haben bei den Leuten den Durst nach Freiheit und den Mut zur Wende unterstützt. Heute sind die Kirchen und Religionsgemeinschaften in der großen Gefahr, dass die Menschen sie als Komplizen verstehen und ablehnen. Es wird immer deutlicher, dass viele einfache und arme Menschen mit Nostalgie zurückschauen und den Kommunismus beweinen. Ich bin mir nicht sicher, ob die offiziellen Kirchen und Religionsgemeinschaften diese Menschen richtig sehen und

gut verstehen. Um diesen verzweifelten Menschen bei der Suche nach Antworten helfen zu können, müssen wir sie zuerst ernst nehmen und gut zu verstehen versuchen.

Den Kirchen und Religionsgemeinschaften geht es heute viel besser als im Kommunismus. Sie haben mehr Einfluss, mehr Freiheit, aber sie haben auch Vermögen und dies ist für sie eine große Gefahr! Es ist unmöglich, die befreiende Kraft des Glaubens glaubwürdig zu verkünden und an der Seite der Armen und Schwachen zu sein, ohne einen angemessenen Abstand zu den neuen wirtschaftlichen Magnaten oder auch zu den politischen Eliten zu halten.

Welche vordringlichen Aufgaben stellen sich der kirchlichen Seelsorge?

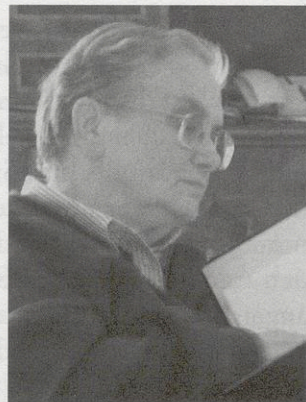
In unserer Umgebung wird das Vertrauen zu den Menschen und Achtung zwischen den Menschen und Völkern immer geringer. Die Seelsorge muss sich bemühen, den Menschen in spirituellen, aber auch in materiellen Nöten nahe zu sein. Nur dann ist sie in der Lage, ihnen einen Gott zu verkünden, der den Menschen immer und überall nahe ist. Wir müssen den Mut haben, immer wieder die Wahrheit auszusprechen, dass der echte Weg zu Gott immer über den Menschen geht. Der wahre Glaube an Gott wird durch das Verhältnis zu den Menschen und unter den Menschen beglaubigt.

Neuevangolisierung kann nur durch eine neue Erziehung zu den ethischen Grundwerten geschehen. Es ist notwendig, bei den Menschen den Durst und Geschmack nach spirituellen Wirklichkeiten zu wecken und ihren Blick auf die transzendentalen Wahrheiten zu richten. Nur so werden die Menschen fähiger und williger, die so dringend nötigen Brücken über die sozialen, ethnischen und kulturellen Abgründe zwischen den Menschen und Völkern zu schlagen. All dies ist nicht möglich ohne enge und echte Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

* * *

Ágnes Tímár

Dr. Ágnes Tímár OCist (geb. 1928) studierte Architektur, arbeitete als Bauingenieurin und schloss sich Mitte der fünfziger Jahre einer Gruppe junger Frauen in Budapest an, die nach den Regeln des hl. Benedikt leben wollten. Sie trat als Priorin an die Spitze der kleinen Gemeinschaft, wurde in den sechziger Jahren wiederholt verhaftet und zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. In Kismaros konnten die Schwestern dann zunächst noch heimlich ein Haus errichten, das zur Keimzelle eines Zisterzienserklosters wurde.



Für viele Menschen in Ost und West ist nach über 20 Jahren die Zeit des Kommunismus aus und vorbei. Die meisten sind mit Fragen einer neuen Wirtschaftsordnung oder mit finanziellen Krisen beschäftigt. Wie sehen Sie die Situation des Einzelnen?

In Ungarn hat weder innerhalb noch außerhalb der Kirche eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stattgefunden. Daraus resultiert auch eine Fortsetzung der Kirchenspaltung, die die Kommunisten betrieben haben. Die Getreuen werden beiseite gedrängt und totgeschwiegen. Die anderen hingegen verdrängen und kümmern sich – oft mit Bitterkeit und Nostalgie – um das Tagesgeschäft, ihre Beförderung sowohl im kirchlichen als auch im außerkirchlichen Bereich. Pater Lénárd Ödön hat die Folgen so beschrieben: „Der christliche Jugendliche hat sein Vertrauen in die Kirche verloren, seine Suche schränkt sich ein auf ein humanes Zur-Geltung-Kommen, oder er sucht verlegen das Evangelium unter denen, über deren Person, Vergangenheit und gegenwärtiges formalistisches Verhalten, ihre Leere und oft auch menschliche Niveaulosigkeit er sich nur empören kann.“³

3 Lénárd Ödön (u. a.): Wege und Irrwege der katholischen Kirche Ungarns in der Zeit der Verfolgung durch die Kommunisten. Hrsg. v. Ágnes Tímár. Berlin 2009, S. 53.

Welche grundlegenden Fragen sind für die Menschen geblieben?

Grundlegende Fragen sind beispielsweise: Warum gibt der Mensch so leicht seine Würde für diesseitige Vorteile preis? Warum tut die ungari-sche Kirche zur Zeit so wenig dafür, dass wenigstens von der Religion her aufscheint, welche Köstlichkeit es ist, für seine Überzeugung einzu-stehen, und dass die Religion auch die Kraft dazu gibt, sich als Mensch menschenwürdig – was nicht heißt lebensfremd – zu verhalten? Warum zeigt die Kirche viel zu wenig, dass der Glaube – und damit verbunden Erkennen, Bekennen, Bereuen, Buße Tun – auch Trost bietet und Gelas-senheit in hektischer Zeit?

Welche Rolle spielen nach Ihrer Meinung die Religion oder die Religionen bei der Suche nach Antworten?

Die Religionen spielen keine Rolle, weil sie mit ihrem Pfund nicht wu-chern. Sie könnten der Sinnsuche ein Ziel geben, verpassen diese Chance jedoch permanent, weil sie leider nicht glaubwürdig sind.

Welche vordringlichen Aufgaben stellen sich der kirchlichen Seelsorge?

Vordringlich sind meiner Ansicht nach ein ehrliches Bekenntnis der Ver-fehlungen, sowohl im Einzelnen als auch im Gesamten, die Aufklärung darüber, wie es dazu kam, letztlich die öffentliche Bitte um Vergebung. Stattdessen wird so geschwiegen, als habe es weder eine Kirchenverfol-gung noch Opfer derselben noch Verfolgung aufrechter Verteidiger von Menschenwürde und Wahrheit, auf die ja nicht allein eine Glaubensrich-tung Anspruch erheben darf, je gegeben!

Bücher

Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit. Empfehlungen zum Umgang mit belasteter Vergangenheit (Deutsche Kommission Justitia et Pax: Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden, Nr. 102). Bonn 2004.

Danute Gailiene (Hrsg.): The Psychology of Extreme Traumatization: The Aftermath of Political Repression. Vilnius: Akreta, 2005.

Ewa Habzda-Siwiek/Krzysztof Rutkowski: Opiniowanie psychiatryczne w sprawach kombatanów oraz osób represjonowanych (Psychiatrische Begutachtung von Kriegsveteranen sowie Repressionsopfern). Krakau: Polnische Akademie der Wissenschaften, 2004.

Jolande Jacobi: Die Psychologie von C. G. Jung. Zürich 1940; 21. Aufl.: Frankfurt (Main): Fischer, 2006.

Carl Gustav Jung: Der Mensch und seine Symbole. Olten, Freiburg: Walter, 1968; Düsseldorf: Patmos, 2009.

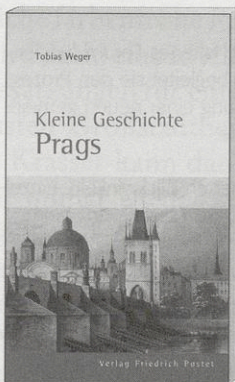
Klaus-Dieter Müller/Annegret Stephan (Hrsg.): Die Vergangenheit lässt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen. Berlin: Berlin-Verlag Spitz, 1998.

Sandra Pingel-Schliemann: Zersetzen. Strategie einer Diktatur. 3. Aufl. Berlin: Robert-Havemann-Gesellschaft, 2004.

Radu Preda: Das Jahr 1989 in der Geschichte und im Bewusstsein der rumänischen Gesellschaft und Kirchen. In: Klaus Koschorke (Hrsg.): *Falling Walls. The Year 1989/90 as a Turning Point in the History of World Christianity / Einstürzende Mauern. Das Jahr 1989/90 als Epochenjahr in der Geschichte des Weltchristentums.* Wiesbaden: Harrassowitz, 2009, S. 57-75.

Radu Preda: Zwischen Tradition und Transition. Zwanzig Jahre Postkommunismus am Beispiel Rumäniens. In: Miroslav Polzer u. a. (Hrsg.): *Religion und Wende in Ostmittel- und Südosteuropa 1989-2009.* Innsbruck, Wien: Tyrolia, 2010, S. 320-346.

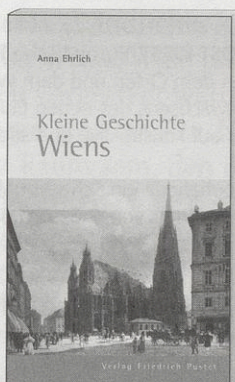
Entdecken Sie die Metropolen Osteuropas!



176 Seiten, 40 Abb., frz. Broschur
ISBN 978-3-7917-2329-7
€ 14,90 (D) / € 15,40 (A) / sFr 23,50

Tobias Weger **Kleine Geschichte Prags**

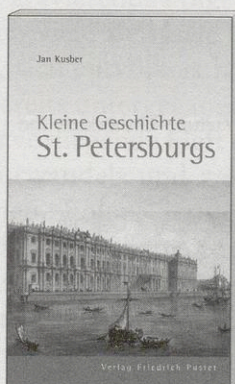
Ein kompakter Überblick über die mehr als 1000-jährige Geschichte und Vielfalt der Goldenen Stadt an der Moldau.



192 Seiten, 40 Abb., frz. Broschur
ISBN 978-3-7917-2330-3
€ 14,90 (D) / € 15,40 (A) / sFr 23,50

Anna Ehrlich **Kleine Geschichte Wiens**

Durch die Ostöffnung der EU gelang Wien der Wiederaufstieg zu europäischer Bedeutung.



176 Seiten, 29 Abb., frz. Broschur
ISBN 978-3-7917-2227-6
€ 14,90 (D) / € 15,40 (A) / sFr 23,50

Jan Kusber **Kleine Geschichte St. Petersburgs**

Die Entwicklung St. Petersburgs im Spannungsfeld gesamtrussischer und regionaler Geschichte.



184 Seiten, 35 Abb., frz. Broschur
ISBN 978-3-7917-2248-1
€ 14,90 (D) / € 15,40 (A) / sFr 23,50

Brigitte Moser / Michael W. Weithmann **Kleine Geschichte Istanbuls**

Immer wieder war Istanbul Brennpunkt großer politischer Ereignisse und Zentrum kulturellen Austauschs zwischen Ost und West.

Verlag Friedrich Pustet



www.verlag-pustet.de

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift **OST-WEST. Europäische Perspektiven** bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europas und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von € 6,50 (D) / € 6,70 (A) / SFr 10,80 (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden:

Polen und Russland – eine schwierige Beziehung, Heft 1/2011

Schatten der Vergangenheit ♦ Außen- und innenpolitische Aspekte ♦ Polen aus russischer Sicht – Russland aus polnischer Sicht

Albanien, Heft 4/2010

Historischer Überblick ♦ Politischer und kultureller Wandel ♦ Religion und Nation

Umweltprobleme in Mittel- und Osteuropa, Heft 3/2010

Medien als Macht?, Heft 2/2010

Einfluss der Medien in Deutschland ♦ Medienentwicklung in Mittel- und Osteuropa ♦ Ethik der Medien

Kirche und Politik in Russland, Heft 1/2010

Zwischen Patriotismus und Nationalismus ♦ Probleme der Ökumene ♦ Religiosität im heutigen Russland

Bulgarien, Heft 4/2009

Zwischen Tradition und Moderne ♦ Streiflichter aus Politik und Kultur ♦ Orthodoxe und katholische Kirche in Bulgarien ♦ Bulgarien und Deutschland

Kirchen der östlichen Traditionen, Heft 3/2009

Überraschende Vielfalt ♦ Spirituelles Erbe ♦ Ökumenische Beziehungen ♦ Gelebte Ostkirche heute

Zwanzig Jahre Wende – Gespräche mit Zeitzeugen, Heft 2/2009

Europas Wiedervereinigung ♦ Neun Zeitzeugen aus Deutschland, Polen, Russland, Tschechien und der Ukraine

Regionen in Europa – Vergessene Vielfalt, Heft 1/2009

Das Europa der Regionen ♦ Neun Beispiele ♦ Porträt: Patriarch Kyrill von Moskau

Weitere Informationen, auch zu früheren Jahrgängen, finden Sie unter www.owep.de.

Heft 3/2011 erscheint Mitte August zum Thema

»Ländliche Räume im Umbruch«.

Verlag Friedrich Pustet



www.verlag-pustet.de

Editorial

Wer heute in Deutschland das Zeitschriftensortiment studiert, findet zahlreiche farbenfrohe Produkte zum Thema „Ländliches Leben“. Vielfach wird darin eine Idylle gezeichnet, in der Wiese, Wald und Wasser als Voraussetzungen für ein gelungenes Leben vorgestellt werden und dem gestressten Großstadtbewohner zeigen, wo und wie er Entspannung findet. Krasser kann dann der Gegensatz kaum sein, den die Fernsehschirme immer wieder zeigen: riesige monoton bewirtschaftete Felder, großflächig abgeholzte Waldflächen, begradigte und artenarme Gewässer, verfallene Siedlungen. Solche Bilder finden sich nicht nur in der „Dritten Welt“, sondern auch in allen Teilen Europas, auch in vielen Regionen Deutschlands.

Natürlich lassen sich die Verhältnisse in Mitteleuropa nicht direkt mit Krisenregionen wie z. B. der Sahelzone in Afrika oder dem Amazonasbecken in Südamerika vergleichen. Dennoch gilt es festzuhalten: Weltweit befinden sich die ländlichen Regionen im Umbruch, und in der Regel werden sie im Vergleich zu den städtischen Zentren vernachlässigt; Strukturförderung kommt in erster Linie den Metropolen zugute, nicht der „Provinz“. Dies hat nicht nur für die Natur, sondern auch für die Kultur gravierende Folgen. Auch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa finden sich viele Beispiele dafür, wie der ländliche Raum vernachlässigt wurde, sich entvölkert hat und jahrhundertealte Traditionen gefährdet oder bereits untergegangen sind.

Das vorliegende Heft erörtert grundlegende Faktoren des ländlichen Strukturwandels und zeigt anhand konkreter Fallbeschreibungen aus Bulgarien, Polen, Serbien und Ungarn, wie die Menschen von den Veränderungen betroffen sind und damit umgehen. Auch die Kirche muss in der Seelsorge neue Wege beschreiten, um die Menschen zu erreichen, und diese Wege können, wie das Beispiel aus Russland zeigt, oft weit und mühselig sein, aber der Einsatz lohnt sich.

Die Redaktion

Zwischen Beharrung und Aufbruch: Ländliche Regionen im 21. Jahrhundert

Alois Glück ist Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Weltweit befinden sich die ländlichen Regionen im Umbruch. Neben Landflucht und Verödung der Fläche lassen sich auch gegenläufige Trends beobachten: Rückzug aus den Städten und Wiederentdeckung des Dorfes. Der Beitrag nimmt Eckpunkte dieser Entwicklung in den Blick.

I.

Die Welt ist im Umbruch wie wohl noch nie in der Menschheitsgeschichte. Das gilt für den Umfang wie auch für die Vielzahl der Entwicklungen und die zeitliche Verdichtung. Die ländlichen Räume sind wie immer in der Geschichte von diesen Entwicklungen nicht ausgespart, sie werden davon ebenfalls geprägt, wenn auch in unterschiedlicher Weise.

Betrachtet man die Entwicklung in den Ländern Europas außerhalb der früher von Kommunismus und Planwirtschaft geprägten Länder, so sind die vergangenen Jahrzehnte von einer noch nie da gewesenen Dynamik geprägt. Rasches und früher unvorstellbares Wachstum ist das Merkmal: Wachstum nicht nur im rein Materiellen, sondern vor allem Zuwachs an Lebenschancen für Menschen durch mehr soziale Durchlässigkeit, berufliche Alternativen, durch Mobilität. Das gilt in besonderer Weise für die ländlichen Räume. Für diese Länder waren die sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mit dem Aufbruch in die Industrialisierung auch die Zeit der Weichenstellungen und der Zukunftsentscheidungen für die Entwicklung der ländlichen Räume. Die expandierende Industrie brauchte Arbeitskräfte. Die Frage lautete: die Menschen zu den Arbeitsplätzen in den Städten und deren Umfeld *oder* die Arbeitsplätze zu den Menschen in den ländlichen Räumen bringen? Insbesondere in Deutschland und im deutschsprachigen Raum fiel die Entscheidung zugunsten einer gezielten Politik für Arbeitsplätze im

ländlichen Raum. Viele Ökonomen von damals plädierten wie häufig auch jetzt dafür, dass die größte wirtschaftliche Dynamik mit der Konzentration in einigen wenigen Schwerpunkttorten zu erreichen sei. Das ist aber eine rein ökonomische Betrachtungsweise, die alle gesellschaftlichen und humanen Bedingungen außer Acht lässt und Wirtschaftswachstum zum Selbstzweck erklärt. In dichter besiedelten Räumen wie in den deutschsprachigen Ländern ist dabei die Entwicklung der ländlichen Räume günstiger verlaufen als in den Flächenstaaten wie etwa Frankreich, Italien oder Spanien.

II.

Es gibt kein Einheitsrezept für die Entwicklung des ländlichen Raums. Vorab geht es aber immer um Grundentscheidungen. Wird der ländliche Raum nur als Ergänzungsraum, als „Zulieferer für den städtischen Raum“ verstanden, Zulieferer durch Menschen, die in die Städte wandern, durch die Nahrungsmittelproduktion, die Trinkwasserversorgung und die Bereitstellung von Erholungsräumen – oder ordnet man den ländlichen Raum als eigenständigen Lebensraum mit Eigenwert ein? In dieser Frage spielt häufig eine ganz große Rolle, dass die Eliten, die Meinungsbildner und Entscheider, meistens mehr „stadtorientiert“ sind. Diese Fixierung auf die Städte und die großen Metropolen prägt weithin die Entwicklung in den Ländern der so genannten Dritten Welt. Das Ergebnis ist fatal. Die Bevölkerungskonzentration in den großen Metropolen, die mit ihren sozialen und ökologischen Verhältnissen immer unwirtlicher, unsozialer und unregulierbarer werden, hält weiter an. In den meisten Ländern dieser Erde gibt es keine konzeptionellen Strategien für die Entwicklung der ländlichen Räume. Erst in jüngster Zeit entdecken die großen Institutionen für Entwicklungspolitik wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, dass eine gezielte Entwicklung ländlicher Räume von außerordentlicher Bedeutung für die Zukunft dieser Länder ist. Solche Entwicklungsstrategien bedürfen nicht nur einer gezielten und sinnvollen Förderung für die Weiterentwicklung der einheimischen Landwirtschaft – das allein ist zu wenig. Ländliche Räume, die ausschließlich von der Landwirtschaft geprägt werden, sind

Die Kernfrage lautet: Ist der ländliche Raum reiner Ergänzungsraum für den städtischen Raum oder begreift man ihn als eigenständigen Lebensraum mit Eigenwert?

zwangsläufig äußerst dünn besiedelte Räume, in denen es auf Dauer keine entsprechende Infrastruktur wie Schulen, soziale Einrichtungen und all das, was der Mensch von heute braucht, in zumutbarer Entfernung gibt.

Die Aufgabe heißt also „eine integrierte ländliche Entwicklung und eine integrierte Dorfentwicklung gestalten“; anders gesagt: jeweils ganzheitliche Entwicklungsstrategien für einen Lebensraum, in dem Menschen mit unterschiedlichen beruflichen Tätigkeiten nach den Maßstäben ihrer Zeit und ihrer Region angemessen leben können.

Ländliche Räume sind in jedem Land sehr unterschiedlich geprägt, ebenso unterschiedlich sind die möglichen Entwicklungsstrategien und Handlungsfelder.

Schlüsselfaktor für diese Entwicklung sind Arbeitsplätze in zumutbarer Entfernung. Dies kann nur durch eine sinnvolle Schwerpunktbildung gelingen, da nicht jede Gemeinde ein ent-

sprechendes Angebot verwirklichen kann. Schwerpunktbildung erfordert überörtliches Denken, erfordert überörtliche Planung. Sie muss orientiert sein an den prägenden Entwicklungen der Wirtschaft, der Technik und der Gesellschaft, da das Land ja kein isolierter Bereich ist. Bei der Zukunftsstrategie für ländliche Räume spielt eine entsprechende Infrastruktur eine besonders wichtige Rolle. Dazu zählen die Verkehrsinfrastruktur, in der heutigen Zeit aber ganz besonders die notwendige technische Infrastruktur für die modernen Kommunikationsmittel, ebenso entsprechende Bildungseinrichtungen und notwendige soziale Einrichtungen.

III.

„Den ländlichen Raum“ gibt es nicht. Ländliche Räume sind in jedem Land sehr unterschiedlich geprägt, ebenso unterschiedlich sind die möglichen Entwicklungsstrategien und Handlungsfelder. Ländliche Räume, Umfeld und Ausstrahlungsbereich von Städten oder mit vorhandenen Industrieansiedlungen befinden sich in einer anderen Lage als Erholungsregionen und sind wiederum anders als solche Gebiete, die seit jeher stark landwirtschaftlich geprägt sind. Deshalb gibt es kein Einheitsrezept für die Entwicklung ländlicher Räume, vielmehr müssen für die unterschiedlichen Situationen auch die jeweils passenden und damit unterschiedlichen Strategien erarbeitet werden. In erster Linie geht es heute darum, das vorhandene „Potenzial“ zu fördern, etwa den vorhan-

denen Betrieben bei der Modernisierung zu helfen, damit den Anschluss an die Gesamtentwicklung zu sichern und dadurch auch die Arbeitsplätze zu erhalten.

Übergreifend sind freilich wohl einige Grundprägungen, die fast alle Regionen betreffen. Das gilt einerseits für die Auswirkungen der demografischen Entwicklung, also der Veränderung der Bevölkerungsstruktur mit einem immer höheren Anteil älterer Menschen mit einer noch nie da gewesenen Chance für einen dritten Lebensabschnitt nach dem Berufsleben, aber auch mit neuen Aufgaben und Gefährdungen. Insbesondere dünner besiedelte ländliche Räume werden gegenwärtig besonders geprägt durch diese veränderte Bevölkerungsstruktur, weil vor allem in diesen Regionen die Zahl der Kinder immer geringer wird. Andererseits gilt aber auch, dass alle damit verbundenen Gefährdungen wie z. B. Vereinsamung im ländlichen Raum besser aufgefangen werden können, weil in den überschaubaren Lebensräumen bürgerschaftliche Initiative und Entwicklung neuer sozialer Netzwerke weit mehr Chancen haben als im städtischen Raum. Das bürgerschaftliche Engagement, die Eigeninitiative der Bürger und die Verantwortung für die eigenen Lebensräume sind das stärkste Potenzial der ländlichen Räume. Dies zu fördern und zu unterstützen, ist daher auch eine besondere Aufgabe der Politik und der Verwaltungen, die mit diesen neuen Entwicklungen jedoch leider häufig noch nicht entsprechend zurechtkommen.

IV.

In den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts ging es im Aufbruch der Industriegesellschaft um grundlegende Weichenstellungen und Entwicklungschancen. Jetzt sind wir insbesondere durch den weltweiten Wettbewerb um Arbeitsplätze, den immer härteren und intensiveren Wettbewerb um die aktive junge Generation und die Auswirkungen der demografischen Entwicklung wiederum in einer Phase wichtiger Weichenstellungen. Jetzt geht es darum, die Zeichen der heutigen Zeit, die Entwicklungstrends und die dabei gegebenen Handlungsspielräume neu zu erkennen, zu vermessen und mit den jeweiligen ländlichen Räumen entsprechende Zukunftsstrategien zu entwickeln. Niemand kann zaubern, niemand kann die prägenden Entwicklungen unserer Zeit ausschalten, aber die Handlungsspielräume sind meistens größer, als viele glauben – vorausgesetzt, man nimmt die Zeichen der Zeit wahr und handelt aktiv.

Ländliche Räume in Mitteleuropa – strukturelle Veränderungen

Priv.-Doz. Dr. Karl Martin Born ist Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Geographie der Universität Münster und Privatdozent an der Freien Universität Berlin. Er beschäftigt sich besonders mit Fragen der Entwicklung ländlicher Räume in Mitteleuropa und leitet den interdisziplinären Arbeitskreis „Dorfentwicklung“ in der Deutschen Gesellschaft für Geographie.

Die ländlichen Räume in Mittel- und Osteuropa sind seit der politischen Wende von 1989 umfangreichen Veränderungsprozessen ausgesetzt gewesen. Die heutige Vielfalt spiegelt nicht nur den Umgang mit dem politischen und wirtschaftlichen Wechsel wider, sondern hängt auch eng mit der Ausgestaltung ländlicher Lebens- und Arbeitswelten zusammen. Die ländlichen Räume in Mittel- und Osteuropa sind dementsprechend einerseits durch die Einbindung in die Europäische Union von Europäisierungs- und Globalisierungstendenzen und andererseits von Peripherisierung im Kontext nationaler Zentralisierungs- und Modernisierungsprozesse geprägt.

Einleitung und historische Hinführung

Gegenwärtig erfahren ländliche Räume in Mitteleuropa eine Phase intensiver Veränderungen und Neubewertungen: Neben der Neubewertung in der Öffentlichkeit und den Medien – ablesbar an Hochglanzzeitschriften zum Landleben – sind hier vor allem ökonomische und demografische Schrumpfungsprozesse sowie die Zuweisung neuer Funktionen als Energielandschaften zu nennen. Diese Beobachtung gilt allerdings fast ausschließlich für das westliche Mitteleuropa – in Ostmitteleuropa sind andere Prozesse wirksam.

Diese Auseinanderentwicklung ist zum einen historisch bedingt: Die doppelte Transformation der Ostblockstaaten von marktwirtschaftlichen zu sozialistischen und wieder zu marktwirtschaftlichen Politik-,

Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen vollzog sich nicht in allen Staaten mit der gleichen Intensität, was zu wesentlichen Differenzierungen führte. Ebenso wirkt sich bei einer Gesamtbetrachtung Ostmitteleuropas der Beitritt zur Europäischen Union (EU) aus, der neben dem Zugang zu finanziellen Ressourcen auch die Verfügbarkeit und Weitergabe von Entwicklungsinstrumenten mit sich brachte.

Eine Betrachtung der ländlichen Räume in Mitteleuropa muss auch eine Reflexion der Rolle dieser Räume beinhalten, da damit wesentliche Parameter für ihre politische und wirtschaftliche Randstellung im Vergleich zu den Zentren und zentrennahen Gegenden verbunden sind. In vielen Staaten Mitteleuropas bestimmen ländliche Räume und die damit

Land, Landbewirtschaftung und die dadurch entstandenen Kulturlandschaften gelten in zahlreichen Staaten als nationales Erbe.

verbundenen Landschaftsräume und Wirtschaftsformen das Image des Gesamtstaats. Gleichzeitig kommt diesen Räumen eine wichtige Funktion als Hort nationaler Kulturzuschreibungen bei der Entstehung und Gestaltung nationaler Identitäten zu: Land, Landbewirtschaftung und die dadurch entstandenen Kulturlandschaften gelten in zahlreichen Staaten als nationales Erbe, dessen Erhaltung und Verteidigung gegenüber potenziellen Aggressoren zu einer nationalstaatlichen Aufgabe stilisiert werden.

Ländliche Räume in Mitteleuropa lassen sich grob nach drei Kriterien differenzieren: Neben einer Unterscheidung nach West und Ost entlang der überkommenen politischen Teilungslinie spielt die Zugehörigkeit zur EU eine wesentliche Rolle. Auf der Ebene der einzelnen Staaten können ländliche Räume in zentrennahe und zentrenferne Räume unterschieden werden. Obgleich ländliche Räume durchaus autochthon wirtschaften können, spielt der Zugang zu externen Ressourcen eine wichtige Rolle: Finanzielle, materielle und wissensbezogene Transfers sind nicht gleichmäßig verteilt, sondern von der Nähe zu westeuropäischen Zentren, Traditionen oder ethnischen Beziehungen geprägt.

Grundlegende Prozesse der räumlichen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa

Der heutige Charakter und die Entwicklungspotenziale der ländlichen Räume in Mitteleuropa sind wesentlich durch die Transformationsprozesse nach 1989 gestaltet worden. Allerdings verliefen diese Prozesse

extrem heterogen, was länderübergreifende Vergleiche erschwert. Außerdem sind viele Prozesse in einigen Ländern und Sektoren bis heute nicht abgeschlossen, z. B. im Bereich der Eigentumsrestitution oder Privatisierung.

Die politische, ökonomische und soziale Transformation in den ländlichen Räumen Mittel- und Osteuropas

Zu den wesentlichen Komponenten dieser Transformationsprozesse zählt der *politische Wandel* von Diktaturen zu Demokratien. Für ländliche Räume war dieser Wandel zunächst mit einer politischen und territorialen Reorganisation der Gebietskörperschaften verbunden – in den meisten Fällen mit einer relativen Dezentralisierung und einer geringeren Abhängigkeit von Entscheidungen in der Hauptstadt. Andererseits lässt sich kein einheitliches Muster in der politischen Wertigkeit ländlicher Räume beobachten – vielmehr schwanken hier Auswirkungen zwischen einem deutlichen Machtverlust (z. B. im so genannten „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ DDR) und einem Machtzuwachs (z. B. in Polen mit seinen in ländlichen Räumen verwurzelten Parteien).

Ebenso heterogen stellen sich die Veränderungen in den lokalen Macht- und Entscheidungsstrukturen dar: Neben dauerhaften, in zahlreichen Staaten zu beobachtenden Strukturen (zuerst die Kirchen) waren vielfach deutliche Brüche festzustellen. In den neuen Bundesländern Deutschlands ist der Machtverlust der früher mächtigen Vorsitzenden der Kooperativen und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften allerdings flächenhaft nicht nachweisbar; vielmehr legen sich hier im allgemeinen Elitenexodus nach 1990 und in der ökonomischen Transformation und Ausdifferenzierung der Betriebe alternative Erklärungskontexte nahe. Deutlicher wird die ökonomische Komponente in anderen osteuropäischen Staaten, wo neue Bewertungsschemata etabliert wurden, die nun auch eine politische Dimension erreichen. Nach der Transformation zählten nicht mehr Erfolge im Kampf um staatlich verteilte Ressourcen, sondern nur noch Erfolge unter den Bedingungen der Marktwirtschaft bzw. im gemeinsamen Agrarraum EU. Die Überwindung der schwierigen Anfangsphase, die Umsetzung von Innovationen und das Schaffen von Beschäftigungsmöglichkeiten trugen zu partiellen Verschiebungen im lokalen Machtgefüge bei.

Neben dem politischen Wandel wird sicherlich der *wirtschaftliche Wandel* als dominierender Prozess in der Umgestaltung der ländlichen Räume in Osteuropa wahrgenommen. Hierbei lassen sich mit der Priva-

tisierung und Restitution enteigneten Privatbesitzes zwei wirtschaftspolitische Entscheidungen nennen, die bis heute nicht nur die öffentliche Diskussion und Bewertung des Transformationsprozesses beherrschen, sondern auch in ihren Auswirkungen deutlich spürbar sind. So hat die konsequente Privatisierungs- und Restitutionspolitik der *baltischen Staaten* zu einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung geführt; hinzu kommt die geographische Nähe zu den skandinavischen Ländern, die nicht nur rasch in den Privatisierungsprozess eingestiegen sind, sondern über die Restitution vormals schwedischen Eigentums auch als Investoren in die Entwicklung ländlicher Räume an der Ostsee eingebunden waren. Demgegenüber fand in *Polen* eine verzögerte Privatisierung und – aus verschiedensten Gründen – nur eine geringfügige Restitution statt. Während die verzögerte Privatisierung in den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Industrien rasch zu einer Marktverdrängung führte, war die Landwirtschaft nur in den westlichen Landesteilen mit einem höheren Anteil an Staatsunternehmen betroffen. Gerade in Polen zeigte sich die unterschiedliche Verteilung privater und staatlicher Unternehmen als entscheidende Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung: Trotz intensiver Versuche zur Abschottung des polnischen Bodenmarkts gelang es den größeren ehemaligen Staatsbetrieben, ausländisches Kapital zu gewinnen (z. B. in Pommern; ähnliche Prozesse waren an der österreichisch-ungarischen Grenze zu beobachten) und sich somit einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Demgegenüber stehen die Länder mit Restitutions- und Vouchersystemen¹ zur Beteiligung der Bevölkerung an den ehemaligen genossenschaftlichen Betrieben heute deutlich schlechter da, da komplizierte Eigentümerstrukturen und fortwährende Veränderungen wenig Raum für die Verbesserung der Produktivität lassen.

Inzwischen unterliegt der osteuropäische Agrarraum den Bedingungen des gemeinsamen europäischen Marktes – dazu gehören aber auch der Landhungerei ausländischer Investoren und die Einbindung in europäische bzw. globale Wirtschaftsbeziehungen, wie sie am Beispiel der sich ausbreitenden Schnittblumenzucht in Lublin in Ostpolen sichtbar werden.

¹ Methode der Privatisierung, bei der Anteilsscheine („Voucher“) der zu privatisierenden Staatsbetriebe an die Bevölkerung ausgegeben wurden, beispielsweise in der ehemaligen Tschechoslowakei; Erläuterungen z. B. unter http://www.bpb.de/publikationen/9N78Z7,3,0,Wirtschaft_in_der_Transformation.html (letzter Zugriff: 30.06.2011; Anm. d. Redaktion).

Folgen der Transformation: Der demografische Wandel

Eng verbunden mit dem politischen und wirtschaftlichen Wandel ist der demografische Wandel in den ländlichen Räumen Osteuropas: Wanderverluste in die Zentren oder nach Westeuropa sowie ein drastischer Rückgang der Geburten führten zu regional unterschiedlichen Schrumpfs- und Alterungsprozessen. Mit Ausnahme der Tschechischen Republik und einiger Teile Polens verloren zwischen 2005 und 2008 alle ländlichen Räume Osteuropas zwischen 2,5 und 5 Prozent ihrer Bevölkerung. Da die Gesamtfruchtbarkeitsrate überall deutlich unter dem Bestandserhaltungswert von 2,1 Kindern pro Frau liegt und allenfalls mit einer bescheidenen Rückwanderung zu rechnen ist, werden die ländlichen Räume weiter an Bevölkerung verlieren. Weitaus drastischer zeigt sich aber der demografische Wandel auf regionaler und lokaler Ebene, wo starke zentripetale Prozesse die Alterung in Dörfern vorantreiben und gleichzeitig möglichen Entwicklungspotenzialen durch den Entzug von Innovationsträgern die Grundlage nehmen.

Die Auseinandersetzung mit den Transformationsprozessen in Osteuropa führt rasch zu dem Befund einer mangelnden Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und den verschiedenen Bewertungslinien innerhalb der postsozialistischen Gesellschaften. Offenbar sind es vor allem die Kirchen, die als einzige Konstante in ländlichen Räumen vor-

Bis heute zeigen sich innerhalb der postsozialistischen Gesellschaften die Folgen mangelnder Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

handen sind, da ihre Rolle wenig Interpretationsspielraum zulässt. Demgegenüber zeigen sich erhebliche Probleme im Umgang mit den Relikten der Vergangenheit: Funktionsgebäude aus Politik und Wirtschaft sind

in ihrer Bedeutung und Erhaltungswürdigkeit umstritten. Ebenso problematisch stellt sich die Auseinandersetzung mit den „Nebeneffekten der Marktwirtschaft“ dar: Die Öffnung der Bodenmärkte für ausländische Investoren – insbesondere aus Deutschland oder Österreich – wurde lange verzögert und oftmals nur ungenügend implementiert. Hierbei hatten oftmals nationalistische gegenüber wirtschaftlichen Argumenten Vorrang.

Raummuster der Entwicklung in ländlichen Räumen

Neben der unterschiedlichen Intensität und dem spezifischen Umgang mit den Transformationsprozessen lassen sich in Mittel- und Osteuropa

wesentliche räumliche Differenzierungen feststellen, wobei mit einer internationalen, nationalen und regionalen Ebene drei Betrachtungsperspektiven zu unterscheiden sind.

Erwähnt wurde bereits die Bedeutung der EU. Neben der grundsätzlichen Unterscheidung in EU- und Nicht-EU-Mitgliedsländer sowie der Dauer der Zugehörigkeit spielt hier das Nebeneinander von reinen Verteilungs- und wettbewerbsbezogenen Mitteln eine wesentliche Rolle: Während flächen- und produktbezogene Mittel aus der ersten Säule der Agrarförderung lediglich den Stand der Privatisierung des Agrarsektors widerspiegeln, führen wettbewerbsbezogene Mittel der Regionalentwicklung zur Wirtschaftsförderung und dem Ausbau der Infrastruktur zu ausgeprägten „Förderlandschaften“. Unterschiede in der Finanzausstattung der Kommunen, in der Autonomie gegenüber der Zentralregierung und in der personellen Ausstattung erlauben es einigen Gemeinden, signifikant höhere Fördermittel zu akquirieren und somit ihren Vorsprung gegenüber anderen Gemeinden auszubauen. Im Ergebnis lassen sich dann neben diesen „Förderlandschaften“ Aktiv- und Passivräume mit unterschiedlichen Versorgungs- und Wohlstandsniveaus herausarbeiten.

Eine wichtige Rolle in der Raumentwicklung Mittel- und Osteuropas spielt auch die Etablierung des Gedankens des Schutzes der natürlichen Ressourcen. Auf internationaler Ebene (UNESCO und EU) propagiert, führte er zur Ausweisung von Großschutzgebieten internationalen Ranges; gleichzeitig wird nun auch auf regionaler und lokaler Ebene dem Schutz von Ressourcen eine höhere Bedeutung zugewiesen. Insbesondere Polen und die baltischen Staaten setzten auf diesem Feld Maßstäbe, während Tschechien und Ungarn relativ wenig Flächen unter Schutz stellten. Raumdifferenzierend wirkt außerdem der nationale und internationale Tourismus, der sich einerseits durch eine starke Fokussierung auf natürliche oder naturnahe Regionen und andererseits auf kulturhistorische Ziele auszeichnet. Da im Zuge des Transformationsprozesses die in unterschiedlicher Intensität vorhandenen staatlichen Urlaubsorganisationen mit den dazu gehörigen Einrichtungen aufgelöst wurden und gleichzeitig starke sozio-demografische Ausdifferenzierungsprozesse einsetzten, geriet der nationale Tourismusmarkt unter erheblichen Druck. Gleichzeitig gewannen kulturhistorische Ziele, wie etwa die Hauptstädte Warschau, Prag oder Budapest, und ausgewählte Naturlandschaften wie Küsten, Binnenseen und Gebirge an Bedeutung. Die übrigen ländlichen Räume blieben allerdings von dieser

Entwicklung ausgespart, sodass sich weitere regionale Disparitäten ergaben.

Ländliche Räume in Mittel- und Osteuropa erfahren seit 1990 eine deutliche Peripherisierung, die auf die Ausdünnung des öffentlichen Personennahverkehrs zurückgeführt werden kann: Der Bedeutungsverlust ländlicher Mittel- und Kleinstädte und die Herabsetzung ihrer Erreichbarkeit zwang einige Regionen, sich ausschließlich auf ihre endogenen Potenziale zu verlassen. So blieben sie zwar von den wirtschaftlichen Verwerfungen der Transformationsphase und der anschließenden Wirtschaftskrisen relativ unberührt, entwickelten sich aber nur wenig. Die öffentliche Daseinsvorsorge wurde massiv reduziert, während privatwirtschaftliche und kirchliche Aktivitäten an Bedeutung gewannen.

Generell lassen sich in Mittel- und Osteuropa deutliche Differenzierungen in der privatwirtschaftlich organisierten Daseinsvorsorge beobachten, die vor allem auf deren Organisation zurückgeführt werden können. Während in Deutschland ein massiver Rückgang privater Nahversorgungs- und Gesundheitsdienstleistungen in Form starker räumlicher Konzentrationen (z. B. als Discounter) zu beobachten ist, haben sich in den ländlichen Räumen Osteuropas inhabergeführte Unternehmen halten können. Allerdings ist nicht erkennbar, ob diese Persistenz planerisch und politisch gewollt war oder ein Nebeneffekt der noch nicht völligen marktbeherrschenden Position der Discounter ist.

Ein weiterer wesentlicher Faktor für die Entwicklung ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa ist die unterschiedliche politische Repräsentanz von *Parteien und Bewegungen*, die den ländlichen Räumen nahestehen. Während diese Parteien in Polen bis zur letzten Parlamentswahl eine große Rolle spielten, haben sie heute an Bedeutung verloren; im Gegensatz dazu repräsentiert die gegenwärtige Regierung in Ungarn auch bäuerliche bzw. ländliche Werte.

Zukünftige Herausforderungen für ländliche Räume in Mittel- und Osteuropa

Für die ländlichen Räume Mittel- und Osteuropas ergeben sich mehrere zukünftige Herausforderungen, unter denen zunächst die Umsetzung des europäischen Kohäsionsgedankens zu nennen ist. Dementsprechend müssen nicht nur die Entwicklungsunterschiede zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten, sondern auch die zu West- und Südeuropa abgebaut werden. Während Polen, Tschechien und die baltischen Staaten

deutlich überproportionale Wachstumsraten aufweisen, verharren gerade die südöstlichen Staaten auf einem niedrigen Niveau. Noch deutlicher werden die zu überwindenden Gegensätze bei einer Betrachtung der Wettbewerbsfähigkeit, dem zentralen Inhalt der Lissabon-Strategie²: Neben den oben geschilderten Unterschieden zwischen den einzelnen Staaten fallen hier die ländlichen Räume immer weiter zurück, da die Entwicklung in Osteuropa noch stärker als in Mitteleuropa auf die Metropolen und allenfalls deren Umland beschränkt bleibt. Zur Verringerung dieser Kluft ist es zunächst notwendig, die immer noch anhaltende Abwanderung junger gut ausgebildeter Menschen aus den ländlichen Räumen („Brain Drain“) zu stoppen; Instrumente hierzu sind neben staatlichen Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung vor allem die Verbesserung der Lebensqualität, die neben der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen auch funktionierende Infrastrukturen und Angebote der Daseinsvorsorge umfasst.

Trotz aller Bemühungen fallen die ländlichen Räume bei der Entwicklung Osteuropas immer mehr zurück.

Vor großen Herausforderungen steht die *Landwirtschaft*, die sich dem europäischen und globalen Wettbewerb stellen muss. Eine quantitative und qualitative Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion kann nur durch eine Öffnung der Produkt- und Bodenmärkte erreicht werden, da Kapitalschwäche und geringe Größe der Unternehmen Innovationen und Produktivitätssteigerungen entgegenstehen. Letztlich bedarf es umfangreicher Anstrengungen zur *Entwicklung der Zivilgesellschaft*: Neben politischer Artikulation müssen alle Akteure und Interessenvertreter zusammen kommen und zu gemeinsamem Handeln für ihre Region bewegt werden.

² Darunter ist ein im März 2000 in Lissabon auf einem EU-Sondergipfel verabschiedetes Programm zu verstehen, das darauf zielt, die EU zum weltweit führenden Wirtschaftsraum zu machen. (Anm. d. Redaktion)

Strukturwandel in (Ost-)Europas ländlichen Regionen

Dr. Judith Möllers ist Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) in Halle, Prof. Dr. Thomas Glauben ist der geschäftsführende Direktor des Instituts.

Auch wenn die ländlichen Räume in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sehr vielgestaltig sind, lassen sich doch bestimmte gemeinsame Grundmuster aufzeigen. Der Beitrag bietet einen Überblick über die Phasen des Strukturwandels, den damit verbundenen demografischen Umbruch und die Veränderungen der Betriebsformen. Trotz mancher Unwägbarkeiten bietet die Integration in die EU Chancen für eine gedeihliche Entwicklung.

Einführung

Ländlicher Wandel ist ein Phänomen, das weltweit beobachtet werden kann. Auch in Europa sind bestimmte Entwicklungen in den meisten Regionen Ost- und Westeuropas sichtbar (wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen). Wir betrachten diese Entwicklungen und setzen ein besonderes Augenmerk auf Osteuropa, wo in den vergangenen zwanzig Jahren der Transformationsprozess zu besonders rasanten Veränderungen geführt hat. Zunächst kann man fragen, warum der ländliche Raum überhaupt einer eigenen Betrachtung wert ist. Sind es nicht zunehmend die städtischen Regionen, die die europäischen Gesellschaften prägen und vorantreiben? Zum einen ist es nach wie vor die schiere Flächenausdehnung, die dem ländlichen Raum Gewicht verleiht: Ländliche Regionen machen 91 Prozent der Fläche der Europäischen Union (EU) aus. Fast 60 Prozent der Bevölkerung der 27 Mitgliedstaaten (EU 27) (davon 10 osteuropäische Nationen) leben dort. Auch wenn die Wirtschaftskraft in städtischen Regionen meist höher ist, stammen 48 Prozent der Bruttowertschöpfung der EU 27 aus ländlichen

Regionen, der Anteil an der Beschäftigung ist sogar noch etwas höher (56 Prozent).

Ländliche Räume erfüllen zudem verschiedene, einzigartige Funktionen. So haben sie bekanntermaßen eine zentrale Bedeutung in der Produktion von Nahrungsmitteln und anderen Produkten aus der Land- und Forstwirtschaft; sie sind folglich agrarisch geprägt. Zudem weisen sie besondere sozioökonomische und kulturelle Funktionen auf. Dazu zählt etwa ihr hohes Erholungswert und ihr Potenzial zur Erhaltung kultureller Besonderheiten und Traditionen. Nicht zuletzt stellen sie Lebensraum für die Pflanzen- und Tierwelt zur Verfügung und tragen zur Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen (Wasser, Boden, Luft) bei; sie sind somit von enormer Bedeutung für die Umwelt.¹

Dennoch werden ländliche Regionen hauptsächlich mit ihren Problemen assoziiert. Dazu gehören beispielsweise ihre „Rückständigkeit“, typische demografische Anpassungsprozesse, die vergleichsweise höheren Armutsraten und die mangelnde Konvergenz, also die fehlende Annäherung meist peripherer Regionen mit Entwicklungsrückstand an dynamische Kernregionen. Unter anderem weil die Globalisierung und die europäische Integration zu einer engeren Verzahnung der ökonomischen und sozialen Beziehungen zwischen den Städten und Regionen geführt haben, hat der Druck hin zu einer Angleichung von ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen zugenommen. Die ländliche Gesellschaft sieht sich also in einem fortwährenden Aufholprozess.

Die osteuropäischen Nationen mussten in den 20 Jahren nach dem Fall des eisernen Vorhangs eine äußerst starke Umgestaltung verkraften. Die Transformation der Volkswirtschaften in marktwirtschaftliche Systeme betraf insgesamt 30 Länder und rund 400 Millionen Menschen. In allen Transformationsländern hatten sowohl Industrie als auch Landwirtschaft unter starken Produktionseinbrüchen zu leiden. Insbesondere der landwirtschaftliche Sektor hatte mit Ineffizienzen und teilweise dem kompletten Zusammenbruch der Wertschöpfungsketten zu kämpfen. Von der generell positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenz in den letzten Jahren profitierten viele ländliche Regionen nur unterdurchschnittlich.

1 Siehe z. B. Doris Schmied (Hrsg.): *Winning and Losing: The Changing Geography of Europe's Rural Area*. Ashgate 2005.

Eine Reihe typischer Entwicklungen, die den ländlichen Wandel auszeichnen, gelten sowohl für West- als auch (oft in verstärktem Maße) für die Transformationsökonomien Osteuropas. Sie werden von der OECD als Teufelskreis beschrieben²: Geringe Bevölkerungsdichten in ländlichen Räumen haben eine fehlende kritische Masse zur Folge. Es mangelt nicht nur an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, sondern oft an grundlegender Infrastruktur, was wiederum ein ungünstiges Wirtschaftsklima bereitet. Die geringen Arbeitsmöglichkeiten führen tendenziell zur Abwanderung der jüngerer und höher qualifizierten Arbeitskräfte und damit zu weiterer Abnahme sowie Überalterung der Bevölkerung. Dennoch wäre es falsch, ländlich einfach mit „Niedergang“

Fachkräftemangel und Defizite in der Infrastruktur versuchen ein ungünstiges Wirtschaftsklima in ländlichen Räumen.

gleichzusetzen. Diese einfache Schlussfolgerung verbietet sich, weil die ländlichen Räume Europas zu viele Facetten haben und somit auch jeweils einzigartige Möglichkeiten und Schwierigkeiten. Dennoch greifen wir im Folgenden einige der genannten Entwicklungen auf und ziehen Schlussfolgerungen für die Entwicklungen in den ländlichen Räumen.

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel ist ein Risiko für die Entwicklung ländlicher Räume. Während wir uns global einer Bevölkerungsexplosion gegenüber sehen, ist in den ländlichen Gebieten Europas regionale Schrumpfung die Realität. Zwei Prozesse verursachen diese Situation: einerseits geringe Geburtenraten und Überalterung der Gesellschaft, andererseits Abwanderung aus dem ländlichen Raum. In Osteuropa sanken die Bevölkerungszahlen seit 1990 aufgrund sinkender Geburtenraten und negativer Migrationsbilanzen zum Teil stark. Fast in der Hälfte aller osteuropäischen Regionen der EU kommen beide Tendenzen zusammen, also Abwanderung und Überalterung. Von Überalterung besonders betroffen sind Bulgarien und Süd-Rumänien.³ Im Extremfall ver-

2 Vgl. OECD (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Das neue Paradigma für den ländlichen Raum (OECD-Berichte über die Politik für den ländlichen Raum). Paris 2006.

3 Sabine Baum: A Typology of Rural Areas in the new Member States. Deliverable 3.3 of the FP6 project SCARLED, www.scarled.eu. (2006)

bleibt in manchen ländlichen Regionen nur noch eine „Residualbevölkerung“. Dieser Verlust einer kritischen Masse an Menschen, die die Entwicklung ihrer Region noch in die Hand nehmen könnten, ist die bedrohlichste Wirkung des demografischen Wandels für die betroffenen Regionen.

Die Agrarwirtschaft ist von Abwanderung insofern doppelt betroffen, als sie nicht nur in ländlichen Räumen angesiedelt ist, sondern auch unter überdurchschnittlichem sektorialem Schwund leidet. Bevor wir hierauf eingehen, soll ein kurzer Überblick über einige Indikatoren zur Betriebsstruktur und der wirtschaftlichen Bedeutung des Agrarsektors gegeben werden.

Die Rolle der Landwirtschaft und der Agrar(betriebs)strukturwandel

Im ländlichen Raum – West wie Ost – spielt die Agrarwirtschaft nach wie vor eine zwar abnehmende, aber fraglos prägende Rolle. Insbesondere in Osteuropa sind vor allem die Beschäftigungseffekte weiterhin vergleichsweise hoch. Im Verlauf der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nimmt der Beitrag der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und am Anteil der Beschäftigung ab. Innerhalb der EU verfügen nur noch zwei Länder, Bulgarien und Rumänien, über einen BIP-Anteil von über 5 Prozent. In Südosteuropa gibt es hingegen Länder wie Albanien, die weiterhin bis zu 20 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung aus der Landwirtschaft beziehen. Hohe Beschäftigtenanteile weisen in der EU Rumänien auf (fast 30 Prozent), doch auch Griechenland und Portugal beschäftigen immer noch mehr als 10 Prozent ihrer Bevölkerung in der Landwirtschaft. In Südosteuropa sind Beschäftigungsanteile von 20 Prozent keine Seltenheit.

In Südosteuropa sind Beschäftigungsanteile in der Agrarwirtschaft von 20 Prozent noch immer keine Seltenheit.

Die Agrarstruktur unterscheidet sich zwischen Ländern und Regionen innerhalb Europas durchaus stark. Dennoch kann man sagen, dass der ländliche Raum Europas durch *familienbetriebliche* landwirtschaftliche Strukturen geprägt ist. Dies gilt nicht nur für Westeuropa, sondern auch für die meisten osteuropäischen Länder. Dort zeigt sich allerdings oft ein Nebeneinander von großen Betrieben, die aus der Privatisierung und Umstrukturierung der ehemaligen Kollektiv- und Staatsbetriebe

hervorgingen, und mittleren und kleinen Familienbetrieben – eine so genannte duale Struktur.⁴ Ein Ergebnis der Restrukturierung nach dem Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks ist weiterhin die Vielzahl von *Kleinstbetrieben*. Sie zeichnen sich neben ihrer geringen Größe vor allem durch ihre Produktion für den Eigenkonsum aus, d. h. sie sind oft kaum an die Märkte angeschlossen. Solche Betriebe gibt es eigentlich in allen europäischen Transformationsökonomien, etwa auch in Russland in Form der so genannten Hauswirtschaften. Anfangs sah man diese so genannten Subsistenz- und Semisubsistenzbetriebe eher als ein Übergangsphänomen an, das durch die Kräfte der freien Marktwirtschaft von selbst verschwinden würde. Dies bewahrheitete sich nicht, und inzwischen nimmt sich auch die „Gemeinsame Agrarpolitik“ der EU der besonderen Bedürfnisse dieser Betriebe an.

Allein die Zahl der kleinsten Einheiten mit einer Betriebsgröße von weniger als 1 ESU⁵ entspricht mit über sechs Millionen Betrieben in etwa einem Viertel aller Landwirtschaftsbetriebe in der EU. Zwar tragen sie nur mit weniger als 2 Prozent zur Gesamtleistung der Agrarbetriebe bei, jedoch arbeiten dort immerhin 40 Prozent der in der europäischen Landwirtschaft Beschäftigten, mehr als zehn Millionen Menschen. In Polen stieg der Anteil der Betriebe von unter 4 ESU zwischen 2003 und 2007 sogar leicht von 79 Prozent auf 80,5 Prozent. Auch in Rumänien blieb ihre Zahl mit 98 Prozent auf dem extrem hohen Niveau von 2003. Insgesamt kann zwar von einem leichten Anstieg der Betriebsgrößen ausgegangen werden, während jedoch gleichzeitig die Zahl der Betriebe nur sehr wenig abnahm. Dieser geringe Rückgang liegt unter anderem daran, dass die Subsistenzlandwirtschaft als Puffer wirkte – in der turbulenten Anfangsphase der Transformation, aber auch bis heute bleibt diese Wirtschaftsform oft die einzige Absicherung der ländlichen Familien vor wirtschaftlichen Unwägbarkeiten. Für den Agrarsektor selbst wird dadurch allerdings das Potenzial untergraben, sich als vollständig dynami-

4 Typische Beispiele dafür sind innerhalb der EU Tschechien und die Slowakei. Einzelbäuerliche Betriebe dominieren in den Transformationsökonomien des Baltikums, in Polen und auf dem Balkan. Russland, die Ukraine, Moldau, Belarus oder auch Deutschlands Osten sind Beispiele für Regionen mit starker Dominanz großer Betriebe in Form von Kapitalgesellschaften.

5 ESU ist die Abkürzung für die europäische Betriebsgrößeneinheit (European size unit). Ein ESU entspricht einem Standarddeckungsbeitrag von 1.200 Euro; damit kann die wirtschaftliche Bedeutung eines Betriebs (die nicht seiner Fläche entspricht) gemessen werden.

scher Sektor zu bewähren. Zum einen wird den wachstumswilligen Betrieben der Zugang zu mehr Fläche erschwert. Zum anderen ist die Arbeitsproduktivität oft unbefriedigend, unter anderem weil „versteckte Arbeitslosigkeit“ weitverbreitet ist, aber auch deshalb, weil es einfach an Kenntnissen und Erfahrungen fehlt: Viele Landbewohner in Osteuropa waren zu sozialistischen Zeiten in der Industrie beschäftigt und wurden erst, als ihre Arbeitsplätze wegfielen, Landwirte.

Der Arbeitsmarkt im ländlichen Strukturwandel

Für die ländliche Entwicklung ist ein funktionierender Arbeitsmarkt entscheidend. Die Landwirtschaft spielt eine wichtige Rolle auch für den außerlandwirtschaftlichen Arbeitsmarkt, da sie im Zuge der Wirtschaftsentwicklung Arbeitskräfte freisetzt. Der Transformationsprozess kann dabei in zwei Richtungen wirken.

Einerseits kann man erwarten, dass die weit verbreitete „verdeckte Arbeitslosigkeit“ durch die Freisetzung gering Beschäftigter abgebaut wird. Andererseits hat sich, wie bereits erwähnt, gezeigt, dass die Landwirtschaft eine Pufferrolle übernimmt und somit im Gegenteil Arbeitskräfte im Sektor hält oder sogar anzieht. In unsicheren Zeiten und bei hoher Arbeitslosigkeit ist diese Wirkrichtung besonders zu erwarten; gut belegt ist dieser Effekt z. B. für Russland und Rumänien. Angetrieben vor allem von Lohndifferenzen geht der Trend jedoch in allen europäischen Ländern zu einer sektoralen Abwanderung.

Ohne die besondere Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum infrage zu stellen, muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass es letztlich der *außerlandwirtschaftliche Sektor* ist, der die Schlüsselrolle für die zukünftige Entwicklung spielt. Nur wenn der ländliche Wirtschaftsraum in der Lage ist, Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft aufzunehmen und entsprechend alternative Beschäftigung zu bieten, kann der ländliche Strukturwandel erfolgreich gelingen.

Zwischen städtischen und ländlichen Regionen besteht ein erhebliches und in der Tendenz zunehmendes Erwerbsquotengefälle (65 Prozent versus 60 Prozent). Speziell der private Dienstleistungssektor ist in ländlichen Regionen zu schwach entwickelt. Dennoch ist in einigen ländlichen Gebieten, vor allem den stadtnäheren, eine sehr positive Beschäftigungsentwicklung zu verzeichnen. Höhere Arbeitslosenraten und geringere Bildung in ländlichen Gebieten sind die Regel. Dazu kommt, dass allein in der EU bis zu 5 Millionen Menschen von der

erwähnten „verdeckten Arbeitslosigkeit“ betroffen sind. Ziel muss es also sein, eine zunehmend wissensbasierte ländliche Gesellschaft zu entwickeln, die sich in den regionalen städtischen Arbeitsmarkt integriert. Dies wird auch durch die Regionalpolitik der EU verfolgt, die den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU zu stärken versucht.

Zunehmende Disparitäten, ländliche Armut und Verteilungsprobleme

De facto besteht ein erhebliches Strukturgefälle zwischen einzelnen Regionen. Wie zu erwarten, sind es oft (aber nicht immer) ländliche Regionen, die zurückbleiben. Auch hier sind die osteuropäischen Transformationsländer erwartungsgemäß stärker betroffen. Der Transformationsprozess hat dort zu erheblichen Verschiebungen in der Einkommensverteilung und zu einem regionalen Auseinanderdriften im Hinblick auf die Höhe der Einkommen geführt.

Neben dem mitunter drastischen Einbruch der Produktion in den ersten Jahren der Transformation ist die zunehmend ungleichmäßige Verteilung der geschrumpften Volkseinkommen die Ursache für die

rasche und weite Verbreitung von Armut. Dass die Einkommen beim Übergang zur Marktwirtschaft weniger „gerecht“ verteilt würden, war angesichts der vergleichsweise egalitären Ausgangssituation zu erwarten und bis zu einem gewissen Grade auch erwünscht. In einigen Ländern haben

sich aber innerhalb weniger Jahre Verteilungsmuster herausgebildet, die südamerikanischen Verhältnissen entsprechen; so ist beispielsweise der Gini-Koeffizient⁶ in Armenien von 0,27 (1987-1990) auf 0,59 (1996-1999) heraufgeschnellt. Tendenziell scheinen die Einkommen umso ungleicher verteilt zu sein, je zögerlicher und bruchstückhafter die Struk-

Die Entwicklung muss zu einer zunehmend wissensbasierten ländlichen Gesellschaft führen, die sich in den regionalen städtischen Arbeitsmarkt integriert.

6 Darunter ist ein von dem italienischen Soziologen Corrado Gini entwickelter Verteilungsindex zu verstehen, der zwischen Werten von 0 bis 1 variiert; 0 steht für eine perfekte Gleichverteilung der Einkommen, 1 für die maximale Ungleichverteilung. Je höher also der Gini-Koeffizient ist, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt. Gini-Werte zwischen 0,25 und 0,35 gelten als „vernünftig“. Werte über 0,5 deuten auf eine sehr unausgewogene Einkommensverteilung hin.

turreformen angegangen worden sind und je stärker ein Land von Korruption betroffen ist. Zudem sind die ehemals flächendeckend funktionierenden sozialen Sicherungssysteme weitgehend zusammengebrochen. In Mitteleuropa hat die Ungleichheit in der Einkommensverteilung vergleichsweise wenig zugenommen. So erhöhte sich der Gini-Index beispielsweise im ersten Jahrzehnt der Transformation in Ungarn lediglich von 0,21 auf 0,25. In Rumänien stieg er hingegen von 0,23 auf 0,30 und in Bulgarien sogar von 0,23 auf 0,41. In Südosteuropa stellt sich die Situation somit deutlich gravierender dar.

Große Unterschiede lassen sich auch im *Vergleich zwischen Stadt und Land* aufzeigen. In Osteuropa liegen die Armutsraten in ländlichen Regionen um bis zu dreimal höher als in städtischen Regionen. Als Beispiel sei Rumänien genannt, wo die Armut im Jahr 2006 in ländlichen Regionen über 20 Prozent betrug, in städtischen jedoch nur rund 8 Prozent. Einen Überblick über einige besonders betroffene südosteuropäische Staaten außerhalb der EU vermittelt die nachstehende Tabelle. Die hier verwendete Armutsschwelle liegt bei einem für Transformationsländer üblichen Wert von 4,30 PPP US-Dollar⁷.

Armut in Südosteuropa: Stadt-Land Vergleich

		<i>Anteil der Armen in Prozent (PPP US-Dollar 4,30/Tag)</i>		<i>Besuch weiterführender Schulen (Prozent in der Altersgruppe 15-17)</i>	
		<i>Stadt</i>	<i>Land</i>	<i>Stadt</i>	<i>Land</i>
Albanien	2005	42	62	78	49
Bosnien und Herzegowina	2004	7	7	95	90
Makedonien	2002	21	29	91	78
Montenegro	2006	63	72	94	88
Serbien	2006	8	19	95	89

Quelle: Julian A. Lampietti (u. a.): The Changing Face of Rural Space – Agriculture and Rural Development in the Western Balkans. Washington 2009 (basierend auf Daten der Weltbank-Datenbank 2008).

⁷ PPP steht für den englischen Ausdruck „Purchasing Power Parities“, also für so genannte Kaufkraftparitäten. Unterschiede in den Preisniveaus zwischen Ländern werden durch fiktive Wechselkurse herausgerechnet, um einen sinnvollen Ländervergleich zu ermöglichen. Die Paritäten werden auf Basis von für das jeweilige Land repräsentativen Warenkörben festgelegt.

Für die stärkere Ausprägung der Armut auf dem Land gegenüber der Stadt lassen sich vielfältige Gründe anführen. So sind die Menschen in ländlichen Räumen in der Regel vergleichsweise älter und weniger gebildet als in der Stadt. Auch die Distanzen zu den westeuropäischen Märkten und, wie bereits angedeutet, das Fehlen außerlandwirtschaftlicher Beschäftigungsmöglichkeiten und hohe Arbeitslosigkeit verstärken ländliche Armut; in manchen Ländern sind deshalb Rücksendungen von im Ausland arbeitenden Migranten eine lebenswichtige Einkommensquelle für arme ländliche Haushalte. Auch wenn vielerorts die Armut inzwischen eher wieder rückläufig ist, hat in Osteuropa der Zusammenbruch der Sozialsysteme dazu geführt, dass – trotz einer spürbaren wirtschaftlichen Erholung – bis heute die Zufriedenheit mit der Lebenssituation vergleichsweise niedrig ist.

Ausblick

Ländliche Regionen in Europa sehen sich also einem Wandel gegenüber, der viele Risiken birgt. Die Strukturschwäche, die sich im landwirtschaftlichen Sektor, aber auch in den nicht-landwirtschaftlichen ländlichen Arbeitsmärkten zeigt, könnte in Verbindung mit der Spirale der Überalterung und Abwanderung schnell dazu führen, dass ganze Landstriche von der allgemeinen Entwicklung entkoppelt werden. Das vor allem in Südosteuropa bestehende Armutsproblem würde dadurch strukturell verfestigt. Gerade demografische Entwicklungen können, wenn sie weit fortschreiten, unumkehrbar werden. Diese Achillesferse der ländlichen Entwicklung gilt es im Blick zu behalten.

Sollen sich die ländlichen Regionen erfolgreich entwickeln, dann muss strategisch investiert statt subventioniert werden.

Nun stellt sich die Frage, ob und wie die diskutierten Trends zu lenken sind. Wichtig wäre es zunächst, dass ländliche Regionen zum Teil einer

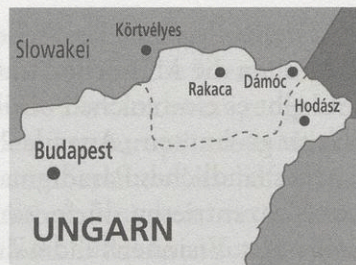
Lösung werden, statt vornehmlich als Problem angesehen zu werden: Chancen und nicht Probleme sollten in den Vordergrund gerückt werden. Diese Chancen liegen unter anderem für viele Länder in der möglichen oder schon vollzogenen Einbindung in die EU oder, generell gesprochen, in der Erschließung neuer Märkte, einer erfolgreichen Umstrukturierung der Landwirtschaft und in der Nutzung des außerlandwirtschaftlichen Wirtschaftspotenzials.

Die Rolle einer ländlichen Entwicklungspolitik besteht darin, den Regionen die Möglichkeit zu geben, ihre Chancen zu ergreifen. In der EU gibt es eine solche Politik für den ländlichen Raum explizit erst seit der so genannten „Agenda 2000“. Auch die OECD postuliert, dass ein „neues ländliches Paradigma“ sich nicht länger allein auf den Agrarsektor konzentrieren dürfe, sondern territorial (*place-based*) ausgerichtet sein muss. Visionen für die Zukunft der ländlichen Regionen werden also auf regionaler und lokaler Ebene entwickelt. Der Blick muss weg von den Schwächen gehen und hin zu den Stärken einer Region, es muss strategisch investiert statt subventioniert werden. Eine erfolgreiche ländliche Entwicklungspolitik, die ländlichen Strukturwandel fördert, Institutionen stärkt und speziell den (außerlandwirtschaftlichen) Arbeitsmarkt in den Blick nimmt, hat das Potenzial, Menschen in einer Region zu halten oder sogar dorthin zu locken. Konkret geht es also zum Beispiel um Infrastrukturmaßnahmen, Bildung, funktionierende Gesundheits- und Sozialsysteme und ein wirtschaftsfreundliches Investitionsklima. Beratungs- und nicht selten auch Finanzierungsangebote fehlen nicht nur im Agrarbereich, sondern oft auch für Gründer kleiner Unternehmen. In vielen Transformationsländern sind Schwächen im institutionellen Bereich besonders ausgeprägt. So wird die mit territorialen Politikansätzen verbundene Regionalisierung schnell infrage gestellt, wenn Regionen sich außerstande sehen, in einem dezentralisierten System selbstverantwortlich und erfolgreich den Wandel voranzutreiben. Auch hier ergeben sich Ansatzpunkte für die Politik, mit der Einführung und Förderung sogenannter „new modes of governance“, also neuen Wegen in der Koordination von Entscheidungsmechanismen und Regierungsführung, Weichen zu stellen. Eine kritische offene Frage bleibt es, auf welcher Basis (öffentliche) Investitionsentscheidungen getroffen werden sollen, da territoriale Ansätze per Definition selektiv sind. Auch mag es Regionen geben, deren demografische Entwicklung nicht mehr umkehrbar ist und die deshalb auch durch eine integrierte regionale Entwicklungspolitik kaum noch zu erreichen sind.

Zumindest in der EU – das sei abschließend festgehalten – wurden erste Schritte gemacht, um die komplexen Probleme ländlicher Räume anzugehen. Um aber den Teufelskreis zu durchbrechen, muss das brach liegende Potenzial der ländlichen Regionen konsequent genutzt werden. Um dem territorialen Ansatz gerecht zu werden, sollten die Fördermittel für den ländlichen Raum unter einem Dach vereinigt und entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen regional vergeben werden.

András Koncz

Episoden aus der Seelsorge in der ungarischen Provinz



Zum Gedenken an Miklós Tomka (1941-2010)

*„Jesus Christus ist derselbe gestern,
heute und in Ewigkeit“ (Hebr 13,8)*

*András Koncz ist Mitarbeiter der ungarischen
katholischen Laienorganisation „HÁLÓ“ (Netz
Katholischer Gemeinschaften).*

Abseits der großen Städte hat sich besonders in den Grenzregionen Ungarns im Nordosten die demografische Lage in den letzten zwanzig Jahren dramatisch verändert. Wenn die Kirche in den aussterbenden Dörfern die Menschen erreichen will, sind neue Wege der Seelsorge gefragt. Immer wichtiger werden kleinere Laiengemeinschaften, doch auch das traditionelle Priesterbild ist im Wandel begriffen.

Miklós Tomka, einer der bedeutendsten ungarischen Religionssoziologen, veröffentlichte 2009 die Ergebnisse seiner Forschungen über Religiosität auf dem Land und in der Stadt. Danach stagniert der Anteil der Gläubigen in den jüngeren Altersgruppen in den Städten seit der politischen Wende – auf dem Land hingegen zeigt sich dieses Phänomen bei der älteren Generation. Ursache dafür ist zum einen die Tatsache, dass die älteren und eher religiös eingestellten Dorfbewohner verstorben sind, zum anderen die Abwanderung vieler jüngerer Bewohner in die Städte, weil sie dort Arbeit gefunden haben. Gleichzeitig blieben der Stolz auf die Kirche und Bemühungen zu ihrer Erhaltung typisch für das Land – allerdings verbunden mit geringerem Kirchenbesuch. Kurz gesagt: Die traditionelle Religiosität im Dorf ist in den letzten zwanzig Jahren in sich zusammengebrochen.

Was gilt als zu viel und was als zu wenig?

„Das Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén, wo ich lebe, steht von den 19 Komitaten in Ungarn auf dem hundertzwanzigsten Platz ... In Anbetracht seiner Überalterung, seines schrumpfenden wirtschaftlichen Niveaus und seiner geringen geistigen Potenz gilt es als eine Region im Niedergang.¹ In diesem Prozess führt die zurückgehende Geburtenrate, die steigende Sterberate sowie die massive Abwanderung dazu, dass ... sich die kleineren Dörfer vollkommen entvölkern. Einst große Gemeinden, aus denen sogar Priesterberufungen hervorgingen, sind zu Gehöften mit 20-30 Einwohnern verfallen. Besonders ältere Leute sind geblieben, ihre fromme Anhänglichkeit an der Kirche bleibt unbestritten. Der Bedarf für die Seelsorge ist eindeutig – aber wie soll das der Priester schaffen, wenn er gleichzeitig in fünf oder sechs anderen Dörfern zur Messe erwartet wird, außerdem noch karitativ arbeiten muss und nicht mehr ganz jung ist?“ – sagt Rita Orosz, Ehefrau eines griechisch-katholischen Priesters.²

In den letzten zwanzig Jahren ist die traditionelle Religiosität in den Dörfern zusammengebrochen.

Episode 1: Dámóc

Der frühere Priester Atanáz (Athanas), seit März 2011 Exarch (Bischof) für die griechisch-katholischen Gläubigen, hat vor kurzem in der überfüllten Kirche von Dámóc den Dorfbewohnern seinen Dank für die unermüdliche Zuneigung und Treue ausgedrückt. Obwohl die Kirchengemeinde in Dámóc aufgrund ihrer Größe als wichtig erscheinen mag, ist die Kirche heutzutage nur selten gut besucht. Von den 400 Einwohnern besuchen acht bis zehn alte Frauen sowohl bei Regen, Schnee als auch bei Hitze die tägliche Göttliche Liturgie, den Gottesdienst der griechisch-katholischen Christen. Wie lange kann wohl diese kleine „Herde“ in Zeiten des Priestermangels noch von ihrem eigenen „Hirten“ betreut werden?

1 In der Skizze zu Beginn des Beitrags ist die Lage dieses Komitats (Verwaltungsbezirks) im Nordosten Ungarns durch die gestrichelte Linie angedeutet, ebenso die ungefähre Lage der im Text erwähnten Orte.

2 Zur griechisch-katholischen Kirche in Ungarn bekennen sich ca. 300.000 (von insgesamt etwa 6 Millionen) Katholiken. Zum Begriff „griechisch-katholisch“ vgl. auch Thomas Bremer: Die östlichen Kirchen – ein Überblick. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 10 (2009), H. 3., S. 163-178, bes. S. 171 f. und S. 176 f.

Nicht weit von hier, nur eben auf der anderen Seite der Grenze in den teils von Ungarn bewohnten Gebieten der Slowakei (Oberungarn) und Transkarpatien (Ukraine) gibt es mehr Berufungen zum Priestertum in der griechisch-katholischen Kirche als Pfarrstellen. Körtvélyes (Hrušov, Slowakei) ist eine winzige Dorfgemeinde, deren 280 Einwohner je zu einem Drittel ungarischer, slowakischer und ruthenischer (ukrainischer) Abstammung ist. Nach Konfession und Ritus gehört ein Drittel dem römisch-katholischen, ein Drittel dem griechisch-katholischen und ein Drittel dem evangelisch-lutherischen Bekenntnis an. „Sie haben bei Ihrer Ankunft bestimmt schon gesehen, dass das Tor der Pfarramtes weit geöffnet steht. Wir versuchen, in aller Offenheit eine Gemeinschaft aufzubauen, und ... hoffen, den Menschen ... sowohl in guten als auch in schlechten Zeiten zur Seite stehen zu können. Für uns selbst besteht die größte Herausforderung im kompletten Mangel an intellektuellem Leben: Es gibt keinen Lehrer und keinen Arzt im Dorf. Es gibt niemanden, mit dem wir über die wesentlichen Fragen des Lebens diskutieren könnten. Ich möchte mich aber nicht beklagen, nachdem wir das Glück haben, dass griechisch-katholische Priester heiraten dürfen und wir uns somit zumindest gegenseitig unterstützen können“ – so beschreibt Erzsébet Kosztura ihre Lage in der netten kleinen Parochie, wo sie mit zwei kleinen Kindern lebt.

Kleingemeinschaften und gemeinschaftsinterne persönliche Kontakte

Dorfgemeinschaften haben noch bis vor kurzem als Musterbeispiel für die Städte und Gegenentwurf zur dortigen Anonymität gedient. Allerdings befinden sich heute eher die Dörfer in Not, nachdem das Bild der Großfamilie und der alten Dorfgemeinschaften schon lange der Vergangenheit angehört und die Dörfer nicht mehr in der Lage sind, neue Gemeinschaften zu bilden, obwohl der Mensch in der heutigen Welt seelischer Unterstützung und Führung bedarf. Rita Orosz beschreibt das Verlangen des heutigen Menschen nach einer Gemeinschaft wie folgt: „Die in unserem Umkreis lebenden Menschen haben in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten viele Enttäuschungen erleben müssen. Die Folgen der vierzigjährigen Diktatur sind noch immer stark präsent. Heutzutage ist das freundschaftliche und unterstützende Zusammensein in vielen Familien nicht mehr vorhanden. Sogar beim Sport, im Chor oder an sonstigen Stellen trauen sich immer weniger Menschen, sich gegenseitig

zu öffnen – diese Gemeinschaften können sich somit zu keiner echten Gemeinschaft entwickeln, obwohl Gott den Menschen als Gemeinschaftswesen geschaffen hat. Zeitweise glaubt man, alles individuell lösen zu können – schade.“

Zsuzsa Gaga, Mitarbeiterin der Organisation „HÁLÓ“ (Netz Katholischer Gemeinschaften) berichtet von ihren Erfahrungen auf dem Lande wie folgt: „In der vergangenen Dekade wurde es üblich, dass sich die kleinen Gemeinschaften bei den Mitgliedern zuhause treffen. Damit möchten sie die Bedeutung der Gemeinschaft in ihren Alltagen und in ihrem Leben betonen. Diese Art des Zusammenkommens ist für die städtischen Gemeinschaften zwar selbstverständlich, nicht aber für eine Kleingemeinschaft im Dorf. Ein jeder wird schon einmal die große Gastfreundlichkeit von Dorfbewohnern erlebt haben, denn sie freuen sich, wenn sie von Verwandten oder Freunden besucht werden, und lassen gerne einen Einblick in ihr Leben zu.“

Episode 2: Diesseits des Glasbergs

Langsam konnten die Mitglieder der katholischen Kleingemeinschaft im Dorf davon überzeugt werden, wie massiv ihr Leben sich verändern würde, wenn sie von nun an immer bei dem einen oder anderen zusammenkommen würden. Somit würde jeder der Reihe nach die Rolle des Gastgebers übernehmen. Es gab wohl einige, die nicht überredet werden konnten, aber sie haben die Gemeinschaft danach auch verlassen. Die anderen haben sich für einen solchen Versuch entschieden. Das erste Treffen fand bei einer Familie statt, in der sowohl Mann als auch Frau Mitglied der Gemeinschaft waren. (Normalerweise werden die Gemeinschaften im Dorf nur von einem Ehepartner besucht.) Die Ehegattin in dieser Familie hatte bereits zwei Tage vor dem Treffen mit dem Kochen und Backen angefangen, weil das Anbieten von Köstlichkeiten nun einmal zur Gastfreundschaft gehört. Der Ehegatte hat mit den Kindern zwei Tage lang nichts anderes als Staubsaugen, Staubwischen und Hoffegen gemacht ...

Und plötzlich war es soweit. Es klingelte! Der Ehegatte ging hinaus, um das Tor für die Gäste zu öffnen, und die Ehegattin folgte ihm. Plötzlich bemerkte sie Staub am unteren Rande der Eingangstür. Rasch eilte sie mit einem Wischtuch ins Haus zurück und wetzte die Scharte aus. Froh – sich zwar für die „Unordnung“ einigermaßen entschuldigend – empfing sie die Gäste.

Am darauffolgenden Tag wurde sie von den Verkäufern im Laden angesprochen, das Rezept des leckeren Kuchens, der den Gästen beim Besuch angeboten worden war, mitzuteilen. Froh nahm sie zur Kenntnis, dass der Besuch offensichtlich doch erfolgreich gewesen war, stellte aber auch fest, dass die Dorfnachbarn sich gar nicht oder nur wenig verändert haben: Sie erzählen immer noch gerne weiter, was man als Gast bei einem Besuch gegessen, gesehen und gehört hat.

Zigeuner und Ungarn nebeneinander

Hören wir noch einmal Rita Orosz zu, die von einer typischen Siedlung im Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén erzählt: „Die Sommer habe ich immer bei meinen Großeltern im Dorf Rakaca verbracht. Das Dorf hatte damals 1.100 Einwohner, 1.000 ungarische Bauern und 100 Zigeuner. Heute leben in Rakaca immer noch 1.100 Einwohner, aber 1.000 davon sind Zigeuner und 100 ungarische Bauern! Diese Veränderungen haben große Spannungen verursacht. Die Ungarn neigen dazu, die Schuld für alle negativen Entwicklungen und die laufende Verschlechterung der öffentlichen Sicherheit den Zigeunern in die Schuhe zu schieben und diese dafür verantwortlich zu machen. Die Zigeuner verstehen nicht ganz, wo das Problem liegt, weil sie ihr übliches Leben entsprechend ihren Bedürfnissen weiterführen können.“

Auf allen Ebenen der Gesellschaft ist es wichtig, sich mit Empathie zu begegnen. Die gleiche ernsthafte Herausforderung bedeutet die Harmonisierung von zwei Nationalitäten innerhalb einer Religion! Tut man beiden – Ungarn und Zigeunern – einen Gefallen, wenn man gemeinsame Gottesdienste anbietet, oder sollte es getrennte Gottesdienste geben, wie etwa in dem „gemischten“ Dorf Hodász? Für beide Alternativen gibt es Beispiele.

Rita Orosz fährt fort: „Ich erzähle über die Zigeuner deswegen so offen, weil ich mit ihnen zusammenarbeite. Ich bin nämlich Wohnheimleiterin. In Budapest kann sich wohl niemand vorstellen, was die Zigeunerfrage mit Wohnheimen zu tun hat, nachdem dort die Erziehungsheime mit den vernachlässigten Kindern von Fabrikarbeitern aufgefüllt werden ... In unserem Komitat kommen ausschließlich Zigeunerkinder in diese Heime. Über sie habe ich die Dorfzigeuner und damit Schicksale kennen gelernt, die im normalen Umfeld unvorstellbar wären. Ich bin mir ganz sicher: Jeder Mensch ist auf der Suche nach Gott. Es ist unsere Aufgabe, Gott unabhängig von nationaler Zugehörigkeit zu vermitteln.

Alles kommt auf die eine Sache an – ob wir zur Liebe zum Nächsten fähig sind.“

Der Seelsorger als Fachmann für mentale Probleme aller Art

Rita Orosz und ihr Ehegatte haben gemeinsam mit ihren fünf Kindern rund 20 Jahre in Transkarpatien (Ukraine) gelebt: „Bereits dort haben wir gelernt, dass das Leben eines Priesters sich nicht in der traditionellen Seelsorge erschöpft. Wir haben uns ernsthaft in die Vermittlung von Kultur, in die Themen Gesundheit, Arbeit und Bildung eingearbeitet. Das Gleiche sehen wir auch in Ungarn: Unsere klare Haltung und unser Einsatz werden erwartet und verlangt.“

Wenn man über Seelsorge nachdenkt, so lohnt es sich, die Frage über die möglichen Tätigkeiten der Pfarrer und Ansprüche der Gläubigen über das aktuelle Potenzial der Seelenhirten hinaus auch vom Blickwinkel der Erwartungshaltung anzugehen. Das größte Problem im Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén bedeutet die Arbeitslosigkeit und die daraus folgende allgemeine Depression in der Gesellschaft. Würden die Priester über ihre theologischen Studien hinaus Kenntnisse zum Umgang mit diesem Phänomen besitzen, so könnten sie auch mehr konkrete Hilfe leisten. Aus dieser Überlegung heraus wurde durch eine Kooperation dreier Budapester Universitäten die Fortbildungsfakultät für Seelsorge gegründet, an der immer mehr Geistliche entsprechende Kurse belegen. Einige Kurse richten sich speziell an Krankenhausseelsorger, andere an Militargeistliche; besonders wichtig sind Ausbildungsgänge für Familien- und Jugendpastoration. Die Seelsorger müssen ein umfangreiches Wissen erwerben, das sie befähigt, mit den Problemen der Menschen umzugehen, ihnen aber auch zeigt, wo die Grenzen der Seelsorge liegen, damit sie Menschen je nach Krankheitsbild an einen Arzt vermitteln können. Entscheidend ist, wie Rita Orosz betont, der echte und unvoreingenommene Dialog: „Es ist ein Erlebnis, manchen Gesprächen zuzuhören, in denen für den Laien oft ungewohnte Begriffe verwendet werden. Häufig erwartet man schlüssige und direkte Ratschläge vom Priester, etwa bei der Beichte. Für mich ist es ein besonderes Wunder, dass sich immer mehr Geistliche von dieser Erwartung trennen und in den Gesprächen eher aufmerksam zuhören.“

Der moderne Seelsorger muss in der Lage sein, dem Menschen in allen Lebenssituationen zu begegnen.

Priestergemeinschaften

„Der Enthusiasmus des Seelsorgers wird insbesondere durch das Desinteresse der Gläubigen, die Apathie der priesterlichen Mitbrüder und die unpersönlich gewordene kirchliche Verwaltung sowie durch den Mangel an Anerkennung gebrochen. Wie der Sportler von den Fans angefeuert wird, so sollen sich auch die Ordensmitglieder gegenseitig ermutigen, weil sich Werte im Menschen immer aus der Begeisterung der Anderen entfalten können ...“ – Diese Gedanken sind im Gründungsdokument der Gemeinschaft „Apostel Sankt Johannes und Eremit Sankt Paul“ zu lesen.³ Die Gemeinschaft wurde offiziell 1996 von Bischof Béla Balás von Kaposvár gegründet; er hat die Gemeinschaft dann auch mit der Seelsorge in elf Dörfern beauftragt. Die Vorgeschichte der Gemeinschaft geht bis ins Jahr 1982 zurück; sie lenkte damals die Aufmerksamkeit des ungarischen Staatlichen Kirchenamtes auf sich. Zwei junge Männer – der eine davon war ein Priester – haben mit eigenen Händen die alte Pfarrstelle des über einige hundert Einwohner verfügenden Dorfes Miklósi (südlich des Plattensees) wiederbelebt. Nach guten zehn Jahren wurde der zweite junge Mann ebenfalls zum Priester geweiht. Heute gehören zwei Priester, zwei Priesterkandidaten und sieben externe Brüder zur Gemeinschaft. Das Leben der Gemeinschaft umfasst die Aufgaben allgemeine Pastoral, spirituelles Miteinander und ein Leben von der eigenen Hände Arbeit – alles im Hinblick auf das Wohlergehen der Menschen in den elf Dörfern.

Das nicht als Devise formulierte, sondern dem Innersten entspringende Bekenntnis dieses neuen Seelsorgemodells lautet in dem bereits genannten Dokument wie folgt: „In der heutigen kaltherzigen Welt ist das Individuum eine ungeschützte Beute. Seine Alleingelassenheit führt rasch zu Verbitterung. Das Leben nach dem Evangelium hingegen ist gemeinschaftlich und kann sich in der Gemeinschaft sinnvoll entfalten.“

3 Informationen zu dieser Gemeinschaft finden sich unter <http://uj.katolikus.hu/rendek.php?h=97> (in ungarischer Sprache; letzter Zugriff: 20.07.2011).

Strukturveränderungen im ländlichen Raum Bulgariens vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart



Tim Graewert hat Politik- und Rechtswissenschaften in Osnabrück und Sofia studiert und ist Mitglied der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft.

Bulgarien galt im Ostblock als einer der treuesten Partner der Sowjetunion und hat sich hinsichtlich der Entwicklung des ländlichen Raumes ganz am Vorbild des „großen Bruders“ orientiert – mit äußerst problematischen Folgen für die traditionelle Landwirtschaft. Die Folgen sind bis heute spürbar und verstärken sich durch massive Abwanderung und Bevölkerungsrückgang besonders in den Randgebieten Bulgariens. Wirksame Konzepte zur Umkehr dieser Trends sind bisher nicht zu erkennen.

Historischer Hintergrund

Vor dem Zweiten Weltkrieg war die wirtschaftliche Struktur Bulgariens größtenteils agrarisch geprägt.¹ Über 75 Prozent der Bevölkerung lebten in Dörfern und verdienten ihr Einkommen mit der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen. Die Exporterlöse Bulgariens resultierten in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens fast ausschließlich aus dem primären Sektor. Als ein für den jungen Balkanstaat charakteristisches Ausfuhrgut ist das zur Parfümherstellung verwendete Rosenöl zu nennen. Im Gegensatz zum Ende des 19. Jahrhunderts spielt dieses Produkt

¹ Vom Spätmittelalter bis weit ins 19. Jahrhundert war Bulgarien Bestandteil des Osmanischen Reiches. Kultur, Traditionen und auch ländliche Strukturen wurden dadurch maßgeblich geprägt. Vgl. zum Ganzen die Beiträge des Themenheftes „Bulgarien“ von OST-WEST. Europäische Perspektiven (10 [2009], H. 4).

heute nur noch eine zu vernachlässigende Rolle in der Exportbilanz Bulgariens, ist aber ein wichtiges nationales Kulturgut und beliebtes Mitbringsel für die Touristen.

Wie in vielen anderen europäischen Ländern waren die Haushalte auf den bulgarischen Dörfern größtenteils Mehrgenerationenhaushalte. Das Leben einer Großfamilie auf engstem Raum erforderte gegenseitige Rücksichtnahme und Respekt gegenüber den anderen Familienmitgliedern. Dieser Verhaltenskodex war unter anderem wesentlich von den Glaubensnormen der orthodoxen Kirche geprägt. Besonderen Respekt zeigte man gegenüber dem Dorflehrer, dem Geistlichen, der teilweise auch das Amt des Lehrers in Personalunion innehatte, und der älteren Generation. „Meine Großeltern tranken morgens gewöhnlich Kaffee, und es wäre als respektloses Verhalten gewertet worden, wenn wir Jüngeren uns auch einen Schluck aus der Kanne genommen hätten“, erinnert sich eine Bulgarin, die im Vorkriegsbulgarien auf einem Dorf aufwuchs.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts nahm die Bevölkerung Bulgariens kontinuierlich zu, sodass genügend Arbeitskräfte für die Feldarbeit zur Verfügung standen. Allerdings kam es infolge des Bevölkerungszuwachses auch zu einer immer stärkeren Realteilung der Grundstücke, was den ohnehin schon geringen Landbesitz der einzelnen Bauernhöfe noch verkleinerte. Im Jahre 1926 hatte ein bulgarisches Anwesen eine Größe von durchschnittlich 5,73 Hektar.² Der Großteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Bulgariens wurde folglich von Klein- und Kleinstbetrieben erwirtschaftet. Diese besaßen oft nicht die finanziellen Mittel, um Arbeitsprozesse zu mechanisieren, weshalb landwirtschaftliche Arbeit größtenteils Handarbeit war. Wegen des geringen eigenen Grundbesitzes ermöglichten die Gemeinden ihren Bewohnern in der Regel die Inanspruchnahme öffentlicher Flächen als Weideland.

Aufgrund der agrarischen Bevölkerungsstruktur überrascht es nicht, dass mit Alexander Stambolijski 1920 der Vorsitzende des bulgarischen Bauernvolksbunds zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Die Agrarier vertraten ein anti-urbanes und anti-industrielles Parteiprogramm. So wurde nach der Wahl Stambolijskis aller Grundbesitz über 30 Hektar neu aufgeteilt. Eine Familie erhielt zehn, eine Einzelperson einen Hek-

2 Vgl. zum Folgenden ausführlich Gerald W. Creed: *Domesticating Revolution – From Socialist Reform to Ambivalent Transition in a Bulgarian Village*. Pennsylvania State University 1998.

tar. Da bereits vor den Umverteilungen ein Großteil der Grundstückseigentümer weniger als 30 Hektar besaß, musste zur Umverteilung auch auf Gemeindeland zurückgegriffen werden, was wiederum das Angebot an öffentlichen Weideflächen verkleinerte. Stambolijski setzte diese Politik gegen den Widerstand von Vertretern der Kirche, des Militärs und des Bürgertums mit Gewalt durch. 1923 wurde er von einer Militärjunta gestürzt und ermordet, seine Landreformen in der Folgezeit wieder rückgängig gemacht. Insgesamt änderten sich die ländlichen Besitzverhältnisse bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs jedoch nur unwesentlich. Am 9. September 1944 erlangten die Kommunisten mit sowjetischer Unterstützung die Macht. Anders als beispielsweise in Deutschland stellten in Bulgarien Industriearbeiter und Stadtbevölkerung am Ende des Zweiten Weltkriegs nur einen geringen Bevölkerungsanteil. In den Nachkriegsjahren war es dann oberste Priorität der sozialistischen Regierung, den Industrialisierungsgrad zu erhöhen und die Infrastruktur des Landes zu verbessern. Im Zuge der Planwirtschaft wurden daher auch in strukturschwachen Regionen Industrieanlagen errichtet.

Als Folge dieser Politik hat sich der Urbanisierungsgrad des Landes 30 Jahre nach Kriegsende mehr als verdoppelt. Lebten ein Jahr nach Kriegsende erst knapp 25 Prozent der Bevölkerung im städtischen Raum, so waren es 1975 bereits 58 Prozent.

Kollektivierung landwirtschaftlicher Nutzflächen nach 1945

Gemeinschaftliche Nutzung landwirtschaftlicher Produktionsflächen in Privatbesitz hat in bulgarischen Dörfern eine Tradition, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Vermutlich auch aufgrund dieser historischen Faktenlage setzte die sozialistische Regierung zunächst auf einen freiwilligen Beitritt der Landwirte zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Die Realität sah, wenn man bei der folgenden Äußerung eines Dorfbewohners genau hinhört, doch etwas anders aus: „Selbstverständlich musste man nicht LPG-Mitglied werden, es sei denn, man wollte sich etwas zum Anziehen leisten können.“ Trotz aller Vergünstigungen bedurfte es nicht nur finanzieller Anreize, sondern teilweise auch gezielter Einschüchterungen seitens örtlicher Parteivorsteher, um alle Bauern zum Beitritt in die LPG und damit de facto zur Aufgabe ihres Privateigentums zu bewegen. Schließlich war Bulgarien das zweite Land nach der Sowjetunion, das im Jahre 1956 die Kollektivierung landwirtschaftlicher Flächen vollendete.

Trotz der weitverbreitenden Skepsis, mit der diese Entwicklung aufgenommen wurde, gab es insbesondere unter der jüngeren Generation auch Befürworter, da viele von ihnen von der moralischen Pflicht befreit wurden, den elterlichen Bauernhof zu übernehmen. In Verbindung mit den neuen Bildungsmöglichkeiten, z. B. der Aufnahme eines Studiums, eröffnete sich zugleich die Möglichkeit, einer Tätigkeit im sekundären oder tertiären Sektor nachzugehen. Dies wiederum lag im Interesse der von der politischen Führung angestrebten gesamtwirtschaftlichen Umstrukturierung, gehörte aber auch schon zu den Idealen der Wiedergeburtssära, wonach die Landbewoh-

Trotz verbreiteter Skepsis gab es besonders unter der jüngeren Generation viele Befürworter der Kollektivierung.

ner sich durch Bildung von der Feldarbeit emanzipieren und Eingang zu der damals sehr kleinen Schicht des Bürgertums finden sollten.³

Durch die LPG-Bildung sollte die so genannte Skalenökonomie (d. h. Kostenvorteile durch Massenproduktion) in der Landwirtschaft möglich werden. Erreicht wurde dies durch Anschaffung von Erntemaschinen, deren Einsatz die Stückkostenzahl für landwirtschaftliche Produkte erheblich senken sollte. Ein großer Teil Zentral- und Südwestbulgariens besteht jedoch aus Gebirgslandschaften, in denen der Einsatz von Traktoren nur eingeschränkt möglich ist. In solchen Regionen wurden oft Obst und Früchte wie Pflaumen oder Himbeeren angepflanzt, die auch weiterhin von Hand geerntet werden mussten. Wichtigste Getreideanbauregion Bulgariens ist die im Nordosten gelegene „Kornkammer“ Bulgariens, die Dobrudscha. Dort entstanden im Zuge der Kollektivierung landwirtschaftlicher Flächen riesige Weizenfelder, die im Sommer von Mähdrescherkolonnen abgeerntet wurden. Sehr wertvoll für die bulgarische Landwirtschaft ist auch der Südosten des Landes, wo fruchtbares Ackerland auf zahlreiche Sonnentage trifft und deshalb zweimal pro Jahr geerntet werden kann. Weite Teile des ehemaligen Ostblocks wurden von hier aus mit Tomaten, Gurken und auch Spinat versorgt. Diese Tatsache soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die zentralistische Führung landwirtschaftlicher Betriebe durch den Parteiap-

3 Als „Wiedergeburt“ wird in Bulgarien die Wiedererlangung der nationalen Identität im 18. Jahrhundert bezeichnet. Dieser Prozess gilt als eine Voraussetzung für die Erlangung der Autonomie und späteren Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich im 19. Jahrhundert.

parat diverse Ineffizienzen herbeiführte, die mitverantwortlich für den wirtschaftlichen Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ waren.

Trotz der landwirtschaftlichen Kollektivierung betrieben bulgarische Dorfbewohner gewöhnlich weiterhin Obst-, Gemüseanbau und Viehhaltung für den privaten Gebrauch, unabhängig davon, ob sie in der Landwirtschaft beschäftigt waren oder anderen Berufen nachgingen. Das ermöglichte eine kontinuierliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln in Zeiten der Mangelwirtschaft, wovon oft auch Verwandte der Dorfbevölkerung profitierten, die in städtischen Gegenden wohnten. Dieses Phänomen wurde von einer kanadischen Ethnologin als „Konservenökonomie“⁴ bezeichnet. Auch nach der Wende sicherte diese Art der Lebensmittelversorgung vielen Familien das tägliche Brot, was mit den geringen Einkommen allein nicht erschwinglich gewesen wäre.

Reprivatisierung in den Nachwendejahren

Nach dem Abschluss des Systemwechsels im Jahr 1991 durch die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung zählte die Durchführung der Reprivatisierung landwirtschaftlicher Flächen zu den wichtigsten Streitpunkten zwischen den Sozialisten (der offiziellen Nachfolgepartei der Kommunisten) und der Ende der achtziger Jahre entstandenen „Union der Demokratischen Kräfte“ (UDK).⁵ Grundsätzlich erhielten alle Familien, die vor der Kollektivierung Land besessen hatten, ihr Eigentum in den Grenzen der ursprünglichen Grundbucheintragungen zurück.

Die Sozialisten befürworteten eine Beibehaltung der LPG als Zusammenschluss von unabhängigen Privateigentümern. Die UDK sah darin einen Versuch, weiterhin politische Kontrolle über die LPG auszuüben, und votierte daher für deren Auflösung. Zwischen 1990 und 1997 wechselte die Regierungsverantwortung viermal zwischen den Sozialisten und der UDK – mit jedem Regierungswechsel wurden die Konzepte zur

4 Vgl. Eleanor Smollet: The Economy of Jars: Kindred Relationships in Bulgaria – An Exploration. In: *Ethnologia Europea* 19 (1989), S. 125-140.

5 Zur Parteienstruktur Bulgariens vgl. auch Tim Graewert: Schlaglichter auf das bulgarische Wahljahr 2009. In: *OST-WEST. Europäische Perspektiven* 10 (2009), H. 4, S. 255-261.

landwirtschaftlichen Reorganisation geändert. Letztendlich setzte Ende der neunziger Jahre vielerorts eine Zerschlagung der Produktionsgenossenschaften ein. Ironischerweise hielten jedoch viele Landbewohner, die in den vierziger Jahren die Kollektivierung abgelehnt hatten, den Gedanken, ihren ursprünglichen Landbesitz wieder selbstständig zu bewirtschaften, für keine gute Idee. Die Bewohnerin eines im Nordwesten gelegenen Dorfes äußerte sich folgendermaßen: „Was sollen wir mit dem Land machen? ... Früher, als ich noch gesund war und es noch möglich war, das Land mit den eigenen Händen zu bebauen, nahmen sie es mir weg ... Jetzt, wo ich alt und kaputt bin, wollen sie es zurück geben ... Vergiss es, eine Dummheit ... Es ist, als ob man ein zweites Mal ins Gesicht geschlagen wird.“⁶ Viele, die nach der Reprivatisierung ihr Land zurück erhalten hatten, stiegen aus der Landwirtschaft aus, weil sich die Bewirtschaftung der kleinen Flächen nicht lohnte und die meisten keine Mittel hatten, um in zusätzliches Land, Erntemaschinen oder moderne Ställe zu investieren. Aus dem gleichen Grund war die Nachfrage zum Kauf oder zum Pachten von Ackerland sehr gering, weshalb es oft brachliegend im ursprünglichen Besitz verblieb. Erschwerend kam hinzu, dass sich der Absatz von Agrarprodukten im Ausland durch den Wegfall der Abnehmermärkte im ehemaligen Ostblock erschwerte. Die Europäische Union (EU) ist ein schwieriger Alternativmarkt, da hier seit Jahrzehnten eine Überproduktion von Agrarprodukten vorherrscht.

Marginalisierung des bulgarischen Dorfs im 21. Jahrhundert?

Bei der im Frühjahr 2011 durchgeführten Volkszählung wurde festgestellt, dass die Bevölkerung Bulgariens in den letzten zehn Jahren um 600.000 Einwohner zurückgegangen ist. Damit setzte sich ein Trend fort, der sich bereits Ende der achtziger Jahre abgezeichnet hatte. Zurzeit leben 7,4 Millionen Einwohner in der ungefähr 110.000 Quadratkilometer großen Republik; das entspricht der Einwohnerzahl der fünfziger Jahre – allerdings ist jetzt jeder vierte Einwohner im Rentenalter.⁷ Trotz des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs wuchs die Einwohnerzahl in der Hauptstadt Sofia und in der Region um die Schwarzmeermetropole

6 Creed (wie Anm. 2), S. 220.

7 Dazu „B-TV reporteri“ (Fernsehdokumentation vom 09.04.2011). – Zur Bevölkerungsentwicklung Bulgariens folgende Eckdaten (in Millionen Einwohner): 1900 – 3,7; 1920 – 4,9; 1946 – 7,0; 1975 – 8,7; 1992 – 8,5; 2011 – 7,4 (Quelle: <http://www.nsi.bg/census2011/pagebg2.php?p2=36&sp2=37&SSPP2=38>; letzter Zugriff: 05.05.2011).

Varna. In den ländlichen Regionen meldeten die Einwohnermeldeämter hingegen umso stärkere Rückgänge der ortsansässigen Bevölkerung. Da einige Migranten, die ihre Dörfer verließen, um in Sofia oder im Ausland zu arbeiten, als Einwohner ihrer Heimatorte registriert blieben, dürfte der reale Bevölkerungsrückgang auf dem Land noch höher sein, als es die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Den größten Einwohnerrückgang verzeichneten die nordwestlichen Bezirke Vidin und Vraza, wo die Bevölkerung in zehn Jahren um fast 24 Prozent schrumpfte. Hier ist die Infrastruktur besonders schwach entwickelt, unter anderem deshalb, weil es keine Brücke über die Donau gibt, die den Verkehr und den Handel mit dem benachbarten Rumänien beleben würde. Die Küstenregionen und Teile der südlichen Landstriche sind hingegen weniger vom Einwohnerrückgang betroffen, da sich hier die beliebtesten Urlaubsorte der Balkanrepublik befinden und diese Regionen am meisten vom Tourismus profitieren.

Bevölkerungsrückgang und Überalterung haben in einigen Bezirken Bulgariens dramatische Formen angenommen.

Aus den genannten Gründen sank natürlich auch der Anteil der ländlichen Gegenden an der gesamtwirtschaftlichen Leistungsbilanz Bulgariens in den Nachwendejahren. Hiermit einher ging außerdem eine Verschlechterung der Infrastruktur vieler Dörfer. Jedem Besucher fallen Belege hierfür ins Auge. Ehemalige Bushaltestellen zeugen davon, dass es früher einmal so etwas wie öffentlichen Personennahverkehr in Orten gab, die heute im wahrsten Sinne des Wortes vom Aussterben bedroht sind. Bereits heute geht in einigen Dörfern die Einwohnerzahl gegen Null. Im Bezirk Vidin beispielsweise befinden sich zwei Ortschaften, in denen niemand mehr lebt. Höchstwahrscheinlich wird sich die Anzahl dieser „Geisterdörfer“ in den nächsten Jahren erhöhen.

Exkurs: Impressionen zur Situation der bulgarischen orthodoxen Kirche im ländlichen Raum

Es ist kurz vor Weihnachten, ich befinde mich im Gespräch mit Diljan, einem orthodoxen Popen. Er ist in der Gegend um Vraza tätig, einer der beiden Bezirke im Nordwesten, in denen die Bevölkerung am stärksten zurückgegangen ist. Diljan, der neben einer Kleinstadt auch zwei Dorfgemeinden betreut, erlebt diesen Strukturwandel bei seiner täglichen Arbeit. Unter seinen Gemeindemitgliedern kommen auf ungefähr 80

jährliche Beerdigungen nur vier Taufen. Da bei diesen kirchlichen Zeremonien am Lebensanfang und Lebensende oft von den Anwesenden für den Pfarrer gespendet wird, sind sie für bulgarische Geistliche auch wichtige Beiträge zum finanziellen Überleben. Deren monatliches Gehalt beträgt in der Regel lediglich 300 Leva (ungefähr 150 €). Neben Spenden bieten die Verpachtung kircheneigener Landflächen und Gebäude und der Verkauf von Kerzen Möglichkeiten für zusätzliche Einkommen für die Kirche. „Es ist eines Geistigen nicht würdig, wenn er neben der kirchlichen Arbeit kaufmännisch tätig sein muss“, gibt Diljan zu bedenken. Gleichzeitig merkt man ihm an seiner Lebensfreude und Ausgeglichenheit an, dass er es trotz aller Widrigkeiten nicht bereut, bereits in den achtziger Jahren Pope geworden zu sein. Damals galten Mitglieder der Kirche offiziell als Feinde des Kommunismus, und nicht selten waren Familienmitglieder eines Geistlichen Repressionen unterschiedlichster Art ausgesetzt. Taufen wurden, wenn überhaupt, geheim zu Hause durchgeführt.

Trotz der gealterten Bevölkerungsstruktur im ländlichen Raum, kommen in den Dörfern, die Diljan betreut, regelmäßig Kinder zu der nach dem Gottesdienst stattfindenden Sonntagsschule. Da er sich um drei Gemeinden gleichzeitig kümmert, finden die Gottesdienste wie in vielen bulgarischen Dörfern in der Regel im Wechsel zwischen den Ortschaften statt. An orthodoxen Feiertagen, wenn mehr Menschen die Kirche besuchen, hält Diljan jedoch in jeder der drei Gemeinden zu unterschiedlichen Uhrzeiten eine Liturgie. Viele bulgarische Priester gehen ihrer Tätigkeit mit einer ähnlichen Ausdauer nach. Mir ist aber auch ein Dorf bekannt, in dem der Pope sich zur Auswanderung entschloss, um in Westeuropa auf dem Bau zu arbeiten.

Um mir einen Eindruck über die Situation der muslimischen Minderheit zu machen, die nach den orthodoxen Christen die zweitstärkste Glaubensgruppe im Lande bilden, spreche ich auch mit einem islamischen Geistlichen, der in Zentralbulgarien tätig ist. Die Moschee, in der wir uns treffen, wurde während des „real existierenden Sozialismus“ kurzerhand zur Psychiatrie umfunktioniert. Die türkischsprachige sunnitische Minderheit Bulgariens lebt größtenteils in Dörfern, die sich im östlichen Landesteil befinden. Es sind insbesondere die jungen Menschen, die sich in diesen Ortschaften regelmäßig zum Freitagsgebet versammeln. Mein Gesprächspartner bestätigt mir, dass die junge Generation religiöser als ihre Eltern ist. In der orthodoxen Kirche scheinen hingegen ältere Frauen die treuesten Kirchgänger zu sein.

Zurück zur „Konservenökonomie“?

Bulgarien war über viele Jahrhunderte ein Land der Kleinstbauern, in dem die Landwirtschaft als wichtigster Wirtschaftssektor dominierte. Auch in der jüngeren Vergangenheit war der Agrarsektor wichtige Versorgungsquelle. Als der bulgarische Premierminister Bojko Borisov in einem Fernsehinterview im März dieses Jahres auf die Verteuerung der Lebensmittel angesprochen wurde, machte er den Vorschlag, die Menschen sollten selber Kartoffeln anpflanzen, falls ihnen diese im Geschäft zu teuer wären. Seine eigene Mutter sei Lehrerin gewesen, doch das hätte sie nicht davon abgehalten, bei der Kartoffelernte zu helfen: „Ich kann Ihnen gerne erklären, wie man Kartoffeln pflanzt, falls Sie das nicht wissen“, sagte Borisov zu der von diesem Vorschlag sichtlich überraschten Moderatorin.⁸ Dieser Appell zur „Konservenökonomie“ verkennt jedoch die Tatsache, dass mittlerweile die arbeitende Bevölkerung größtenteils im städtischen Raum lebt. Aufgrund des gestiegenen Urbanisierungsgrads wird es zunehmend schwieriger werden, wirtschaftlichen Versorgungskrisen mit Selbstversorgung zu begegnen.

Fazit

Auch um der Landflucht entgegen zu wirken, wird es wichtig sein, die landwirtschaftliche Produktion in Bulgarien in Zukunft wieder auf ein höheres Niveau zu heben. In vielen ländlichen Regionen bestehen außerdem Entwicklungspotenziale für den Tourismus, der sich heute größtenteils auf die Schwarzmeerregion und einige wenige Wintersportorte konzentriert. Hingegen warten im Landesinnern viele Luftkurorte, Thermalbäder und historische Stätten auf ihre „Entdeckung“ durch westliche Touristen. Hierfür wäre allerdings eine Modernisierung des Straßennetzes und anderer Teile der maroden Infrastruktur notwendig – Aufgaben, die der Staat dringend in Angriff nehmen muss, wenn diese Regionen eine Zukunft haben sollen.

In vielen ländlichen Regionen bestehen bisher ungenutzte Entwicklungspotenziale für den Tourismus.

⁸ <http://www.razkritia.com/88070/бойко-садете-си-сами-картофи-щом-са-ви/> (letzter Zugriff: 06.05.2011).

Marcin Wiatr

Die Region Oberschlesien – ein Beispiel für strukturelle Veränderungen im ländlichen Raum Polens



Marcin Wiatr war nach dem Studium der Germanistik, Geschichte und Pädagogik in Oppeln und Kiel von 1999 bis 2008 Bildungsreferent und zuletzt amtierender Geschäftsführer des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz (Gliwice). Seit 2011 ist er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Seminars der TU Braunschweig im Projekt des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung „Oberschlesien und sein kulturelles Erbe“ tätig.

Der folgende Beitrag will einen Einblick in das Spezifische an strukturellen Veränderungen im ländlichen Raum in der polnischen Region Oberschlesien gewähren. Dabei werden vor allem die ländlichen Umstrukturierungsprozesse, wie sie seit der gesellschaftspolitischen Wende von 1989 und in noch stärkerem Maße nach dem EU-Beitritt Polens (2004) zum Tragen gekommen sind, kurz vorgestellt und kritisch beleuchtet.

I.

Am Beginn der Überlegungen zu Oberschlesien sei ein kurzer Rückblick ins ausgehende 19. und ins 20. Jahrhundert erlaubt, um die strukturellen Veränderungen einzuordnen und sie nicht nur als einen wirtschaftlichen Faktor zu betrachten. Im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert erlebte Oberschlesien als Teil Schlesiens, der südöstlichsten preußischen Provinz, eine stürmische städtebauliche Entwicklung, die das bis dahin

stabile Verhältnis zwischen Stadt und Land aus dem Gleichgewicht brachte. Binnen kürzester Zeit und ungeachtet sozialer Kosten – dies wäre in der Tat etwa nur mit den ländlichen Veränderungen im heutigen China vergleichbar – entwickelten sich Dörfer und Kleinstädte zu regelrechten Molochen. Der Bevölkerungszuwachs, zusätzlich begünstigt durch den Zuzug neuer Arbeitskräfte auch von außerhalb Preußens, geriet außer Kontrolle. Die sich rasant ausbreitenden Industriereviere drangen nicht nur in die bereits engen Wohngebiete, sondern auch in die bisher ländlich geprägten Räume vor.

So wurden massive strukturelle Veränderungen in Gang gesetzt, die fortan sowohl die wirtschaftliche als auch die politische und gesellschaftliche Geschichte dieser Region prägen sollten.

Festzuhalten ist, dass sich Oberschlesien besonders stark als Raum eines umfangreichen Strukturwandels und massiver Veränderungen des ländlichen Raums manifestiert.

Im Umkehrschluss bedeutet es aber paradoxerweise, dass die durch die Industrie geprägten Städte und Ballungszentren jahrzehntelang in urbaner und auch mentaler Hinsicht weitgehend ländliche Räume mit der ihnen eigenen Lebensform, Tradition, Volksfrömmigkeit und Freizeitgestaltung blieben, dafür auf dem Land sich zunehmend Großgrundbesitzer und Industrielle niederließen. Horst Bienek (1930–1990), ein mittlerweile auch im polnischen Oberschlesien geschätzter Schriftsteller aus Gleiwitz, hat in seinen Oberschlesien-Romanen diese besondere Situation geschildert. Die noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts staatlich legitimierte Unterdrückung der Bauern durch den Adel lebte fort im sozialen Unterschied zwischen auf dem Land lebenden Magnaten und dem großstädtischen, doch immer noch bäuerlich geprägten Proletariat. Im 19. Jahrhundert hielt der aus Beuthen stammende Arzt und Schriftsteller Max Ring in seinen Erinnerungen ein in seiner kontrastvollen Ambivalenz eindrucksvolles Bild fest: „Zerfallene Hütten, von elenden, kranken Menschen bewohnt, neben prächtigen Schlössern und Industriepalästen, in denen Grundbesitzer und Millionäre lebten.“ In den zeitgenössischen Reiseberichten etwa häufen sich Bilder von „Elend und Schmutz jener verkommenen Bevölkerung aus der öden, von dem Rauch unzähliger Hüttenwerke geschwärzten Wüste Oberschlesiens, dieser Brutstätte wiederkehrender Hungerseuchen“.

Beim Strukturwandel ist neben der wirtschaftlich-technologischen stets auch die gesellschaftlich-kulturelle Dimension zu beachten.

Schon dieser kurze Rückblick zeigt, dass der mehrere Jahrzehnte andauernde Strukturwandel, mit dem massive Veränderungen im ländlichen Raum stets einhergingen, wobei die erbärmlichen Zustände kaum bewältigt wurden, nicht nur eine wirtschaftlich-technologische, sondern vor allem auch eine gesellschaftlich-kulturelle Dimension umfasste. Er wirkt sich nachhaltig auf die regionale Mentalität und die in dieser Region nach der Wende von 1989 intensiv aufkeimende Vielfalt an Identitäten aus. Diese Brandbreite, ja Mehrperspektivität des Themas „ländliche Veränderungen“ gilt es in unseren Überlegungen zu der aktuell in Oberschlesien gegebenen Situation im Auge zu behalten.

II.

Oberschlesien besteht nach der 1997 in Polen erfolgten kommunalen Verwaltungsreform aus zwei Woiwodschaften, die zwar mit den historischen Grenzen nicht identisch sind, doch weitgehend den „kulturhistorischen Kern der Region“ ausmachen. Dabei ist es beachtenswert, dass der westliche Teil der Region – die Woiwodschaft Oppeln (województwo opolskie) – maßgeblich landwirtschaftlich geprägt ist. Der östliche Teil – die Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie) – hingegen ist vor allem industriell geprägt, in etwa dem Ruhrgebiet vergleichbar.¹ Beide Gebiete haben in den letzten zwanzig Jahren vielfältige Restrukturierungsmaßnahmen erfahren. In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des Kommunismus bestimmte der Konkurs den Umstrukturierungsprozess in der Region wie in ganz Polen. Der Bergbau und die Stahlindustrie, einst Stützen der polnischen Nachkriegsindustrialisierung, befanden sich seit den neunziger Jahren durch Überkapazitäten und Beschäftigungsüberhang in einer tiefen Krise, die das gesamte ober-schlesische Industrierevier erfasste. Zwar wurde der Beschäftigungsabbau in der Montanregion durch Sozialprogramme flankiert, die unter anderem Frühpensionierungen und Umschulungen vorsahen. Doch der Verlust von Arbeitsplätzen hatte nicht nur die Existenzgefährdung vieler Arbeiterfamilien zur Folge – er bedeutete vielmehr den Untergang eines durch die Montanindustrie geprägten Lebensstils und eines eigenen sozialen Gemeinschaftslebens.

1 Zur Lage vgl. die Skizze am Beginn des Beitrags. Verwaltungssitze der beiden Woiwodschaften sind Oppeln (Opole) und Kattowitz (Katowice).

Von der Härte der strukturellen Veränderungen blieb auch die Landwirtschaft nicht verschont. Schon im Rahmen der Zentralverwaltungs-wirtschaft in Polen bis 1989 galten die investiven Bemühungen des polnischen Staates in erster Linie den Städten und Industriezentren, während das polnische Dorf benachteiligt blieb. Doch besonders seit Beginn des Transformationsprozesses in Polen nach 1989 kann man eine Vergrößerung der Einkommensdisparitäten zwischen ländlichen und urbanen Gebieten beobachten. Die polnische Landwirtschaft insgesamt ist bis heute, besonders im Vergleich mit der Landwirtschaft in anderen Ländern der Europäischen Union (EU), maßgeblich durch kleinbetriebliche Strukturen geprägt.

Überhaupt begegnen wir in Polen einem ausgeprägten regionalen Gefälle, das in der sehr unterschiedlich verlaufenen historischen Entwicklung begründet liegt. Im Südosten des Landes konnte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zwar eine kleinbäuerliche Agrarstruktur etablieren, die sogar unter der kommunistischen Herrschaft bestehen blieb. Über fast zwei Jahrhunderte konnten sich so auf dem Land stabile soziale Strukturen mit einem hohen Anteil Selbstständiger herausbilden, die ihre bäuerlichen Haushalte eigenverantwortlich gestalten mussten. Damit lagen günstige Voraussetzungen vor, um Sozialkapital – ein kaum zu überschätzendes Potenzial bei der Entwicklung nicht zuletzt des ländlichen Raums – herausbilden. Im Nordwesten des Landes handelt es sich hingegen um ehemals deutsche Ostgebiete, die nach 1945 von Polen aus den verlorenen polnischen Ostgebieten neu besiedelt wurden. Hier wurden in der kommunistischen Zeit große Staatsbetriebe gegründet, die den Bauern weder eine betriebliche Bindung noch einen unabhängigen Status als Landarbeiter boten. Nach dem gesellschaftspolitischen Umbruch von 1989 meldeten diese staatlich-landwirtschaftlichen Großbetriebe reihenweise Konkurs an.

Die „schockartige“ Reformstrategie der ersten demokratischen Regierung in Polen traf den Agrarsektor äußerst hart. Die dort bisher Beschäftigten wurden Anfang der neunziger Jahre zu den ersten Verlierern der marktwirtschaftlichen Realität, denn sie wurden meist in die Arbeitslosigkeit gedrängt und konnten kaum auf einen strategischen „Entwicklungsfonds“ nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ zurückgreifen. Diese Situation wurde zusätzlich durch den Umstand verschärft, dass zu Beginn des umfassenden Transformationsprozesses in Polen die Landwirtschaft und der ländliche Raum angesichts der vielen Probleme des Landes nicht im Mittelpunkt der staatlichen Politik standen. Dies

rächt sich zum Teil auch heute noch, da viele ländliche Bewohner selbst sechs Jahre nach dem EU-Beitritt des Landes nicht gewohnt sind, sich selbst um Mittel für die Entwicklung ihrer Region zu bewerben, die Initiative zu ergreifen und sich stärker für das Allgemeinwohl ihrer Region einzusetzen. Eine aktive Zivilgesellschaft im ländlichen Raum greift in diesen Gebieten noch immer nicht – sie wäre jedoch die wesentliche Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung im ländlichen Raum.

Obwohl die Landbevölkerung in Polen zu den Hauptgewinnern des Integrationsprozesses mit der EU gehört, sind die ländlichen Regionen vielfach von einer hohen versteckten Arbeitslosigkeit gekennzeichnet.

Die noch immer unzulänglich aus-gebaute Infrastruktur im ländlichen Raum und der Mangel an Beschäftigungsperspektiven stellen ein weiteres bedeutendes soziales Problem dar. Durch den EU-Beitritt Polens flossen sowohl direkte Strukturmittel als auch Gelder für mittel- und langfristige

Förderprogramme ins Land. Schätzungen gehen davon aus, dass allein in den Jahren 2004-2007 etwa 20 Prozent der neu geschaffenen Arbeitsplätze in Polen durch EU-Finanzierungen entstanden sind. Doch selbst die Prämien für Kleinbetriebe und die noch vor 2004 geleisteten Beihilfen zur Anpassung an die EU-Standards führten als Sondermaßnahmen nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Obwohl nicht zu übersehen ist, dass die Landbevölkerung in Polen zu den Hauptgewinnern des Integrationsprozesses mit der EU gehört, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass statistische Daten ein insgesamt beunruhigendes Bild vermitteln: Die (nicht selten versteckte) Arbeitslosigkeit auf dem Lande bleibt nach wie vor besonders hoch und liegt bei ca. 23 Prozent, wobei in strukturschwachen Regionen im Nordosten Polens der Anteil der Erwerbslosen sogar 35 Prozent übersteigt. Überdies führen die durch die EU finanzierten „Strukturrenten“ zum Zuwachs an Pensions- und Sozialleistungsempfängern im ländlichen Raum. Darüber hinaus fallen lediglich 0,4 Prozent der Bauernhöfe mit mehr als 50 Hektar Fläche unter die Kategorie der Großbetriebe. Die meisten Höfe sind kleine Familienbetriebe, die größtenteils für den Eigenbedarf produzieren. Folglich liegt das Einkommen der Landbevölkerung durchschnittlich bei nur ca. 38 Prozent des Einkommens der Stadtbevölkerung. Daneben gibt es mittelgroße landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 15 Hektar (ca. 10 Prozent), aus denen mehr als die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Marktproduktion stammt.

Vor allem sie haben vom EU-Beitritt Polens enorm profitiert, sind gut aufgestellt, verfügen über moderne, EU-konforme Produktionstechnik und investieren kontinuierlich in ihre Betriebsstruktur. Doch das allgemeine Bild fällt dadurch in struktureller Hinsicht nicht viel positiver aus. Noch 2005 betonte Jan Krzysztof Ardanowski, der Vorsitzende der polnischen Landwirtschaftskammer, dass Polens Landwirtschaft ohne kontinuierliche Hilfe der EU nicht in der Lage sei, sich zu reformieren. Zugleich kritisierte er, dass nach wie vor keine langfristige Konzeption zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes in Polen vorläge.

III.

Vor diesem landesweiten Hintergrund wird die abweichende Entwicklung in der Woiwodschaft Oppeln deutlich. Die im Vergleich mit anderen landwirtschaftlich geprägten Regionen Polens recht günstige Entwicklung ist auf mehrere Faktoren zurück zu führen. Dazu zählt u. a. eine stark ausgeprägte regionale Identität der autochthonen Bevölkerung. Diese war für die Erarbeitung nachhaltiger kommunaler und lokaler Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raums äußerst fruchtbar. Zu verweisen wäre in diesem Zusammenhang vor allem auf den Erfolg eines Förderprogramms, das neben den EU-Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER) in den letzten zwei Jahrzehnten eine beachtliche Rolle in der Oppelner Region spielte und auch aktuell spielt, das so genannte „Programm zur Erneuerung des Dorfes“, das zwar zunehmend auch in anderen polnischen Regionen, doch insbesondere in der Woiwodschaft Oppeln seit mehreren Jahren kontinuierlich und mit großem Erfolg umgesetzt wird. Das „Programm zur Erneuerung des Dorfes“ verinnerlicht eine schrittweise entwickelte Methode der lokalen Entwicklung – des Dorfes und seiner Gemeinschaft – und wurde in den ausgehenden siebziger Jahren vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich entwickelt. Die Idee setzt auf ein jeweils regional verankertes Verantwortungsgefühl für die Entwicklung der Heimatdörfer und Gemeinden. Es gilt das jeweils vorhandene Sozialkapital zu erschließen und zu nutzen, aktives Vereinsleben der jeweiligen Dorfgemeinschaft zu fördern und nicht zuletzt das gesellschaftliche Engagement mit Blick auf gemeinsam definierte Ziele zu bündeln und so für das Gemeinwohl zu nutzen.

Ein anderer relevanter Faktor, der die Entwicklung des ländlichen Raums in der Oppelner Region voranbrachte, hängt mit dem minderheitenpolitischen Status zusammen, den die oberschlesische Bevölkerung nach 1989 für sich beanspruchen durfte. Was ist damit gemeint? Die Oberschlesier, die in der Woiwodschaft Oppeln in geschlossenen, vor allem ländlichen Siedlungsgebieten leben, fanden Aufnahme in Strukturverbänden der erst 1989 offiziell anerkannten deutschen Minderheit in Polen. Allein bis Mitte der neunziger Jahre haben ca. 160.000 Einwohner

Neben dem erfolgreichen „Programm zur Erneuerung des Dorfes“ profitierte die Oppelner Region von den Maßnahmen im Zusammenhang mit ihrem besonderen minderheitenpolitischen Status.

der Region einen „Antrag auf Feststellung der deutschen Staatsbürgerschaft“ erfolgreich geltend gemacht und somit keine Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Bürger aus den neuen ostmitteleuropäischen Ländern abwarten müssen, die mit Blick auf den deutschen und österreichischen Arbeitsmarkt erst am 1. Mai 2011 eintrat. Als „Doppelstaatler“ oder „Zweitpässler“ durften sie schon Anfang der neunziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland – und als „deutsche EU-Bürger“ auch in anderen westeuropäischen Ländern – legal und für höhere Löhne und Gehälter arbeiten. So wurden ca. 35 Prozent der Landbevölkerung im Oppelner Teil Oberschlesiens (ca. 250.000 Personen) zu dauerhaften Arbeitsmigranten bzw. zu „Dauerpendlern“, die allerdings die erworbenen Geldmittel in ihre Region transferierten und so den wirtschaftlichen Aufschwung auch der ländlichen Region maßgeblich begünstigten. Die Bindung dieser Menschen an ihre angestammte Region, untermauert durch eine starke oberschlesisch-regionale Identität, kommt nicht zuletzt in ästhetischer Hinsicht zum Ausdruck, wie es das – in Polen weit-

aus bekannte und durchaus positiv besetzte – Stereotyp des gepflegten „Oppelner Dorfes“ verkörpert. Gepflegte Bauernhöfe, Investitionen in kommunale Abwasser- und Kläranlagen, eine gute ländliche Infrastruktur, die mit den städtischen Standards mithalten kann, prägen heutzutage das Bild des ländlichen Raums in der Woiwodschaft Oppeln und beeinflussen so eine positive Wahrnehmung dieser Region in Polen.

IV.

Immer deutlicher wird allerdings, dass man in dieser multiethnisch und multikulturell geprägten Region, die von der pendelhaften Arbeitsmi-

gration ihrer Einwohner jahrelang profitierte, längst nicht mehr nur von deren positiven Auswirkungen spricht. Umstritten ist zum Beispiel, ob die gesellschaftlichen Kosten, die mit der Arbeitsmigration unvermeidlich zusammenhängen, noch länger tragbar sind. Es hat sich ein neues Modell des „Oppelner Migranten-Dorfes“ etabliert, in dem bis zu 40 Prozent der Einwohner fehlen und „ihr“ Dorf lediglich an ein oder zwei Wochenenden im Monat oder bei besonderen Familienfesten aufsuchen. Unmittelbare Folge dieser sich bereits fest eingebürgerten Entwicklung sind Eltern- und Familientrennungen, Erziehungsprobleme (Jugendliche wachsen ohne beide Elternteile auf, in der Regel bei ihren Großeltern) und weitestgehende Lockerung des Gemeinde- und Gemeinschaftslebens. Zweifelsohne spielt hier die Woiwodschaft Oppeln – und dies schon seit zwei Jahrzehnten, nicht erst nach dem EU-Beitritt des Landes – eine besorgniserregende traurige „Vorreiterrolle“ in Polen. Die Dörfer um Oppeln entvölkern sich, wie es scheint, unaufhaltsam, und diese Entwicklung wird durch den aktuell negativen demografischen Wandel zusätzlich noch verschärft. Für den ländlichen wie städtischen Raum gilt gleichermaßen, dass er tendenziell an Bevölkerung verliert. Die großstädtischen Metropolen verschlingen die Peripherie. Damit geht vieles verloren: ein Lebensstil, ein besonderer Sinn für die Gemeinschaft oder Nachbarschaft, ein Heimatgefühl, das gerade in Oberschlesien stets als ein wertvoller Teil des regionalen Kulturerbes bewahrt wurde.

Als Folge der Arbeitsmigration fehlen bis zu 40 Prozent der Einwohner und suchen „ihr“ Dorf lediglich an ein oder zwei Wochenenden im Monat oder bei besonderen Familienfesten auf.

Dieses Gut gilt es für die Zukunft zu bewahren, darüber ist man sich in der Region einig. Über Mittel, Instrumente, Wege und Strategien wird im Kreis von Experten aus Kommunalpolitik, Wissenschaft und ländlicher Wirtschaftsförderung aktiv, allerdings mit zunehmender Sorge diskutiert. Doch wo, wenn nicht gerade in dieser Region, erinnert man sich stets an die Verse eines ihrer größten Söhne – des aus dem ländlich geprägten Lubowitz stammenden Dichters der deutschen Romantik Joseph von Eichendorff: „*Alles geht zu seiner Ruh./ Wald und Welt versauern,/ Schauernd hört der Wanderer zu,/ Sehnt sich recht nach Hause*“. Friedrich Hölderlin wiederum hat den Wunsch nach Wiederherstellung des Vertrauten in einer sich verändernden Welt weniger wehmütig, dafür recht hoffnungsvoll ausgedrückt: „*Doch da, wo die Gefahr groß wird, da wächst das Rettende auch.*“

Elke Knappe

Das Gebiet Kaliningrad – ein Außenseiter in der Ostseeregion?



Dr. Elke Knappe war von 1992 bis 2009 im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig mit Schwerpunkt „Ländliche Räume im östlichen und südöstlichen Europa“ tätig. Seit ihrer Pensionierung arbeitet sie im Institut für Wirtschafts- und Regionalentwicklung im Regionalmanagement ILE. Sie ist Mitglied im Präsidium der Südosteuropa-Gesellschaft.

Das Gebiet Kaliningrad ist die westlichste Region Russlands, seit der Unabhängigkeit der baltischen Staaten im Jahre 1991 ist es ohne direkte Verbindung mit dem Mutterland Russland – eine Enklave in der Europäischen Union, begrenzt von Polen und Litauen. Es hat sich seit 1991 von einem militärischen Sperrgebiet zu einer Wirtschaftsregion entwickelt. Vor allem die Gebietshauptstadt Kaliningrad, das frühere Königsberg, kann auf eine positive Bilanz in der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur verweisen. Demgegenüber bleibt das ländliche Umland deutlich zurück, die Mängel in der Infrastruktur sind nicht zu übersehen. Schwindende Einwohnerzahlen und brach liegende landwirtschaftliche Flächen sind das Ergebnis und zugleich eine Herausforderung an eine zukunftsfähige Regionalpolitik.

Einführung

Das Gebiet Kaliningrad ist die westlichste Region Russlands, seit der Unabhängigkeit der baltischen Staaten im Jahre 1991 ohne direkte Verbindung mit dem Mutterland Russland – eine Enklave in der Europäischen Union (EU), begrenzt von Polen und Litauen.

Als das Gebiet Kaliningrad im April 1946 offiziell gegründet wurde und den Namen Kalinins, eines engen Vertrauten Stalins, erhielt, waren

die Vorstellungen zu seiner zukünftigen Entwicklung wohl nicht sehr klar umrissen. Mit Sicherheit spielten militärische Überlegungen eine Rolle – Kaliningrad als westlicher Vorposten und Standort der baltischen Flotte war für die damalige Sowjetunion ein bedeutendes Unterpfeiler im Zusammenhang mit ihrer Etablierung als neue Großmacht. Die wirtschaftliche Entwicklung blieb demgegenüber mit Ausnahme der Rüstungsindustrie eher im Hintergrund. In besonderem Maße traf dies für den ländlichen Raum zu.

Während in der Gebietshauptstadt Kaliningrad vor allem nach 1991 ein rascher Strukturwandel zu beobachten war und in einem wahren Bauboom neue hochwertige Wohnungen und Einkaufszentren entstanden, war in den meisten Dörfern und kleinen Städten von einem Aufschwung wenig zu spüren. Gegenwärtig leben im Gebiet Kaliningrad 937.300 Einwohner, davon 219.900 im ländlichen Raum. In der Stadt Kaliningrad leben 420.500 Einwohner¹, mithin 45 Prozent der gesamten Einwohner des Gebiets. Hingegen bewohnen nur 23 Prozent den ländlichen Raum. Die Gebietshauptstadt Kaliningrad hat eine überaus dominierende Rolle, sowohl hinsichtlich der Einwohnerzahl als auch im Blick auf Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft

Der ländliche Raum im Schatten des Zentrums

Die Landwirtschaft der Region ist für die Bewohner der Dörfer der wichtigste Wirtschaftszweig, auch wenn sie im 2008 nur mit 4,7 Prozent am regionalen Bruttoinlandsprodukt beteiligt war. Dem Anstieg der Zahl von Unternehmen in der Industrie und dem Dienstleistungsgewerbe nach 1990 stand in der Landwirtschaft nichts Vergleichbares gegenüber.

Nach der Auflösung der Kolchosen wurden wichtige Dienstleistungen für die Bevölkerung wie z. B. der Unterhalt von Kindergärten und Kulturhäusern vernachlässigt.

Zwar fand auch auf dem Lande eine Privatisierung statt. Die früheren landwirtschaftlichen Kollektiv- und Staatsbetriebe erhielten neue Rechtsformen; auch konnten die Mitarbeiter der Landwirtschaftsbetriebe Land zur Gründung eines bäuerlichen Betriebes bekommen. Dies führte jedoch nur in wenigen Fällen zu einem

¹ Stand: 2009 (Quelle: Administracija Kaliningradskoi oblasti: Kaliningradskaja oblast v cifrach. Kaliningrad 2010, S.1).

Aufschwung. Die Auflösung der Kolchosbetriebe und deren Überführung in privatrechtliche Formen hatte zur Folge, dass sich die Unternehmen auf die Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme konzentrierten. Aufgaben wie Dienstleistungen für die Bevölkerung, Transport, Unterhalt von Straßen, Unterhalt von Kindergärten und Kulturhäusern blieben nunmehr unerledigt – den Kommunen fehlte dafür das Geld. Für die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten bedeutete dies eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, die ohnehin schon deutlich hinter den städtischen zurückgeblieben waren.

Die Erwerbsmöglichkeiten im ländlichen Raum verringerten sich drastisch. Die neuen Betriebe setzten Arbeitskräfte frei, für die es im Dorf kaum Alternativen gab. Ein Ausweg zeigte sich in der Führung von Nebenerwerbswirtschaften. Der Erlös aus dem Verkauf der Produkte aus dem eigenen Anbau erweist sich nunmehr häufig als wichtigste Einnahmequelle großer Teile der ländlichen Bevölkerung.

Im Ergebnis der zunehmend größer werdenden Einkommensunterschiede und der schwierigeren Lebensbedingungen auf dem Lande ist es nicht verwunderlich, dass es einen Trend zur Abwanderung vor allem der jüngeren und gut ausgebildeten Bevölkerung gibt. Dass diese Wanderungsbewegung nicht sehr viel deutlicher ausfällt, liegt daran, dass es z. B. in Kaliningrad äußerst schwierig und teuer ist, eine Wohnung zu bekommen, und infolge der Wirtschaftskrise der Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr sehr hoch ist. Die Gebietsverwaltung hat die Dramatik der Lage durchaus erkannt und in einer Reihe von Beschlüssen Maßnahmen festgelegt, um das Leben auf dem Lande attraktiver zu gestalten. Dazu gehören zum Teil Dinge, die für uns zu den Selbstverständlichkeiten gehören, wie der Anschluss an Wasser- und Abwasserleitungen, Telefon- und Internetzugang, der Anschluss an die Gasversorgung und die Befestigung von Zufahrtsstraßen. Speziell für junge Familien gibt es ein Programm zur Unterstützung beim Bau eines eigenen Hauses. Damit soll es gelingen, die dringend benötigten Fachkräfte auf dem Lande zu halten.

Eine weitere Maßnahme, von der man sehr viel erhoffte, war das so genannte „Übersiedlerprogramm“. Man versprach denjenigen Russen, die gegenwärtig noch im Baltikum oder anderen ehemaligen Sowjetrepubliken leben, eine großzügige Förderung, wenn sie ihren Wohnsitz nach Kaliningrad und hier vor allem in den ländlichen Raum verlegen. Prognosen zufolge sollten zwischen 2007 und 2009 ca. 500.000 Menschen in das Kaliningrader Gebiet übersiedeln. Dieses ehrgeizige Ziel wurde je-

doch nicht erreicht – im genannten Zeitraum kamen lediglich 6.354 Übersiedler an. Die Gründe für diese geringe Akzeptanz liegen zum einen darin, dass nicht alle Übersiedlungsanträge genehmigt wurden; zum anderen trugen die unsichere Rechtslage und hohe bürokratische Hürden dazu bei, dass die Menschen dem Programm skeptisch gegenüberstanden.

So ist der ländliche Raum nach wie vor dünn besiedelt und läuft Gefahr, durch Überalterung und Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in eine Abwärtsspirale zu geraten, die nur schwer aufzuhalten ist.

Ungleiche Entwicklungswege auf dem Lande

Die Landwirtschaft im Gebiet Kaliningrad wird seit der Privatisierung im Wesentlichen von drei Betriebsformen getragen:

- Landwirtschaftliche Großbetriebe in Form von Genossenschaften und Aktiengesellschaften
- Bauernwirtschaften
- Nebenwirtschaften der Bevölkerung.

Dabei widmen sich die bäuerlichen Betriebe und die Nebenwirtschaften der Bevölkerung überwiegend der Pflanzenproduktion, während in den Großbetrieben die Viehwirtschaft dominiert. Die Gründe dafür sind vor allem darin zu sehen, dass für die Haltung von Tieren größere Aufwendungen erforderlich sind – die Tiere benötigen Stallungen, Futtervorräte müssen angelegt werden. Dafür sind die bäuerlichen Betriebe und die Nebenwirtschaften zu kapitalschwach, Kredite sind schwierig zu erlangen und darüber hinaus teuer.

Gerade die Produktion von Fleisch und Milch ist jedoch lukrativ und weniger vom Witterungsverlauf abhängig als die Pflanzenproduktion, kann mithin dem Produzenten sichere

Besonders auffällig ist der starke Kontrast zwischen modernen Großbetrieben und brach liegendem Land.

Einnahmen garantieren. In diesen Genuss kommen daher vor allem die großen Betriebe, die dadurch weiter investieren und wachsen können. Demgegenüber haben die Familienbetriebe nur geringe Chancen zu expandieren und spielen daher in der gegenwärtigen Struktur der Landwirtschaft kaum eine Rolle. Ihr Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion des Gebietes liegt nur bei ca. 6 Prozent.

Den Nebenwirtschaften kommt eine besondere Bedeutung bei der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Gemüse zu. Betrachtet

man die Verteilung der Ackerflächen auf die einzelnen Betriebsformen, wird nochmals die geringe Rolle der bäuerlichen Betriebe deutlich: Im Jahre 2008 wurden 158.300 Hektar Ackerfläche bewirtschaftet, davon 81,7 Prozent durch Großbetriebe, 12,9 Prozent durch bäuerliche Betriebe und 5,4 Prozent durch die Nebengewirtschaften.² Somit findet man im Gebiet Kaliningrad eine Struktur der Landwirtschaft, die einerseits hochmoderne Großbetriebe aufweist, die sich auch besonderer staatlicher Förderung erfreuen. Dies kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass andererseits noch immer große Landflächen brach liegen und Ressourcen nicht genutzt werden. Die Entwicklung des Umfangs der Ackerfläche im Gebiet Kaliningrad macht dies deutlich:

Entwicklung der Ackerfläche im Gebiet Kaliningrad³

<i>Jahr</i>	<i>Ackerfläche in 1.000 Hektar</i>
1990	416,3
1995	349,6
2000	257,9
2001	259,4
2002	222,9
2003	226,5
2004	231,7
2005	217,9
2006	195,0
2007	182,2
2008	158,3

Der große Umfang ungenutzten Ackerlandes hat mehrere Ursachen. Bekanntermaßen ist ein Großteil der Böden der Region durch hohe Grundwasserstände und reichlich Oberflächenwasser geprägt und daher eine Regulierung des Wasserhaushaltes durch Drainage (Entwässerung) für eine erfolgreiche Landwirtschaft unabdingbar. Das noch aus der Vorkriegszeit stammende System entspricht mittlerweile weder den Anforderungen noch den neuen Flächenzuschnitten und ist dadurch wenig wirksam, neue Drainagen sind nicht ausreichend vorhanden, das Netz der Pumpstationen marode. Dadurch ließ man die vernässten Flächen brach liegen. Auch die Witterungsbedingungen in der Region sind nicht

2 Vgl. <http://www.gks.ru> (Statistischer Dienst der Russischen Föderation; letzter Zugriff: 21.07.2011)

3 Quelle: Kaliningradsckaja Oblast in <http://www.gks.ru> (wie Anm. 2).

immer einfach – frühe Wintereinbrüche und späte Fröste im Frühjahr können die Ernten gefährden.

Einen weiteren Eindruck von der schwierigen Lage der Landwirtschaft insgesamt vermitteln auch die Zahlen zur Viehwirtschaft. Der Rückgang der Anzahl der Rinder ist besonders gravierend: Gab es 1990 noch 467.500 Rinder im Gebiet Kaliningrad, so waren es 2008 nur noch 60.600, die Zahl der Milchkühe sank von 170.100 auf 31.600 im gleichen Zeitraum. Die traditionell in Kaliningrad gut entwickelte Nahrungsgüterwirtschaft ist dadurch darauf angewiesen, Fleisch zur Weiterverarbeitung aus Kernrussland oder den Nachbarstaaten zu importieren.

Für den ländlichen Raum bedeutet dies, dass die wenigen sehr gut arbei-

tenden Agrarbetriebe die Landwirtschaft insgesamt nicht zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweig umgestalten können. Neben diesen positiven Beispielen gibt es die Mehrheit der weniger erfolgreichen Unternehmen und der Dörfer mit mangelhafter Infrastruktur und zweifelhafter Perspektive.

Neben der Entwicklung einer effizienteren Landwirtschaft setzt man verstärkt auf den Tourismus im ländlichen Raum.

Ausblick

Die Verwaltung des Gebietes Kaliningrad sieht für die zukünftige Entwicklung des ländlichen Raumes und dessen Stabilisierung zum einen das *Potenzial der Landwirtschaft* selbst und unterstützt die Betriebe mit Fördermitteln. Auch der Ausbildung von Spezialisten wird große Aufmerksamkeit gewidmet. Dennoch haben alle diese Maßnahmen bislang noch keinen übergreifenden Erfolg. Die Mehrheit der Landwirtschaftsbetriebe arbeitet nach wie vor unrentabel, der Absatz der Produkte ist nicht gut organisiert, und Betriebsmittel wie Kraftstoff, Düngemittel, Saatgut sind zu teuer. Dadurch hat die Landwirtschaft auch ihre Attraktivität für die jungen Leute verloren, ebenso wie das Leben auf dem Lande insgesamt. Erst wenn es gelingt, auch eine größere Anzahl von bäuerlichen Betrieben zukunftsfähig zu machen, könnten wieder interessante Arbeitsmöglichkeiten entstehen.

Neben der Zielstellung, die Landwirtschaft der Region effizienter zu gestalten, wurden auch Projekte aufgelegt, die die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze unterstützen sollen. Dazu gehört z. B. der ländliche Tourismus. Die größte Attraktion der Region ist zweifelsohne

die Ostseeküste mit ihren Kurorten Selenogradsk (Cranz) und Svetlogorsk (Rauschen). Aber auch die Orte auf der Kurischen Nehrung weisen ein hohes touristisches Potenzial auf und eignen sich für einen sanften Tourismus und einen Urlaub auf dem Bauernhof. Reizvoll sind auch die noch zahlreich vorhandenen Alleen, das Waldgebiet der Rominter Heide oder die Mooregebiete im Nordwesten der Region. Architektonische Anziehungspunkte gibt es infolge der Zerstörungen während des und nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch wenige, aber es existieren immerhin noch einige interessante Dorfensembles und Gutskomplexe.

Wenn auch die Gebietshauptstadt der größte Touristenmagnet ist, lassen sich doch die ländlichen Regionen in ein Tourismuskonzept einbinden. Mit dem Ziel der nationalen und internationalen Vergleichbarkeit eines Urlaubs auf dem Bauernhof wurde ein Zertifizierungsmodell entwickelt, wonach die Qualität der Beherbergungsbetriebe eingeschätzt wird. Bei der Erfüllung der Mindeststandards erhält der Bauernhof ein Gütesiegel in Form eines Störches. Vier Störche bedeuten die Erfüllung des höchsten Standards. In diesem Zusammenhang könnte sich die geographische Lage der Region, die nicht selten als Nachteil gesehen wird, als positiv erweisen – das Gebiet Kaliningrad ist räumlich näher an Berlin als an Moskau und dadurch leicht erreichbar. Durch die Eröffnung eines weiteren Grenzübergangs an der polnisch-russischen Grenze (Mamonovo 2) werden die Wartezeiten an der Grenze deutlich kürzer. Wenn es dann noch gelingen wird, die Visaerteilung schneller und unbürokratischer zu gestalten, ist ein weiterer Schritt dazu getan, dass sich das Gebiet Kaliningrad zu dem vielbeschworenen Kooperationsraum zwischen der EU und Russland im Ostseeraum entwickeln kann.

Dass die Integration des Gebietes Kaliningrad in die Reihen der Ostseestaaten voran geht, ist auch in der Einbeziehung des Gebietes in zahlreiche *Euroregionen* rund um die Ostsee zu erkennen. Die Euroregionen bilden den Hintergrund für zahlreiche grenzüberschreitende wirtschaftliche und kulturelle Aktivitäten zwischen den jeweiligen Partnern und festigen damit den Ruf der Ostsee als ein Meer der Zusammenarbeit.

Nenad Stefanov

Grenzlandschaften im Zentralbalkan: Dimitrovgrad – eine Stadt zwischen Serbien und Bulgarien



Dr. des. Nenad Stefanov ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Beschäftigung mit Dimitrovgrad (seine Eltern stammen von dort) hängt mit seinem Forschungsprojekt „Phantomgrenzen im Zentralbalkan“ zusammen.

Dieser Text beschäftigt sich mit dem Veränderungsprozess, der in den ruralen Gesellschaften des Balkans Ende des 19. Jahrhunderts mit der Entstehung der Nationalstaaten einsetzte und sich im 20. Jahrhundert intensivierte. Oftmals wurden aus ehemaligen Regionen Ränder an den neuen Grenzen wie im Falle der heutigen Grenzstadt Dimitrovgrad zwischen Serbien und Bulgarien. Indem darauf verwiesen wird, wie rurale Gesellschaften zur Peripherie wurden, kann auch ein oftmals idealisiertes Bild des Bauern als dem zentralen Symbol nationaler Ideologie dekonstruiert werden. Die Bauern waren vor allem Objekt im Prozess der Entstehung der Nationalstaaten; zugleich entzog sich ihr Selbstverständnis den Vorstellungen eindeutiger ethnischer Zuordnung.

I.

Dimitrovgrad: eine Kleinstadt – in deutschen Begriffen ein Dorf, ca. 6.500 Einwohner. Auf 465 m über dem Meeresspiegel in einem Tal am Rande der Kette des Balkangebirges gelegen, das sich von Südostserbien bis an die Küste des Schwarzen Meeres in Bulgarien erstreckt. Direkt an der serbisch-bulgarischen Grenze. Sicherlich die richtigen Stichworte,

um die Vorstellung von vollständiger Peripherie im gebirgigen Nirgendwo zu assoziieren.

Land und Dorf auf dem Balkan: Darin vermitteln sich zumeist stark aufgeladene Bilder, die zugleich oft Vorstellungen vom Balkan insgesamt prägen. In ihnen verdichten sich Imaginationen des Balkans als entlegenes, entrücktes und unwegsames Gelände. Die vermeintliche Unverständlichkeit und Kompliziertheit des Balkans visualisiert sich in schwer zugänglichen Gebirgsregionen, scheinbar abgeschnitten von jeder Zivilisation. Dieses Archaische steht im Mittelpunkt zweier einander entgegengesetzter Wahrnehmungsformen des Balkans. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hat sich im europäischen Blick, aber auch bei den Protagonisten nationaler Ideen auf dem Balkan selbst ein Narrativ des Ruralen herausgebildet, in dem das Dorf für die Grundlage und den Ausgangspunkt des nationalen Wesens steht.



Dimitrovgrad im Jahre 2009 (Foto: Nicole Münnich)

Mitteleuropäische Gelehrte des 19. Jahrhunderts wie Felix Kanitz (1829-1904) und Konstantin Jireček (1854-1918) gingen von einem unvermeidlich bevorstehenden Ende der osmanischen Herrschaft aus. Für das Neue stand nach Ansicht beider Gelehrten dagegen eine (angenommene) Vitalität der bäuerlichen Gesellschaft, aus der heraus sich eine Nation bilden sollte. Diese sei unbelastet vom vermeintlich degenerierten orientalischen Erbe und zugleich offen für europäische Zivilisierung. Hier kristallisierte sich ein bemerkenswerter Ideentransfer zwischen mitteleuropäischen, romantisierenden Staatskonzeptionen und der Vorstellung vom Nationalstaat auf dem Balkan heraus. Die Vorstellung des

Dorfes als Kern der serbischen wie der bulgarischen Nation ist demnach keine lokale Spezialität, sondern das Ergebnis von Austausch und Aneignung von Vorstellungen von Moderne, wie sie in Mitteleuropa zwischen Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts existierten.

Umgekehrt sahen und sehen Kritiker dieses Dorfkultes im Ethnonationalismus gerade angesichts der Kriege in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts manchmal nicht allein in dieser Ideologie, sondern in der patriarchalen und damit ruralen Kultur des Balkans die Ursachen für die Dynamik der Gewalt. Solche Interpretationen lokalisieren den Ausgangspunkt von Nationalismus, Zerstörung von Gesellschaft und den Affekt gegen die Moderne und die Abwehr von Differenz im ländlichen Raum. Dieser These zufolge hätten die Konservierung von anti-urbanen Verhaltensmustern und die Skepsis gegenüber der Stadt als Verkörperung der Moderne zu ethnonationaler Mobilisierung beigetragen.

Das 19. Jahrhundert sah im Dorf den Ausgangspunkt für das nationale Selbstverständnis.

Eine Möglichkeit, den gesellschaftlichen Ort der Ideologie des Dorfes zu umreißen und zugleich im Kontrast dazu eine Annäherung an Alltagspraktiken und Lebensweisen in den Dörfern zu unternehmen, bietet ein mikrogeschichtlicher Ansatz. Die mikrohistorische Fokussierung auf eine bestimmte Region kommt einem Prisma gleich, in der sich Herrschaftsformen, Ideologien und Handlungsweisen der lokalen Bevölkerung in ihrer Vielfältigkeit verdichten, sichtbar werden und zugleich in ihren verschiedenen Nuancen brechen.

II.

Veranschaulicht wird dies hier kurz anhand einer Region im Zentralbalkan, die heute Grenzgebiet zwischen Serbien und Bulgarien ist. Im Mittelpunkt der Region steht die Stadt Dimitrovgrad (bis 1956 Caribrod). Anhand der Stadt und ihrer Umgebung können einerseits die grundlegenden Veränderungen mit der Entstehung der Nationalstaaten, andererseits aber auch die Reaktion der lokalen Bevölkerung darauf skizziert werden. Während dieses Gebiet, der so genannte Šopluk, jahrhundertlang ungeteilt inmitten des osmanischen Herrschaftsgebiets auf dem Balkan lag, wurde es mit der Etablierung der Nationalstaaten 1878 zu einem Grenzgebiet, zur Peripherie an den Rändern der neuen Staaten Serbien und Bulgarien. Die muslimischen, jüdischen und christlichen Kaufleute

dieser Gegend hatten bis dahin weitreichende Handelsbeziehungen mit Städten in Serbien sowie nach Zentralbulgarien und Thrakien gepflegt. Wichtig als Absatzmarkt war vor allem aber das herrschaftliches Zentrum Istanbul. Doch nicht nur die Städter, auch die angeblich isolierten Bauern standen in einem dichten überregionalen Kommunikationsnetz und verfügten über weitreichende Handelsbeziehungen.

Die Etablierung der Grenze quer durch das Gebiet beinhaltete zugleich eine neue Erfahrung der Bedeutung nationaler Zuordnung. Religiöse Zuordnung etwa hatte bis dahin keine weitere abgrenzende Funktion. So waren serbische und bulgarische Gelehrte verwundert, dass die Menschen sich lediglich ganz allgemein als Christen beschrieben. Einzig die Zuordnung zu einer Mikroregion, in der sich ihr Dorf befand, war üblich. So gab es anstelle von Familiennamen zumeist einen Zusatz, der die Herkunft aus einer der Landschaften kennzeichnete. Diese unterschieden sich zumeist dahingehend, ob sie vornehmlich von Agrarwirtschaft oder Viehzucht lebten, ob es Waldgebiete oder Hoch-ebenen waren. „Nation“ hingegen war etwas Neues und wurde lediglich in den neuen Staatsbeamten und Lehrern konkret, die im Zuge der Nationalstaatsbildung in die Dörfer kamen. Sie personifizierten vor allem einen neuen Zwang zur Eindeutigkeit, der bis dahin unbekannt gewesen war. Den Menschen dieser Region war es vertraut, verschiedene Sprachen in verschiedenen Kontexten zu benutzen. Selbst die Dörfer waren nicht, wie es eine beliebte Wendung in den Nationalgeschichten ist,

„Nation“ war etwas Neues und stand für einen Zwang zur Eindeutigkeit, der bis dahin unbekannt gewesen war.

„Horte ethnischer Reinheit“. Vielmehr lebten auch Türken, Roma und andere Minderheiten in einzelnen Vierteln. Die Protagonisten nationaler Ideen hatten Mitte des 19. Jahrhunderts Schwierigkeiten, in ihrer Vor-

stellung exakter Wissenschaft eindeutige Definitionen von sprachlicher und ethnischer Zuordnung zu finden. Zunächst behalfen sich Gelehrte daher zumeist mit der Feststellung wie der berühmte serbische Sprachreformer Vuk Karadžić (1787-1864), die Bauern sprächen weder richtig serbisch noch richtig bulgarisch. Ein englischer Konsul stellte bei seiner Durchreise durch diese Gebiete 1841 schlicht fest, es handele sich um Serbobulgaren, die eine serbobulgarische Sprache sprächen. Hinzu kam, dass vor allem serbische Ethnographen und Historiker um die Jahrhundertwende enttäuscht feststellten, dass die Menschen dieser Region über keinerlei historisches Gedächtnis verfügen. Im Gegensatz etwa zum pa-

triarchalen Geist der Herzegowiner, die sich an ihre Vorfahren und bedeutende Ereignisse über viele Generationen zurück erinnerten, reiche die Erinnerung höchstens in die dritte Generation zurück.

Das Fehlen eines historischen Gedächtnisses ließ sich in den Augen dieser Gelehrten, die Aufklärung vor allem als nationale Erleuchtung begriffen, nur damit erklären, dass diese Menschen eines waren: einfältig. Der real existierende Bauer ließ sich nicht mit dessen ideologischer Erscheinungsform in Einklang bringen und war in seiner nationalen Uneindeutigkeit lediglich störend. So blieb in der Bezeichnung für diese Region, dem Šopluk, in der Zuschreibung „Šopi“, „Šop“ für die Menschen auch etwas Spöttisches und Geringschätziges.

Trotzdem blieb der Zwang für die Menschen im Šopluk zu Abgrenzung und Zuordnung nicht aus, im Gegenteil, die Indifferenz der lokalen Bevölkerung gegen nationale Zuordnung intensivierte die Bestrebungen der neuen nationalen Zentren: Die Grenze war nicht nur eine Linie, die durch die Landschaft gezogen wurde. Auf beiden Seiten symbolisierte sie die tiefgreifenden Veränderungen, in denen die Städte ihr Gesicht und ihre Sprache veränderten. Anstelle der osmanischen Agas und Begs hatten nun serbische bzw. bulgarische Beamte das Sagen, die aus anderen Gegenden kamen und als Befreier gewürdigt werden wollten – und dies obendrein in einer Sprache, die die Bauern zwar verstanden, deren Gebrauch jedoch mühsam zu erlernen war. Dementsprechend beschwerten sich die Lehrer auf beiden Seiten der Grenze, die Kinder würden ein grausiges Serbisch bzw. Bulgarisch sprechen. Die Forderung der Beamten nach Untertänigkeit und Loyalität aber war weitreichender als in der osmanischen Zeit und berührte nun die gesamte Alltagsökonomie der Landbevölkerung. Um bei der Sprache zu bleiben: Diese wandelte sich von einer offenen Kommunikationsmöglichkeit, vermittels derer bisher auch mit Kaufleuten aus Zentralserbien und Zentralbulgarien einigermaßen Verständigung erzielt werden konnte, in einen randständigen Dialekt, der die Rückständigkeit und Unzivilisiertheit des Sprechers anzeigte, der sich dessen zu schämen hatte, dass er die neuen Hochsprachen nicht beherrschte.

Buchstäblich einschneidender war die Erfahrung, dass die Grenzlinie willkürlich Äcker, Wiesen und Dorfgemarkungen trennte. Da es sich bei den Dörfern dieser Region zumeist um Weiler und Streusiedlungen handelte, blieben oftmals ganze Viertel auf der jeweils anderen Seite der Grenzlinie. Die Grenze wurde insgesamt zu einer Barriere, die einen bis dahin vertrauten Raum fremd erscheinen ließ, indem dieser sich nur noch

an jenen vom Staat bestimmten Punkten der Passage erschließen ließ. Dadurch veränderten sich die Landschaft und die Formen von Kommunikation, indem nicht mehr gewohnte, leicht zu bewältigende Pfade begehbar waren, sondern Straßen kompliziert und umständlich unter Beachtung der Grenze in unwegsamem Gelände verliefen.

Über Jahrhunderte war die Region von einer dialektischen Beziehung zwischen einer transeuropäischen Route und den Mikroregionen geprägt. Durch diese Landschaft führte seit der Antike die *Via militaris*,

Die Region war auch in osmanischer Zeit keineswegs so rückständig, wie es die Klischees über den Balkan besagten.

die Mitteleuropa mit Konstantinopel verband. Nicht zuletzt durch westliche Gesandtschaften, die an den Hof des Sultans auf dieser alten Heerstraße zogen, sind zahlreiche Beschreibungen dieser Region seit dem 15. Jahr-

hundert erhalten geblieben. Sie berichten von der Kommunikation der lokalen Bevölkerung mit den Fremden durch Handel. Die Bauern verkauften den Reisenden Lebensmittel wie Mehl, Gemüse und Früchte und hinterließen in den Berichten nicht unbedingt den Eindruck großer Not und Armut, wie sie sonst immer mit der „Türkenzeit“ in der jeweiligen Nationalgeschichtsschreibung verbunden ist. So war diese Region einerseits von ihrer Kleinteiligkeit geprägt, aber zugleich auch von einem regelmäßigen Kontakt mit den Reisenden, die zwischen Wien und Konstantinopel/Istanbul unterwegs waren.

Dies setzte sich nach 1878 und in einer anderen Konstellation in neuer Qualität fort. 1888 wurde das durch Caribrod führende Teilstück des Orient-Express eröffnet, der Westeuropa mit Istanbul verband. Einerseits schrumpfte dadurch der Raum zwischen Paris und Istanbul gleichsam zusammen, andererseits veränderte sich die Kleinstadt Caribrod am Rande Serbiens und Bulgariens grundlegend: Neue Menschen mit neuen Berufen kamen in die Stadt, die zum Grenzbahnhof wurde und den Orient-Express somit im Unterschied zu den anderen Stationen länger zum Halten zwang. Von den Bahnbeamten über die Eisenbahn-Mechaniker bis hin zu Gastwirten, die die neuesten europäischen Zeitungen bereit hielten, entwickelte sich mitten in der scheinbaren Peripherie, weit weg von den neuen nationalen Zentren, eine kleine urbane Infrastruktur, mitten in der – wie es die bulgarischen Staatbeamten und Neuankömmlinge wahrnahmen – Wildnis. Die neuen Zoll- und Bahnbeamten verstanden sich als Kulturträger unter halbwilden Šopen. Ihre Stadt sahen sie als Ausgangspunkt, von dem aus die Zivilisation in die umliegenden Dörfer

getragen werden sollte. Der Orient-Express verkörperte für sie die enge Verbindung zu Europa, über den Neuigkeiten aus Paris, Wien und Budapest in die balkanische Kleinstadt gelangten. So sprachen sie denn auch mit einem gewissen Stolz in dem lokalen Wochenblatt, das auf einer Druckerpresse gedruckt wurde, die ein Caribroder aus Amerika mitgebracht hatte, von der „Schwelle zu Europa“, die diese Kleinstadt für Bulgarien darstellte.

Doch solche Offenheit einer Räume verdichtenden und übergreifenden Identifikation mit Europa, verkörpert durch die regelmäßige Wiederkehr des Orient-Express in beide Richtungen, wurde beständig relativiert durch den Zwang zur Abschließung von Räumen, zu eindeutiger nationaler Ein- und Abgrenzung. 1878 wurde die Stadt – bis dahin tief im osmanischen Reich gelegen – von serbischen Truppen eingenommen, die serbische Regierung reklamierte dieses Gebiet als ursprünglich serbisches für sich. Nach eineinhalb Jahren allerdings, gemäß den Beschlüssen des Berliner Kongresses, wurde Caribrod dem neuen Fürstentum Bulgarien zugeschlagen. Nun war es an den bulgarischen Beamten, Lehrern und Offizieren, den Menschen beizubringen, dass sie nichts anderes als Bulgaren waren und ihre Sprache eine Variante des Bulgarischen. Nach 1920 und dem aus bulgarischer Sicht verlorenen Ersten Weltkrieg wurde Dimitrovgrad dem neuen Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zugeordnet. Die Grenzlinie wanderte nun um einige wenige Kilometer in den Osten der Stadt, und es wiederholte sich der schwierige Prozess einer neuen Grenzziehung, indem wiederum Höfe, Dorfviertel und Felder durchschnitten wurden. Nun kam allerdings für die Bewohner auch unvermittelte Gewalt als Erfahrung von nationaler Zuordnung hinzu. Der bulgarische Staat, der sich mit dem Verlust der so genannten „westlichen Gebiete“ nicht abfinden wollte, unterstützte „nationale Befreiungskomitees“ (im Alltag „Komitadschi“ genannt), die auf dem neuserbischen Gebiet Sabotageaktionen durchführten. Die einheimische Bevölkerung fand sich damit zwischen Hammer und Amboss: Von den Komitadschi wurde mit Waffengewalt Loyalität erzwungen, von den serbischen Gendarmen die Teilnahme an Treibjagden gegen die Komitadschi verlangt. Diese Erfahrung führte zu einem ambivalenten Verhältnis gegenüber nationaler Zuordnung. Diese wurde als verordnet erlebt: Die Änderung der Familiennamen von -ov (bulgarisch) auf -ić (serbisch) war dabei noch die harmloseste Form. 1941 gelangte die Stadt im Zuge des Zweiten Weltkriegs und der Besetzung von Serbien durch Truppen der Deutschen und ihrer Verbündeten wie-

derum unter bulgarische Herrschaft. Nun wurden serbische Bücher verbrannt und alles, was an Serbien erinnerte, sollte im Bewusstsein der Bevölkerung ausgelöscht werden.

Dass sich im föderativen Jugoslawien nach 1945 ein Großteil der Bürger bei den Volkszählungen als „Jugoslawen“ deklarierte, spiegelte die Erfahrung des Zwangs zur nationalen Zuordnung in den Epochen zuvor wider. Gemeinsam mit der bosnischen Stadt Tuzla wies Dimitrovgrad den höchsten Anteil an „Jugoslawen“ auf. „Jugoslawe“ wurde hier zur Chiffre, die es ermöglichte, dem Zwang zu nationaler Eindeutigkeit zu entgehen. Viele Bewohner Dimitrovgrads erklären dies damit, dass sie immer schon an einer wichtigen transnationalen Kommunikationslinie gelebt haben und der Kontakt zu vermeintlich Fremden immer zum Alltag gehörte.

III.

Vermittels des Blicks auf die Mikroebene gesellschaftlicher Prozesse von Zuordnung und Abgrenzung wird deutlich, dass es kaum die bäuerliche Gesellschaft allein war, aus der nationale Zuordnung gleichsam natürlich erwuchs. Vielmehr kam der Zwang und die damit einhergehende Gewalt aus den städtischen Zentren – Nationalität musste den Bauern buchstäblich mit Stockhieben serbischer Gendarmen und bulgarischer Polizisten eingebläut werden. Nach dieser Erfahrung richteten viele Menschen dieser Region ihren Blick auf Gegenden jenseits der Grenzlinie, auf das vermeintlich so Fremde.

Diese Fremden kamen seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts aus östlicher Richtung, vom Ende der Bahnlinie des ehemaligen Orient-express, aus der Türkei – zu dieser Zeit hieß der Zug nun Istanbul-Express und brachte von dort „Gastarbeiter“ nach München und Frankfurt. Nun sahen die Dimitrovgrader gleichsam ihresgleichen aus den Abteifenstern blicken: junge Männer aus Dörfern an der türkischen Peripherie auf dem Weg nach Deutschland. Auch die rurale Bevölkerung Dimitrovgrads strebte zunehmend danach, der in der Grenzlinie symbolisierten Peripherie zu entgehen. Viele gaben die Landarbeit auf, verließen die Dörfer der Umgebung, die bald menschenleer waren, um zunächst in Dimitrovgrad in neuen Berufen zu arbeiten und danach schließlich eine Fahrkarte nach Belgrad oder aber nach Frankfurt zu lösen.

Seelsorge der weiten Wege in Russland. Ein Gespräch mit Pater Karol Maria Mikloško



Seit 2010 ist der aus der Slowakei stammende Pater Karol Maria Mikloško, der der Missionsgemeinschaft „Familie Mariens“ angehört, als Seelsorger in einem kleinen Dorf in Russland tätig. Die Fragen an ihn stellte Christof Dahm. Die beigefügten Bilder hat freundlicherweise Ottmar Steffan (Caritasverband der Diözese Osnabrück) zur Verfügung gestellt, der Pater Mikloško im Februar 2011 besucht hat.

In der Russischen Föderation bilden die katholischen Christen eine kleine Minderheit. Viele Gemeinden leben in Städten, andere weit zerstreut auf dem Land. Wo genau liegt Ihre Gemeinde Alexejevka, wie groß ist sie?

In der russischen Teilrepublik Baschkortostan liegt in einem ehemals russlanddeutschen Dorf unsere Missionsstation Alexejevka, etwa 80 km westlich der Millionenstadt Ufa und 150 km östlich vom Uralgebirge. In diesem 300-Seelen-Dorf lebten früher viele Wolgadeutsche, die unter Stalin 1941 aus der Ukraine hierher deportiert worden waren. Zur Pfarrgemeinde zählen heute in einem Umkreis von 220 km neben acht umliegenden Dörfern auch die Städte Oktjabrskij, Davlekanovo und Urussu an der Grenze

zur Teilrepublik Tatarstan. Um nur einen kleinen Eindruck zu vermitteln, welch riesige Gebiete einzelne Pfarreien hier im Osten umfassen, sei erwähnt, dass zwischen Alexejevka und der „Nachbar“-Pfarrei Orsk im Ural eine Distanz von rund 750 km liegt.

Die von Ihnen betreute Gemeinde setzt sich aus Menschen verschiedener Altersgruppen, aber sicher auch aus verschiedenen Nationalitäten zusammen. Welche besonderen Probleme gibt es bei der geistlichen und karitativen Betreuung der Kinder und der Erwachsenen?

Eigentlich bin ich noch zu unerfahren und zu jung, um diese Fragen umfassend zu beantworten, da ich als Neupriester erst seit einem Jahr in der

Russlandmission tätig bin. Als erster Missionar hat mein österreichischer Mitbruder Pater Johannes Franz Kirchner von 1994 an hier zusammen mit Schwestern unserer Gemeinschaft



Pater Karol Maria Mikloško

sechzehn Jahre gewirkt; leider ist er mit nur 48 Jahren am 11. Januar 2010 zu Gott heimgegangen. Mir wurde wenige Wochen später, im März 2010, die Weiterführung der Mission meines Mitbruders übertragen

Was die Altersgruppen und die verschiedenen Nationalitäten betrifft, hat sich Alexejevka seit den neunziger Jahren sehr verändert. Einst wurde im Dorf ausschließlich Deutsch gesprochen. Inzwischen sind die meisten wolgadeutschen Katholiken in den Westen ausgewandert, nachdem sie ihre Häuser an Baschkiren, Russen und Tataren verkauft hatten, die größtenteils konfessionslos sind und kein Interesse am Glauben haben. Diese Tatsachen haben das Pfarrleben selbstverständlich grundlegend verändert, und

alles zusammen wirkt sich auf die pastoralen Zukunftsaussichten hier auf dem Land nicht gerade ermutigend aus.

Das größte Problem scheint mir darin zu liegen, dass den Menschen Glaube, Vertrauen und Liebe fehlen. 70 Jahre lang wurde ihnen gesagt: „*Es gibt keinen Gott!*“, und bei vielen scheint Gott in ihrem Leben tatsächlich keinen Platz zu haben! Verheerende Folgen des kommunistisch-atheistischen Denkens waren und sind Resignation und Hoffnungslosigkeit, ein enormer Werteverfall und die Sünde in jeder Form. So sehen wir es als Missionare immer mehr als unsere Hauptaufgabe, uns der Formung der „zukünftigen Generation“ anzunehmen, der Kinder und Jugendlichen. Sie wachsen zwar in einem Land von Märtyrern und Bekennern auf, doch sind gerade sie durch Führungslosigkeit und Gleichgültigkeit ihrer Eltern vielfach gefährdet und dem Alkohol und der Kriminalität ausgeliefert. Da im weiten Umkreis Alexejevkas nichts für die Kinder und Jugendlichen getan wurde, kümmerte sich Pater Johannes mit den Schwestern von Anfang an besonders um sie. In den letzten Jahren begann er hier in der Missionsstation auch mit dem Bau eines geräumigen Kinderhauses, dessen Innenausbau wir gerade fertig stellen. Dorthin sollen die Kinder in Zukunft zum Beten, zur Katechese, zum Spielen, zum Lernen und zum Übernachten während der jährlichen Lager kommen können, die wir vor einigen Jahren einführten.

Im Sommer laden wir ein zum „Minilager“ der Kindergartenkinder,

zum Kinder- und Mädchenlager sowie zum Ministrantenlager des gesamten Dekanats mit unserem Diözesanbischof Clemens Pickel. Solche und ähnliche „Aktionen“ tragen dazu



Gruppenstunde

bei, die Beziehung zwischen uns Missionaren und „unseren“ Kindern zu festigen. Gleichzeitig bildet dieser gemeinschaftliche Rahmen eine schöne Möglichkeit, die Kinder neben Singen, Spielen, Theater, kleinen Ausflüge hin zu Jesus und zu den Sakramenten zu führen und ihnen die Wichtigkeit der Gottesmutter als ihrer persönlichen Mutter aufzuzeigen.

Viele Erwachsene sehen hier auf dem Land keine Perspektiven für ihr Leben und verfallen deshalb dem Alkohol. Wenn die Ehemänner zudem zum Geldverdienen vielfach für drei bis sechs Monate in die Bergwerke oder in die Hafenstädte des Nordens fahren müssen, hilft das dem Familienleben bestimmt nicht. Die Kolchose, die in kommunistischen Zeiten ein gemeinsames Unternehmen der Dörfer war, hat Bankrott gemacht; zurückgeblieben sind zahlreiche Arbeitslose ohne Geld und Lebens-

grundlage. Dementsprechend oft kommt es vor, dass Familienväter oder -mütter sich mit der Bitte um materielle Hilfe bzw. um eine Arbeitsmöglichkeit an uns wenden. Lebensmittel, Kleidung, Medikamente und Heizmaterial sind ebenso gefragt wie z. B. ein neuer Warmwasserspeicher. Wir haben uns angewöhnt, die Bittsteller daheim zu besuchen. So lernen wir einerseits jede einzelne Familie besser kennen und können uns andererseits vergewissern, wie es materiell und spirituell wirklich um sie steht. Dank der Unterstützung von Wohltätern können wir in vielen Fällen gezielt helfen.

So kann es schon einmal vorkommen, dass wir einer Familie ein Schwein schenken, um bei ihnen Verantwortungsbewusstsein und die Beziehung zu eigenem Besitz zu fördern. Damit sich aber vor allem die Männer nicht gedemütigt fühlen, bitten wir manchmal den ein oder anderen arbeitslosen Bittsteller, als „Gegenleistung“ auf der Missionsstation einfache Arbeiten zu übernehmen wie z. B. Holzhacken oder Schneeräumen.

Immer wieder hören wir im fernen Westen davon, dass gerade die alten Frauen während des Kommunismus am Glauben festgehalten haben. Können Sie darüber etwas mehr erzählen?

Besonders alte Leute leben hier in extrem armen Verhältnissen. Sie haben oft keine Familienangehörigen, die sich um sie kümmern, weil diese entweder weit weggezogen sind oder keinen Kontakt mit ihren alten Verwandten pflegen. Es ist für sie immer

eine Freude, wenn jemand zu Besuch kommt, sich Zeit nimmt zum Zuhören, mit ihnen betet und ihnen die heilige Kommunion bringt.

Viele sind in Altenheimen untergebracht, die je nach Leitungspersonal sehr verschieden geführt sind. Im Nachbardorf konnten wir dank einiger Wohltäter für das dortige Heim z. B. eine neue Waschmaschine kaufen sowie Farbe zur Renovierung des gesamten Gebäudes.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, diese Babuschkas (Mütterchen) und Deduschkas (Väterchen), die nicht mehr zur heiligen Messe kommen können und ohne jede Altersversorgung auf sich allein gestellt sind, einmal in der Woche aufzusuchen. Immer wieder erzählen uns die Babuschkas in ihrem starken deutschen Dialekt von einst Erlebtem. Die meisten von ihnen haben unsägliche Leiden durchgemacht, doch ausnahmslos strahlen sie alle Friede und großes Gottvertrauen aus. Eine von ihnen, Elisabetha Andreevna Dajtche, lernte Pater Johannes bereits 1996 kennen. Bei jedem seiner Besuche fand er diese große Beterin umgeben von ihrem größten Schatz, einem Stapel handgeschriebener Gebetbücher. 1941 war sie als Deutsche von einem Tag auf den anderen aus der Ukraine in den Norden deportiert und irgendwo einfach aus dem Zug geworfen worden, „wo die Wölfe noch g'sprungen sind“, wie sie sagte. Ihr Mann, der in ein Arbeitslager nach Sibirien verschleppt worden war, blieb für immer verschollen.

Auf der Suche nach Katholiken war Anfang der neunziger Jahre erst-

mals ein Priester ins Dorf Urussu gekommen. Die damals 80jährige deutschstämmige Ursula Feser erzählt, dies sei für sie gewesen, „wie wenn der Herrgott selber gekommen wär“. *Hab' ich doch nur in meiner frühen Kindheit die Gnad' gehabt, einen Priester zu seh'n. Dann 60 Jahr' nicht mehr! Nie hätt' ich mir gedacht, dass ich's noch erleben werd', einen Priester zu seh'n.*“ Pater Johannes feierte später immer im Haus von Babuschka Ursula für die Dorfleute die heilige Messe. Selbst ihr Ehemann, ein Muslim, begann mit der Zeit, auf seiner Gebetsschnur mitzubeten.

Beschreiben Sie bitte, wie Ihr Alltag abläuft. Wie gestaltet sich die seelsorgliche Arbeit (Gottesdienste, Andachten), gibt es Angebote in verschiedenen Sprachen? Haben Sie Mitarbeiter wie z. B. Ordensschwwestern oder auch engagierte Laien, die Sie bei der Katechese und beim Besuch von Kranken und alten Menschen unterstützen?

Momentan sind neben mir als Priester drei Schwestern und drei Brüder in Alexejewka tätig. Unser Alltag beginnt um 7.00 Uhr mit dem gemeinsamen Morgengebet in unserer Hauskapelle. Nach dem Frühstück geht jeder an seine Arbeit. Schreibarbeiten im Büro, Haushalt und Arbeiten ums Haus herum; Telefon- und Pfortendienst, Vorbereitung auf die nächste Predigt oder die Kinderstunde, auf die Katechese oder die kommende Missionsfahrt in eines der Dörfer – all das gehört zum Vormittag. Um 12.00 Uhr mittags treffen wir

uns erneut gemeinsam zum Rosenkranzgebet in der Kapelle. Nach dem gemeinsamen Mittagessen haben wir ein wenig freie Zeit, ehe wir um 15.00 Uhr zur *Heiligen Stunde*, zur *Stunde der Barmherzigkeit* zusammen kommen. Dazu betrachten wir jeweils einen Kreuzweg und beten den Rosenkranz. Um 18.00 Uhr feiern wir dann in unserer Holzkirche täglich gemeinsam mit den Gläubigen auf Russisch die heilige Messe. Daneben verbringen wir viel Zeit im Auto, sei es auf der Fahrt zu pastoralen Besuchen in unseren Dörfern, sei es für Krankenbesuche mit Sakramentenspendung oder ganz einfach nur, um Einkäufe, Besorgungen auf dem Konsulat oder anderes in der Großstadt Ufa zu erledigen.

Jeden Dienstag-, Donnerstag- und Sonntagnachmittag leiten unsere Schwestern jeweils die Kinderstunde, zu der mittlerweile bis zu 30 Kinder in die Missionsstation kommen. Diese aufblühende Kinderpastoral ist uns eine ganz besondere Freude und ein Trost. Als vor einigen Jahren eine kurdische Familie aus Armenien hierher nach Baschkortostan kam, nahm ihr 12jähriger Sohn Vadim aus purer Neugier öfters bei uns an der heiligen Messe teil. Im Jahr 2009 fragte er schließlich von sich aus, ob wir ihn auf die Taufe vorbereiten würden, denn, so erklärte er: „*Ich möchte ‚so ganz‘ glauben.*“ Zu Ostern 2010 empfing er die Taufe und die Erstkommunion und ist seither ein fleißiger Ministrant.

Was auch nicht vergessen werden darf: Zum Missionsalltag gehören bei uns gewissermaßen auch zahlreiche unvorhergesehene Situationen. So helfen wir im Winter oder Frühling

oft den im Schnee bzw. Matsch und Schlamm steckengebliebenen Autos oder fahren einen ärztlichen „Notfall“ ins 30 km entfernte Krankenhaus. All dieses Wirken wäre ohne die Mitarbeit unserer Schwestern geradezu undenkbar. Sie sind mir als Priester eine nicht wegzudenkende Hilfe und Stütze. Ihre Gebete, Opfer und mütterliche Gegenwart tragen die Last der Mission wesentlich mit.



Winter in Alexejewka

Zu Ihrer Gemeinde gehören sicher auch Menschen, die nicht unmittelbar im Ort Alexejewka wohnen. Welche besonderen Herausforderungen stellen sich für die Seelsorge der weiten Wege?

Wie schon erwähnt, betreuten wir früher zahlreiche Wolgadeutsche draußen in den verstreut liegenden Dörfern. Heute kommen nur noch kleine Gruppen von Gläubigen, vereinzelt „Babuschkas“, und manche ihrer Enkelkinder dankbar zusammen. Gleich geblieben sind die weiten Entfernungen innerhalb unserer Pfarrei, die flächenmäßig fast so groß ist wie die Schweiz. Gleich geblieben

sind für die Betreuung unserer Gläubigen also auch die langen Fahrten, die wir jedoch ganz bewusst als Teil unserer „Seelsorge der weiten Wege“ betrachten. So legte Pater Johannes in einem Jahr bis zu 50.000 km zurück, und uns geht es jetzt ähnlich. Der Vorteil dabei ist, dass es sich auf einer zehnstündigen Fahrt sehr gut beten und meditieren lässt! Und Gott hält unterwegs immer wieder Überraschungen für uns bereit.

Natürlich sind die „weiten Wege“ anstrengend und besonders auch in Winternächten, bei -30 bis -40°C oder bei starkem Schneefall, nicht ungefährlich, wenn der Motor abstirbt oder man stecken bleibt. Auf einer solchen Fahrt zurück von Saratov, wo wir Bischof Clemens Pickel besucht hatten, lief plötzlich um halb drei Uhr morgens ein alter Mann in Hausschuhen vor unserem Auto auf der Fahrbahn. Er war bestimmt an die 80 Jahre alt und offensichtlich verwirrt. Er wusste nicht, wo er sich befand, und vor allem wusste er nicht, dass das Gehen auf der nachts von vielen LKW befahrenen Hauptstraße nach Moskau lebensgefährlich ist. Von den frostigen Temperaturen ganz abgesehen! So nahmen wir ihn in das nächste Dorf mit in der Hoffnung, er würde sich dort an irgendetwas erinnern. Dem war leider nicht so, und in unserer Ratlosigkeit fingen wir zu beten an. Gleichzeitig überlegte ich: „Sollen wir den alten Mann zum Schlafen mit zu uns nehmen oder sollen wir doch besser bei der Polizei um Rat und Hilfe fragen?“ In dem Moment kam ein Mann wie „zufällig“ gerade aus dem Haus, vor dem wir angehalten hatten.

Wie sich herausstellte, musste er eben zu dem Zeitpunkt einen Familienangehörigen vom verspäteten Nachtflug am Flughafen abholen. Er kannte „unseren“ Opa und zeigte uns bereitwillig dessen Zuhause. Seine Kinder, Alkoholiker, hatten ihren dementen Großvater noch gar nicht vermisst, als wir an der Haustüre klingelten. Doch wir verstanden durch dieses frühmorgendliche Erlebnis, wie Jesus jede Seele ganz persönlich liebt. Er wollte nicht, dass dieser alte Muslim erfriert oder von einem LKW erfasst wird. So schickte er uns zur rechten Zeit auf unserer 1.000-Kilometerfahrt vorbei und ließ uns dann am rechten Ort den ebenfalls muslimischen Nachbarn treffen, der uns Auskunft geben konnte.

Zu manchen Pfarrkindern kommen wir nur einmal im Monat. Wir machen es gerne, denn gerade hier in der Diaspora wird man sich als Missionar vielleicht am deutlichsten bewusst, wie kostbar jede einzelne Seele ist. Allerdings möchte ich nicht verschweigen, dass es auch Zeiten des Ringens und der Dunkelheit gibt, in denen man sich fragt, ob dieses Den-einzelnen-Seelen-Nachgehen überhaupt einen Sinn hat. Auch Pater Johannes ging es im Winter 2004 einmal so. Da kam ihm von ganz unerwarteter Seite Trost zu, als nämlich zu seinem Erstaunen während der stillen Messvorbereitung plötzlich die Kirchentür aufging und sechs Kinder aus dem Nachbardorf hereinkamen. Bei eisiger Kälte waren sie sechs Kilometer zu Fuß durch den Schnee gestapft! Als hätte diese Überraschung nicht genügt, wiederholte sich der anstren-

gende Kirchbesuch der Kinder in den folgenden Tagen noch mehrmals.

Wie ist das Verhältnis zu den anderen Bewohnern von Alexejewka? Wie gehen die Christen miteinander um? Gibt es gemeinsame Andachten oder andere Formen der Zusammenarbeit?

Unser Verhältnis zu allen Bewohnern Alexejewkas, ob gläubig, ungläubig oder andersgläubig, ist gut. Vielleicht auch deshalb, weil die Leute darauf vertrauen können, dass sie, wenn es nötig ist, von uns Hilfe bekommen. Auch die örtlichen Behörden legen uns keine Hindernisse in den Weg, was unsere Mission oder Visa und Dokumente betrifft, und wir unsererseits helfen, wo es geht. Erst vor kurzem bat uns z. B. die Bürgermeisterin des benachbarten Dorfes um den Kauf einer neuen Tiefwasserpumpe für die einzige saubere Quelle im Ort, um damit Schule, Kindergarten, Kolchose und Geschäft versorgen zu können, da das bisher benützte Brunnenwasser gesundheitsschädigend ist.

Was die anderen Religionsgemeinschaften betrifft, so haben wir zwar keine gemeinsamen Gebetstreffen oder Liturgien, aber wir leben in friedlichem Miteinander. So besuche ich regelmäßig die orthodoxen Priester in der Umgebung. Im Nachbardorf gibt es eine evangelische Gemeinde mit einem Prediger, der von Beruf gelernter Elektriker und ein überaus liebenswerter Mensch ist. Viktor hat die gesamte Elektroinstallation unserer katholischen Kirche eingebaut und kommt ab und zu sogar zur Messe.

Auffallend und interessant dabei ist, dass er für seinen Messbesuch fast immer den Samstag wählt, an dem ich stets über die Muttergottes predige.

Der muslimische Mullah lebt nur zwei Häuser weiter, und seine Enkelkinder kommen von sich aus regelmäßig zur Messe und zur nachmittäglichen Kinderbetreuung. Dabei nützen wir öfters die Gelegenheit, ihnen auch ein schönes Beispiel aus dem Leben der Heiligen zu erzählen. Dies gefällt den Kleinen immer sehr. Da sie daheim gleich alles weitererzählen, ist die Familie des Mullah immer auf dem neuesten Stand, was in der katholischen Kirche erzählt wird.

Zum Abschluss noch eine persönliche Frage: Wie fühlen Sie selbst als Seelsorger in einer ländlichen Gemeinde in Russland? Was sind Ihre wichtigsten Erfahrungen, die Sie unseren Leserinnen und Lesern mitteilen möchten?

Als ich nach dem Tod meines Mitbruders Pater Johannes im März 2010 nach dem Studium in Rom in die Russlandmission nach Alexejewka kam, war dies für mich eine große Umstellung. Aufgewachsen in der Stadt Nitra (Slowakei), hatte ich das Landleben als Schulkind und Jugendlicher nie unmittelbar kennen gelernt. Selbst die Schulferien bei meinen Großeltern beiderseits verbrachte ich stets in der Stadt. Später folgte das Theologiestudium in Rom, und so war besonders der Anfang in diesem kleinen Dorf „am Ende der Welt“ tatsächlich eine gewisse Herausforderung.

Das stille Leben hier, wo jeder jeden kennt, zwang mich geradezu – ganz unabhängig von der russischen Sprache – jeden Tag Neues zu lernen. Rasch verstand ich, dass es im Umgang mit den Dorfbewohnern und in der pastoralen Arbeit weniger „der hohen Theologie“ bedarf, dafür aber der Herzlichkeit und des Mitleides mit der inneren und äußeren Armut der Menschen. Vor allem braucht es eine gewisse Einfachheit, die ich persönlich wie in einem „Intensivkurs“ erwerben musste. Gefragt sind hier auch viel praktischer Sinn, ein Auge für das Wesentliche und eine schier grenzenlose Flexibilität, denn es vergeht kaum ein Tag, an dem sich nicht etwas ändert oder dazwischenkommt.

Die missionarische Arbeit scheint oft klein, ja unscheinbar. Sie besteht aus Besuchen bei Kranken und Sterbenden und der Spendung der Sakramente, aus dem Sich-Zeit-Nehmen für das Spielen und Beten mit den Kindern und Jugendlichen und aus

langen pastoralen Reisen zu einzelnen Pfarrmitgliedern. Ja, es ist eben keine Stadtpfarrei mit 8.000 bis 10.000 Pfarrkindern. Doch der Blick auf den Guten Hirten genügt mir, um zu wissen, dass sich der liebevolle Einsatz für jede einzelne Seele lohnt. Wie erfüllend ist es beispielsweise, wenn ich irgendwo in einem „abgelegenen Nest“ einem Beichtkind zum ersten Mal wieder nach vielen Jahren die Absolution geben darf!

Alles in allem bin ich im Rückblick auf mein erstes „Missionarsjahr“ sehr dankbar, dass ich hier sein darf, und es schiene mir persönlich für jeden Priester aus dem Westen eine unbezahlbar reiche pastorale Erfahrung zu sein, für eine gewisse Zeit in Russland zu wirken. Man lernt in aller Einfachheit einfache Menschen näher zu Gott und zur Gottesmutter zu führen, ihnen zu helfen, an seine Liebe zu glauben, und auf diese Liebe mit Vertrauen zu antworten. Und dabei erfährt man selbst die Liebe Gottes.

Ostwind (1932)

Der oberschlesische Raum mit seiner ethnischen Gemengelage bildet den Hintergrund für das schriftstellerische Werk von August Scholtis (1901-1969), der selbst aus dieser Region stammt und in seinem 1932 erschienenen Erstlingswerk „Ostwind“ in kräftigen Strichen und expressionistischer Sprache die Menschen in den Umbrüchen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zeichnet. Die Rubrik „Reiseimpressionen“ ist in vorliegendem Auszug wörtlich zu verstehen, geht es doch um eine besondere Art von Reise, auf die sich Milka Balzerova um das Jahr 1870 macht. Die Auszüge stammen aus der 1986 bei dtv erschienenen Ausgabe, S. 7 f. – Zur weitergehenden Information sei auch auf den Beitrag von Marcin Wiatr in vorliegendem Heft verwiesen.

Emilia, von den Kundigen Milka Balzerova genannt. Landstreicherin im Namen der allerheiligsten Jungfrau Maria von Czenstochau: Dreckig. Speckig. Klein von Wuchs. Gedrungen von Gestalt. Gedunsen von Gesicht ... Tochter des längst in Gott abgetretenen totgeprügelten Leibeigenen, Freiheitskriegers und Ackerknechtes Zunamens Balzer, brach alljährlich entschlossen, einsam und allein gen Czenstochau auf, dem berühmten Wallfahrtsort im Russisch-Polnischen, um dort der schwarzen, wundertätigen lieben Frau zu danken, für abgewendete Epilepsie, etwelche ihr ungarische Honvedhusaren 1866 mutig, tapfer und fürs Vaterland, unweit Ratibor, nahe dem Österreichischen, in den dreckigen Leib gehauen. Pünktlich, der Morgensonne nachgeübt, ging Milka los. An jenem bestimmten unverrückbaren Maientag, allwo die Sonne aus den Waldwipfeln stieg, um zugleich zwischen dem linken Kreuzflügel des marmornen, bombastischen Grabdenkmals: „Derer von Moto Homo ...“ ein wenig vielsagend ... zu rollen. Alsdann und zur Mittagszeit hoch und immer höher schraubend, nach ewigen Gesetzen. Prall und vertikal in die Jauchegrube sengend. Die Jauchegrube, deren etliche

Quellen um, in und auf den Schweinestall des Bauern Jeremiasch Kukla sickerten, wo Milka zu kampieren beliebte. Ungestört seit vielen Jahren. Bereichert im Überfluß von den Düften (auch noch) aus der engnachbarlichen, protzigen Domäne der obig benamsten und selbigen „Edlen und preußischen Junker Udo Toto von Moto Homo, residierend in Gerechtigkeit auf Kosbuchna“ im Oberschlesischen, unweit Pleß, einer kleinen schmutzigen Stadt, von den Bauern genannt Pschczynna, was heißt etwa soviel denn „Null Komma nischt“ ...

Zwanzig Tage und noch mehr Nächte regnete der Himmel auf die Pilgerin. Bockte die Sonne diesen lebendigen Bolzen, abgeschossen gen Czenstochau. Mit wabbelndem Munde betend. Mit krätzigen Fingern den Rosenkranz abkullernd. Fromme Lieder krächzend zur Tageszeit. In Bauernkaten schmatzend zur Mittagszeit. Im Walde schnarchend zur Nachtzeit.

Zwanzig weitere Tage rutschend über unzählige Treppen, Fliesen und Terrassen zur Gnadenkirche. Mit dem Munde betend. Mit dem Herzen sehnd. Rosenkranz kullernd. Zerschluchzt. Zerknirscht.

Und seit Ewigkeiten, seelisch zertreten. So wie nun solches geschehen in Überfülle, wie alle Jahre zwanzig Tage und noch mehr Nächte, füllte Milka das zierliche Fässel mit geweihtem Wasser (diesem wichtigen Konsum für oberschlesische Bäuerinnen). Zahlte ehrlich und brav so manchen Obolus aus frommer Hand, in erwartungsvoll klingende Kisten und Kasten. Bestellte Messen im Auftrage der Bäuerinnen und zog wieder von dannen: Dreckig. Speckig ... Hungrig und in Gott Christum, nebst seinen Heiligen, südwestwärts gen Tarnowitz. Gen Sackowitz. Gen Kattowitz, Pleß und heim nach Kosbuchna.

Reise in die Kindheit (1988)

Auch im Werk des Schriftstellers Horst Bienek (1930-1990) steht die wechselvolle Geschichte Oberschlesiens im Mittelpunkt, besonders in der zwischen 1975 und 1982 erschienenen vierteiligen Romanreihe über seine Heimatstadt Gleiwitz. Der vorgestellte Textauszug beschreibt die Situation in Gleiwitz/Gliwice kurz vor der gesellschaftlich-politischen Wende 1989/90. Zugrunde liegt die 1993 in Gliwice erschienene Ausgabe „Reise in die Kindheit. Wiedersehen mit Schlesien“ (S. 82-85). – Zur weitergehenden Information sei auch hier auf den Beitrag von Marcin Wiatr in vorliegendem Heft verwiesen.

Ein Stadttheater, mit Sprechtheater und Operette, gelegentliche Operngastspiele aus Beuthen und Kattowitz, eine Maschinenbauschule, ein Flugplatz, ein Rundfunksender, der Klodnitzkanal, der Hafen, die Reichsautobahn, ein Druckhaus, zwei Tageszeitungen, fünf Kinos, viele Hotels, darunter das größte in der ganzen Provinz, das berühmte „Haus Oberschlesien“. Eine Verwaltungsstadt mit der Generaldirektion der VOH, der Oehringer Bergbau AG, des Berg- und Hüttenmännischen Vereins, des Kohlensyndikats, der Ballestremischen Güterdirektion, der Knappschaft.

Die reichen Leute waren sehr reich. Und die armen Leute sehr arm. In Mathesdorf gab es eine Siedlung mit Lumpen-Proletariat, die wurde „Kamerun“ genannt, weil es dort wie in Afrika zugehen sollte. Und ein paar Kilometer weiter im Norden hatten die Schaffgottschs in Flössingen ein kleines Versailles gebaut, und die Ballestrems ein kleines Sanssouci. Die Fürsten von Pleß waren noch reicher, sie sollen reicher als der alte Kaiser gewesen sein. Sie haben alles nach dem Ersten Weltkrieg verloren. Und die andern nach dem Zweiten Weltkrieg.

Heute gilt Gliwice als eine Wissenschaftsstadt. Hier gibt es inzwischen eine Technische Universität, verschiedene Fachschulen, Ingenieurschulen. Man sagt, südlich von Warschau gibt es keine bessere

Ausbildungsstätte für Techniker. Aber die kulturellen Belange kamen dabei zu kurz. Es gibt kein Theater, nur Operette wird manchmal, im ehemaligen Schützenhaus „Neue Welt“, gespielt. Eine Zeitung, Partei-Organ aus Katowice, mit Kopfblatt. Nur wenige Restaurants und die sind immer überfüllt. Ein Gästehaus der Regierung am Waldbad. Kein Hotel in der ganzen Stadt. Das nächste ist in Katowice, also immerhin eine halbe Stunde entfernt. Katowice ist die Hauptstadt der Woiwodschaft *Gorny Slask* (Oberschlesien), und Gierek, der hier lange Parteisekretär war, hat hauptsächlich seine Stadt gefördert und die andern vernachlässigt. Die Kattowitzer Philharmonie zum Beispiel gilt heute neben der Warschauer als das beste Orchester Polens und gastiert häufig im Westen. Allerdings nicht im benachbarten Gliwice, denn da gibt es keinen geeigneten Saal für Konzerte.

Ich habe in Gliwicz mit einer Gruppe von Menschen gesprochen, die sich, im Schutz der Kirche, schon vor Jahren zu einer Art Bürgerinitiative zusammengeschlossen haben. Sie haben immer wieder politische Schwierigkeiten gehabt, es hat auch schon Verhaftungen gegeben, doch im Augenblick genießen sie behördliche Unterstützung ...

Der Sprecher dieser Gruppe ist Geschichtslehrer. Er ist in der deutschen Zeit hier geboren, ging zuerst in eine deutsche, dann in eine polnische Schule und hat in Krakau studiert. Er spricht fließend deutsch, mit einem leichten Akzent. Ich frage ihn, ob er sich als Pole oder als Deutscher fühle. Und er antwortet ein wenig sibyllinisch: Ich habe einen polnischen Paß.

Die Katholische Landvolkbewegung (KLB) setzt sich seit vielen Jahren für die Entwicklung der ländlichen Räume in ganz Europa ein. Vertreter aus mehreren europäischen Ländern kamen vom 26. bis zum 28. Oktober 2009 zur Tagung „Ländliche Entwicklung in Europas Regionen“ in der Katholischen Landvolkshochschule Wies „Dr. Georg Heim“ bei Steingaden zusammen. Die Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten die nachstehende Resolution. Den bisher unveröffentlichten Text stellte freundlicherweise Frau Veronika Stich, Oberostendorf, zur Verfügung.

„Ländliche Entwicklung in Europas Regionen“

Die Länder Europas befinden sich in einem enormen Umwälzungsprozess, der alle Bereiche des gesellschaftlichen, kirchlichen und persönlichen Lebens betrifft. Die Erweiterung der Europäischen Union ist Hoffnungszeichen und zugleich Herausforderung. Wir erkennen an, dass sich dadurch neue Chancen aufgetan haben, dass Metropolregionen einen enormen Auftrieb erfahren und Europa sich damit für den globalen Markt rüstet.

Gleichzeitig sehen wir die Gefahr, dass Teile des Ländlichen Raums in Europa – in der EU umfasst der Ländliche Raum 80 Prozent der Fläche – mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten und ausbluten. Seine prägenden Elemente – eine vielfältige bäuerliche Landwirtschaft, Handwerk und Handel – sehen sich einem gravierenden Strukturwandel gegenüber, der durch die demografische Entwicklung zusätzlich verschärft wird.

Ländliche Regionen standen bislang in herausragender Weise für den Erhalt von Identität, christlicher Kultur und Wertevermittlung, für Beheimatung und Verantwortungsbewusstsein für die Allgemeinheit. Sie sind ein wertvoller Lebensraum, den es durch eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung zu erhalten gilt. Der gemeinsame christliche Glaube motiviert uns, auf aktuelle Entwicklungen aufmerksam zu machen, Verantwortliche zu gewinnen, diese zu schulen und in ihrem bürgerschaftlichen und kirchlichen Engagement zu begleiten.

Wir fordern deshalb Politik, Kirche und Gesellschaft auf, im Bereich

LANDWIRTSCHAFT

Bedingungen zu schaffen, dass eine vielfältige, multifunktionale bäuerliche Landwirtschaft auch in Zukunft existieren kann; zudem soll die regionale Vermarktung von Lebensmitteln gefördert werden – dazu gehören klare, verständliche und ehrliche Kennzeichnung von Lebensmitteln, Stärkung des Verbraucherbewusstseins, direktere Kommunikation zwischen Erzeuger und Verbraucher, Kontrolle der Marktmacht der Lebensmittelkonzerne.

KIRCHE / DORF / LAIENENGAGEMENT

dafür Sorge zu tragen, dass Kirche auf dem Land präsent bleibt: Dazu braucht es qualifizierte Haupt- *und* Ehrenamtliche, Priester *und* Laien in den Dörfern. Alle haben den Anspruch, für diesen Dienst befähigt und anerkannt zu werden; bei der Gestaltung der zukünftigen Pastoral darf es nicht nur um strukturelle und organisatorische Fragen gehen, sondern müssen die Menschen mit ihren konkreten und womöglich auch unterschiedlichen Anliegen in den jeweiligen Dörfern in den Blick genommen werden.

AKTIVE BÜRGERGESELLSCHAFT

die Menschen ernst zu nehmen und in ihrer regionalen Kultur zu fördern; dazu gehört, die Möglichkeiten der regional-politischen Partizipation zu erweitern: Die ortsansässigen Bürgerinnen und Bürger verfügen über eine lokale Kompetenz, die sie in besonderem Maße befähigt, die Belange ihres Ländlichen Raumes zu vertreten; der Aufbau von Verbänden und Organisationen als Träger des zivilgesellschaftlichen Engagements muss gefördert und unterstützt werden.

ARBEITEN UND LEBEN IN EUROPAS DÖRFERN

Arbeitsplätze auf dem Land zu schaffen und zu erhalten; dabei sind Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft wichtige Faktoren für die Zukunftsfähigkeit des Ländlichen Raums. Jeder junge Mensch soll

nach seiner Schulausbildung einen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz haben; Politik und Gesellschaft sollen darauf hinwirken, Arbeitsplätze insbesondere im Ländlichen Raum zu begünstigen, um die Lebensbedingungen dort dauerhaft aufzuwerten und zu verbessern; die Europäische Union soll den internationalen Erfahrungsaustausch im Bereich Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft fördern.

BILDUNG / SCHULE / KULTUR

allen Menschen Zugang zu Bildung und Kultur zu ermöglichen; dies bedeutet für die Ländlichen Räume wohnortnahe Schulen, eine praxisnahe Bildung sowie eine zeitgemäße, qualifizierte Jugend- und Erwachsenenbildung.

VERNETZUNG DER LÄNDLICHEN REGIONEN

eine wirksame Zusammenarbeit von Initiativen, Organisationen und Verbänden im Ländlichen Raum europaweit zu initiieren, zu fördern und finanziell zu unterstützen.

Diese Resolution wurde von Vertretern verschiedener ländlicher Verbände und Initiativen aus 18 europäischen Ländern beschlossen.

Katholische Landvolkshochschule Wies, 28. Oktober 2009

Bücher

Gerald W. Creed: Domesticating Revolution – From Socialist Reform to Ambivalent Transition in a Bulgarian Village. Pennsylvania State University 1998.

The International Fund for Agricultural Development (IFAD): Rural Poverty Report 2011. New realities, new Challenges: New Opportunities for Tomorrow's Generation. Rom 2010.

A. Gramzow/P. Krosniak: Entwicklung ländlicher Räume in Polen. Leader+, eine Ergänzung zu traditionellen agrarpolitischen Maßnahmen? In: Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)/Jahrbuch 2006, S. 13-20.

Elke Knappe: Kaliningrad aktuell (Daten, Fakten, Literatur zur Geographie Europas 7). Leipzig 2004.

Elke Knappe: Das Gebiet Kaliningrad – ein neues Fenster Russlands nach

Westen? In: dies./ Evelin Müller (Hrsg.): Brücken, Barrieren, Bilder – Entwicklungsprozesse in europäischen Regionen. Leipzig 2008, S. 48-57.

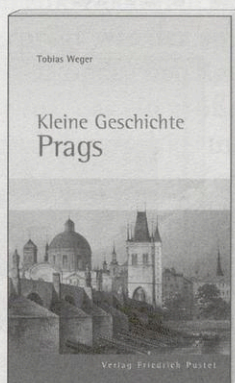
Julian A. Lampietti (u. a.): The Changing Face of Rural Space: Agriculture and Rural Development in the Western Balkans. Washington, DC, 2009.

Agata J. Pieniadz (u. a.): 20 Jahre Transformation der Landwirtschaft in Mittel- und Osteuropa: Errungenschaften und Herausforderungen. In: Berichte über Landwirtschaft 88 (2010), H.1.

Doris Schmied (Hrsg.): Winning and Losing: The Changing Geography of Europe's Rural Area. Ashgate 2005

Hans Viehrig: Polens Landwirtschaft und ländliche Siedlungen in der Transformation. Potsdam 2007.

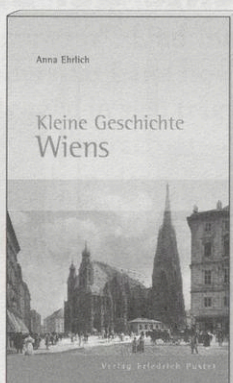
Entdecken Sie die Metropolen Osteuropas!



Tobias Weger
Kleine Geschichte Prags

Ein kompakter Überblick über die mehr als 1000-jährige Geschichte und Vielfalt der Goldenen Stadt an der Moldau.

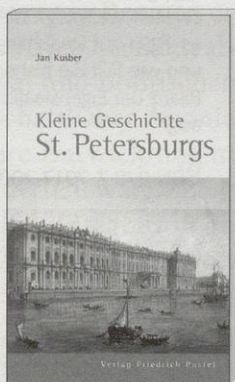
176 Seiten, 40 Abb., frz. Broschur
ISBN 978-3-7917-2329-7
€ 14,90 (D) / € 15,40 (A) / sFr 23,50



Anna Ehrlich
Kleine Geschichte Wiens

Durch die Ostöffnung der EU gelang Wien der Wiederaufstieg zu europäischer Bedeutung.

192 Seiten, 40 Abb., frz. Broschur
ISBN 978-3-7917-2330-3
€ 14,90 (D) / € 15,40 (A) / sFr 23,50



Jan Kusber
Kleine Geschichte St. Petersburgs

Die Entwicklung St. Petersburgs im Spannungsfeld gesamtrossischer und regionaler Geschichte.

176 Seiten, 29 Abb., frz. Broschur
ISBN 978-3-7917-2227-6
€ 14,90 (D) / € 15,40 (A) / sFr 23,50



Brigitte Moser / Michael W. Weithmann
Kleine Geschichte Istanbuls

Immer wieder war Istanbul Brennpunkt großer politischer Ereignisse und Zentrum kulturellen Austauschs zwischen Ost und West.

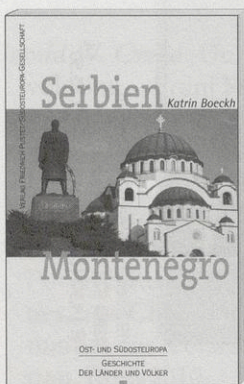
184 Seiten, 35 Abb., frz. Broschur
ISBN 978-3-7917-2248-1
€ 14,90 (D) / € 15,40 (A) / sFr 23,50

Verlag Friedrich Pustet



www.verlag-pustet.de

Ost- und Südosteuropa Geschichte der Länder und Völker



Katrin Boeckh
Serbien. Montenegro

Klar und gut verständlich stellt die Autorin die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der serbischen und montenegrinischen historischen Entwicklungen vom Mittelalter bis in die unmittelbare Gegenwart heraus.

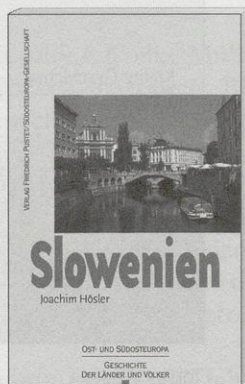
ISBN 978-3-7917-2169-9



Katrin Boeckh/Ekkehard Völkl
Ukraine
Von der Roten zur
Orangen Revolution

1991 erklärte die Ukraine ihre Unabhängigkeit. Die Darstellung setzt die sogenannte Orangene Revolution 2004/2005 in ihren historischen Kontext.

ISBN 978-3-7917-2050-0



Joachim Höslér
Slowenien

Wie entwickelte sich die slowenische Sprache? Wie erging es den Slowenen im Zweiten Weltkrieg? Wie kam es 1991 zur Unabhängigkeit und wie fällt die bisherige Bilanz der Eigenstaatlichkeit aus?

ISBN 978-3-7917-2004-3

Außerdem lieferbar:

Michael Garleff
Die baltischen Länder
ISBN 978-3-7917-1770-8

Hans-Joachim Härtel/
Roland Schönfeld
Bulgarien
ISBN 978-3-7917-1540-7

Ludwig Steindorff
Kroatien, 2. Auflage
ISBN 978-3-7917-1734-0

Ekkehard Völkl
Rumänien
ISBN 978-3-7917-1463-9

Erich Donnert
Rußland (860–1917)
ISBN 978-3-7917-1582-7

Tanja Wagensohn
**Russland nach dem Ende
der Sowjetunion**
ISBN 978-3-7917-1751-7

Roland Schönfeld
Slowakei
ISBN 978-3-7917-1723-4

Markus Mauritz
Tschechien
ISBN 978-3-7917-1769-2

Janos Hauszmann
Ungarn
ISBN 978-3-7917-1908-5

Verlag Friedrich Pustet



www.verlag-pustet.de

Editorial

Kaum eine Region in Europa ist so stark von Gegensätzen und Konflikten geprägt wie der so genannte „Balkanraum“. Und innerhalb dieses südosteuropäischen Raumes ist es besonders das Land Bosnien und Herzegowina, das ein großes Spannungspotenzial in sich trägt. Die Gründe dafür sind vielfältig und liegen – historisch betrachtet – sicher ebenso sehr in der inneren Zersplitterung wie auch in der Fremdbestimmung durch externe Großmächte. Das vorliegende Heft will die unterschiedlichen Faktoren, die zu dem geführt haben, was Bosnien und Herzegowina heute ist, aufzeigen, aber auch die Frage stellen, wie es mit dem Land weitergehen kann.

Der Krieg von 1992 bis 1995 – häufig kurz Bosnienkrieg genannt – hat tiefe Spuren hinterlassen, die noch an vielen Stellen im Lande begegnen und mancherorts auf nicht aufgearbeitete Unversöhntheiten und Traumata hinweisen. Das Verhältnis der hier lebenden Ethnien untereinander, vor dem Krieg eher von starker Durchmischung und guten Beziehungen gekennzeichnet, ist gegenwärtig mehr durch Separation als Kooperation geprägt. Und doch wäre letztere so notwendig!

Deutlich wird in einigen Beiträgen: Es geht derzeit kaum etwas wirklich voran in Bosnien und Herzegowina, das „System Dayton“ hat zwar einen Krieg beendet, aber nicht wirklich geholfen, die ethnischen Spannungen und politischen Antagonismen zu überwinden – und es hat zu wirtschaftlicher Agonie geführt. So steht die Frage im Raum, ob für die weitere Entwicklung nicht doch eine grundlegende Verfassungsreform erforderlich wäre, ebenso wie eine klare Perspektive bezüglich der europäischen Integration des Landes.

Hingewiesen sei noch auf elf kleine Informationskästen, die sich über das Heft verteilt finden. Darin geht es u. a. um „Fußball als Spiegelbild des Landes“ und um „nationalistische“ Bildungspolitik, um die „bosnischen Pyramiden“ und die „Bosnische Kirche“ sowie schließlich um das „und“ im Landesnamen. In ihrer thematischen Vielfalt spiegeln auch diese Beiträge etwas vom bunten und spannungsvollen Charakter des Landes wieder.

Die Redaktion

Geschichte von Bosnien und Herzegowina: betont gegensätzlich oder betonte Gegensätze?

„The important question is not whether a society has conflicts ... but rather how conflicts are handled.“ (V. P. Gagnon)

David Roth, Historiker, arbeitet als Journalist und Berufsschullehrer in Zürich.

Bosnien und Herzegowina steht auf dem Gebiet Jugoslawiens für besonders komplizierte ethnische Verhältnisse. Nachdem die verschiedenen Volksgruppen lange Zeit mehr oder weniger friedlich miteinander gelebt hatten, entwickelten sich im 20. Jahrhundert Konflikte bis hin zum Krieg von 1992-1995. Der Autor zeichnet in markanten Strichen den Weg zu dieser Eskalation nach und beschreibt die aktuelle Lage.

Das Neben- und Miteinander unterschiedlicher Konfessionen und Nationalitäten prägte Bosnien und Herzegowina seit der Zeit der osmanischen Herrschaft. Doch der Zerfall Jugoslawiens und der Bosnienkrieg haben neue Grenzen geschaffen. In der „Republika Srpska“ leben heute mehrheitlich Serben, in der „Föderation“ – der anderen Hälfte des Landes – vornehmlich Kroaten und Muslime. Der übergeordnete Bundesstaat Bosnien und Herzegowina wird durch die politischen Antagonismen dieser zwei unabhängigen Entitäten (Verwaltungseinheiten) gelähmt.

Herrschaft der Osmanen

Im Frühsommer 1463 eroberte Sultan Mehmet II. das Gebiet Bosniens, womit die 400-jährige Herrschaft des Osmanischen Reiches begann. Wirtschaftlich bedeutete die Ankunft der Osmanen zunächst einen Rückschlag, der christliche bosnische Adel wurde entmachtet und durch muslimische Herrscher ersetzt. Da für den Aufstieg in der Hierarchie der

osmanischen Gesellschaft das muslimische Glaubensbekenntnis Bedingung war und sich auch Steuervorteile daraus boten, konvertierten im Verlaufe der nächsten Jahrhunderte große Teile der bosnischen Bevölkerung zum Islam. Auch die Gründung neuer Städte – Sarajevo entstand 1457 als osmanische Garnisonsstadt – und die dort aufgebauten Schulen trugen zur Verbreitung des Islams bei. So war bis ins späte 19. Jahrhundert die Bevölkerung in den bosnisch-herzegowinischen Städten mehrheitlich muslimisch, auf dem Land hingegen hauptsächlich christlich.

Ein „und“, das nicht nur verbindet

Obwohl das Auswärtige Deutsche Amt und die Botschaft von Bosnien und Herzegowina bemüht sind, den Namen des Landes so zu schreiben, wie es 1878 im Berliner Kongress verfügt wurde, zeichnet sich in den letzten Jahren sowohl in den Medien als auch in wissenschaftlichen Abhandlungen eine andere Tendenz ab. Zum einen wird das „und“ häufig durch einen Bindestrich ersetzt, zum anderen wird der Name des Landes nur auf *Bosnien* reduziert, was besonders problematisch ist.

Durch die letztere Art der Namensgebung wird ein Viertel des Staatsterritoriums, das Herzegowina heißt, zwangsbosnianisiert. Was für die einen eine praktische Vereinfachung ist, nutzen die anderen, um eine politische Botschaft zu verbergen: Die Herzegowina ist nur ein Teil Bosniens und keine Region mit einer eigenen Wir-Identität. Auch die unnötige Vereinfachung konstruiert durch ihre ständige Wiederholung mit der Zeit dieses falsche Bild. So wird das *nomen* zum *omen*. Das Leugnen einer eigenen herzegowinischen mentalen Landschaft ist ein innenpolitisches Kapitel aus der neueren Geschichte des Staates Bosnien und Herzegowina und gehört zur Politik der Identitätsbildung der dominanteren, bosnischen Gruppe. So wird eine überaus gefährliche Praxis aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens wiederbelebt: die eigene nationale Ortsbenennung auf andere Gebiete zu übertragen. Der Fall der *Republika Srpska* verdeutlicht brisant, wie man Fakten schafft und *expressis verbis* eine Region als eigen determiniert. Was gestern nicht war, ist heute eine Tatsache. Man muss etwas, bewusst oder unbewusst, nur häufig genug wiederholen, damit es zur Wahrheit wird, denn *contra factum non est disputandum*!

Berislav Župarić

Während andere Balkanstaaten im Verlauf des 19. Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erlangten, blieb Bosnien und Herzegowina Teil des osmanischen Vielvölkerreiches. Beim Berliner Kongress wurde Österreich-Ungarn 1878 beauftragt, die osmanische Provinz zu besetzen und zu verwalten, um den wachsenden Einfluss des Russischen Reiches auf dem Balkan einzudämmen. Die Herrschaft der Habsburger ging mit

einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung des Landes einher, ohne jedoch so grundlegende Veränderungen wie etwa eine Bodenreform einzuleiten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erhielten sowohl sozialistische als auch nationalistische Gruppierungen starken Zulauf. Die Ermordung des habsburgischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajevo durch den serbischen Nationalisten Gavrilo Princip führte zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien und löste letztlich den Ersten Weltkrieg aus.

Erst Königreich, dann Brüderlichkeit und Einheit

Aus der Asche der kaiserlich-königlichen Doppelmonarchie entstanden nach dem Ende des Kriegs viele neue Staaten. So wurde am 1. Dezember 1918 auch das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ als konstitutionelle Monarchie ausgerufen – Bosnien und Herzegowina wurde ein Teil davon. Der neue Staat war zu Beginn föderalistisch organisiert und jugoslawisch in dem Sinne, dass er sich als „Nationalstaat eines einzigen südslawischen Volkes“¹ verstand.

Das Gebiet Bosnien und Herzegowinas wurde von Kroaten, Serben und bosnischen Muslimen bewohnt. Während sich erstere beide Religionsgemeinschaften bereits im 19. Jahrhundert eine nationale Identität verschafft hatten, waren die bosnischen Muslime erst auf dem Weg, eine nationale Zugehörigkeit zu entwickeln. Zur Vertreterin der bosnischen Muslime und starken Anhängerin des Jugoslawismus entwickelte sich die „Jugoslawische Muslimische

Organisation“ (JMO). Der Einheitsgedanke machte es den Muslimen möglich, sich von den nationalen Bestrebungen der Kroaten und Serben abzugrenzen und

sich neben ihrem religiösen Bekenntnis mit dem neuen jugoslawischen Staat zu identifizieren. In der die Zwischenkriegszeit dominierenden politischen Auseinandersetzung über die Staatsstrukturen stellte sich die JMO folgerichtig auf die Seite der vorwiegend serbischen Zentralisten und gegen die kroatischen Föderalisten.

Die bosnischen Muslime identifizierten sich von Anfang an stark mit dem Gesamtstaat „Jugoslawien“.

1 Marie-Janine Calic: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München 2010, S. 85.

Im April 1941 marschierten deutsche Truppen in Jugoslawien ein, besetzten Serbien und erklärten Kroatien zusammen mit Bosnien und Herzegowina für unabhängig. Während in Serbien die deutschen Besatzer ein Schreckensregime errichteten, begann die faschistische kroatische Führung unter Ante Pavelić mit der Verfolgung von Serben, Juden und Kommunisten. Die muslimischen Bosnier wurden zu „Kroaten islamischen Glaubens“ erklärt. Von Ostbosnien aus entfaltete sich rasch der kommunistische Widerstand unter Führung Titos gegen die Besatzer, parallel dazu der Kampf gegen die nationalistischen Kräfte der Serben und Kroaten. Am Ende des Krieges hatte das Land über eine halbe Million Opfer, ein Drittel der jugoslawischen Gesamtverluste, zu beklagen.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges erhielt Bosnien und Herzegowina den Status einer Teilrepublik innerhalb der neuen „Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“. Während die serbischen und kroatischen Mitbewohner als Staatsvolk galten, mussten sich die bosnischen Muslime bis 1968 auf die Anerkennung als „Nation“ gedulden. Bei den Volkszählungen lauteten die Kategorien zunächst „unentschiedene Muslime“, später „unentschiedene Jugoslawen“, dann „Muslime (ethnischer Zugehörigkeit)“; erst ab 1971 konnten sich Bosnier und Herzegowiner als „Muslime im Sinne einer Nation“² bezeichnen.

Die Zeit des jugoslawischen Sozialismus führte nicht nur zu einer Gleichstellung der Muslime im Staatsgebilde, sondern brachte auch große gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen mit sich. Das Bildungswesen wurde ausgebaut, die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Geschlechter festgelegt. Die Industrialisierung des agrarisch geprägten Landes Bosnien und Herzegowina schritt voran, auch verdreifachte sich die Bevölkerung. Angesichts des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts war die nationale Frage offenbar bedeutungslos geworden, sodass man die sechziger Jahre als das „goldene Zeitalter“³ des bosnischen Sozialismus bezeichnen kann. Im folgenden Jahrzehnt machten sich allerdings erste Anzeichen einer Krise bemerkbar: Das wirtschaftliche Wachstum ging zurück, die Staatsverschuldung und die Arbeitslosenzahlen stiegen, Arbeitssuchende sahen

2 Holm Sundhaussen: Vom Mythos Region zum Staat wider Willen: Metamorphosen in Bosnien-Herzegowina. In: ders./ Philipp Ther (Hrsg.): Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Marburg 2003, S. 215-232, hier S. 227.

3 Calic (wie Anm. 1), S. 200.

sich zur Emigration nach Westeuropa genötigt. Die regionalen Gegensätze innerhalb Jugoslawiens nahmen zu, außerdem gewannen nationalistische Bewegungen an Bedeutung, so in Kroatien und Slowenien, zunehmend aber auch im Kosovo. Die Nationalitätenfrage konnte von der jugoslawischen Regierung zunächst durch Föderalisierung der Strukturen und Gewährung von mehr Autonomie beruhigt, aber nicht gelöst werden.

Unabhängigkeit und Krieg

Titos Tod im Mai 1980 hinterließ in Jugoslawien eine mentale Leere. Gleichzeitig befand sich die Wirtschaft in der schlimmsten Rezession seit Kriegsende. Um die Staatsschulden zu begleichen, wurden die Staatsausgaben gesenkt, damit aber der Konsum gedrosselt, was zu hoher Inflation führte: Das Realeinkommen halbierte sich von 1980 bis 1985 und die Inflation betrug jährliche 100 Prozent. Die Krise verschärfte nochmals die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Teilrepubliken – so trug Slowenien dreimal mehr zum gesamten Bruttoinlandsprodukt bei als Bosnien und Herzegowina. Das führte dazu, dass Slowenien und Kroatien die Abgaben in den nationalen Kohäsionsfonds verweigerten. Der neuen jugoslawischen Führung entglitten die Zügel: Die wirtschaftlichen Probleme wurden nicht angegangen, Rufe nach demokratischen Reformen zum Schweigen gebracht. In allen Republiken erhielten die Nationalisten Aufwind: Im Kosovo wurden die Studentenproteste 1981 niedergeschlagen und in Sarajevo der spätere Präsident Alija Izetbegović wegen Verbreitung von islamistischen Ideen zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. 1987 siegte Slobodan Milošević bei den Wahlen zum Vorsitzenden der serbischen Kommunistischen Partei. Er begann sogleich, mehr Kompetenzen für die Bundesregierung zu fordern, worauf die anderen Zentralkomitees jegliche Beschneidung des föderalen Systems ablehnten und mit dem Ende des Bundesstaates drohten. Die Beziehungen zwischen den Teilrepubliken verschlechterten sich zusehends.

Nach der Wende im ehemaligen Ostblock ließ auch die jugoslawische Kommunistische Partei 1990 erstmals freie Wahlen zu. In Bosnien und Herzegowina gewannen die drei ethnisch-orientierten Parteien, die muslimische SDA unter Alija Izetbegović, die serbische SDS mit Radovan Karadžić und die kroatische HDZ-BiH, und bildeten nach den Wahlen eine Koalition. Im Oktober 1991 fasste das bosnische Parlament ge-

gen die Stimmen der SDS den Beschluss der Loslösung von Jugoslawien. Am 3. März 1992 wurde die unabhängige Republik Bosnien und Herzegowina ausgerufen, deren Anerkennung durch die Europäische Union (EU) und die USA am 6. bzw. 7. April 1992 erfolgte. Die bosnischen Serben riefen ihrerseits am 9. Januar 1992 die „Republika Srpska“ aus, einen von Bosnien und Herzegowina unabhängigen Staat. Im April 1992 begann dann der Krieg: Die übermächtige bosnisch-serbische Armee unter General Ratko Mladić, unterstützt von der jugoslawischen Volksarmee, griff die muslimisch und kroatisch besiedelten Gebiete an und eroberte innerhalb von drei Monaten zwei Drittel des Territoriums.⁴ Das Ziel war die Gründung eines ethnisch homogenen serbischen Staats, um sich später mit dem übriggebliebenen Jugoslawien zu vereinen – nach Aussagen der bosnisch-serbischen Führung eine „Gegenoffensive gegen die Zerstörer des alten Jugoslawiens“.

Der Bosnienkrieg dauerte bis im Sommer 1995. 44 Monate lang wurde Sarajevo von bosnischen Serben belagert und beschossen, über zwei Millionen Menschen wurden innerhalb des Landes Opfer der ethnischen Säuberungen – rund 100.000 Menschen starben. Der Krieg wurde nicht nur auf dem Schlachtfeld geführt, auch die Medien unterstützten willig die nationalistische Hetze, Intellektuelle und Künstler gaben der Gewalt ideologischen Rückhalt. Erst das Massaker an 8.000 muslimischen Jungen und Männern in der UNO-Schutzzone Srebrenica im Juli 1995 und die Gefangennahme von Hunderten von UNPROFOR-Soldaten⁵ bewog die internationale Gemeinschaft zu einem militärisch wirksamen Vorgehen gegen die bosnisch-serbischen Milizen und paramilitärischen Einheiten. Am 14. Dezember 1995 wurde schließlich in Dayton ein Friedensabkommen unterzeichnet: Bosnien und Herzegowina verblieb ein selbstständiger Staat mit zwei ethnisch getrennten und politisch weitgehend unabhängigen Entitäten, der „muslimisch-kroatischen Föderation“ und der „Republika Srpska“.

4 Vgl. zum Folgenden ausführlich den von Dunja Melčić herausgegebenen Sammelband: Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. 2., aktual. Aufl. Wiesbaden 2007.

5 Abkürzung für „United Nations Protection Force“, internationale Schutztruppe zur Überwachung von Waffenstillständen und Versorgung der Zivilbevölkerung im bosnisch-serbisch Kriegsgebiet (Anm. d. Redaktion).

Dayton bis heute: Politische und wirtschaftliche Agonie

Die Verfassung von Dayton sollte den Bestrebungen der bosnischen Serben nach einer ethnischen Aufteilung von Bosnien und Herzegowina entgegenwirken. Dennoch wurde alsbald der Vorwurf laut, das Abkommen diene nicht in erster Linie der „Wiederherstellung der Gerechtigkeit“, sondern beende bestenfalls die militärischen Auseinandersetzungen, „zementiere aber die Ergebnisse der ethnischen Säuberungen“⁶. Die

Bis heute wirken die „ethnischen Säuberungen“ nach.

Republika Srpska erhielt mit knapp einem Drittel der Gesamtbevölkerung fast die Hälfte der Staatsfläche zugesprochen, während die restlichen 51

Prozent der muslimisch-kroatischen Föderation unterstellt wurden. Viele Gebiete waren im Krieg von der muslimischen Bevölkerung „gesäubert“ worden und wurden nun der Republika Srpska zugeschlagen, so z. B. auch die Region um Srebrenica. Von den insgesamt über zwei Millionen Vertriebenen ist bisher nur die Hälfte zurückgekehrt; ein Drittel davon in Gebiete, die nicht von ihrer Volksgruppe verwaltet werden. Anstatt der früheren Durchmischung leben heute viele Bosnier in ethnisch reinen Gebieten.

Die Einwände der Kroaten und muslimischen Bosnier über die ungerechte Verteilung wurden mit dem Verweis auf die übergeordnete Position des Gesamtstaates zum Verstummen gebracht. Neuere Untersuchungen des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina kommen zum Schluss, dass das Land „noch weit von einer konsolidierten Friedensordnung entfernt ist“⁷.

Nicht nur die Aufteilung der Entitäten wurde (und wird) kritisiert, sondern auch die Machtfülle des Hohen Repräsentanten. Das ebenfalls in Dayton geschaffene Amt sollte als übergeordnete Instanz den innerstaatlichen Demokratisierungsprozess überwachen. Der Hohe Repräsentant ist aber auch befugt, Entscheidungen der bosnischen Regierung umzustürzen und gewählte Regierungsvertreter zu entlassen. Das gibt dem selbstständigen Staat Bosnien und Herzegowina den Anstrich eines „Halbprotektorats“.

6 Vgl. Jugoslawien-Krieg (wie Anm. 4), S. 443 (Zitat von Mark Almond). Zur Orientierung vgl. auch die Kartenskizze in diesem Heft auf S. 260.

7 René Toth: Zwischen Konflikt und Kooperation: 15 Jahre Friedenskonsolidierung in Bosnien und Herzegowina. Wiesbaden 2011, S. 213; bei Toth auch Hinweise zur Entwicklung der Wirtschaft.

Es ist nicht verwunderlich, dass in einem Land mit so unsicheren politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen kaum die nötigen Auslandsinvestitionen getätigt werden. Während des Krieges ist die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien und Herzegowina, das bereits in den achtziger Jahren eine starke Rezession erlebte, gänzlich zusammengebrochen. 1995 erbrachte das Land noch knapp 10 Prozent seiner Vorkriegsleistungen – während des Kriegs hatten nur der informelle Sektor, Kriminalität und Korruption, geblüht. Der Wiederaufbau stockt bis heute. 3,7 Milliarden US-Dollar an ausländischen Hilfgeldern flossen überwiegend in die Wiederherstellung der im Krieg zerstörten Infrastruktur. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 42 Prozent. Bis heute ist das wirtschaftliche Leben in Bosnien und Herzegowina durch Korruption und undurchsichtige Auftragsvergaben geprägt.

In den letzten Jahren meldet sich immer stärker die Zivilgesellschaft zu Wort.

Bisher konnte die EU die bosnischen Politiker mit einem Aufnahmeprozess locken und auf Demokratiekurs bringen. Doch ob sich die Menschen in Bosnien und Herzegowina mit immer neuen Versprechungen an der Leine halten lassen, ist fraglich. 2009 gab der Hohe Repräsentant Valentin Inzko zu, dass sich die Hoffnung auf stärkere konsensorientierte Zusammenarbeit der nationalen Parteien zerschlagen habe. Dennoch können auch Fortschritte verzeichnet werden. So meldet sich in Bosnien und Herzegowina langsam wieder die Zivilgesellschaft zu Wort, nachdem der Krieg sie für Jahre hat verstummen lassen.

Eine Veränderung der Grenzen und einen selbstständigen bosnisch-serbischen Staat wird die internationale Gemeinschaft nicht zulassen. Sie käme einer Kapitulation vor den nationalistischen Bestrebungen gleich, würde die damalige Kriegspolitik legitimieren und könnte zum erneuten Ausbruch eines militärischen Konflikts führen. Somit wird in Zukunft kein Weg an einer Politik der Kooperation vorbeiführen. Doch dafür müssten die Politiker Bosnien und Herzegowina als ihren Staat begreifen und die Konflikte nicht mehr ausschließlich aus nationalistischer Warte beurteilen.

Traditionell Vielvölker-reich: Bosnien und Herzegowina und seine Bewohner

PD Dr. Katrin Boeckh, Privatdozentin an der Ludwig-Maximilians-Universität München (Geschichte Ost- und Südosteuropas), ist wissenschaftliche Angestellte am Osteuropa-Institut Regensburg.

Ohne Kenntnis von Herkunft und Zusammensetzung der Bevölkerung von Bosnien und Herzegowina lassen sich die Auseinandersetzungen in diesem Land, die während des Zweiten Weltkriegs und in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts zahlreiche Opfer forderten, nicht verstehen. Problematisch sind, wie die folgenden Ausführungen belegen, auch die Versuche, anhand statistischer Analysen größere Klarheit zu erreichen.

Von seiner Bevölkerung her bildet Bosnien und Herzegowina ein verdichtetes Abbild Jugoslawiens, dessen ethnische Zusammensetzung von den Resultaten der über Jahrhunderte hinweg ablaufenden Migrations-, Assimilierungs- und Dissimulierungsprozesse geprägt war. Der so entstandene bunte und sich stets neu webende Nationalitätenteppich barg jedoch auch ein Spannungspotenzial, das immer wieder zum Ausbruch kam. Besonders tragisch war dies angesichts der vielfach ethnisch gemischten Siedlungsgebiete. Während aber die größten Völker, die Serben, Muslime (bzw. Bosniaken, so die Bezeichnung in der Verfassung seit 1994) und Kroaten, darauf aus waren, einander politisch in Schach zu halten, wirkte sich dies auf die vielen ebenfalls hier siedelnden Minderheiten – Juden, Albaner, Italiener, Rumänen, Deutsche u. a. – positiv aus, denn sie waren in Bosnien und Herzegowina einem geringeren politischen Druck ausgesetzt als in Regionen mit nur einem Titularvolk.

Malen nach Zahlen: Bevölkerungsstatistiken von Bosnien und Herzegowina

Wenn man die aktuellen Bevölkerungsverhältnisse Bosnien und Herzegowinas beschreiben möchte und die Ergebnisse der letzten Volkszäh-

lung sucht, so stellt man schnell fest: Eine solche gibt es nicht. Der für 2011 vorgesehene Zensus verursachte Streit im Land und wurde daher bisher nicht durchgeführt; man behilft sich durch Rückgriff auf ältere Statistiken. Es lohnt sich, für Bosnien und Herzegowina eine Geschichte seiner Bevölkerungszählungen zu verfassen, weil die Statistiken nicht nur versteckt zwischen ihren Zeilen eine ganz eigene Geschichte erzählen, nämlich die über die jeweiligen Vorstellungen der Statistiker von den Gezählten und darüber, was jene repräsentieren sollten. Hier also ein *abstract* der – zugegeben neueren und neuesten – Geschichte der Einwohnerzahlen Bosniens:

Bosnien und Herzegowina wurde 1878 auf Beschluss des Berliner Kongresses hin von Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet, 1908 wurde es annektiert. Die Habsburger Monarchie ließ vier Volkszählungen in den Jahren 1879, 1885, 1895 und 1910 durchführen, in denen die konfessionelle Zugehörigkeit den wichtigsten Identifikator darstellte. Es wurde also gefragt nach Griechisch-orthodoxen (bis 1905, erst danach lautete die offizielle Bezeichnung „Serbisch-Orthodoxe“), nach den Katholiken und nach den „Muselmanen“ (bis 1901: „Muhammedaner“), was jeweils gleichgesetzt wurde mit Serben, Kroaten und Bosniaken; nur so ließ sich eine Unterscheidung zwischen den serbokroatisch sprechenden Einwohnern treffen. Die Zählung von 1879 etwa beschrieb 1,6 Millionen Einwohner des Landes, die Mehrheit davon Orthodoxe, 496.485 (43 Prozent), an zweiter Stelle waren die Muslime mit 448.613 (39 Prozent), dann kamen die Katholiken mit 209.391 (18 Prozent) sowie 3.426 (0,02 Prozent) „Israeliten“. Bis 1910 war die Bevölkerung auf insgesamt 1,9 Millionen angewachsen, der Anteil der Orthodoxen blieb auf 43 Prozent, jener der Muslime war auf 32 Prozent gefallen, jener der Katholiken auf 23 Prozent gewachsen und jener der Juden hatte sich auf 0,62 Prozent erhöht.

Für die muslimischen Bewohner von Bosnien und Herzegowina wurden seit dem 19. Jahrhundert verschiedene Bezeichnungen verwendet.

Das nach dem Ersten Weltkrieg proklamierte „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ war aus ganz unterschiedlichen historischen Regionen zusammengesetzt – eine davon war Bosnien und Herzegowina, das allerdings seine Verwaltungseinheit verlor. Der neue Staat wurde zentralistisch eingerichtet. Die drei namensgebenden Staatsvölker sollten hier auch als die Mehrheit der Bevölkerung erscheinen. Die Volkszählungen 1921, 1931 und 1939 waren daher als Erhebung der

Muttersprachen angelegt. Serben und Kroaten wurden gemeinsam als „Serbokroaten“ gezählt, genauso wie die Muslime sowie weiter die Montenegriner und Makedonen. Für die „Serbokroaten“ kam mit 1.826.200 Verzeichneten in Bosnien und Herzegowina ein Anteil von über 96 Prozent zustande, der weit über dem Landesdurchschnitt mit 77 Prozent lag.

Sprache als politisches Mittel

Als Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts die Unruhen im damaligen Jugoslawien begannen, wurde auch die Sprache ein politisches Thema. Um die Gräben zwischen den Völkern so tief wie möglich zu machen, haben Sprachspezialisten unter dem Einfluss der Politik begonnen, neue Wörter zu erschaffen. Die Sprache, die offiziell „serbokroatisch“ bzw. „kroatisch“ oder „serbisch“ hieß, erlitt dasselbe Schicksal wie das Land, nämlich den Zerfall.

Linguisten in Bosnien und Herzegowina diskutieren heute darüber, ob es drei verschiedene Sprachen sind oder eine Sprache mit Besonderheiten. Die einen behaupten, die Linguistik definiere genau, dass es sich um eine Sprache handelt, wenn 80 Prozent des Wortschatzes gemeinsam ist, wie es bei den Sprachen in vier der neuentstandenen Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens der Fall ist. Andere glauben, dass die Sprache eines jeden Volks eine eigene sprachliche Kategorie ist, sodass wir heute statt einer Sprache vier haben: serbisch, kroatisch, bosnisch und montenegrinisch.

Davor Korić

Tito-Jugoslawien vertrat nach dem Zweiten Weltkrieg – jedenfalls theoretisch – ein vollkommen anderes Staatskonzept als das jugoslawische Königreich vorher und setzte auf eine föderale Staatsorganisation. Das Vorbild war dabei bis 1948 die Sowjetunion mit einer minderheitenfreundlichen Politik, die von der sozialistischen Ideologie vorgegeben wurde. Das sozialistische Jugoslawien war daher sehr auf die Mannigfaltigkeit seiner Einwohner bedacht. Die Zählung der Völker und Nationalitäten Jugoslawiens von 1948 führte zum einen die Aufschlüsselung in Serben, Kroaten, Montenegriner, Makedonen und Bulgaren ein, zum anderen gab es hier sogar die Kategorie „Muslime“ (wenn auch zunächst ohne Bekenntnis zur Nationalität gemeint), drittens wurden nationale Minderheiten viel mehr als früher berücksichtigt und viertens gab es nun auch eine Statistik für die Volksrepublik Bosnien und Herzegowina, die in die Zahl der jugoslawischen Republiken aufgenommen wurde: Von im Jahr 1948 hier lebenden 1,14 Mio. Einwohnern waren 44 Prozent Serben, 31 Prozent Muslime und 24 Prozent Kroaten. Im Zensus von

1961 wurden die muslimischen Bosnier unter der Bezeichnung „Muslime im ethnischen Sinn“ aufgewertet, zehn Jahre später wurden sie zu „Muslimen im Sinn einer Nationalität“.

Ohne die praktische Durchführung dieser statistischen Erhebungen kritisch zu beleuchten, lässt sich daraus zum Schicksal der Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina Folgendes ableiten: Während die *Sprache* als unterscheidendes Merkmal der drei größten Bevölkerungsgruppen Serben, Muslime und Kroaten nicht funktioniert, aber als Kriterium aus politischen Gründen dennoch in einigen Erhebungen angelegt wurde, hat sich die *religiöse bzw. konfessionelle Zugehörigkeit* als produktiv erwiesen. Dies zeigt sich an den Muslimen in Bosnien, die zunächst nur aufgrund

Bei den Volkszählungen hat sich die Einordnung nach der Religion als zuverlässiger erwiesen als die nach der Nationalität.

ihrer Religion identifizierbar waren, woraus dann eine nationale Zuordnung entstand. Weiter lässt sich sagen, dass die Darstellung der Bevölkerungsverhältnisse in Erhebungen immer auch ein Hinweis auf den politischen bzw. undemokratischen Charakter der Ausführenden war. Diese ließen sich durch Eingriffe in die Wahl der nationalen Eigenschreibung legitimieren, was allerdings auch durch den unsicheren Status nationaler Identitäten in Bosnien und Herzegowina gefördert wurde.

Dass also Bevölkerungszahlen zu Bosnien und Herzegowina immer wieder manipulativ eingesetzt worden sind, ist eine Lehre, der sich die betroffene Bevölkerung wiederholt unterziehen musste. Aber ohne eine demokratische (noch immer nicht durchgeführte) Bevölkerungszählung gibt es keine exakten Zahlen über den Nationalitätenproporz. Dennoch zählt Europa natürlich auf und mit Bosnien, und positiverweise waren die letzten externen Bevölkerungsschätzungen höher als jene früherer Jahre. So ging *The World Factbook* für Juli 2011 von geschätzten 4.622.163 Einwohnern Bosnien und Herzegowinas aus, von denen – den Annahmen des Jahres 2000 zufolge – 48 Prozent Bosniaken waren, 37,1 Prozent Serben, 14,3 Prozent Kroaten und 0,6 Prozent andere. Ihrer Religion zufolge befanden sich in der Gesamtbevölkerung 40 Prozent Muslime, 31 Prozent Orthodoxe und 15 Prozent Katholiken.

Ethnogenesen

Wer sind nun diese vielen Völker, die Bosnien und Herzegowina ausmachen? Wann und unter welchen Umständen fanden sie, die eine gemein-

same Sprache sprechen, zueinander und auseinander? Vorausgeschickt sei, dass die Mehrzahl der Bewohner des Landes Südslawen sind und deren Ethnogenesen Prozesse waren, die bei Serben und Kroaten im Mittelalter einsetzten und bei den Bosniaken erst in der Gegenwart zu einem Abschluss gekommen sind – dies bildet ein demografisches Alleinstellungsmerkmal für Bosnien und Herzegowina.

Südslawen kamen im Zuge der Völkerwanderung im späten 6. Jahrhundert als Kolonisten auf die Balkanhalbinsel. Ihnen folgten auch die Stämme der Serben und Kroaten – so werden sie bereits in einer byzantinischen Quelle benannt – in der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts. Serben siedelten dabei im südwestlichen Raum des heutigen Serbiens, um sich dann nach Montenegro auszuweiten, die Kroaten kolonisierten das Gebiet des heutigen Kroatien, beide ließen sich auch in der bosnischen Region nieder.

Dabei setzte sowohl die Christianisierung wie auch die politische Herrschaftsbildung erst vergleichsweise spät im Mittelalter ein, was der ungünstigen verkehrsmäßigen Erschließung des gebirgigen Landes geschuldet war. Die Annahme des Christentums und damit die Ausprägung eines bedeutenden Elements der Selbstidentifikation und später der nationalen Ausdifferenzierung erfolgte bei den Kroaten von Rom und von der lateinischen Kirche aus, die byzantinische Mission erreichte die Serben. Keine der beiden Konfessionen konnte sich jedoch als ausschließliche in Bosnien und Herzegowina durchsetzen, sie bleiben aber die Identifikationsmuster der Bevölkerung im Land auch unter der osmanischen Herrschaft. Über kulturell-konfessionelle Kontakte zu den Serben und Kroaten außerhalb der bosnischen Landesgrenzen kamen Rückkopplungen zustande, die das ethnische Bewusstsein beider voranbrachten. Sie nahmen Anteil an der volkssprachlichen Entwicklung, an der Schaffung einer gemeinsamen Standardsprache und Literatur und an ideen- und nationalpolitischen Diskursen der Serben und Kroaten. Die serbische wie die kroatische Nationalbewegung im 19. Jahrhundert fand somit auch in Bosnien und Herzegowina Bevölkerungen vor, die bereit dazu waren, sie zu tragen und sich für ihre nationalpolitischen Ziele einzusetzen.

Die Ethnogenese der Bosniaken vollzog sich verzögert: Einsetzend mit der Eroberung des Balkans durch die Osmanen ab dem 14. Jahrhundert, veränderten sich hier nicht nur die politischen, sondern auch die ethnischen Verhältnisse. Osmanische Funktionsträger ließen sich in Bosnien und Herzegowina nieder, genauso wie turkstämmige Siedler

und auch orthodoxe Viehzüchter, während gleichzeitig katholische Kroaten abwanderten. Die Islamisierung der slawischen Bevölkerung katholischer und orthodoxer Konfession erfolgte vor allem im 16. Jahrhundert. Dies war ein kontinuierlicher und nicht gewaltsam eingeforderter Prozess, der auch in Serbien, Montenegro, Makedonien – neben Bulgarien und Albanien – festzustellen war und bis heute an den dortigen muslimischen Bevölkerungsanteilen sichtbar ist.

Innerhalb der islamischen Zivilisation auf dem Balkan entwickelten die Muslime in Bosnien und Herzegowina ein eigenes, kulturell geprägtes regionales Selbstverständnis. Auch wenn die Zahl der muslimischen Siedler mit dem Rückzug der Osmanen vom Balkan abnahm, konnte dieses auch unter der habsburgischen Herrschaft von 1878 bis 1918 weiter gepflegt werden. Wichtig war hierbei der Umstand, dass die Muslime in Österreich-Ungarn 1912 den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhielten und als Religionsgemeinschaft anerkannt wurden. Der im habsburgischen Bosnien initiierte Versuch, eine überkonfessionelle bosniakische Nationalität zu proklamieren, scheiterte jedoch am Widerspruch der serbischen und kroatischen Nationalbewegung, aber auch am Desinteresse der Muslime. Bosnien und Herzegowina verlor im „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ seinen Status als Verwaltungseinheit, Muslime konnte nur im kulturellen Sinn ihre Identität gegen die drei Staatsvölker bewahren und wurden, um den „serbo-kroatischen Stamm“ zu stärken, zu diesem gezählt.

In den Jahren zwischen 1945 und 1991/92 wurde Jugoslawien kommunistisch regiert und föderal konzipiert. In der neuen jugoslawischen Volksrepublik Bosnien und Herzegowina erhielten die bosnischen Muslime den gleichen Rang wie die Serben und Kroaten. Tito erkannte den Wert der bosnischen Muslime im Zuge seiner Hinwendung zu islamischen Staaten in der Blockfreien-Bewegung.

Gleichzeitig waren ihm die Muslime wichtig als Gegengewicht zu übermäßigen serbischen und kroatischen Aspirationen auf Bosnien und Herzegowina. Die Muslime erlebten daher unter Tito eine politische Förderung, an deren Ende 1968 ihre offizielle Anerkennung als Nationalität stand. Für manche serbische und kroatische Politiker war die Anerkennung der bosnischen nationalen Zugehörigkeit schwer zu akzeptieren, wenn sie die Ansicht vertraten, die muslimischen Bos-

Unter Tito erleben die Muslime eine politische Förderung, an deren Ende 1968 ihre offizielle Anerkennung als Nationalität stand.

nier seien „eigentlich ethnische Serben“ oder „eigentlich ethnische Kroaten“.

Der Krieg in und um Bosnien und Herzegowina 1992-1995 tat ein Übriges, um die nationale Identität der bosnischen Muslime voranzubringen. Sie legten schließlich den Bezug zu ihrer Religion als identitätsstiftendes Merkmal ab, als eine außerparlamentarische Zusammenkunft, die Bosniakische Volksversammlung, auf der vor allem Intellektuelle vertreten waren, mitten im Krieg, im Herbst 1993, beschloss, die Volksbezeichnung „Muslime im nationalen Sinn“ durch „Bosniaken“ zu ersetzen. Dies war auch zu verstehen als Willensäußerung nach außen hin, dass Bosnien und Herzegowina eine autochthone bosniakische Nation besitzt, die wie Kroaten und Serben einen politischen Anspruch auf das Land erhebt.

Am Ethnos genesen: Zusammenleben?

Das Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten in Bosnien und Herzegowina gestaltete sich über die Jahrhunderte hinweg sowohl als Nebeneinander, Gegeneinander, aber auch Miteinander. Allerdings fallen Konflikte und militärische Auseinandersetzungen in der geschichtlichen Betrachtung stets viel eher und viel nachdrücklicher auf als das regionale Zusammenleben der Völker nicht nur in friedlicher, sondern sogar in freundschaftlicher Absicht. Belege dafür sind nicht wenige inter-ethnische Eheschließungen während der Zeit des sozialistischen Jugoslawiens, aber auch gemeinsam inter-konfessionell und -religiös begangene Feiertage. Die Titosche Formel des „Bratstvo i jedinstvo“ – der Brüderlichkeit und Einheit – unter den jugoslawischen Völkern wurde, bevor sie ein staatlich vorgeschriebenes Politikum wurde, in Bosnien längst gelebt, wenn auch vor allem auf nichtstaatlicher Ebene.

Bosnien und Herzegowina war freilich auf der anderen Seite auch nie eine Insel nationaler Seligkeit, denn problematisch und konfliktträchtig wurde es immer, wenn politische Kräfte von außen einwirkten, die ihre eigenen territorialen Aspirationen durchzusetzen trachteten und das fragile inter-nationale Gleichgewicht aus dem Lot brachten. So ist es auch zu erklären, warum während des Zweiten Weltkrieges furchterliche Gewalttaten in Bosnien und Herzegowina verübt wurden und während des Bosnienkrieges 1992-1995 sowohl aus Serbien wie aus Kroatien mili-

tärische Einheiten über Bosnien und Herzegowina herfielen, um es untereinander aufzuteilen.

Die Kräfte in Bosnien und Herzegowina waren nie stark genug, um sich gemeinsam gegen solche Einmischungen zu wehren; im Gegenteil reichten kurze nationalistische Zündeien immer wieder aus, um nationale Gegensätze zu entflammen und einen Bruderkrieg auszulösen. Die wirtschaftliche Schwäche des Landes spielte hier ebenso eine Rolle wie historisches Unrecht, dessen Aufklärung und Aufarbeitung während der sozialistischen Zeit unterdrückt wurde. Auf einer solchen Grundlage war es leicht, Leidenschaften für politische Ziele zu instrumentalisieren. Im Moment und als Folge des Krieges in und um Bosnien und Herzegowina gehen die Völker in Bosnien auf Distanz zueinander. Der Vertrag von Dayton sieht eine komplizierte Verfassungsstruktur vor, die eine größtmögliche Gleichberechtigung der „konstitutiven Völker“ garantieren soll, de facto aber die Verwaltung stark aufbläht und die Entscheidungswege lähmt.¹

Wie es weitergeht in Bosnien, ist schwer zu prophezeien. Einige Konstanten, die über das Engagement der Bevölkerung selbst hinausgehen, spielen eine tragende Rolle für ein friedliches Zusammenleben: Das sind die Nachbarstaaten Serbien und Kroatien, die dem Land seine Freiheit gewähren müssen, das ist der ernsthafte Versuch einer gerechten Aufarbeitung der Kriegsvorgänge und der Bestrafung von Kriegsverbrechern, das ist eine wirtschaftliche Prosperität, die nicht nur auf Transferleistungen von außen gründen darf, und vieles Weitere. Die Rückbesinnung auf Zeiten der Toleranz und gegenseitigen Achtung, die es in Bosnien und Herzegowina gleichwohl gegeben hat, täte das Ihre.

¹ Vgl. dazu ausführlich den nachstehenden Beitrag von Saša Gavrić.

Warum Bosnien und Herzegowina eine Verfassungsreform braucht

Saša Gavrić studierte Politik- und Verwaltungswissenschaft in Konstanz. Seit 2006 lebt er wieder in Sarajevo, wo er die Nichtregierungsorganisation „Sarajevo Open Centre“ leitet.

Mit dem Vertrag von Dayton erhielt Bosnien und Herzegowina eine Verfassungs- und Verwaltungsstruktur, die den Belangen aller Volksgruppen Rechnung tragen sollte. In der Praxis funktionieren die vor fünfzehn Jahren festgelegten Einrichtungen, wie der folgende Beitrag zeigt, jedoch nur sehr schwerfällig und bedürfen grundlegender Reformen.

Bosnien und Herzegowina bekam mit dem Daytoner Friedensabkommen (1995) ein neues Verfassungssystem, das dem Land Frieden und selbstständige Verwaltung garantieren sollte. Das erste Ziel, Frieden zu schaffen, wurde auf jeden Fall erfüllt. Schon ein Jahr nach dem Friedensabkommen konnten die ersten Nachkriegswahlen stattfinden und der Prozess der Rückkehr von Flüchtlingen wurde eingeleitet. Seither leben die Bürger in einem mehr oder minder sicheren Umfeld. Das zweite Ziel des Daytoner Friedensabkommens, mittelfristig eine selbstständige und demokratisch legitimierte Verwaltung aufzubauen, muss jedoch inzwischen als ein gescheitertes Projekt betrachtet werden. Auch zwölf Monate nach den letzten allgemeinen Wahlen im Oktober 2010 ist eine Parlamentsmehrheit, die die Staatsregierung tragen und bestätigen soll, nicht in Sicht. Große Entwicklungsprojekte wie der Aufbau eines Autobahnnetzes, das Wiederbeleben des Bahnsystems oder strukturelle Investitionen im Energiebereich sind deswegen seit Jahren blockiert.

Ein unvollendetes politisches System

Das auf Dayton zurückgehende Verfassungssystem zeigt zwei zentrale Elemente auf: zum einen das Institut der *konstitutiven Völker* und zum anderen einen *stark dezentralen Föderalismus*. Diese beiden Verfas-

sungsprinzipien machen das Land einzigartig und – darüber sind die Politikwissenschaftler weltweit einig – zu einem der kompliziertesten politischen Systeme der Welt.

Die Verfassung und damit alle staatlichen Organe bauen auf der Idee des Bestehens der so genannten *konstitutiven Volksgruppen* (konstitutivni narodi) auf. Die drei konstitutiven Völker bilden die Basis des Staatsaufbaus in Bosnien und Herzegowina. Es handelt sich um die Bosniaken (mehrheitlich Muslime), die Serben (mehrheitlich Orthodoxe) und die Kroaten (mehrheitlich Katholiken). Die (proportionale) Vertretung dieser drei Gruppen ist in allen Staatsorganen (Parlament, Regierung, Gerichte, Verwaltung) vorgesehen – eine der Idee nach sehr gerechte und gute Lösung für eine Nachkriegsgesellschaft. De facto geht der Schutz der *kollektiven Rechte* der drei staatstragenden ethnischen Gruppen jedoch auf Kosten der *individuellen Rechte* einer großen Gruppe von bosnisch-herzegowinischen Staatsbürgern. Ein Beispiel für diesen Menschenrechtsbruch werden wir später mit dem Fall *Sejdic und Finci vs. Bosnien und Herzegowina*, der vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zugunsten der Kläger entschieden wurde, ansprechen.

Der Vertrag von Dayton schuf eines der kompliziertesten Verfassungssysteme der Welt.

Die gesamtstaatliche Ebene von Bosnien und Herzegowina ist äußerst schwach strukturiert. Auf der ersten föderalen Ebene ist das Territorium des Landes in zwei Entitäten (föderale Einheiten) aufgeteilt: die *Föderation Bosnien und Herzegowina* (FBiH) und die *Republika Srpska* (RS, Serbische Republik). Während in der Republika Srpska die Serben die absolute Mehrheit der Bevölkerung bilden (neben ca. 8 Prozent Bosniaken und 1 Prozent Kroaten), ist die Föderation stärker gemischt von Bosniaken (ca. 76 Prozent) und Kroaten (ca. 20 Prozent) besiedelt; die Serben haben mit ca. 2 Prozent faktisch einen Minoritätenstatus.

Die Republika Srpska ist als föderale Einheit zentral aufgebaut und gliedert sich weiter nur in Gemeinden (opštine). Im Gegensatz dazu gibt es in der Föderation eine weitere föderale Ebene: die *zehn Kantone*. Diese bilden unabhängige föderale Einheiten mit klaren Zuständigkeiten und eigenständigen Institutionen. Jeder der Kantone hat eine eigene Gesetzgebung (Kantonalversammlung), vollziehende Gewalt (Kantonalregierung) und eigene Gerichte (Kantonal- und Gemeindegerichte). Nach der Verfassung der Föderation Bosnien und Herzegowinas (FBiH) un-

terliegt der Großteil der Zuständigkeiten nicht der föderalen Ebene, sondern den Kantonen, was die staatliche Verflechtung noch komplizierter macht.

Nach einem internationalen Schiedsgerichtsspruch kam 1999 noch der *Distrikt Brčko* hinzu: eine selbstständige lokale Gebietskörperschaft, die zu keiner der Entitäten zählt und direkt dem Zentralstaat untergliedert ist. Damit gibt es 14 Gebietskörperschaften: den Gesamtstaat, zwei Entitäten, zehn Kantone und einen Distrikt – also insgesamt 14 Regierungen und 14 Parlamente.



Die Skizze verdeutlicht in vergrößerter Form die Gebiete der Föderation Bosnien und Herzegowina (weiß), der Republika Srpska (schraffiert) und des Distrikts Brčko (gestrichelte Linie).

Nach der Verfassung Bosnien und Herzegowinas ist der Gesamtstaat nur für sehr wenige Bereiche zuständig: Außenpolitik, Zölle, Währung, Migration, Asyl/Flüchtlinge, internationale Gerichtskooperation, Interentitätsverkehr und Kontrolle des Luftverkehrs. Alle anderen Zuständigkeiten unterliegen der Domäne der Entitäten, können aber auf den Zentralstaat übertragen werden, wie es z. B. der Fall mit der Verteidigung gewesen ist. 2006 wurden die entsprechenden Ministerien auf Entitätsebene aufgelöst und ein Verteidigungsministerium Bosnien und Herzegowinas gegründet.

Das Oberhaupt des Gesamtstaates bildet die dreiköpfige *Präsidentschaft* (Predsjedništvo), die aus je einem Repräsentanten der drei konstitutiven Völker, einem Serben aus der Republika Srpska und je einem Bosniaken und einem Kroaten aus der Föderation, besteht. Ebenso sind auch im *Ministerrat* (Vijeće ministara, gesamtstaatliche Regierung) alle drei Völker – je drei Minister aus den drei konstitutiven Völkern – vertreten. Sowohl auf gesamtstaatlicher als auch auf der Ebene der Entitäten existieren *Zweikammerparlamente*, je ein Repräsentantenhaus und je eine so genannte Völkerkammer. Im politischen System Bosnien und Herzegowinas nehmen die Völkerkammern eine besondere Rolle ein, da sie den Bosniaken und Kroaten in der Republika Srpska bzw. den Serben in der Föderation eine Schutzmöglichkeit ihrer Rechte bieten, die aber

nicht selten zu parteipolitischen Zwecken verfassungswidrig ausgenutzt wird.

Individuelle Menschenrechte: der Fall Sejdic und Finci vs. Bosnien und Herzegowina

Nachkriegsbosnien beruht auf der Idee der Gleichberechtigung und proportionalen Vertretung der drei staatstragenden ethnischen Gruppen. Genau aber dieser Schutz der kollektiven Rechte der Bosniaken, Kroaten und Serben hat zur Diskriminierung einer großen Bevölkerungsgruppe geführt, die in der bosnischen Verfassung als „Sonstige“ (Ostali) bezeichnet werden. Wer ist damit gemeint? Neben der klaren Nichtzugehörigkeit der nationalen Minderheiten (Roma, Juden, Montenegriner, Slowaken, Polen usw.) zu den drei ethnischen Gruppen werden sehr oft zwei heterogene Bevölkerungsgruppen vergessen. Zum einem sind das die Bürger, die aus so genannten „Mischehen“ – ethnisch gemischten Ehen – stammen. Schätzungen zufolge gab es zur Zeit Titos in den bosnischen Großstädten mehr als 30 Prozent ethnisch gemischte Ehen. Zum anderen gehören in diese Gruppe die Bürger Bosniens, die eine klare ethnische Abstammung haben (Beispiel: Beide Elternteile sind katholische Kroaten), die aber das Konzept der ethnischen Zugehörigkeit ablehnen und dies ebenso wie z. B. die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft als etwas Privates empfinden. Diese Bürger wollen im politischen Leben nicht einer ethnischen Gruppe zugeordnet werden, sondern bestehen auf ihre Eigendefinition und identifizieren sich oft als „Bosnier/Herzegowiner“. Diese drei Teilgruppen umfassen nach Schätzungen mehr als 400.000 Menschen bzw. zehn Prozent der Bevölkerung. Alle diese Bürger werden hinsichtlich ihrer politischen Rechte diskriminiert. Ein praktisches Beispiel: Das kollektive Präsidentenamt wird direkt gewählt und besteht, wie bereits erwähnt, aus je einem Serben, Kroaten und Bosniaken. Diejenigen Bürger, die nicht zu diesen Gruppen gehören, also die „Sonstigen“, können *nicht* für dieses Amt kandidieren. Gleiches gilt auch für die Völkerkammer im gesamtstaatlichen Parlament.

Einigen Bevölkerungsgruppen wird ein politisches Mitspracherecht vorenthalten.

Genau wegen dieser Diskriminierung haben der Rom Dervo Sejdic und der Präsident der jüdischen Gemeinde Bosnien und Herzegowinas,

Jakob Finci, gegen Bosnien und Herzegowina geklagt. Nachdem sie alle Rechtsmittel im Land ausgeschöpft hatten, wandten sie sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, der im Dezember 2009 eindeutig zu ihren Gunsten entschieden hat: Bosnien und Herzegowina verstößt in Verfassung und Wahlgesetz gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und entsprechende Protokolle und diskriminiert damit direkt die Angehörigen der nationalen Minderheiten in Bosnien und Herzegowina. Der Staat ist verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten Verfassung und Wahlgesetz so zu reformieren, dass wirklich *alle* Bürger Bosnien und Herzegowinas Zugang zu allen Ämtern haben und damit ihr passives Wahlrecht garantiert wird. Dass diese Entscheidung eines der Verfassungsprinzipien – die Frage der *kollektiven Rechte* – einschränkt, liegt auf der Hand; genau aus diesem Grund hat sich die Umsetzung dieser Entscheidung bisher als eines der größten politischen Probleme in Bosnien und Herzegowina herausgestellt und ist immer noch nicht in Sicht.

Bosnien und Herzegowina braucht also aus zwei Gründen eine Verfassungsreform. Erstens müssen die Verfassung des Gesamtstaates ebenso wie die Verfassungen der Entitäten und der Kantone den gültigen internationalen Menschenrechtsdokumenten, insbesondere der Europäischen Menschenrechtskonvention, angepasst werden, um damit jegliche Form einer individuellen Diskriminierung von Staatsbürgern zu beseitigen. Zweitens kann nur durch eine klare Verfassungsreform ein *funktionierender Staat* mit einer starken gesamtstaatlichen Regierung aufgebaut werden; diese ist die Voraussetzung dafür, dass das Land auf dem Weg in die europäische Integration voran kommt.¹

Einstellungen der politischen Parteien und die Grenzen des (Un)Möglichen

Wie das Verfassungssystem, so ist auch die Parteienlandschaft ethnisch geprägt. Mehr oder minder kann man von drei ethnischen Parteiliten sprechen.

Die *bosniakische Partielite* umfasst die großen bosniakischen Parteien: die mehrheitlich bosniakische, wenn auch offiziell multiethnische

1 Vgl. dazu auch den nachstehenden Beitrag von Tobias Flessenkemper.

„Sozialdemokratische Partei“ (SDP) und die mittlerweile relativ gemäßigte „Partei der Demokratischen Aktion“ (SDA). Sie sind sich darin einig, dass das Land, wenn es sich wirklich entfalten will, eine starke Zentralisierung benötigt und daher am besten ein Zentralstaat werden sollte. Möglich wäre auch eine regional aufgebaute Struktur, die jedoch nicht der bisherigen Föderation entsprechen darf. Aufgrund dieser Vorstellungen kam schnell der Vorwurf auf, die Bosniaken strebten als größte Volksgruppe die absolute Macht an. Schon im jetzigen System haben sie ihre Dominanz ausgespielt, z. B. im Zusammenhang mit der Wahl des kroatischen Präsidentschaftsmitglieds, bei der sie aufgrund einer Lücke im Wahlgesetz gegen den Willen der kroatischen Wählermehrheit einen anderen Kandidaten wählten.

Genau dieser Vorfall ist einer der Gründe dafür, dass sich die *kroatische Partielite* – die „Kroatische Demokratische Gemeinschaft“ (HDZ) und die davon abgespaltene „Kroatische Demokratische Gemeinschaft 1990“ (HDZ 1990) von den Bosniaken mehr und mehr eingeengt fühlt. Als kleinste ethnische Gruppe in Bosnien und Herzegowina sind die Kroaten in der Republika Srpska praktisch unsichtbar, während sie in der Föderation von einer klaren bosniakischen Mehrheit dominiert werden. Deswegen sind sich die großen kroatischen Parteien einig: Fünfzehn Nachkriegsjahre haben den Kroaten keine Gleichberechtigung gebracht, daher fordern sie eine territoriale Autonomie – eine eigene Entität.

Die im Moment sicherlich am wenigsten flexible Partielite ist die *serbische*. Angeführt vom ziemlich rechtsgerichteten „Bund der unabhängigen Sozialdemokraten“ (SNSD) und der „Serbischen Demokratischen Partei“ (SDS) sind sich die Parteien in einem einig: Die Republika Srpska darf auf keinen Fall infrage gestellt werden. Sie ist eine „Konstante“, während Bosnien und Herzegowina eine vorübergehende Lösung darstellt, die weiterhin bestehen *kann*, aber nicht *muss*. Die serbischen Parteien sind gegen die weitere Stärkung des Gesamtstaates. Sie sind sich durchaus im Klaren darüber, dass ihre Entitätsblockademechanismen den Gesamtstaat lähmen und handlungsunfähig machen können.

Für die Serben ist der Fortbestand der Republika Srpska unabdingbar.

Vorschläge zu einer Verfassungsreform

Bosnien und Herzegowina wird weiterhin ein föderaler Staat bleiben. Die serbischen Parteien werden es nie zulassen, dass die Republika Srpska aufgelöst wird. Ihr Bestehen ist eine Bedingung für das weitere Beste-

Bruce-Lee-Statue in Mostar

Als weltweit erste Stadt hat Mostar der Kung-Fu-Legende Bruce Lee am 26. November 2005 ein Denkmal gesetzt. An dem Tag, an dem der Filmschauspieler 65 Jahre alt geworden wäre, wurde in der herzegowinischen Stadt eine 1,70 Meter große Bronzestatue enthüllt. Auf dem steinernen Sockel stand die schlichte Inschrift „Bruce Lee, 1940 - 1973. Dein Mostar“. Initiiert hatte das Projekt, das u. a. von der deutschen Kulturstiftung des Bundes finanziert worden war, die Nichtregierungsorganisation „Urban Movement Mostar“.

Mit der Errichtung der Statue wollte die Gruppe ein Zeichen gegen die auch nach Kriegsende fortdauernde Teilung der Stadt in ein kroatisches Westmostar und ein muslimisches Ostmostar setzen. Ihr Leiter Nino Raspudić erklärte, dass die Wahl mit Bedacht auf Bruce Lee gefallen sei, „weil sich alle mit ihm identifizieren können“ – Bosniaken, Kroaten und Serben. Aber bereits wenige Tage nach der Enthüllung wurde die Statue schwer beschädigt, sodass sie abgebaut werden musste. Erst im Februar 2011 kehrte die Statue für einen Tag nach Mostar zurück. Fans der Kung-Fu-Legende geben allerdings nicht auf und haben eine Facebook-Gruppe zur Rückkehr von Bruce Lee nach Mostar ins Leben gerufen.

Stefan Kube

hen Bosnien und Herzegowinas. Auf der anderen Seite hat sich die Föderation Bosnien und Herzegowinas als nur bedingt regierbar erwiesen. Die klare bosniakische Mehrheit regiert diese Entität oft ziemlich eigenmächtig, was bei den kroatischen Parteien immer wieder zu Unzufriedenheit führt. Eine territoriale Autonomie der Kroaten in Form einer eigenen Entität in den Gebieten, wo sie die Mehrheit haben, könnte die politische Instabilität im Land verringern, allerdings auch als ein Schritt zur weiteren Schwächung und Destabilisierung des Gesamtstaates verstanden werden. Der Föderalismus soll und muss der territorialen Autonomie der verschiedenen Gruppen nutzen, darf jedoch nicht den Gesamtstaat blockieren. Eine Reform der Gebietskörperschaften muss mit einer Verringerung ihrer Zahl einher gehen, damit Bosnien und Herzegowina administrativ einfacher, effizienter und kostengünstiger regierbar wird.

Die kollektiven Rechte sind beizubehalten, doch müssen sie zugunsten der individuellen Rechte eingeschränkt und dürfen nicht missbraucht werden. Das Prinzip der Gleichberechtigung der drei ethnischen Gruppen ist auch künftig beizubehalten. Ein rein liberal-bürgerliches Gesellschaftskonzept lässt sich in Bosnien und Herzegowina nicht realisieren. Die kollektiven Rechte müssen aber zur Wahrung der individuellen Menschenrechte eingeschränkt werden.

Ein Vorschlag zur Reform der Präsidentschaft und der Völkerkammer

Die *Präsidentschaft* Bosnien und Herzegowinas, die bisher aus je einem Bosniaken, Kroaten und Serben bestand, muss reformiert werden, um jedem Bürger den Zugang zu diesem Amt zu ermöglichen. Am einfachsten wäre es, wenn man das bisher relativ starke Präsidentschaftsamt so umgestaltet, dass alle wichtigen Zuständigkeiten an die Regierung (Ministerrat) übergehen. Statt der Präsidentschaft könnte man dann einen indirekt gewählten Präsidenten mit rein repräsentativen Funktionen einführen, dessen Besetzung wegen der geringen politischen Bedeutung vermutlich problemlos verlaufen würde.

Die *Völkerkammer* im gesamtstaatlichen Parlament ist zum Schutz der kollektiven Rechte eingerichtet. Die drei Klubs (Fraktionen) des bosniakischen, kroatischen und serbischen Volkes arbeiten gleichberechtigt in der Gesetzgebung und entscheiden darüber, inwieweit ein Gesetz gegen die kollektiven Interessen einer Volksgruppe verstößt. In den fünfzehn Jahren des Bestehens der Völkerkammer hat sich dieses Gremium jedoch als völlig überflüssig erwiesen, da das Instrument des Schutzes der kollektiven Rechte in weniger als zehn Fällen zum Tragen kam – diese Kammer könnte daher ganz abgeschafft werden. Um den Schutz der kollektiven Rechte kann sich ohne Weiteres auch die bisherige *Repräsentantenkammer*, genauer gesagt: der dortige Verfassungsrechtsausschuss, kümmern. Dieser Ausschuss könnte somit, bevor ein Gesetz in die Kammer kommt, darüber entscheiden, inwieweit es gegen den Schutz der kollektiven Rechte verstößt. Damit würde man diesen Schutz beibehalten und die Diskriminierung von Bürgern, die keine Bosniaken, Kroaten oder Serben sind, wirkungsvoll verhindern.

Eine unvermeidliche Beziehung: Bosnien und Herzegowina und die Europäische Union

Tobias Flessenkemper studierte Politikwissenschaften in Köln und ist zur Zeit als politischer Berater für die EU-Polizeimission in Bosnien und Herzegowina in Sarajevo tätig.

Die verfehlte EG-Krisendiplomatie der Jahre 1991/1992 wirkt bis heute in den gemeinsamen Beziehungen nach. Trotz einer EU-Beitrittsperspektive und massiven EU-Engagements ist das Land noch nicht zu einem glaubwürdigen Beitrittskandidaten herangereift. Seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon scheint die EU die Integration des Landes entschlossener voranbringen zu wollen.

Eine gemeinsame Geschichte der Enttäuschungen

Die gescheiterten Vermittlungsversuche und das Versagen, Krieg und Vertreibung zu verhindern, haben die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union (EU) in Bosnien und Herzegowina langfristig beschädigt; sie wird als politisch und militärisch schwach angesehen. Die EU hat mit ihrer Konditionalitätspolitik wiederholt vergeblich versucht, das Binnenverhältnis der drei Lager – also der konstituierenden Völker der Bosniaken, Serben und Kroaten – zu gestalten.¹ Seit 1992 gelang es nicht, grundsätzliche Widersprüche aufzuheben; vielmehr wirkt die EU-Konditionalität eher konfliktverschärfend, wenn sie die Ziele eines der drei ethnonationalistischen Lager infrage stellt.²

1 Der Begriff „Konditionalität“ stammt aus der Entwicklungszusammenarbeit und bindet Hilfe an die Erfüllung von Bedingungen, die das politische Verhalten der Empfängerstaaten ändern sollen. Die EU wendet weitreichende politische Konditionalität auch gegenüber Beitrittskandidaten an, an erster Stelle die Forderungen nach Menschenrechtsschutz, demokratischen und rechtstaatlichen Institutionen und Einführung der Marktwirtschaft.

2 Zur Diskussion um den Begriff „Ethnonationalismus“ vgl. Vedran Džihic: Ethnopolitik in Bosnien-Herzegowina: Staat und Gesellschaft in der Krise (Southeast European Integration Perspectives, Bd. 2). Baden-Baden 2010.

Die Gründe für die Schwierigkeiten der EU, ihre Forderungen gegenüber Bosnien und Herzegowina durchzusetzen, sind vielfältig. Zum einen liegen sie in der Struktur Bosniens und Herzegowinas als komplexem Staatswesen. Die im Vertrag von Dayton geschaffenen Strukturen erlauben der lokalen Politik eine „Fortsetzung des Krieges“ durch gegenseitige Blockade. Zum anderen leidet die EU-Politik unter dem Fehlen einer von allen Mitgliedsstaaten geteilten Analyse der Konsequenzen des Zerfalls Jugoslawiens, was zu diffusen Positionen innerhalb der EU führt.³ Letztlich hat diese Politik wesentlich zur heutigen Verfassungsrealität beigetragen. Xavier Bougarel merkt dazu an: „Die Europäische Gemeinschaft ignorierte die kommunitaristische Strukturierung der bosnischen Gesellschaft oder reduzierte sie auf nationalistische Parteien und territoriale Aufteilung. So trug (sie) ... dazu bei, den ohnehin eingeeengten Raum für eine Einigung innerhalb der bosnischen Gesellschaft weiter einzuzengen, und stieß die bosnische Gesellschaft in den Krieg.“⁴

Als Institution sollte die EU bis zum Ende des Krieges 1995 keine führende Rolle mehr spielen; einzige Ausnahme war die EU-Verwaltung der Stadt Mostar (1994-1996). Einzelne Mitgliedsstaaten wie Großbritannien, Frankreich oder die Niederlande übernahmen hingegen wichtige diplomatische und militärische Rollen im Rahmen der Vereinten Nationen. Das Versagen der Union lag darin, dass sie weder das Verständnis, die Kreativität noch die Einigkeit hatte, die zerstörerische Dynamik zu stoppen oder umzukehren. So wurde Bosnien und Herzegowina zum „Experimentierfeld“ der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) und der heutigen „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP).

Europäische Integration als Perspektive

Mit der offiziellen EU-Perspektive ab 2000 wurde aus dem „state-building“ der Nachkriegszeit das „member-state-building“, also der Aufbau eines zukünftigen EU-Mitglieds. 2002 wurden ein Europäischer Sonderbeauftragter und 2003 eine Europäische Polizeimission (EUPM) entsandt. Eine EU-Sicherheitsstrategie für Bosnien und Herzegowina wur-

³ Exemplarisch dafür: Kosovo wird von 22 der 27 Mitgliedsstaaten anerkannt.

⁴ Xavier Bougarel: *Bosnie, anatomie d'un conflit*. Paris 1996. Zitiert bei: Džihic (wie Anm. 2), S. 148.

de im Vorfeld der Entsendung von 6.000 Soldaten der EU-Truppe (EU-FOR) verabschiedet. Zusammen mit der Delegation der Europäischen Kommission in Sarajevo und der lokalen EU-Präsidentschaft waren damit sechs EU-Akteure ab 2004 beauftragt, den Weg des Landes in die EU zu begleiten – kein anderes Land hat jemals diese Aufmerksamkeit erhalten.⁵ 2004 hat die EU bewiesen, dass Erweiterung kein leeres Versprechen war. So entfaltete sich auch in Bosnien und Herzegowina Optimismus. Aber trotz des massiven Einsatzes finanzieller, personeller und

Ab 2004 waren sechs EU-Akteure damit beauftragt, den Weg des Landes in die EU zu begleiten – kein anderes Land hat jemals diese Aufmerksamkeit erhalten.

und militärischer Instrumente blieb die EU-Integration des Landes stecken, denn zehn Jahre nach Kriegsende war der Vorrang des Wiederaufbaus von Grundsatzfragen der Verfassungsordnung wieder eingeholt worden. Die Auflösung der Bundesrepublik Jugo-

slawien sowie die Unabhängigkeit Montenegros 2006 und Kosovos 2008 beflügelten eine sezessionistische Rhetorik des Ministerpräsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik – Haris Silajdzic, zukünftiges bosniakisches Mitglied des Staatspräsidiums, hingegen forderte eine Zentralisierung des Landes. Nach dem Scheitern des von den USA vermittelten Verfassungsreformpakets im April 2006 war die optimistische Stimmung, die noch kurz zuvor herrschte, dahin.

Die EU blieb gegenüber dem Phänomen des Ethnonationalismus ambivalent, d. h. sie schwankte zwischen einer Unterstützung des Gesamtstaates und einem Einlenken gegenüber den Positionen der Republika Srpska. Die Krise um die europäische Verfassung 2005 und die „Erweiterungsmüdigkeit“ nach dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens 2007 minderten zusätzlich den Einfluss der EU in der Region.

Eine Ausnahme bildete der von 2008 bis 2010 geführte Visa-Dialog mit dem Ziel der Abschaffung der Visapflicht, ein konkretes Ziel und zugleich ein sehnlicher Wunsch der Bevölkerung. Spätestens nach der Erweiterung des Schengenraumes 2007 waren für die Bewohner von Bosnien und Herzegowina fast alle Reisen in Europa der Visapflicht unterworfen. Dies erschwerte den ohnehin schwierigen und teuren Austausch und führte zu einem Gefühl der Isolation. Seit Dezember 2010

5 Die Europäische Beobachtermission (European Union Monitoring Mission) versorgte Brüssel und die Mitgliedsstaaten von 1991 bis 2007 mit Analysen der Lage vor Ort und in der gesamten Region.

können die Bürger Bosnien und Herzegowinas nun wieder ohne Visumsbeschränkungen als Touristen in die EU reisen.⁶ Das Ende der Visumspflicht ist somit ein Schritt in Richtung Normalisierung, denn die Einschränkung der Reisefreiheit diente auch zur Steuerung kriegsbedingter Flüchtlingsprobleme.

Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Stimmung im Lande ist die Aufhebung der Visumspflicht.

Krise und Aufbruch: ein neuer EU-Ansatz?

Ende 2010 ratifizierten zwar alle 27 EU-Mitgliedsstaaten das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Bosnien und Herzegowina, waren aber nicht bereit, es in Kraft zu setzen, weil Bosnien und Herzegowina noch nicht zu einem glaubwürdigen Kandidaten für Mitgliedschaft herangereift war. Fortschritte bei den schwierigen politischen Kriterien waren nicht zu verzeichnen, trotz bzw. vielleicht auch wegen der Vielzahl der EU-Akteure vor Ort.

Nach den Wahlen in Bosnien und Herzegowina im Oktober 2010 zeichnete sich ab, dass die Bildung einer Regierung auf staatlicher Ebene erneut schwierig sein würde: Zu weit lagen die Vorstellungen der stärksten Parteien auseinander. Die Widersprüche lagen nicht eigentlich in substanziellen politischen Fragen, sondern im Konflikt um die Verteilung von Macht und Einfluss, also in den Strukturproblemen der Verfassung von Dayton. Milorad Dodik, nun Präsident der Republika Srpska, führte die auf eine Autonomie gerichtete Politik konsequent fort. Die Lage drohte im Frühjahr 2011 mit der Ankündigung eines Referendums des serbischen Teilstaats über die Legitimität staatlicher Institutionen zu eskalieren. Die EU vermittelte daraufhin einen Kompromiss, der allerdings die Republika Srpska zum direkten Gesprächspartner der EU aufwertete; bis dahin hatte die EU stets darauf bestanden, gesamtstaatliche Institutionen zu stärken.

Wie sich die extremen Positionen der Politiker allerdings mit einer EU-Integration vertragen, bleibt unklar. Viele Beobachter wollen darin vor allem Selbstnutz und Selbstschutz erkennen; ein funktionierender Rechtsstaat, wie von der EU gefordert, mag nicht im Interesse der Pro-

⁶ Dies gilt für alle EU-Mitgliedsstaaten außer Großbritannien und Irland, außerdem für die Nicht-EU-Mitglieder Island, Norwegen und die Schweiz.

tagonisten liegen, und diese Haltung wird hinter nationalistischer Rhetorik versteckt. Immerhin ist die polizeiliche und rechtsstaatliche Kooperation inzwischen zu einem wichtigen Pfeiler der EU-Integration herangereift.

Der Weg zur Mitgliedschaftsbewerbung

Jüngster Schritt auf diesem Weg sind die Forderungen, die die EU-Außenminister im März 2011 aufgestellt haben, um Bosnien und Herzegowina auf dem europäischen Gleis zu halten. Neben dem Aufruf zur Bildung einer gesamtstaatlichen Regierung sind drei Forderungen zu erfüllen, damit sich das Land glaubhaft um die EU-Mitgliedschaft bewerben kann. Zwei davon sind Selbstverständlichkeiten, sie beziehen sich auf die *Erfüllung* des schon ratifizierten *Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens*. Dabei handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, der nach dem Grundsatz *pacta sunt servanda* zu respektieren ist. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in der Sache Finci/Sejdić⁷ bedeutet allerdings, dass Artikel 2 dieses Abkommens nicht erfüllt ist. Gerade weil das Urteil heikle verfassungsrechtliche Fragen aufwirft, verlangt die EU, dass ernsthafte Schritte zur Lösung dieses Problems unternommen werden müssen.

Die zweite Forderung betrifft die Grundlagen der wirtschaftlichen Integration: die *Kontrolle von staatlichen Beihilfen* (Subventionen). Der EU-Binnenmarkt, dem das Land graduell beitrifft, basiert auf einem allgemeinen Beihilfeverbot. Ausnahmen müssen überwacht und genehmigt werden. Somit ist eine Aufsichtsbehörde notwendig, die verhindert, dass z. B. Entitätsregierungen durch Subventionen an einheimische Unternehmen unfaire Marktbedingungen herstellen. Nun trifft aber die Forderung nach einer Beihilfeaufsicht den Nerv des politischen Klientelismus. In Bosnien und Herzegowina befinden sich große Teile der Wirtschaft noch immer in der öffentlichen Hand, und Politiker sind häufig in der Lage, Unternehmen bei der Auftragsvergabe zu bevorzugen. Im Gegenzug sind öffentliche Unternehmen eine Versorgungseinrichtung für die eigene Klientel. Hier mehr Transparenz zu schaffen, ist politisch schmerzhaft, aber eine unbedingt notwendige Reform für ein potenzielles EU-Mitglied.

7 Vgl. Saša Gavrić, Verfassungsreform, in vorliegendem Heft, besonders S. 261 f.

Der dritte Punkt betrifft die *Durchführung eines Bevölkerungs- und Haushaltszensus*. Der letzte Zensus wurde im Jahre 1991 durchgeführt, die damals erhobenen Daten sind obsolet. Der Krieg hat zu massiven Umwälzungen in der Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur geführt.

Die bosnischen Pyramiden

Im Jahre 2005 ging die Nachricht von einer archäologischen Sensation um die Welt: Der Geschäftsmann und Hobbyarchäologe Semir Osmanagić verkündete, dass die drei Berge um die bosnische Stadt Visoko tatsächlich Pyramiden von enormem Ausmaß und Alter seien. Die im Verlauf der Jahrtausende von Erde und Wald bedeckten Bergformationen seien danach der größte jemals von menschlicher Hand errichtete Baukomplex auf Erden, der wahrscheinlich von dem Volk der Illyrer am Ende der letzten Eiszeit vor 12.000 Jahren erbaut wurde. Während die archäologische Elite im In- und Ausland diese Theorie schnell ablehnte, fanden sich aber auch genug Befürworter, woraufhin mehrere Sondierungsgrabungen an allen drei Bergen durchgeführt wurden. Da die Funde vielversprechend schienen, beteiligten sich viele Institutionen des Staates an der Finanzierung weiterer Ausgrabungen. Zahlreiche im Land akkreditierte Botschafter und Politiker besuchten Visoko, und die Kleinhändler der Stadt begannen mit der Herstellung von Souvenirs für die immer zahlreicher erscheinenden Touristen.

Osmanagić sieht sich nach sechs Jahren Ausgrabungen in der Pyramiden-Theorie bestätigt. Den bisher interessantesten Fund stellt sicherlich das verschüttete Tunnelsystem unter dem „bosnischen Pyramidental“ dar, welches schon auf fast 500 Meter vom Schutt freigelegt worden ist. Die Funde werden auch zur Analyse an europäische Forschungsstätten geschickt – mit anscheinend vielversprechenden Ergebnissen. Die Geschichte von den bosnischen Pyramiden ist also keinesfalls zu Ende erzählt, und für viele ist der Berg Visočica unumkehrbar zur bosnischen Sonnenpyramide geworden.



Berislav Župarić

Selbst die Gesamtbevölkerungszahl des Landes beruht auf Schätzungen. Aussagekräftige Daten werden jedoch zur Planung von Infrastrukturvorhaben, zur Errechnung des Schlüssels für zukünftige EU-Leistungen, für Wirtschaft und Verwaltung im Allgemeinen benötigt.

Technisch ist die Durchführung des Zensus kein Problem – das Problem liegt im Politischen. Soll auch die Volksgruppenzugehörigkeit der

Bürger erhoben werden? Wenn ja, was soll mit diesen Daten geschehen? Zurzeit werden die meisten Ämter aufgrund des ethnischen Schlüssels von 1991 vergeben. Wie lange kann dieser noch Bestand haben, wenn man feststellt, dass sich die Bevölkerungszusammensetzung in vielen Gebietskörperschaften als Folge des Krieges radikal verändert hat? Die EU-Verordnung zum Zensusjahr 2011 verlangt keine Fragen nach Ethnizität. Ein einfacher Zensus könnte also durchgeführt werden. Dennoch hat sich die örtliche Politik an der Volksgruppenfrage verbissen, wobei verschiedene Motivationen im Spiel sind, die den Konfliktlinien der Lager seit 1991 entsprechen: Wieviel Autonomie für die serbische Teilrepublik, welcher Platz für die kroatische Volksgruppe, und wie soll die Balance zwischen Gruppen- und individuellen Rechten gestaltet werden? So ist das Land 2011 wieder an die Grundsatzfragen seiner Staatlichkeit zurückgelangt, wo es vor zwanzig Jahren stand.

Die EU reift zum Akteur

Diese Problemfelder umreißen das Kernproblem der Krise im Lande, die zu einem Stillstand der politischen EU-Integration geführt hat. In diesem Zusammenhang muss auch die Rolle und Funktion des *Hohen Repräsentanten* betrachtet werden. Schon mit der Amtsübernahme des Deutschen Christian Schwarz-Schilling Anfang 2006 war der Plan verbunden, das Büro des Hohen Repräsentanten (Office of the High Representative, OHR) in eine starke EU-Präsenz zu überführen, weil die Meinung vorherrschte, das Vorhandensein eines mit weitreichenden Befugnissen⁸ ausgestatteten Hohen Repräsentanten ließe sich nicht mit der angestrebten EU-Mitgliedschaft vereinbaren. Insbesondere sollten die für die EU-Integration notwendigen Reformen von der bosnischen Politik selbst beschlossen werden; eine Oktroyierung über die „Bonner Befugnisse“ wäre ein Beweis für die Unreife des Landes. Der letzte Verfassungsreformversuch sollte dann die Voraussetzung für die Schließung des OHR schaffen, doch war der notwendige Minimalkonsens der örtlichen Akteure dafür nicht vorhanden. Das bosniakische Lager sieht den OHR als Garantie für den Fortbestand des Staates an und war des-

8 Für diese Vollmachten hat sich der Begriff „Bonner Befugnisse“ (Bonn Powers) eingebürgert, da sie auf einer Konferenz in Bonn im Dezember 1997 beschlossen wurden (Anm. d. Redaktion).

halb nicht bereit, auf die Institution zu verzichten. Die Republika Srpska wiederum weigerte sich, über eine neue Kompetenzverteilung zwischen Gesamtstaat und Entitäten als Grundlage einer Verfassungsreform zu diskutieren.

Die Verflechtung der EU-Integration mit der Zukunft des OHR führte dazu, dass die EU den Integrationsfortschritt nicht mehr autonom bestimmen konnte. Das Mandat zur Abschaffung des OHR liegt zwar in den Händen einzelner EU-Mitgliedsstaaten, daneben aber auch bei den Partnern Russland, Türkei und USA.

Deutschland, Frankreich und Italien drängten daher auf eine „Entkopplung“ des Hohen Repräsentanten von der Funktion des EU-Sonderbeauftragten. Dieser „Doppelhut“ des EU-

Sonderbeauftragten wurde 2002 als Übergangskonstruktion eingeführt, ist inzwischen zu einer dauerhaften Institution und zugleich zur Belastung für die EU-Integration geworden. 2010 wurde die Entkopplung mit Hochdruck verfolgt. Die Europäische Kommission stufte die Abschaffung des OHR zu einer „internationalen Verpflichtung“ herab, deren Erfüllung noch ausstehe. Der Kommissionsbericht stellt lakonisch fest, dass das Regierungssystem eine „internationale Präsenz“ beinhalte – damit wurde das Thema „OHR“ entschärft.

Im September 2011 konnte die Entkopplung schließlich auch personell vollzogen werden. Der Däne Peter Sørensen leitet seither als EU-Sonderbeauftragter in Personalunion die Delegation der EU, während der Österreicher Valentin Inzko als Hoher Repräsentant weiter im Amt bleibt. Die EU-Polizeimission und EUFOR rücken in den Hintergrund.⁹ Nach knapp zehn Jahren gibt es nun einen „alleinigen Vertreter der EU in Bosnien und Herzegowina, der eine Führungsrolle bei der Unterstützung des Landes in EU-bezogenen Angelegenheiten übernehmen wird“ (Rat der EU-Außenminister).

Das Amt des Hohen Repräsentanten wird mehr und mehr zu einem Hindernis auf dem Weg zur EU-Integration.

⁹ Die Militäroperation EUFOR-Althea wird unter Rückgriff auf NATO-Strukturen militärisch geführt. Die politische Aufsicht liegt bei der EU. Ohne eine enge Abstimmung mit den NATO-Partnern Türkei und USA kann die EU über den Einsatz der Truppe allerdings nicht entscheiden.

Ausblick

Im Juli 2011 wurde beschlossen, dass Kroatien die Bedingung erfüllt hat, EU-Mitglied zu werden; als Beitrittstermin ist Juli 2013 anvisiert. Damit hat die EU gezeigt, dass die Staaten des westlichen Balkans eine reale Perspektive auf Beitritt haben. Dies gilt auch für Bosnien und Herzegowina. Aber das Überspringen der ersten Hürde zur Mitgliedschaft, die Zuerkennung des Kandidatenstatus, ist eine fundamental politische Entscheidung der Mitgliedsstaaten. Sie setzt voraus, dass ein Mindestmaß an Vertrauen herrscht; von der EU in die und – vor Ort – zwischen den bosnisch-herzegowinischen Eliten. Solange die Forderungen der EU-Außenminister vom März 2011 nicht erfüllt werden, kann kaum Vertrauen entstehen. Aber selbst wenn dies geschieht, werden wahrscheinlich nur Formelkompromisse geschnürt und nach Brüssel geschickt werden.

Medjugorje

Medjugorje, bis zum Jahr 1981 ein unbekanntes Dorf in der westlichen Herzegowina, hat sich in den letzten dreißig Jahren zu einem Massenpilgerort von internationaler Berühmtheit entwickelt: Am 25. Juni 1981 berichteten sechs Kinder, ihnen sei in der Nähe des Ortes auf dem Crnica-Hügel die Jungfrau Maria erschienen und habe ihnen Botschaften aufgetragen. Die „Erscheinungen“ der Gospa, wie die Gottesmutter in kroatischer Sprache genannt wird, dauern bis heute an. Anfangs wurden die „Botschaften“ der Gottesmutter an die „Seherkinder“ fast täglich veröffentlicht; seit 1987 ergeht jeweils am 25. eines jeden Monats eine „Botschaft“ an die Öffentlichkeit. Bei diesen „Botschaften“ handelt es sich um relativ kurze Aussagen, in denen die Gospa zu Umkehr, tieferem Glauben, Gebet und Frömmigkeit aufruft. Die kirchliche Hierarchie hat zwar die „Erscheinungen“ bis heute nicht als „übernatürlich“ anerkannt, doch tat dies dem Besucherstrom keinen Abbruch; allein zum diesjährigen 30. Jahrestag der „Erscheinungen“ sollen 100.000 Pilger Medjugorje aufgesucht haben. Der Pilgertourismus hat auch zu einem wirtschaftlichen Aufblühen der ursprünglich sehr armen Region geführt.



Stefan Kube

Dieses Dilemma ist beiden Seiten bekannt, denn für die EU und Bosnien und Herzegowina ist die Integration „unvermeidlich“. Aus Prestigegründen kann sich die EU kaum ein Scheitern einer ihrer wenigen erfolgreichen Außenpolitiken, also der Erweiterung, leisten. Auf der anderen Seite gibt es ebenfalls keine andere Perspektive als den Beitritt. Dennoch ist es noch nicht gelungen, die politischen Eliten zu einer Überwindung ihrer Politik der Teilung und Verteilung von Macht zu bewegen. Ein qualitativer Schritt Richtung Gemeinsamkeit und geteilter Souveränität im Sinne des EU-Modells könnte ihre jahrelang eingeübte Rhetorik Lügen strafen und die Mechanismen ihres Machterhalts untergraben. Die europäische Perspektive verspricht (noch) zu wenig Gewinn, um einen grundsätzlichen Politikwechsel einzuleiten.

So bleibt der EU nur die Möglichkeit, jegliche Fortschritte – und seien sie noch so formelhaft – als Erfüllung ihrer Konditionalität mit einem weiteren Integrationsschritt zu „belohnen“. Die EU-gesteuerten Prozesse halten zurzeit die Eliten zusammen, indem sie die zentrifugalen Kräfte, vor allem die der Republika Srpska, zumindest parziell einbinden. Daher wird erwartet, dass Bosnien und Herzegowina bis 2012 einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen wird. Das weitere EU-Verfahren könnte dann die Aufmerksamkeit für eine Weile von den politischen zu den bürokratischen Kriterien verschieben.

Die Notwendigkeit einer Verfassungsreform wird jedoch weiterhin im Raum stehen. Angesichts einer zukünftigen Mitgliedschaft Kroatiens wird die Zeit knapp. Wenn bis 2013 kein Fortschritt zu verzeichnen ist, könnte Kroatien die EU direkt für die Lösung der „kroatischen Frage“ in Bosnien und Herzegowina – also der Forderung nach mehr kroatischer Souveränität einschließlich einer möglichen dritten Entität – haftbar machen. Dann wäre nach Zypern ein weiterer Konflikt in die EU importiert worden. Um dies verhindern, sollte die Verfassungsreform die wichtigste Priorität der EU im Jahre 2012 werden. Die EU müsste ihre Scheu, klare Vorgaben für die Kompetenzverteilung im Lande zu machen, überwinden. Dies wäre zwar Neuland, aber jede EU-Erweiterung ist Neuland, und niemals zuvor wurde mit einem so stark konföderativ organisierten Gemeinwesen ein Beitritt verhandelt. Für eine stärker gestaltende Rolle gibt es auch eine historisch-politische Verantwortung, nicht zuletzt deshalb, weil die EU zur heutigen Verfassungsrealität beigetragen hat.¹⁰

¹⁰ Vgl. Christian Schwarz-Schilling: Wer ergreift endlich die Initiative? In: Erich Rathfel-

In diesem Prozess wird die Bürgergesellschaft eine wachsende Rolle spielen müssen. Nach über zwanzig Jahren ist der Platz der Bürger Bosnien und Herzegowinas zwischen der Ideologie der konstituierenden Völker und dem damit einhergehenden Klientelismus praktisch verschwunden. Das politische System ist mit zahllosen unbewältigten und verfestigten Strukturproblemen konfrontiert, die durch den Opportunismus der politischen Eliten und weiter Kreise der Bevölkerung verschärft werden. Um hier Erleichterung und Öffnung zu schaffen, ist jeder Annäherungsschritt an die EU notwendig, wie die Visabefreiung als konkrete Verbesserung für die Bürger gezeigt hat.

Die europäische Integration Bosnien und Herzegowinas und seiner Nachbarn kann jedoch nur gelingen, wenn an die Stelle von „too much memory, too little history“ (Slavenka Drakulić) eine fundierte, offene Diskussion über die Vergangenheit tritt, die um Lösungen und „Versöhnung“ ringt. Gefordert ist eine sowohl nationale als auch regionale Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die auch nicht vor der Analyse des eigenen kollektiven und individuellen Versagens zurückscheut. Dies gilt ebenfalls für die EU, ihre Mitgliedsstaaten und deren Mitverantwortung für die Krise Bosnien und Herzegowinas.

der/Carl Bethke (Hrsg.): *Bosnien im Fokus. Die zweite politische Herausforderung des* Christian Schwarz-Schilling. Berlin, Tübingen 2010, S. 399-406.

Die islamische Tradition Bosnien und Herzegowinas

Dr. Armina Omerika ist Islamwissenschaftlerin an der Ruhr-Universität Bochum. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Geschichte des Islams auf dem Balkan im 20. Jahrhundert.

Seit nahezu einem halben Jahrtausend ist der Islam ein prägendes Element in der Kultur und Geschichte Bosnien und Herzegowinas. Eine eindeutige Antwort auf die Frage, ob die muslimische Gemeinschaft Vorbild für einen „Euro-Islam“ werden kann oder sich nach den leidvollen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit eher fundamentalistischen Strömungen öffnen wird, steht, wie die nachfolgende Analyse zeigt, noch aus.

I.

Haben die jugoslawischen Nachfolgekriege der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts die Weltöffentlichkeit auf die langjährige Präsenz von einheimischen muslimischen Bevölkerungen in Südosteuropa aufmerksam gemacht, so waren es die Diskussionen um den Charakter des Islams in westeuropäischen Einwanderungsgesellschaften und vor allem um Möglichkeiten, ihn im spezifisch deutschen Kontext zu institutionalisieren, die in den letzten Jahren die Frage nach dem Vorbildpotenzial der bosnischen islamischen Tradition für einen freilich noch zu definierenden „europäischen“ Islam aufwerfen. Der hohe Grad an Institutionalisierung des Islams in Bosnien und Herzegowina, seine über hundert Jahre zurückreichende Erfahrung der religiösen Praxis im europäisch geprägten und teilweise bis ganz säkularisierten staatlichen Umfeld sowie die versöhnlichen Antworten bosniakischer Islamgelehrter auf die Herausforderungen der Moderne lassen den „bosnischen Islam“ zunächst in der Tat als Prototypen eines aufgeklärten, modernen und toleranten Islam einer autochthon europäischen Bevölkerungsgruppe erscheinen.

Eine solche vereinfachende Zuschreibung zieht allerdings eine ganze Reihe an problematischen Implikationen nach sich, die in letzter Konsequenz in der Fortführung von Vorstellungen über den „anderen“, „nichteuropäischen“ und somit „intoleranten“ Islam zu münden drohen, dem das Bild eines europäischen und somit *per se* toleranten Islam der Bosniaken gegenüber gestellt wird. Aus diesen Überlegungen heraus hatte auch die Islamische Gemeinschaft (*Islamska zajednica*, IZ) in Bosnien und Herzegowina als die institutionalisierte Einheitsvertretung der Muslime lange Zeit darauf verzichtet, ein Selbstverständnis zu formulieren, das eine etwaige Sonderstellung des bosnischen Islams im Rahmen der weltweiten islamischen *Umma* (Gemeinschaft) beinhaltet hätte. Zwar hatte die aktive Rolle der IZ als historische Trägerin nicht nur religiöser, sondern auch ethnischer Identitätsdiskurse der Bosniaken zwangsläufig ein Bewusstsein über die eigene Besonderheit begründet; eine systematische geografisch-kulturelle Bestimmung der eigenen islamischen Tradition ließ jedoch lange auf sich warten. Erst die seit Anfang der neunziger Jahre fortschreitende Pluralisierung der islamischen religiösen Landschaft, die damit verbundenen Auseinandersetzungen über die in Bosnien etablierte islamische Lebensgestaltung und nicht zuletzt die Infragestellung der Autorität und Deutungshoheit der IZ durch neofundamentalistische muslimische Gruppierungen begründeten die Notwendigkeit, die Spezifika der islamischen Tradition in Bosnien normativ und analytisch festzuhalten. Gemäß einer vom Rechtshistoriker Fikret Karčić 2006 vorgeschlagenen und in die Sammlung normativer Akte der IZ aufgenommenen Definition¹ wird die islamische Tradition der Bosniaken durch folgende Merkmale charakterisiert: 1.) sunnitische Tradition, einschließlich der Befolgung der theologischen Schule der Maturidiyya im Bereich der Glaubenslehre und der Rechtsschule der Hanafiyya im Bereich des islamischen Rechts; des weiteren die Tradition entsprechender Scharia-treuer sufischer Orden; 2.) Zugehörigkeit zur osmanisch-islamischen Einflussphäre; 3.) Existenz vorislamischer religiöser Praktiken, die in ihrer islamisierten Form Eingang in die religiöse Tradition der Bosniaken gefunden haben; 4.) die Tradition des islamischen Reformismus (*islâh*) in der Deutung des Islams; 5.) Insti-

1 Fikret Karčić: Šta je to 'islamska tradicija Bošnjaka'? In: El-Kalem - Izdavački centar Rijaseta islamske zajednice u Bosni i Hercegovini (Hrsg.): Rezolucija Islamske zajednice u BiH o tumačenju islama i drugi tekstovi. Sarajevo (o. J.), S. 51-59.

tionalisierung des Islams in Form der IZ; und schließlich 6.) Praktizierung des Islams in einem säkularen Staat.

Diese Spezifizierung geht in ihrer Ausführlichkeit über das vereinfachende und wenig aussagekräftige Bild eines „aufgeklärten europäischen“ Islams hinaus; sie verdeutlicht auch das Bewusstsein über den Einfluss verschiedener, nicht zwangsläufig religiöser Faktoren auf die Entwicklung der islamischen Tradition und überwindet somit die zwanghafte Vorstellung einer starren, in sich selbst ruhenden und vor äußeren Impulsen immunisierten Religion. Die islamische Tradition in Bosnien und Herzegowina, wie sie sich uns heute darstellt, ist das Ergebnis einer Dynamik, die im Spannungsfeld wechselnder staatlicher und politischer Konstellationen sowie kultureller und institutioneller Rahmungen verlief.

Die islamische Tradition in Bosnien und Herzegowina ist das Ergebnis einer Dynamik, die im Spannungsfeld wechselnder staatlicher und politischer Konstellationen sowie kultureller und institutioneller Rahmungen verlief.

II.

Die Konversionen der einheimischen Bevölkerung zum Islam setzten mit den osmanischen Eroberungen des heutigen Bosnien und Herzegowina im 15. Jahrhundert ein und dauerten graduell und mit wechselnder Dynamik bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts an. Die osmanische Provinz Bosnien entwickelte sich zu einem multireligiösen Gebiet, dessen nicht-muslimische Einwohner in christlichen *millets*² zusammengefasst wurden, während die muslimische Bevölkerung über die institutionelle und religiöse Anbindung an den osmanischen Staat zu einem Teil der globalen islamischen *Umma* wurde. Islamische religiöse und Verwaltungsstrukturen folgten den im Osmanischen Reich etablierten Organisationsmustern, die auf dem Prinzip der Einheit zwischen Glaube und Staat (*din wa dawla*) beruhten. Während ein Teil der islamischen Institutionen und ihrer Angestellten direkt vom Staat finanziert wurde, etwa die Kadis (Richter), wurden religiöse Schulen (*madrasa*) und Moscheen aus den Einkommen der frommen Stiftungen (*waqf*) finanziert, die von Ein-

² Der Begriff stammt aus dem Arabischen und bedeutet ursprünglich „Glaubensgemeinschaft“. Im Osmanischen Reich waren die nichtislamischen Bewohner in Millets organisiert, was ihnen eine gewisse Autonomie sicherte (Anm. d. Redaktion).

zelpersonen gegründet und deren Bestimmung vom Stifter testamentarisch festgelegt wurde. Osmanisch-islamischer Einfluss in Bosnien schlug sich in der Übernahme der osmanischen politischen und Bildungskultur nieder, fand ihren Ausdruck aber auch in Kunst, Literatur, Architektur, kulinarischen Sitten und nicht zuletzt in einer starken sprachlichen Durchdringung der einheimischen slawischen Sprache mit türkischer, arabischer und persischer Terminologie.

Die „Bosnische Kirche“

Die Bosnische Kirche prägte das bosnische Mittelalter in der Zeit des bosnischen Königreiches vom 12. bis zum 15. Jahrhundert. Dieses religionsgeschichtliche Phänomen ist in Apologetik, Wissenschaft und Literatur bis heute eine unversiegbare Quelle von Inspirationen und Interpretationen.

Obwohl die wenigen erhaltenen Quellen – darunter insbesondere das Batalo-Evangelium und die Sammelschriften des Christen Hval und des Christen Radoslav – diese Kirche eindeutig als christlich einordnen lassen, lassen sich viele Deutungen finden. Die Wissenschaftler deuteten die Bosnische Kirche seit dem 19. Jahrhundert je nach ihrer nationalen und politischen Provenienz und verstanden sie entweder als Teil der römisch-katholischen oder der Serbischen Orthodoxen Kirche, als gnostisch-dualistische Sekte, als Vorläufer der Reformation auf dem Balkan oder – in den letzten Dekaden – als Vorläufer des Islams. Die aktuellste Adaptation ist gegenwärtig in Tuzla zu finden: Dort befindet sich eine offenbar pfingstlerische Gemeinde finnischen Hintergrunds mit dem Namen „Bosnische Kirche“.

Die architektonische Besonderheit des bosnisch-herzegowinischen Mittelalters sind die Grabsteine, genannt *stecci*. Diese werden mit der Bosnischen Kirche in Verbindung gebracht. Archäologische Überreste sind gegenwärtig in Radimlja, einem Ort in der Herzegowina, sowie im Landesmuseum von Bosnien und Herzegowina in Sarajevo zu finden.

Zrinka Štimac

Okkupation (1878) und spätere Annexion (1908) Bosnien und Herzegowinas durch Österreich-Ungarn beendeten die osmanische Herrschaft und leiteten eine Periode der Europäisierung ein, die die Fortentwicklung der islamischen Tradition entscheidend mitprägte. Die Reformen des Osmanischen Reiches (*Tanzimat*), die Bosnien erst nach 1860 erreichten, hatten die ersten Modernisierungsprozesse in Armee, Verwaltung, Gerichtsbarkeit, Bildung und Steuerwesen eingeleitet. Die österreichisch-ungarische Herrschaft löste nun diese von den Bosniaken ohnehin nur zögerlich akzeptierten Prozesse durch noch radikalere gesellschaftliche Veränderungen ab. Die Herrschaft des neuen europäi-

schen Kolonialherrn schlug sich nieder in der Industrialisierung und Urbanisierung des Landes, in der Entstehung neuer staatlicher und kultureller Institutionen und Bildungseinrichtungen, löste aber auch großes Misstrauen unter den Bosniaken aus.

Die Donaumonarchie ihrerseits versuchte, die bosnischen Muslime vom Einfluss Istanbuls fernzuhalten, bei gleichzeitigen Zugeständnissen an die Religionsfreiheit, zu der sie sich durch das Istanbuler Abkommen von 1879 verpflichtet hatte. Ausdruck dieser Versuche war die Gründung einer autonomen islamischen Institution in Bosnien, der Islamischen Glaubensgemeinschaft (*Islamska vjerska zajednica*, IVZ).³ Bereits 1882 war aufgrund eines kaiserlichen Dekrets das erste Oberhaupt der bosnischen Muslime, der *Reis-ul-ulema* („Oberhaupt der Gelehrten“) gewählt worden. Mit gleichzeitiger Ernennung von vier Mitgliedern des obersten Gelehrtenrates (*Rijaset* bzw. *Ulema medžlis*) war die oberste islamische Autorität in Bosnien ins Leben gerufen worden. Dennoch behielt das österreichisch-ungarische Finanzministerium, welches die Legislativgewalt über Bosnien hatte, weitestgehend die Kontrolle über die Angelegenheiten der Islamischen Glaubensgemeinschaft, insbesondere in Fragen der Verwaltung und Aufsicht über die islamischen Stiftungen. Die Fremdbestimmung über die Stiftungsverwaltung löste Proteste aus, die zur Verabschiedung des „Statuts für autonome Verwaltung der islamischen religiösen Angelegenheiten und der islamischen Stiftungen in Bosnien und Herzegowina“ (1909) führten. Die Scharia-Gerichte aus der osmanischen Zeit wurden übernommen, allerdings war die Scharia fortan lediglich im Bereich des Familien- und Erbrechts gültig. Die Gerichte, an denen nun vom Staat ausgebildete und eingesetzte Kadis arbeiteten, wurden reformiert und dem habsburgischen Staatswesen unterstellt. Auf der Grundlage der bosnischen Erfahrungen wurde 1912 das *Islamgesetz* verabschiedet, mit dem der Islam als Religionsgesellschaft anerkannt und in den Staat integriert wurde.

Seit 1909 war die Selbstverwaltung der Muslime in religiösen Angelegenheiten garantiert – offen blieb weiterhin das Verhältnis der islamischen Gemeinschaft zu westlichem Gedankengut.

Die Selbstverwaltung der Muslime in religiösen Angelegenheiten und

³ Der Name wurde im Jahre 1969 von „Islamische Glaubensgemeinschaft“ (*Islamska vjerska zajednica*) in „Islamische Gemeinschaft“ (*Islamska zajednica*) geändert.

im Hinblick auf die islamischen Stiftungen war zwar mit der Autonomie von 1909 garantiert, jedoch waren damit nicht die grundsätzlichen Fragen der Positionierung gegenüber der christlichen Herrschaftsmacht gelöst. Westliche Moralvorstellungen, Verhaltensweisen und Gedankengut drangen graduell, aber stetig in die bis dahin islamisch determinierten gesellschaftlichen Bereiche wie Bildung und Wirtschaft ein. Im Verband Österreich-Ungarns kam es außerdem zu einer starken Konfrontation der traditionellen islamischen Bildung mit modernen europäischen Wissenschaften und Methoden. Die traditionellen islamischen Schulen mit ihren religiös ausgerichteten Curricula konnten die Bedürfnisse nach qualifizierten Kräften unter den neuen Umständen nicht erfüllen. Versuche der Modernisierung des islamischen Bildungssystems stießen auf erbitterten Widerstand der traditionellen Gelehrten; der Besuch von neuen, staatlichen Schulen galt zudem auch in der Bevölkerung als ein Sakrileg. Die Ablehnung wurde zum Teil durch die eurozentrische Perspektive motiviert, die im staatlichen Schulsystem vorherrschend war und durch die sowohl die endogene muslimische als auch insgesamt die orientalistisch-islamische Kultur abgewertet und ins Negative verkehrt wurde.

All diese Entwicklungen stellten prinzipiell den Islam als wichtigste gesamtgesellschaftliche Determinante im Leben der bosnisch-herzegowinischen Muslime infrage. Es ist daher nicht verwunderlich, dass seine Rolle bzw. die Notwendigkeit und Möglichkeiten seiner Anpassung an die zeitgenössischen Entwicklungen im Mittelpunkt der Debatten standen, die das intellektuelle Leben der Bosniaken im österreichisch-ungarischen wie auch später im ersten jugoslawischen Staat prägten. Forderungen nach Reformen der Scharia, der Modernisierung des Bildungskansons und der Aufwertung der gesellschaftlichen Stellung der muslimischen Frauen führten zu intensiven innermuslimischen Debatten und Polemiken, die von einem Prozess der intellektuellen Polarisierung und zunehmenden Differenzierung der muslimischen Bildungselite begleitet wurden.

III.

1918 wurde Bosnien und Herzegowina in das neue „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ (ab 1930: Königreich Jugoslawien) eingegliedert. Die Organisation der IZ änderte sich zwar im neuen Staate nicht; sie galt jedoch nur in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und

Slowenien, während die Verwaltung religiöser Angelegenheiten der Muslime in Serbien, Makedonien und Montenegro der direkten staatlichen Aufsicht unterstellt wurde. 1930 allerdings wurde auch die Autonomie der bosnischen IZ abgeschafft und unter staatliche Kontrolle gestellt. Die Einbindung einiger regimetreuer islamischer Gelehrter in die neuen Strukturen führte einerseits zur erneuten Polarisierung der islamischen Gelehrsamkeit und andererseits zu jahrelangen Protesten und Forderungen nach der Wiederherstellung der religiösen Autonomie. Der Fokus der innerislamischen Debatten rückte in den dreißiger Jahren nun von gesellschaftsbezogenen Fragen auf Fragen der Organisation, Verwaltung, Loyalität gegenüber den staatlichen Autoritäten und nicht zuletzt auf die Ebene persönlicher Auseinandersetzungen.

Das Fehlen inhaltlicher Debatten und die Auseinandersetzungen um den gesetzlichen Status der IZ kennzeichneten auch die Haltung der bosnischen Gelehrten während des Zweiten Weltkriegs zwischen den Jahren 1941 und 1944. Als Institution war die IZ ohnehin marginalisiert, da auch das neue Regime des faschistischen NDH-Staates („Unabhängiger Staat Kroatien“) die erhoffte Wiederherstellung ihres autonomen Status nicht durchsetzen wollte. In den Jahren der NDH-Besatzung Bosniens etablierte sich die Vereinigung der islamischen Gelehrten *El Hidaje*, die sich 1936 quasi als Gegenpol zur Führung der IZ gegründet hatte, als wichtige Antriebskraft für die politische und militärische Mobilisierung von Muslimen und gleichzeitig für Forderungen nach einem autonomen Status Bosnien und Herzegowinas im Rahmen des Deutschen Reiches.

Die radikalsten Einschnitte in die islamischen religiösen Strukturen und gleichzeitig neue, vom Staat gesteuerte und erzwungene Modernisierungs- und Säkularisierungsmaßnahmen erfolgten nach 1945 in der sozialistischen jugoslawischen Föderation, der Bosnien und Herzegowina als eine von sechs Teilrepubliken angehörte. Unmittelbar nach der Machtkonsolidierung der Kommunisten wurden die Scharia-Gerichte abgeschafft, religiöse Einrichtungen geschlossen (lediglich die Gazi-Husrevbeg-Madrassa in Sarajevo blieb bestehen), die Sufi-Konvente (*tekke*) und die religiöse Unterweisung der Kinder wurden verboten und die Ganzkörperverschleierung muslimischer Frauen gesetzlich untersagt. Das Vermögen der Religionsgemeinschaften wurde in mehreren Nationalisierungswellen sukzessive verstaatlicht und die Gremien der IZ mit parteigetreuen Funktionären infiltriert. Ironischerweise griffen die Kommunisten bei der Rechtfertigung ihrer Religionspolitik gegenüber

dem Islam nicht zuletzt auf die Argumente von islamischen Modernisierern aus den zwanziger Jahren zurück, die gesellschaftliche Reformen gefordert hatten.

Das Verhältnis der IZ zum kommunistischen jugoslawischen Staat war bis zum Zerfall Jugoslawiens von Bemühungen charakterisiert, möglichst viel Autonomie in der Selbstverwaltung der islamischen Angelegenheiten zu bewahren und den sozialen Status der Gelehrten zu

In den siebziger Jahren vollzog sich der Prozess der erfolgreichen bosnisch-muslimischen nationalen Identitätsstiftung gleichermaßen auf dem säkularen wie religiösen Feld.

verbessern, bei gleichzeitiger Sicherung des staatlichen Wohllollens. Im Gegensatz zum Pluralismus der islamischen Diskurse der zwanziger und dreißiger Jahre, der sowohl die säkulare Intelligenzija als auch Gelehrte unterschiedlicher Provenienz

umfasst hatte, lag nun das Monopol auf dem islamischen Diskurs in der Öffentlichkeit bei der institutionalisierten Gelehrtenhierarchie der IZ.

Die Liberalisierung der jugoslawischen Religionspolitik ab Mitte der sechziger Jahre brachte eine Revitalisierung islamischer religiöser Strukturen und Einrichtungen in Form von intensiviertem Moscheebau, verstärkten Publikations- und Übersetzungsaktivitäten, der Eröffnung neuer Bildungseinrichtungen sowie im erweiterten Bildungs- und Studentenaustausch mit islamischen Ländern. Durch aus persönlichen Verbindungen aufgebaute Netzwerke konnten sich in dieser Phase auch regimiekritische muslimische Aktivisten wie die Jungmuslime (*Mladi muslimani*) mit Publikationen und Übersetzungen an dem Prozess des „islamischen Revival“ jener Jahre beteiligen. Ein prägender Schritt für die weitere Entwicklung der islamischen Glaubenslehre in Bosnien war die Eröffnung der Islamischen Theologischen Fakultät im Jahre 1977 in Sarajevo (heute *Fakultät für Islamische Wissenschaften*), die den Grundstein für die Etablierung einer modernen islamischen Universitätstheologie gelegt hat. Nicht minder wichtig war die Beteiligung der IZ am Prozess der Konstruktion einer modernen bosnisch-muslimischen nationalen Identität in den sechziger und frühen siebziger Jahren, der 1974 zur erstmaligen Anerkennung der bosnischen Muslime als eines jugoslawischen Staatsvolkes führte. Durch die starke Interaktion zwischen der politischen, akademischen und religiösen Sphäre vollzog sich der Prozess der erfolgreichen bosnisch-muslimischen nationalen Identitätsstiftung gleichermaßen auf dem säkularen wie religiösen Feld, was den

Status der islamischen Religion als wichtiges Element der nationalen Identitätsmuster der Bosniaken verfestigte.

Anfang der neunziger Jahre wurde diese Verbindung zwischen religiöser und ethnischer Identität der Bosniaken politisch durch die Partei der Demokratischen Aktion (*Stranka demokratske akcije*, SDA) operationalisiert. Die SDA hatte erfolgreich eine mit starker religiöser Symbolik aufgeladene Selbstdarstellung mit dem politischen Vertretungsanspruch der bosnischen Muslime im national-säkularen Sinne verknüpft. Nicht zuletzt waren die Verbindungen der SDA zu neuen Kräften in der IZ entscheidend für den politischen Erfolg der Partei. Der Krieg in Bosnien und Herzegowina und die gezielte Zerstörung der islamischen religiösen Kultur durch serbische und kroatische Nationalisten im Rahmen der Vertreibungen und des Völkermordes an den Bosniaken hatten als Reaktion eine weitere Stabilisierung dieser Verbindung zwischen der religiösen islamischen und der nationalen Identität der Bosniaken zur Folge. Im Nachkriegsbosnien wirkt diese Verbindung zwischen Religion und Ethnizität umso stärker, als sie auch bei den bosnischen Serben und Kroaten die dominante Form der Identitätsbildung ist.

IV.

Auch auf den Islam trifft zu, was Religionsforscher seit den Kriegen der neunziger Jahre in allen jugoslawischen Nachfolgestaaten beobachten konnten: Die Religion wird öffentlich sichtbarer, die religiösen Institutionen werden revitalisiert. Die Neuordnung der Beziehungen zwischen den religiösen Institutionen und dem Staat sowie verschiedene, nicht zuletzt kollidierende Vorstellungen von Säkularität in den postsozialistischen Gesellschaften bergen allerdings soziales Konfliktpotenzial, das sich in öffentlichen verbalen Auseinandersetzungen entlädt.

Die neu gewonnene Stärke traditioneller religiöser Institutionen auf dem Westbalkan wird zugleich durch interne Herausforderungen auf die Probe gestellt, da neue Gemeinschaften auf den religiösen Markt drängen. Im heutigen Bosnien und Herzegowina sind mittlerweile alle islamischen „Spielvarianten“ vertreten, die dort früher selten oder gar nicht vorhanden gewesen waren. Vom Umgang der IZ mit diesen neuen Strömungen und ihrem Integrations- bzw. Neutralisierungspotenzial unter den demokratischen Bedingungen der Religionsfreiheit wird es auch abhängen, welche Entwicklungsrichtung die islamische Tradition der Bosniaken künftig einnehmen wird.

„Zwei Schulen unter einem Dach“. Anmerkungen zum Bildungssystem Bosnien und Herzegowinas

Saša Gavrić studierte Politik- und Verwaltungswissenschaft in Konstanz. Seit 2006 lebt er wieder in Sarajevo, wo er die Nichtregierungsorganisation „Sarajevo Open Centre“ leitet.

Im Bildungssystem von Bosnien und Herzegowina finden sich trotz intensiver nationaler und internationaler Reformbemühungen zahlreiche Elemente ethnischer Trennung und Diskriminierung. Zusätzlich hemmend wirken sich die komplexen politischen Strukturen aus. Eine Verbesserung wird, wie der Autor darlegt, nur im Rahmen der Gesamtentwicklung des Landes möglich sein.

1995 entstand mit dem Daytoner Friedensabkommen eines der kompliziertesten politischen Systeme der Welt. Das von der internationalen Gemeinschaft aufgezwungene Dokument zementierte die Kriegsergebnisse. Auf der einen Seite steht seither die mehrheitlich serbische Republika Srpska, auf der anderen Seite die stark dezentralisierte kroatisch-bosniakische Föderation. 2001 kam noch der Distrikt Brčko als vollkommen autonome Einheit hinzu.¹ Der Frieden sollte durch die ethnische und territoriale Balance garantiert werden.

Der stark ausgeprägte Föderalismus ist auch im Bildungsbereich sichtbar. Dem gegenwärtigen Verfassungssystem nach sind Bildung, Erziehung und Wissenschaft eine Aufgabe der Entitäten. Im Falle der Föderation Bosnien und Herzegowina liegt die Zuständigkeit noch eine Ebene tiefer – bei den Kantonen. Folgerichtig gibt es ein Bildungsministerium der Republika Srpska, zehn Bildungsministerien in den zehn Kantonen der Föderation Bosnien und Herzegowina und ein Bildungsamt des Distrikts Brčko. Auf der Ebene der Föderation besteht ebenfalls ein Bildungsministerium zur Koordination der kantonalen Ministerien.

1 Vgl. dazu auch den Beitrag von Saša Gavrić zur Verfassungsreform in diesem Heft.

Damit gibt es dreizehn Bildungsministerien mit eigenen Zuständigkeiten, Strukturen, Lehrplänen und Budgets. Bei einer Einwohnerzahl von ca. 4 Millionen Einwohnern ist dies eine äußerst hohe Anzahl an Bildungsdezentralität!

Bildung teilt Bosnien und Herzegowina

Trotz aller Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, ein Bildungssystem zu schaffen, das nicht zu Diskriminierung, Hass und Misstrauen anderen gegenüber aufstachelt, gibt es heute in Bosnien und Herzegowina drei Bildungsprogramme. Sie stehen vor allem im Dienste nationalistischer Politik und sind so unterschiedlich, dass die Kinder in den Schulen nur das Rechnen auf die gleiche Art lernen.

Obwohl die Vertreter der zuständigen Ministerien aus den Entitäten in Anwesenheit von Abgesandten der Europäischen Kommission und der UNESCO am 10. Mai 2000 eine Deklaration über die Abschaffung der parallelen Systeme in der Bildung und der Segregation (Trennung) in den Schulen unterschrieben haben, lernen die Kinder in der Herzegowina nach dem kroatischen Curriculum, die in der Republika Srpska nach dem serbischen. Die größten Unterschiede gibt es in den Lehrbüchern für Geschichte, Erdkunde und „Mutter“-sprache. Die genannte Deklaration wird nur dort beachtet, wo Bosniaken die Mehrheit bilden. So existiert etwa in einigen Lehrbüchern, die in der Republika Srpska gedruckt wurden, Bosnien und Herzegowina gar nicht als Staat, und in Gebieten mit kroatischer Mehrheit lernen die Kinder, dass Kroatien ihre Heimat ist, und singen die kroatische Nationalhymne. Besonders groß ist das Problem für Kinder von heimkehrenden Flüchtlingen und Vertriebenen, die nach dem Curriculum der Mehrheitsnation lernen müssen; es kommt nicht selten vor, dass solche Kinder lieber zu Hause bleiben, als nach einem „fremden“ Curriculum zu lernen.

Davor Korić

Trotz intensiver Bemühungen der internationalen Gemeinschaft ist der Bildungssektor in Bosnien und Herzegowina weiterhin getrennt, d. h. der Unterricht erfolgt nach unterschiedlichen nationalen Lehrplänen und Sprachen. Gemäß der Vorstellung dreier ethnischer Gruppen in Bosnien und Herzegowina gibt es auch drei entsprechende Curricula: ein serbisches in der Republika Srpska, eines in bosnischer Sprache in den fünf mehrheitlich bosniakischen Kantonen und eines in kroatischer Sprache in den drei kroatisch dominierten Kantonen. In den Kantonen Herzegowina-Neretva und Mittelbosnien herrscht ethnische Parität, so dass dort der kroatische und bosniakische Lehrplan gleichermaßen zur Anwendung kommen. Außerdem gibt es in diesen Kantonen die so genannten „zwei Schulen unter einem Dach“, die weiter unten vorgestellt

werden. Aus dem einheitlichen und zentralisierten Bildungssystem Anfang der neunziger Jahre haben sich drei unabhängige Bildungssysteme mit jeweils eigenen Curricula, Sprachen und Schulbüchern herausgebildet und inzwischen fest etabliert.

Die Struktur des Bildungssystems

Das Bildungssystem Bosnien und Herzegowinas wurde in seiner Grundstruktur vom kommunistischen Jugoslawien übernommen. In ganz Bosnien und Herzegowina gibt es weniger als 200 Kindergärten, sodass nur 4,5 Prozent der Kinder einen Kindergarten besuchen. Kinder aus ländlichen Regionen oder kleinen Gemeinden und Kinder aus ärmeren Familien sind meist von der Vorschulerziehung ausgeschlossen.

Seit 2003 ist für die Primarbildung (*osnovna škola*) die neunjährige (vorher achtjährige) Grundschule verpflichtend und umfasst damit alle Kinder zwischen sechs und fünfzehn Lebensjahren. Die Schulbesuchsquote für die Grundschule liegt zwischen 93 Prozent und 98 Prozent, denn die Einbeziehung von Kindern aus Gruppen wie Roma, Flüchtlingen oder auch Mädchen in ländlichen Regionen ist leider noch immer sehr problematisch. Nach einer OECD-Studie von 2006 müssen außerdem folgende Schwierigkeiten berücksichtigt werden: zu geringe Größe der Schulen, ungünstige Lehrer-Schüler-Relationen, veraltete Unterrichtsmethoden sowie unzureichende Weiterbildungschancen für Lehrer.

Die allgemeine oder berufliche Sekundarbildung (*srednja škola*, Mittelschule) dauert, abhängig vom Schultyp, drei beziehungsweise vier Jah-

re. Etwa 90 Prozent aller Schüler besuchen eine Sekundarschule, vier Fünftel davon eine Art Berufsschule, die übrigen die allgemeinbildenden Sekundarschulen.

Viele Faktoren behindern den Unterricht an Grund- und Mittelschulen.

Im Hochschulbereich bestehen mittlerweile acht staatliche und über zwanzig Privatuniversitäten. Die Anzahl der Studenten an den staatlichen Universitäten wird auf mehr als 100.000 geschätzt. 2007 wurden mit einem neuen Hochschulrahmengesetz Bologna-Strukturen eingerichtet, d. h. die Universitäten bieten Bachelor-, Master- und PhD-Studiengänge an. Zu einigen Studienrichtungen herrscht ein starker Zulauf, besonders zu den rechtswissenschaftlichen Fakultäten an den öffentlichen und Privatuniversitäten, was leider eine hohe Akademikerarbeitslosigkeit

zur Folge hat. Besonders problematisch ist die Tatsache, dass jeder Kanton selbstständig über die Errichtung von Universitäten entscheiden kann, ohne dass die kleinen Kantonalbildungsministerien überhaupt in der Lage sind, deren Tätigkeit angemessen zu beurteilen. Regelmäßig wird in den Medien über Korruptionsfälle berichtet, zumal insbesondere viele private Hochschulen nicht einmal einen minimalen akademischen Standard gewährleisten: Oft wird der Unterricht von Gastdozenten angeboten, die Bibliotheken sind völlig unzureichend ausgestattet, wissenschaftliche Forschungsprojekte gibt es nicht. Viele Absolventen erlangen einen Hochschulabschluss ohne Basiswissen.

Apartheid oder Menschenrechte: das Phänomen der „zwei Schulen unter einem Dach“

Eine der vielen negativen Folgen des Krieges in Bosnien und Herzegowina ist die Existenz der so genannten *dvije škole pod jednim krovom* („zwei Schulen unter einem Dach“). Durch ethnische Säuberungen und Bevölkerungsverschiebungen während des Krieges entstanden in Bosnien und Herzegowina ethnisch reine Territorien. Der bis dahin bestehende ethnische Fleckenteppich wurde zerstört, fast alle Städte und Gemeinden haben ihre multiethnische Struktur verloren. Besonders deutlich ist dies in der Republika Srpska: In der heute serbisch dominierten Entität umfasste der serbische Bevölkerungsanteil bis 1991 nur 55 Prozent – heute sind es 90 Prozent. Von den 140.000 Kroaten vor dem Krieg sind nur noch 10.000 Kroaten (1 Prozent der Gesamtbevölkerung) geblieben; ähnlich hat sich auch die Anzahl der Bosniaken reduziert. In der Föderation Bosnien und Herzegowina ist die Lage nicht besser; dort ist der serbische Bevölkerungsanteil von 400.000 auf ca. 40.000 zurückgegangen.

Diese klare ethnische Struktur ist auch im Bildungssystem sichtbar. Abhängig davon, welche ethnische Gruppe wo dominant ist, wird ausschließlich nach dem Lehrplan der dominanten ethnischen Gruppe unterrichtet. In den ethnisch-gemischten Kantonen entstanden so in den Nachkriegszeiten durch die Rückkehr von Flüchtlingen doppelte Strukturen: Neben den bestehenden Schulen, in denen z. B. die Kinder der kroatischen Mehrheit in dieser Gemeinde zur Schule gehen, gründeten die Rückkehrer, z. B. die Bosniaken, ihre eigenen, sodass sehr bald doppelte Grund- oder Sekundarschulen vorhanden waren. Das Problem be-

trifft nur die ethnisch gemischten Gemeinden in der Föderation, wo jeweils in einem Teil der Gemeinde Kroaten und im anderen Bosniaken leben. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wollte im Rahmen ihrer Bildungsarbeit in Bosnien und Herzegowina das Problem lösen und hat als vorübergehende Lösung die Institution der „zwei Schulen unter einem Dach“ eingeführt. Die bis dahin bestehenden Schulen in einer Gemeinde wurden unter ein Dach gebracht, in allen Fällen die doppelte Schulverwaltung und die Trennung von Schülern nach ethnischer Herkunft jedoch beibehalten.

Troja in der Herzegowina?

An der Mündung des Flusses Neretva in die Adria, in einer Ortschaft namens Gabela, lokalisierte der Mexikaner Roberto Salinas Price vor 25 Jahren nichts Geringeres als die antike Stadt Troja. Diese spektakuläre Behauptung wurde damals von den jugoslawischen Medien dankbar aufgenommen, ohne aber nennenswerte Auswirkungen auf den lokalen Tourismus zu haben. Price, von Beruf Gastronom, ließ sich durch das Ausbleiben einer breiteren Akzeptanz nicht entmutigen und blieb seiner Theorie bis heute treu. Er publiziert drei Bücher zu diesem Thema und bereiste mehrfach die Fundstätte.

Im Fokus seiner Forschung von Price stehen die homerischen Epen, die er wie geografische Karten liest, sodass er die dort erwähnten Berge und Flüsse sowie deren Entfernungen im herzegowinischen Karst zu lokalisieren versucht. Auch sprachliche Ähnlichkeiten der Ortsnamen in Homers Werken mit denen in der Herzegowina führten schließlich zu seiner Überzeugung, dass Heinrich Schliemann unter dem Hügel von Hisarlık Troja nicht habe finden können, da es nicht in der Türkei, sondern in der Herzegowina liege.

Einige Anhänger der Theorie, wonach Homer ein blinder Herzegowiner gewesen sein soll, behaupten auch, dass die kroatische Insel Brac die antike Insel Lesbos sei, und untermauern diese These mit dem Hinweis, dass auf dieser Adriainsel auch heute noch mehr Frauen als Männer leben.

Berislav Župarić



Was bedeutet das? Schüler, die vor dieser „Vereinheitlichung“ in unterschiedliche Schulen an zwei unterschiedlichen Orten gegangen sind, werden nun in *eine* Schule geschickt. Trotz der an sich guten Idee einer

gemeinsamen Schule werden sie aufgrund der Entscheidung der Eltern weiterhin in zwei völlig voneinander getrennten Schulsystemen unterrichtet. So gibt es in diesen 54 „zwei Schulen unter einem Dach“ zwei Schuldirektoren, zwei Sportlehrer, zwei zeitlich nicht übereinstimmende „große Pausen“, zwei Schulbibliotheken und teilweise sogar zwei unterschiedliche Schulhöfe. Selbst wenn zwei Schulklassen eines Jahrgangs, von denen die eine nach dem kroatischen und die andere die nach dem bosniakischen Curriculum unterrichtet wird, gleichzeitig Kunst- oder Landeskundeunterricht haben, besuchen sie diesen in getrennten Klassenräumen und bei unterschiedlichen Lehrern.

Auf die mit der Segregation (Trennung) verbundenen Probleme haben unterschiedliche Organisationen hingewiesen, jedoch haben die Politiker im Land bisher noch keine Lösung gefunden. Sehr oft wird in den liberal-bürgerlichen Medien diese Trennung als „Apartheid des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet. In der Diskussion wird dabei sehr oft vergessen, dass viele Kinder aus einer ethnisch gemischten Familie stammen (z. B. der Vater Kroat, die Mutter Serbin), die aufgrund der elterlichen Entscheidung in eines der bestehenden Systeme hineingezwungen werden. Liberal gesinnte Familien, die das Konzept der ethnischen Aufteilung ablehnen, haben keine Möglichkeit, ihm zu entgehen.

Rückkehrer und Schulabbrecher

Rückkehrerschüler und -lehrer stellen im Bildungssystem Bosnien und Herzegowinas im Vergleich zu anderen europäischen Staaten eine Besonderheit dar. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen gab es 2005 immer noch 200.000 Flüchtlinge und Rückkehrer, darunter ca. 20 Prozent unter 18 Jahren. Die Beschäftigung von Rückkehrerlehrern, Unterricht in den „nationalen Fächern“, Anpassung der Schulausschüsse an die nationale Zusammensetzung der Schüler, Verbannung von beleidigenden Inhalten aus Schulbüchern – diese Ziele aus einem Abkommen der Bildungsminister von 2002 wurden nur bedingt realisiert.

Besonders Romakinder erhalten nur eine unzureichende Schulbildung.

Ein weiteres Problem, das zum Teil mit der Lage der Rückkehrerkinder zusammenhängt, ist der hohe Anteil von Kindern mit einem niedrigen Bildungsniveau oder sogar ohne jede Schulbildung. Die Erfassung

von Schulabbrechern stellt sich zudem als schwierig dar, da es hierzu keine Zahlen gibt und auch kein System zur Erfassung und Kontrolle des Schulbesuchs existiert. Gründe für den Abbruch des Schulbesuchs sind die hohen Kosten für Schulbücher, der lange Schulweg sowie insgesamt unzumutbare Lebensbedingungen. Eine weitere Schwierigkeit für die Rückkehrerkinder ist ferner die Verwendung so genannter „nationaler Curricula“ in den jeweiligen Schulen, die nicht dem ethnischen Hintergrund des Rückkehrerkindes entsprechen. Betroffen sind vor allem Kinder aus armen Verhältnissen, Mädchen eher als Jungen (17 Prozent gegenüber 6 Prozent), Kinder aus ländlichen Regionen sowie Romakinder – nach zuverlässigen Schätzungen besuchen 70-80 Prozent der Romakinder keine Schule. Die Schulbesuchsquote in höheren Klassen der Grundschule sowie in Sekundarschulen liegt noch niedriger als in den ersten Klassen. So gehen z. B. im Kanton Tuzla mit der vermutlich höchsten Schülerquote von Romakindern nur etwa 20 Prozent dieser Kinder regelmäßig zur Schule.

Entwicklungsperspektiven

Leider finden sich im Bildungssystem von Bosnien und Herzegowina trotz intensiver Reformbemühungen immer noch zahlreiche Elemente ethnischer Trennung und Diskriminierung. Erwähnt seien auch die Namen und Symbole von Primar- und Sekundarschulen; oft sind es Militärbefehlshaber, Politiker aus dem jüngsten Krieg oder historische Persönlichkeiten, die eng mit einer bestimmten ethnischen Gruppe verbunden sind. Im April 2004 beschlossen die Minister für Bildung ein Abkommen über die Kriterien für solche Namen und Symbole. Ein Koordinierungsausschuss bereiste 2006 verschiedene Schulen landesweit. Dieser stellte große Probleme bei der Umsetzung der Beschlüsse im ganzen Land fest.

Als bedeutender Fortschritt sind Bemühungen zu bewerten, die im Zuge der Reformen in das Bildungssystem Einzug gefunden haben. Hierzu zählen die Einführung von Schulfächern wie „Demokratie und Menschenrechte“, das das Fach „Zivilverteidigung“ ersetzt hat, aber auch „Kultur der Religionen“, sowie Reformmaßnahmen in den nationalen Schulfächern. Wichtigste Voraussetzung für die Realisierung einer weiteren Demokratisierung des Bildungssystems bleibt allerdings die politische Stabilität des Gesamtstaates.

Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen in Bosnien und Herzegowina

Dr. Rupert Neudeck, Theologe und Journalist, war Gründer und langjähriger Sprecher des deutschen Not-Ärzte-Komitees Cap Anamur. Seit 2003 ist er Vorsitzender von „Grünhelme e. V.“ (Peace-Corps von jungen Deutschen – Muslimen und Christen; www.gruenhelme.de).

Die Folgen des Krieges von 1992 bis 1995 in Bosnien und Herzegowina sind bis zum heutigen Tag zu spüren. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen arbeiteten und arbeiten immer noch an ihrer Minderung und Beseitigung. Im Folgenden wird über die Vielfalt der Gruppierungen und ihre konkrete Arbeit berichtet.

Die Staaten, in denen natur- und menschengemachte Katastrofen geschehen, kennen noch lange danach die Anwesenheit von internationalen Nichtregierungsorganisationen (non-governmental organizations, NGOs). Diese Präsenz wird oft von nationalen Nichtregierungsorganisationen ergänzt, die wie Pilze aus dem Boden schießen.

Bosnien und Herzegowina musste unter dem jugoslawischen Auflösungs-Bruderkrieg wahrscheinlich am schlimmsten leiden, denn im heutigen Staatsgebiet dieses Landes fand der Auflösungsprozess Jugoslawiens noch einmal in nuce, d. h. in kleinerer geografischer und geopolitischer Form statt. In diesem Gebiet lebten Kroaten, Serben und auch die Bürger Jugoslawiens, was man dann mit dem Verlegenheitsbegriff „Bosniaken“ versah. Der Bosnienkrieg war dann der dritte in der Zeit der Folgekriege nach dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens. Zunächst hatte sich Slowenien von dem gemeinsamen Unternehmen Jugoslawien abgespalten, dann auch Kroatien. Der dritte Krieg, 1992 beginnend, hatte die volle Wucht eines Krieges, der gar nicht erklärt wurde und auch nicht erklärt werden konnte, denn innerhalb des Staates Bosnien und Herzegowina gab es die Fronde der serbischen Volksgruppe, die sich mit einer Art Hauptstadt in dem Dorf Pale unweit von Sarajevo als von der bosnischen Staatsgewalt unabhängig erklärte – aus der Rückschau gesehen ein

totaler Zustand von Anarchie. Das Gebiet wurde von den jeweiligen Milizen und Armeen in verschiedenen Schlachten und militärischen Bewegungen unzugänglich gemacht.

Fußball als Spiegelbild des politischen Zustandes in Bosnien und Herzegowina

Die Fußball-Nationalmannschaft von Bosnien und Herzegowina (BuH) hat durch gute Auftritte bei der WM- und EM-Qualifikation ihr internationales Format unter Beweis gestellt, doch der Zustand im Fußballverband spiegelt den politischen und gesellschaftlichen Zustand des Landes wieder. Die Nationalmannschaft besteht überwiegend aus bosniakischen Spielern wie z. B. Edin Džeko, Miralem Pjanić oder Kenan Hasagić, da bosnisch-kroatische und bosnisch-serbische Fußballer lieber für Kroatien bzw. Serbien spielen. Wie in der Politik besitzt der Fußballverband drei Präsidenten, je einen aus den drei konstitutiven Völkern. Der Verband setzt sich zudem aus den beiden eigenständigen Verbänden der Föderation und der Republika Srpska (RS) zusammen.

Im März 2011 wurde der Fußballverband BuHs von der FIFA und der UEFA, die seit langem einen Präsidenten fordern, suspendiert, da die serbischen wie die kroatischen Delegierten bei den Verbandstagungen regelmäßig gegen eine neue Verfassung und gegen einen Präsidenten gestimmt haben. Im vor allem durch Korruption stark verschuldeten bosnischen Fußballverband wurde nach dem Ausschluss ein „Normalisierungskomitee“ mit der Spieler- und Trainerlegende Ivica Osim an der Spitze eingerichtet. Nach Verhandlungen und Gesprächen gelang es ihm, die Delegierten zu überzeugen, für einen Präsidenten zu stimmen; die Suspendierung wurde aufgehoben, sodass die Nationalmannschaft ihre Qualifikationsspiele für die EM 2012 in Polen und der Ukraine wieder aufnehmen kann und die Vereinsmannschaften an den europäischen Wettbewerben teilnehmen dürfen. Kurz zuvor wurde erstmals der Verein Borac Banja Luka aus der RS Fußballmeister von BuH und darf nun an der Qualifikation zur Champions League teilnehmen. Hätten die Delegierten aus der RS wieder gegen die neue Verfassung gestimmt, hätten sie ihre eigene Mannschaft disqualifiziert. Dies mag auch ein Grund für das Umdenken gewesen sein.

Ivan Korić

Eine der furchtbarsten Folgen der militärischen Durchkämpfung des Gebietes und verschiedener und wechselnder Frontverläufe war die *Verminung* weiter Teile des Gebietes von Bosnien und Herzegowina. Das Minenräumen wird 2011 von der „Demira“ geleitet, einer deutschen Nichtregierungsorganisation. Minenräumen ist ein wichtiger Bereich ihrer Arbeit geworden, obwohl das schmückende Beiwort „Nichtregierungs/non-governmental“ fast nur noch in Ausnahmefällen zutrifft.

„Demira“ hat die Arbeit nämlich auf Bitten des Auswärtigen Amtes übernommen. „Demira“ ist neben „Norwegian People's Aid“ und „Handicap International“ die einzige Internationale Hilfsorganisation, die sich noch um Minenräumung und Nachsorge für die betroffenen Menschen sorgt.

Viele andere Organisationen, die früher im gesellschaftlichen Bereich der zwei Entitäten arbeiteten, sind nicht mehr vor Ort. Dies ist verständlich, denn in Bosnien und Herzegowina wird die volle Wucht der Aufbauarbeiten und der Wiedereingliederung schon seit langem geleistet. Dennoch gibt es natürlich Organisationen, die noch immer an der Beseitigung der langfristigen Nachwirkungen des Zusammenbruchs Jugoslawiens und der Zerstörungen im Staatsgebiet von Bosnien und Herzegowina arbeiten.

Bosnien und Herzegowina unterzeichnete das Ottawa-Minen-Protokoll

Die Minensituation nach den Kriegsjahren war nach Angola und Kambodscha die weltweit gefährlichste, in die diese Waffe ein Land und eine Bevölkerung gebracht hatte: Man geht von ca. 1,3 Millionen Landminen aus. Fünfzehn Jahre nach dem Krieg ist das Land immer noch von Minenfeldern übersät. Nach Schätzungen sind insgesamt 1.366 Ortschaften betroffen.

Bosnien und Herzegowina gehörte 1997 zu den 142 Staaten, die das Ottawa-Protokoll (weltweites Verbot von Antipersonenminen) unterzeichnet und ratifiziert haben. Bis 2009 sollten die Vertragsstaaten ihre Bestände geräumt, vernichtet und die verseuchten Flächen gereinigt haben. Mittlerweile geht das Internationale Komitee vom Roten Kreuz davon

Nach den Kriegsjahren war die Minensituation in Bosnien und Herzegowina nach Angola und Kambodscha die weltweit gefährlichste.

aus, dass es noch 70 Jahre dauern wird, bis die meisten Landstriche geräumt sind und man von einem minenfreien Land sprechen kann. Gegenüber der Zeit vor sieben Jahren sind längst nicht mehr so viele Organisationen und Räumteams im Land aktiv. 2004 waren es noch 14 NGOs mit 37 Räumeinheiten und 2.148 Mitarbeitern; das hat sich stark reduziert. Weiterhin tätig sind, wie schon erwähnt, die reine Minenräum-Agentur „Norwegian People's Aid“ und „Demira“. Zwischen- durch hat die deutsche Organisation „Help“ ihre Teams vor Ort einge-

setzt; außerdem engagiert sich Walter Krohn mit seiner zum Minenräumgerät umgebauten Waldfräse.

Nationale humanitäre Organisationen

Durch den Boom der Gelder, die nach dem Krieg ins Land flossen, entstand auch eine erhebliche Anzahl von Organisationen aus eigener Initiative oder externem Anschub. Ebenso meldeten sich bewährte Organisationen der verschiedenen Religionsgemeinschaften wieder zu Wort und erlebten eine große Renaissance: „La Benevolencija“ der Jüdischen Gemeinde, die „Caritas“ der Katholiken, „Kruh Svetog Ante“ (Antoniusbrot) der bosnischen Franziskaner, „Merhamet“ der bosnischen Muslime und „Dobrotvor“ der bosnischen Serben. Bosnien und Herzegowina ist wohl das einzige Land, das das Monopol der Caritas unter den Organisationen der katholischen Kirche nicht bewahrt hat, sondern sich eine eigene bosnische Organisation (nämlich die der Franziskaner) leistet. Dazu kam nun ein NGO-Boom ab 1996, der heute wieder erheblich abgestürzt ist – aus guten Gründen, denn diese Nichtregierungsorganisationen sollten sich eigentlich nach einigen Jahren wieder überflüssig machen.

Ganz besonders verdient – im Krieg wie nach dem Krieg – die Arbeit der bosnischen Franziskaner herausgehoben zu werden. Es war auch kein Zufall, dass der erste Menschenrechtspreis der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung am 9. Juni 1997 an den Provinzial der bosnischen Franziskaner ging, an Pater Petar Anđelović, der sich mit Verve und allgemeiner Anerkennung durch alle Teile der Bevölkerung Ansehen und Popularität verschafft hatte. Er galt sogar lange Zeit als der beste Kandidat für den Vorsitz im Präsidium des neuen Staates.

Die bosnischen Franziskaner und „Kruh Svetog Ante“

Pater Anđelović wurde der größte Befürworter und der Kitt der neuen bosnisch-kroatisch-serbischen Familie, die sich in dem neuen Staat wieder versöhnen sollte. In seiner Rede bei der Vergabe des Preises der Friedrich-Ebert-Stiftung sagte er: „Bosnien wird weiterleben, weil es einen Franziskaner gibt, der am Rande seines eigenen und seines Volkes Untergang ruft: ‚Wie schön ist mein Land! Gott Dir sei Dank, dass Du Bosnien zu meiner Heimat gemacht hast!‘ Einen sufischen muslimischen Intellektuellen, der ohne jeden Fanatismus oder leere Gottesanbeterei

glaubt, dass Bosnien ein heiliges Land ist. Einen ethnischen Serben, einen ehemaligen Politiker mit sauberen Händen, der sagt: „Diese Verrücktheit muss vergehen! Das Volk ist betrogen, belogen und irregeführt worden, kollektiv erniedrigt, moralisch degradiert. Ich aber will glauben, dass die Menschen in Bosnien und Herzegowina fähig sein werden, das gemeinsame Leben mit Sinn zu erfüllen und sogar zu bereichern. Das, was aus der tausendjährigen Tradition gewachsen ist, kann nicht so leicht untergehen!“

Summum ius – summa iniuria

Dass das höchste Recht das größte Unrecht bedeuten kann, darin ist man sich bei den Franziskanern in Bosnien und Herzegowina ziemlich einig. Der Grund dafür ist ein seit über hundert Jahren andauernder Streit um die Neuverteilung der Pfarreien zwischen dem Diözesanklerus und dem Franziskanerorden. Seit der Wiedererrichtung einer ordentlichen Hierarchie im Jahre 1881 waren die Franziskaner nicht mehr die einzigen katholischen Geistlichen im Land und mussten daher einige der Pfarreien dem Diözesanklerus zur Verfügung stellen.

Während der Streit in Bosnien fast überall relativ friedlich verlief, steigerte sich der Konflikt in der Herzegowina in den letzten fünfzig Jahren derart, dass die Gläubigen in einigen Pfarreien lieber ganz auf einen Pfarrer verzichteten, als einem Diözesanpriester Einzug in das Pfarrhaus zu gewähren. Mehrere Ordensbrüder widersetzten sich sogar den Anweisungen des zuständigen Bischofs von Mostar, des Ordensgenerals und des Papstes und betreuten weiterhin die aufständischen Pfarreien trotz des ausdrücklichen Verbots. Auch als die Franziskanerprovinz gezwungen wurde, sich den vatikanischen Dekreten zu beugen und die Pfarreien dem Bischof zu überlassen, setzten einige der inzwischen wegen „hartnäckigen Ungehorsams“ suspendierten Franziskanerpatres ihre Dienste in den umstrittenen Pfarreien fort, die damit faktisch im Schisma sind. Dieser Zustand hat auch zur Folge, dass der Bischof in manchen dieser Pfarreien seit Jahrzehnten keine Firmung mehr gespendet hat und dass die Spendung dieses Sakraments die dortigen Franziskaner selbst übernommen haben.

Berislav Župarić

Die bosnischen Franziskaner sind bis heute eine wichtige Klammer des Staates und der Gesellschaft in Bosnien und Herzegowina geblieben. Ihre eigene Organisation mit dem ausdrucksstarken Namen „Brot des heiligen Antonius“ bewies schon im Krieg, dass man in einer total verfeindeten Gesellschaft zu allen Menschen gehen kann. Wir von der Organisation Cap Anamur haben beim Aufbau einer Suppenküche in Dobrinja, einem Stadtteil von Sarajevo, direkt an der Frontlinie erlebt, wie

sich die Vertreter aller Glaubensrichtungen am Sonntag aufmachten, um zu den Gottesdiensten und zur Nahrungsmittelverteilung zu gehen. Seit dem Tod von Pater Anđelović leitet Pater Mirko Madjandžić umsichtig und effektiv die karitativen Dienste der Franziskaner.

Deutsche Hilfen: Konvoi-Humanitarismus und Bundeswehr

Bis heute gibt es unendlich viele kleine und Kleinstinitiativen, die dem geschundenen und gebeutelten Land weiterhin beistehen. Diese Arbeit ist um vieles einfacher; es ist das, was man den Konvoi-Humanitarismus nennen kann. Solche Konvoi-Projekte bestehen in allen deutschen Bundesländern, aus vielen Gemeinden seit den Tagen und Jahren des Krieges. Es gibt z. B. in Bergkamen eine Initiative, die auch noch 2011 Hilfsgüter in LKWs nach Sarajevo und ins Umland fährt. Es sind einfache Menschen, die sich zusammenfinden, um Beziehungen aufzunehmen. So haben sich Antonia Reckers und Marica Hascha zusammengesetzt und versuchen, von ihrem Ort und ihrem Geschäft in Werne aus immer wieder Sach- und Geldspenden zusammenzubringen. Sie erleben mit dem Konvoi häufig Hindernisse an der Grenze. Wenn man sich weigert, an der Grenze zu bezahlen, muss man einige Stunden warten. „Die wollen Geld von uns!“ – dabei bringen sie ja nur ehrenamtlich humanitäre Güter. In Sarajevo erwartet man bei den franziskanischen Helfern schon ihre Ankunft. Dort befinden sich große Lager, in denen die gesammelten Spenden aufbewahrt werden. Dann machen sich die

*Bis heute spielen humanitäre
Hilfstransporte aus Deutschland eine
große Rolle.*

Frauen aus Bergkamen auf den Weg in die Elendsviertel von Sarajevo. Viele Bosnier leben noch in Baracken, oft am Rande des Existenzminimums. Gerade in den vom Hochwasser be-

troffenen Regionen sind die Zustände katastrophal. „Die Möbel – sofern sie welche haben – sind aufgequollen und unbrauchbar. Es gibt hier schlechte hygienische Verhältnisse, keine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, schlechte bis gar keine medizinische Hilfe.“ So berichten die Helferinnen und Helfer.

Solche Solidarität lebt aus dem Gefühl heraus, dass man diesen Menschen auch noch fünfzehn Jahre nach dem Krieg helfen muss. Antonia Reckers erinnert sich besonders an eine 71-jährige Frau, deren Beine und Arme verkrüppelt waren. Misshandlungen während des Krieges mach-

ten sie zum Pflegefall. Sie trägt heute Windeln und muss rund um die Uhr versorgt werden.

Die Bundeswehr unterhält in Rajlovac (Vorstadt von Sarajevo) noch immer sowohl eine Kaserne als auch ein Hospital, in dem in besonders schwierigen Fällen auch Bosnier behandelt werden. Für die Aufrechterhaltung medizinischer Standards in der Republik Bosnien und Herzegowina ist das Krankenhaus der Bundeswehr ganz wichtig, verfügt es doch über alles, was in Deutschland ein Hospital vorweisen muss.

Jetzt auch in Bosnien und Herzegowina: Bürgerinitiativen

Erfreulich ist es, dass sich jetzt auch in Bosnien und Herzegowina Bürgerinitiativen von unten bilden. Der Anschluss an die europäische Grünen- und Ökologiebewegung ist inzwischen gelungen, z. B. durch die Organisation „Zeleni Neretva“, die sich um die Erhaltung der Neretva bemüht, die durch Mostar und die Herzegowina fließt. Dann gibt es eine Menge neuer Vereine, die sich jeweils um solidarische Hilfe für bestimmte Gruppen bemühen die im Krieg besonders gelitten hat, etwa die Gruppe „ŽENA-ŽRTVA-RATA“, deren Ziel die Unterstützung von im Krieg vergewaltigten Frauen ist.

Im Februar 2008 kam es zu ernsthaften Demonstrationen in Sarajevo, die gegen die nicht existierende Politik für Jugendliche protestierten. In Sarajevo gibt es das „Civil Society Promotion Centre“, geleitet von dem bosnischen Serben Milan Mrda. Eine Bürgerorganisation mit Namen „Grozđ“ griff eine Forderung auf, mit der die Politik nicht zurecht gekommen ist: die Umsetzung entsprechender EU-Forderungen – denn eines steht im Welttheater der Politik schon fest: Die Staaten und Nationen, die in Jugoslawien auseinanderstoben, finden sich demnächst als Bürger des EU-Schengenraumes wieder. Die Zeit des Stillstands ist seit 2008 vorbei. Es existiert eine neue Bürgerpartei „Naša Stranka“ mit bereits 5.000 Mitgliedern. Sie ist erstmals nicht ethnisch verankert, sondern geht auf eine Initiative des aus Zenica stammenden Regisseurs Danis Tanović zurück. Diese Bürgerinitiative hatte die Idee zu einer Touristen-Attraktion, die serbische *und* muslimisch-bosnische Gebiete einschließt: Bojan Bajić, Gründungsmitglied von „Naša Stranka“, kaufte ein Schiff und fuhr die aus aller Welt kommenden Touristen den Fluss Lim stromabwärts von Rudo nach Višegrad – damit wurde er im ganzen Land bekannt.

Länderinfo

Bosnien und Herzegowina

Fläche: 51.233 km₂

Einwohner: ca. 4 Millionen¹

Hauptstadt: Sarajevo

Ethnische Gruppen:

48,0 % Bosniaken²

37,1 % Serben

14,3 % Kroaten

0,6 % andere (Roma, Juden, Ukrainer usw.)



Geschichtlicher Überblick:

Das Gebiet Bosniens und der Herzegowina („Herzogsland“, südöstlicher Landesteil mit eigener mittelalterlicher Vorgeschichte), seit dem frühen Mittelalter von überwiegend christianisierten slawischen Stämmen bevölkert, geriet im 15. Jahrhundert nach und nach unter osmanische Vorherrschaft. 1878 bzw. 1908 übernahm Österreich-Ungarn die Verwaltung des Landes. 1918 wurde Bosnien und Herzegowina Teil des Königreichs Jugoslawien, nach 1945 eigene Teilrepublik des föderativ gegliederten Staates unter Josef Broz, genannt Tito. Gegen Ende der achtziger Jahre geriet das Land in den Zerfallsprozess des Gesamtstaats. Im Oktober 1991 erklärte sich Bosnien und Herzegowina innerhalb des damaligen jugoslawischen Staatsverbandes für souverän, am 3. März 1992 durch ein Referendum für unabhängig; jedoch wurde dies von den bosnischen Serben nicht anerkannt. Zwischen 1992 und 1995 verwüstete der Bosnienkrieg das Land. Erst das Eingreifen der internationalen Gemeinschaft führte zum Ende der blutigen Auseinandersetzungen. Durch das Abkommen von Dayton (14. Dezember 1995) erhielt das Land die bis heutige gültige komplizierte verfassungsrechtliche Struktur.

Politisches System:

2 Entitäten (Einheiten): Bosnisch-kroatische Föderation (ca. 50 % der Gesamtfläche) und Serbische Republik (ca. 49 % der Gesamtfläche), außerdem Distrikt Brčko (Kondominium beider Entitäten). – Die *Föderation Bosnien und Herzegowina* ist in 10 Kantone und 79 Gemeinden gegliedert, Sitz der Hauptverwaltung ist Sarajevo. Die *Republika Srpska* ist in 63 Gemeinden gegliedert, Sitz der Hauptverwaltung ist Banja Luka. – Der Gesamtstaat wird durch eine (schwache) Zentralregierung geleitet. Beide Entitäten verfügen jeweils über eigene Regierungen zur Regelung aller internen Belange.

Zweikammerparlamente (Repräsentantenhaus mit 42 Sitzen, Völkerrammer mit 15 Sitzen) auf der Ebene des Gesamtstaats (ebenso in beiden Entitäten); die letzten Wahlen für das Repräsentantenhaus am 3. Oktober 2010 führten bisher zu keiner Regierungsbildung.

- 1 Viele statistische Angaben über Bosnien und Herzegowina sind unsicher. Für die Einwohnerzahl finden sich auch Schätzungen von bis zu 4,6 Millionen Einwohnern.
- 2 Die Bezeichnung „Bosniake“ ersetzt „Muslim“ (= Anhänger des Islams) als Bezeichnung einer ethnischen Gruppe.

Staatsoberhaupt: dreiköpfiges Präsidium, Vorsitzender ist seit 10. Juli 2011 Željko Komšić, weitere Mitglieder sind Bakir Izetbegović und Nebojša Radmanović.

Vorsitzender des Ministerrats: Nikola Špirić (seit 11. Oktober 2007).

Eine wichtige, mit umfangreichen Rechten ausgestattete Rolle spielt außerdem der durch den Vertrag von Dayton geschaffene „Hohe Repräsentant“, z. Zt. der Österreicher Valentin Inzko.

Ökonomische und soziale Rahmendaten:

Wegen des hohen Anteils an Schattenwirtschaft lassen sich generell kaum genaue Abgaben machen; so liegen etwa für die Arbeitslosigkeit Quoten von 15 % bis 42 % vor. – Zahlreiche administrative Hürden und korrupte Praktiken behindern ausländische Investitionen. Vor dem Krieg war der Bergbau von großer Bedeutung, ist jedoch fast völlig zum Erliegen gekommen. Allerdings sind Fortschritte zu erkennen; so gibt es Niederlassungen von Firmen der Nahrungsmittelindustrie und europäischer Banken. Die unge löste Frage der Rückkehr von Flüchtlingen sowie die immer noch zunehmende Abwanderung insbesondere junger Leute stellen allerdings für die künftige Entwicklung Bosniens und Herzegowinas eine schwere Hypothek dar.

Kirchliche Strukturen:

Religionszugehörigkeit: 40 % Muslime, 31 % Serbisch-Orthodoxe, 15 % Katholiken, 4 % Protestanten, 10 % andere. – Die *römisch-katholische* Kirche umfasst das Erzbistum Vrhbosna-Sarajevo mit den Suffraganbistümern Banja Luka, Mostar-Duvno und Trebinje-Mrkan. Dort sind ca. 360 Welt- und Ordensgeistliche tätig, eine wichtige Rolle spielen die Franziskaner (mit eigener Caritas „Antoniusbrot“). Im Land liegen außerdem einige griechisch-katholische Gemeinden. – Sarajevo ist auch Sitz der *serbisch-orthodoxen Metropole* und des Oberhauptes der *bosnischen Muslime*, des Reis-ul-ulema.

Renovabis-Projekte und Schwerpunkte der Förderung:

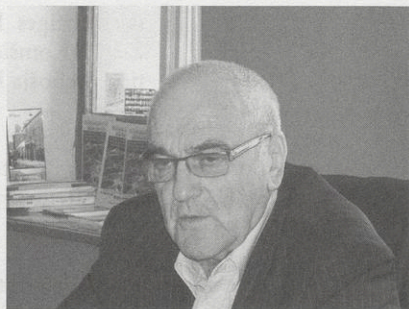
Die Förderungsschwerpunkte liegen im Aufbau multiethnischer Schulen in kirchlicher Trägerschaft („Schulen für Europa“) und in der Erneuerung der pastoralen Infrastruktur. Wichtig ist daneben die Unterstützung von Existenzgründungen, besonders in der Herzegowina.

Interessante Internetadressen:

<http://www.vijeceministara.gov.ba/>
<http://www.carbkbih.org/>

(Ministerrat des Gesamtstaats)
(Caritas der Bischofskonferenz)

Selim Bešlić, früherer Bürgermeister von Tuzla, zur aktuellen Lage in Stadt und Region



Selim Bešlić war von 1990 bis 1998 Bürgermeister von Tuzla, der drittgrößten Stadt von Bosnien und Herzegowina. Während des Bosnienkriegs wirkten bosniakische, kroatische und serbische Bewohner zusammen und verteidigten die Stadt gegen Angriffe serbischer Nationalisten; auch nahm die Stadt viele Flüchtlinge aus dem Umland auf. Bešlić spielte bei diesen Maßnahmen eine wesentliche Rolle. Für sein Engagement wurde er 1995 mit dem Menschenrechtspreis der Stadt Weimar ausgezeichnet und 1998 für den Friedensnobelpreis nominiert. – Das Gespräch mit ihm führten Mitarbeiter der Organisation IPAK, einer 1995 in Tuzla gegründeten Jugendorganisation, die sich der Versöhnungsarbeit in Bosnien widmet; auch die Übersetzung ins Deutsche erfolgte durch IPAK (weitere Informationen zu IPAK: <http://www.ipak-mgb.ba>).

Beschreiben Sie bitte kurz die Folgen des Zerfalls von Jugoslawien und des Krieges in Bosnien und Herzegowina für die Stadt Tuzla!

Zum einen hat ein Großteil der Bevölkerung das Land verlassen, zum anderen – und das ist der größte Schaden – gab es eine hohe Zahl von Todesopfern unter allen Nationalitäten. Außerdem ist die Dynamik der kulturellen Entwicklung abgebrochen und es wird noch lange dauern, bis sie zurückkehren wird. Immerhin hat die Stadt Tuzla direkt weniger unter den Folgen des Krieges gelitten als das Land, denn wir haben uns den bürgerlichen Geist bewahrt, innere Kon-

flikte vermieden und das gegenseitige Töten nicht zugelassen.

Allerdings lässt sich die Situation in Tuzla nicht von der im Land trennen. Tuzla ist ein Teil von Bosnien und Herzegowina, und alle Konsequenzen, die Bosnien und Herzegowina aus der Vergangenheit ziehen muss, gelten auch für Tuzla. Wir versuchen, mit dem Modell von Tuzla langsam auf das Land als Ganzes einzuwirken, jedoch entwickelt sich das Land leider eher in die entgegengesetzte Richtung. Serben, Kroaten und Bosniaken sollten in öffentlichen Behörden und Schulen eigentlich gleichberechtigt sein. Es gibt aber heute in keiner Schule in Tuzla einen

Serben oder Kroaten als Direktor, auch in den kommunalen Infrastrukturen sind sie wenig vertreten. Dennoch entwickeln sich die Dinge insgesamt ganz langsam so, dass das Modell „Tuzla“ sich auf Bosnien und Herzegowina positiv auswirkt.

Welche besonderen Probleme und Herausforderungen gab es während des Krieges für Sie als Bürgermeister von Tuzla?

In der gesamten Zeit bestand die größte Herausforderung in der Abwehr von Rachefeldzügen für all das, was sich in Bosnien und Herzegowina abgespielt hat. Dies galt in erster Linie der Reaktion auf die Aggression radikaler Serben, von denen viele aus Serbien gekommen sind. Miloševićs Politik löste die Angriffe auf das Land und damit auch auf Tuzla aus.

Damals stand ich an der Spitze der Verwaltungspyramide, war aber auf die Unterstützung meiner Mitarbeiter und der Einwohner Tuzlas angewiesen. Wie sollte Racheakten für tausende zerstörte Moscheen und hunderte vernichtete katholische Kirchen vorgebeugt werden? Wie konnte man die Zerstörung der orthodoxen Kirche von Tuzla verhindern? Als die orthodoxe Kirche durch die Aggressoren beschossen und beschädigt wurde, haben wir uns entschieden, diese Kirche zu reparieren. Die Telefone begannen sofort zu klingeln und man sagte uns: „Sie (die Aggressoren) zerstören Moscheen und katholische Kirchen – und du reparierst ihre Kirche!“ Das war eine riskante Lage. Ich entgegnete, es sei nicht ihre orthodoxe Kirche, son-

dern die Kirche der orthodoxen Einwohner von Tuzla, die trotz des Krieges geblieben sind und sich verteidigen; deshalb würden wir sie reparieren, auch wenn die von draußen sie zerstört haben.

Ein zweiter Fall war der Konflikt zwischen der Armee von Bosnien und Herzegowina und dem Kroatischen Verteidigungsrat HVO. Damals bestand die Gefahr der Flucht aller kroatischen Einwohner Tuzlas aus der Stadt aus Angst vor Übergriffen durch die Armee. Nach einer Vorwarnung durch den Kommandanten des II. Korps der Armee von Bosnien und Herzegowina, es könne zu Zwischenfällen kommen, haben wir beschlossen, die Orte im Raum Tuzla mit kroatischer Bevölkerungsmehrheit zu besuchen und mit den Menschen zu sprechen. Wir haben sie nach den Gründen für das Weggehen gefragt. Sie zeigten eine gewisse Furcht, denn damals war im Kanton Tuzla die SDA (Partei der Demokratischen Aktion)¹ an der Macht. Die Einwohner sagten in den Gesprächen: „Ihr könnt Scherze machen, aber wir haben die Koffer gepackt. Ihr müsst uns sagen, ob wir gehen sollen oder nicht.“ In diesen Moment lautete meine Antwort: „Wenn ihr euch auf den Weg macht, dann kommt mich erst abholen, denn ich will nicht Einwohner einer Stadt sein, in der nur Muslime leben.“ Diese Haltung hat die Menschen tatsächlich beeindruckt, sodass nur etwa hundert

¹ Ursprünglich radikale, heute eher gemäßigte Partei der Bosniaken (vgl. dazu oben Gavrić, Verfassungsreform, S. 263).

Kroaten, die den Einheiten des HVO angehörten, den Kanton verließen, jedoch fast niemand Tuzla. Dies gab uns allen Kraft zur Erhaltung des bürgerlichen Geistes. Mit unserem Glauben an die Bürger, mit dem Glauben der Bürger an uns und mit der Unterstützung der Religionsgemeinschaften haben wir diese Situation überwunden und damit auch das Zusammenleben der Menschen in Tuzla gesichert.

Wie hat sich während des Krieges und danach das Verhältnis der Religionsgemeinschaften zueinander entwickelt?

Während des Krieges hatten wir ein sehr gutes Verhältnis zwischen der katholischen und der islamischen Religionsgemeinschaft, wobei ich besonders die Personen an der Spitze der Gemeinschaften erwähnen möchte, Pater Petar Matanović und Hauptimam Muhamed Effendi Lugavić. Pater Matanović blieb auch nach dem Krieg bei uns. In der islamischen Gemeinschaft kam es hingegen zu organisatorischen Veränderungen. Es entstand ein so genanntes „Muftiluk“, d. h. ein Bezirk, dessen Betreuung mit bestimmten Aufgaben verbunden ist, und es kam als religiöser Lehrer ein Mufti, der nicht von den Bürgern gewählt worden ist, sondern von der Leitung der islamischen Gemeinschaft in Sarajevo eingesetzt wurde. Aus diesem Anlass besuchte auch das Oberhaupt der bosnischen Muslime, Reis-ul-ulema Mustafa Effendi Cerić, Tuzla; Imam Lugavić wurde entlassen. Unter seinem Nachfolger kam es

zu strukturellen Veränderungen, so dass die Kontinuität der Beziehungen mit bestimmten Personen aus der islamischen Gemeinschaft beeinträchtigt wurde. Größere Störungen hat es aber nicht gegeben.

Anders ist es im Falle der orthodoxen Kirche gelaufen. Während des Krieges hatten alle Geistlichen Tuzla verlassen, sodass wir um die Entsendung eines Priesters ersucht haben. Ein Geistlicher wurde tatsächlich geschickt, mit dem sich eine gute Zusammenarbeit entwickelt hat. Wohl aus diesem Grund wurde er dann wieder abgezogen. Inzwischen ist ein anderer Priester tätig. Die Kontakte und Beziehungen wurden wieder hergestellt, aber sie sind nicht mehr so eng wie früher.

Insgesamt verlaufen die Kontakte zwischen den Glaubensgemeinschaften gut, aber eine allgemeine Bewertung kann ich nicht abgeben.

Wie beurteilen Sie die politische Situation in Bosnien und Herzegowina? Was erwarten Sie von der Europäischen Union?

Wir alle hoffen auf die Europäische Union, und eine große Zahl der Politiker in Bosnien und Herzegowina möchte schnellstmöglich der Union beitreten, allerdings so, dass die Europäische Union ihre politischen Standpunkte denen unseres Landes anpasst. Daraus wird nichts. Ich habe als Politiker erst kürzlich auf diese Problematik hingewiesen und gesagt: „Die Europäische Union versucht nicht, nach Bosnien und Herzegowina zu kommen, sondern es muss ge-

nau umgekehrt laufen und klar sein, dass die Bedingungen, die die Union stellt, erfüllt werden müssen.“ Dies bezieht sich auf die Entwicklung der Verfassung, Beseitigung aller Mängel und Erfüllung der EU-Standards. Ich war acht Jahre Parlamentarier und weiß, wie sich unsere Politiker sträuben. Entscheidend wird es sein, ob sie bereit sein werden, diese Bedingungen zu akzeptieren und nach vorne zu schauen.

Worauf ich auf jeden Fall bestehen möchte, ist der Wunsch nach einem raschen NATO-Beitritt von Bosnien und Herzegowina, denn dies würde mit Sicherheit das verhindern, wovor alle Angst haben: ein Referendum in der Republika Srpska, damit eine Trennung und völlige Auflösung des Gesamtstaats. Obwohl Bosnien und Herzegowina heute *ein* Staat und *ein* Mitglied der UNO ist und keine reelle Chance für eine Spaltung besteht, verursacht allein schon das Wort „Referendum“ bestimmte negative Spannungen im Land. Das ist so, als würde man drei Schritte nach vorne machen, dann „Referendum“ sagen, fünf Schritte zurück machen und wieder mühsam Schritt für Schritt nach vorne gehen. Aus diesen Gründen bin ich der Meinung, dass man vor allem daran arbeiten sollte, die Voraussetzungen für einen NATO-Beitritt zu schaffen. Die neue Regierung, die ja

irgendwann einmal kommen wird², sollte die notwendigen Verpflichtungen erfüllen und, entsprechend der Absichtserklärung über den Beitritt zur Europäischen Union, systematisch umsetzen. Sie darf nicht nur Gesetze verabschieden, sondern muss sie auch umsetzen und die Durchführung wirksam kontrollieren. Ich denke, dass das eines der größten Probleme in Bosnien und Herzegowina ist.

Leider gibt es viele beschlossene Gesetze, die noch nicht ausgeführt worden sind. Anders gesagt: Wir äußern uns deklarativ, respektieren aber in der Praxis nicht das, wofür wir gestimmt haben. Trotzdem bleibe ich ein großer Optimist, denn ich glaube nicht, dass die Europäische Union uns Bedingungen auferlegen wird, die morgen vielleicht wieder ein Grund für neue Streitigkeiten sein könnten. Man muss für die Demokratie kämpfen, für einen normalen Staat Bosnien und Herzegowina, für Gesetze, die Bosnien und Herzegowina sehr schnell zur EU-Mitgliedschaft führen und damit zeigen, dass Bosnien und Herzegowina schon lange in die Europäische Union gehört. Unsere aktuellen Politiker finden jedoch nicht die angemessenen Mittel, um die anstehenden Probleme zu lösen, und ich bin so frei zu sagen, dass sie es vielleicht auch überhaupt nicht wollen.

² Obwohl die Wahlen am 3. Oktober 2010 erfolgt sind, hat der Gesamtstaat bis heute keine neue Regierung.

Michael Albus

Kompetenz und Leidenschaft

Die katholischen „Schulen für Europa“ in Bosnien und Herzegowina

Prof. Dr. Michael Albus ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

Seit 1994 gibt es – maßgeblich gefördert durch Renovabis – in mehreren Städten von Bosnien und Herzegowina eine Reihe von katholischen „Schulen für Europa“. Ihr Ziel ist es, die ethnische Teilung und Isolation des Landes, das immer noch unter den Folgen des Krieges leidet, zu überwinden. Vier Tage intensiven persönlichen Erlebens haben tiefe und bleibende Eindrücke hinterlassen. Die Reportage berichtet davon.

Im Flugzeug, knapp 5.000 m hoch. Drunten ziehen die verschneiten Alpen vorbei, Schneefelder, Grate im rosaroten Abendlicht. Eine unwirklich erscheinende Welt. Es wird Nacht. Kaum Lichter auf der Erde. Dann die Landung in Sarajevo. Die wenigen Passagiere steigen aus, verlieren sich im Flughafengebäude. Der Rückflug ist schon gestrichen, zu wenige Passagiere. Während der Fahrt in die Stadt regnet es. Der Ruf des Muezzin über den Dächern. Am anderen Morgen liegt Schnee auf den Bergen.

Bosnien und Herzegowina 2011. Ein Land am Rande des Abgrunds. Im Grunde dreigeteilt, zerrissen. Die Wunden des Krieges von 1992 bis 1995 sind längst nicht verheilt. Viele Ruinen im Tal der Bosna, viele auch in den Seelen der Menschen. Man kann es in jedem Gespräch, ausgesprochen oder unausgesprochen, hören: Wir wollen gehen! Eine verfahrenere Situation. Zum Verzweifeln! Die Depression legt sich über den Alltag wie ein Leichentuch.

Ich fürchte noch lange schwere Zeiten vor uns, weil sich dieses Land politisch in einer Lage befindet, die kaum eine Perspektive erlaubt. Das Daytonfriedensabkommen 1995 hat uns die Art von Ungerechtigkeit auferlegt, die, statt die Zusammenarbeit und Integration zu fördern, po-

litische Konflikte generiert. Es ist tragisch, aber die Spannungen und die Intoleranz sind heute größer als unmittelbar nach dem Krieg. Dafür wird ständig nur den nationalen Parteien und den heimischen Politikern die Schuld gegeben. Die internationalen Vertreter, die in Bosnien und Herzegowina letztendlich über alles entscheiden, kümmern sich nur darum, die ungerechte und undurchführbare politische Dayton-Lösung am Leben zu erhalten. Wenn ich die internationale Gemeinschaft nenne, heißt das in Bosnien und Herzegowina die USA. Unser Land ist zu schwach und zu klein, um die Last der Interessen der Weltmächte auf eigenen Schultern tragen zu können. Wenn diese Tatsache nicht beachtet wird, zerbricht dieses Land. Davon wird keiner profitieren. In Gegenteil! ... Dies fühlen auch die siebzig Prozent der Jugendlichen, die aus diesem Land auswandern möchten.

Der dies sagt, ist kein Beobachter, keiner, der nur zuschaut, keiner, der zum Gottesdienst geht, die Menschen am Rand der Straße liegen sieht und vorübergeht. Es ist Pero Sudar, Weihbischof von Sarajevo, Jahrgang 1951. Wenn man im Land nach Leuchttürmen sucht, die in der Dunkelheit einen Weg weisen können, dann ist er nicht zu übersehen. Gott sei Dank! Für ihn war klar, dass die Kirche nicht abseits stehen darf, wenn es um ein sinnvolles und gutes Leben der Menschen geht, vor allem, wenn dieses Leben von innen und außen bedroht ist. Jeden Tag stellte und stellt sich ihm in einer Gegenwart voller Aussichtslosigkeiten, die aus einer aussichtslosen Vergangenheit herrühren, die Frage nach einer lebberen und guten Zukunft. Pero Sudar hat diese Herausforderung angenommen.



Das Schulzentrum St. Joseph vor der Renovierung – in desolatem Zustand

Noch im Krieg, am 19. November 1994, wurde das Schulzentrum „Der heilige Joseph“ in Sarajevo gegründet, die erste Schule im System der „Schulen für Europa“, schon damals unterstützt von Renovabis. Im Zuge des Wiederaufbaus nach dem Ende des Krieges 1995 entstanden dann weitere Schulen mit unterschiedlichen Typen in Tuzla, Zenica, Konjic, Travnik, Žepče, Banja Luka und Bihać. In den Schulen wurden eigene, differenzierte pädagogische Lehrpläne erarbeitet. Gemeinsames Ziel aller war und ist, die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler so zu fördern, dass deren Persönlichkeit sich entfalten konnte und kann. Das war und ist die Chance für innerlich freie und selbstbewusste Menschen. Aus dem Munde Pero Sudars hört sich das so an:

Klar, es wäre ganz logisch gewesen zu sagen, dass die Gründung der Schulen während des Krieges in Bosnien und Herzegowina unmöglich war. Aber es war dringend nötig! Die katholischen Familien wie auch andere hatten viele, zu viele Gründe, Sarajevo wegen des Krieges zu verlassen. Der entscheidende Grund dafür waren die Schulen, weil die Kinder der Minderheiten in vielen Schulen in Bosnien und Herzegowina wie auch in Sarajevo brutal diskriminiert wurden. Die politische Intoleranz, die in unserem Land immer auch ethnische und religiöse Resonanz hat, herrschte auch in den Schulen. Die Kriegsideologen hatten die ethnische und religiöse Intoleranz auch durch die Schulen verbreitet, um leichter die Angehörigen der anderen Völker zu vertreiben und das Territorium für sich zu erobern.

Die Schulen für Europa sollten also die katholischen Familien ermutigen, in Sarajevo und in anderen Gebieten des Landes zu bleiben und mit den Nichtkatholiken, den Muslimen, den Orthodoxen und auch mit den wenigen Juden zusammenzuleben. Deswegen sind diese Schulen als interethnische und interreligiöse gedacht und verwirklicht. Ein Beitrag der Kirche gegen die Ideologie der Intoleranz und der Trennung unter den Völkern und Religionen, eine konkrete Tat für den Frieden.

Nehmen wir das Beispiel des Schulzentrums in Sarajevo als Beleg. Jeden Tag gehen hier rund 1.300 Schülerinnen und Schüler aus und ein. Ein Haus, berstend vor Leben, die Räume hell und klar. Viel Licht, viel Licht, das fällt vor allem auf. Und die zupackende Freundlichkeit der Schüler und Lehrer. Da ist nichts aufgesetzt, ganz spontan und offen ist die Atmosphäre.

Die ethnische und religiöse Herkunft der Schülerinnen und Schüler spiegelt das Profil der Stadt und der Region wieder: 80 Prozent Muslime,

20 Prozent orthodoxe Christen. Es gibt eine neunjährige Grundschule, ein Gymnasium und eine Krankenpflegeschule.



*Das Schulzentrum St. Joseph
heute*

Die Bildung einer eigenen religiösen und damit auch, im richtig verstandenen Sinn, politischen Identität bleibt eines der Hauptziele. Missioniert wird nicht. Die Schule ist keine religiöse Schule. In den Klassenzimmern finde ich keine religiösen Symbole. Kruzifixstreit? Nein danke! Dagegen steht eine gelebte Toleranz, nicht theoretisch verschwommen. Sie wird Früchte tragen im späteren Leben der Kinder und Jugendlichen. Ein kritischer Punkt ist für manche, die von der alten Missionsideologie der Kirche nur schwer Abschied nehmen können, die geringe Stundenzahl des katholischen Religionsunterrichts. Wer die Wirklichkeit ernst nimmt, muss auf die Ideologie eines wie immer gearteten zahlenmäßigen Erfolges verzichten. Sie führt in den Abgrund, politisch wie kirchlich. Gefragt ist Kompetenz. Kompetenz und pädagogische Leidenschaft. Die habe ich hier in hohem Maße gefunden. Schülerinnen und Schüler sprachen von ihren Lehrerinnen und Lehrern als ihren „Freunden“. Viele der überwiegend jüngeren Lehrerinnen und Lehrer waren selbst einmal Schüler an dieser Schule.

Ich sitze mit einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern in der Bibliothek. Die Deutschlehrerin Sanja Portner ist dabei. Ich habe nicht den Eindruck, dass ihre Anwesenheit hemmend auf die Kinder wirkt. In einer Stunde lebhaften Gesprächs entsteht ein Profil aus Sätzen und Meinungen.

Sebastian, 13: Vater aus Deutschland, Mutter aus Dalmatien. Er sagt ausdrücklich, dass er Christ bleiben und als solcher auch im Land leben und arbeiten will.

Paul, 14, will Arzt werden.

Robert, 14, fühlt sich in der Schule sehr wohl. Sie ist nach seiner Überzeugung die „beste Schule in ganz Sarajevo“.

Angela, 14, hat einen muslimischen Freund und findet dabei „nichts Besonderes“.

Über ihre Eltern reden alle mit Achtung, auch wenn sie manches an ihnen kritisch sehen. Und alle empfinden es als ein Privileg, diese Schule zu besuchen.

Danach erzählt mir Ivica Mršo, der Direktor, ein Mann mit einer unnachahmlichen Mischung aus Pragmatismus und Leidenschaft, dass auch der Imam von Sarajevo seinen Sohn auf diese katholische(!) Schule geschickt hat. Warum? Seine Antwort: Weil es eine gute Schule ist! Kompetenz geht vor Religion und Konfession. Kein schlechtes Rezept für eine christliche Schule, denke ich. Auch kein schlechtes Rezept für ein Europa der verschiedenen religiösen Überzeugungen. Religion als positives Politikum, als Machtverzicht im herkömmlichen und abgründigen Sinn.

Für Europa wohl! Aber wie sieht es im eigenen Land aus? Welche Haltung nimmt der Staat, die Regierung gegenüber den „Schulen für Europa“ ein? Hat er ein wirkliches Interesse daran, die ethnische Isolation aufzubrechen? Ich frage das Pero Sudar ganz unverblümt. Er antwortet ebenso:

Ich wäre sehr froh, eine positive Antwort geben zu können. Dies würde nämlich bedeuten, dass dieses Land eine gesunde Führung und hoffnungsvolle Zukunft hat. Aber, leider, es ist nicht so. Im Gegenteil! Diese Schulen sind für viele ein Störfaktor. Für eine Seite sind wir nicht genug kroatisch und katholisch, weil wir auch für die anderen offen sind. Für andere sind wir zu kroatisch und katholisch, weil wir unsere Identität nicht verleugnen. Für die Vertreter der internationalen Gemeinschaft sind wir nicht akzeptabel, weil wir die Identität jedes unserer Schüler pflegen und ermutigen. Unsere Vision ist es, dass das friedliche Zusammensein auf Dauer nur unter denen möglich ist, die sich ihrer eigenen Identität bewusst und gerade deswegen für die Anderen offen sind. Dennoch: Unsere Schulen werden von einzelnen Politikern geachtet. Viele von ihnen haben sich persönlich eingesetzt, diesen Schulen zu helfen. Das genügt uns!

Das Profil der Schule nimmt im Gespräch mit den älteren Schülerinnen und Schülern deutlichere Konturen an. Mir fällt die Unbefangenheit auf, die Überlegtheit und Spontaneität der Meinungsäußerungen. Dahinter werden Persönlichkeiten sichtbar.

Goran, 19: „Wir lernen hier mehr als an anderen Schulen. Wir lernen Freiheit. Lehrer und Schüler sind Freunde.“

Sanjin, 18: „Hier wird kein nutzloses Wissen vermittelt. Die Schule ist ethnisch gut gemischt, es herrscht eine gute Arbeitsatmosphäre. Meine Heimat ist jetzt schmutzig, ich will sie sauber machen.“ Ob er später einmal Kinder haben will? „Ja, eine ganze Fußballmannschaft!“

Eva, 18: „Toleranz wird hier konkret, ist nicht nur theoretisch. Kirche erlebe ich hier als offen. Es gibt auch keinen Unterschied zwischen ‚arm‘ und ‚reich‘.“

Jelena, 19: „Ich bin Atheistin, aber die Schule finde ich gut, weil offen und sachlich orientiert.“ „Gott sei Dank“, fügt sie noch hinzu. Auf meine Frage: Wie kann eine Atheistin *Gott* sei Dank sagen?, antwortet sie ohne Zögern: „Na ja, ich bin eben eine religiöse Atheistin!“

Am Ende des Tages bitte ich Ivica Mršo, mir das pädagogische Konzept der Schule zu erläutern. Die Antwort ist kurz und bestimmt: „Jesus ist der Lehrer!“

Ich wohne in der Schule unter dem Dach. Es ist Abend. Draußen regnet es heftig. Um 21.50 Uhr hallt der Ruf des Muezzin über die nächtliche Stadt: Allahu akbar! Gott ist größer! Dann schlägt die Uhr der nahen Kirche zehn Mal. Im Haus wird es ruhig.

Keine Frage, diese „Schule für Europa“ ist ein außergewöhnliches Projekt. Denn was hier geschieht, spiegelt über die Sondersituation von Bosnien und Herzegowina hinaus die zu erwartende und bereits eingetretene religiöse Entwicklung in Gesamteuropa wieder. So wird es mittel- bis langfristig, mit regionalen Unterschieden, in Europa überall sein. Deshalb kann jedes europäische Land daraus lernen, religiös, gesellschaftlich und politisch. Eine Schule als Laboratorium, aber schon weit über das Versuchsstadium hinaus gekommen.

Das zu akzeptieren und umzusetzen, löst Ängste aus. Die Frage ist: Wie wird das Religionsprofil der jungen Leute, die durch diese Schule gegangen sind, später aussehen? Werden die überscharfen Profile der herkömmlichen Religionen nicht abgeflacht? Werden hier die Umrisse einer „neuen“ Religion sichtbar? Im Gespräch mit den älteren Schülerinnen und Schülern ist mir deutlich geworden, wie sehr auch hier die „alte“ Kirche an Lebensrelevanz verloren hat. Sie wird in ihrer tatsächli-

chen Bedeutungslosigkeit einfach unterlaufen, nicht nur vom „Geist der Zeit“, sondern vor allem von der Radikalität eines bewussten Lebens. Man schätzt noch ihren Dienst, hängt ihr aber nicht mehr an.

Was bleibt dann der Kirche noch, so fragen manche, die Bedenken tragen angesichts einer solchen pädagogischen Strategie? Die Antwort: Sie muss Trägerin, notfalls Dulderin dieser Entwicklung sein. Insofern eine gefährliche Erinnerung bleiben, Partisanin, Senfkorn, Sauerteig sein – und es immer mehr werden. Religion als kompetente und leidenschaftliche Unterwanderung des Gegebenen: eine bestechende Idee. Aber dazu braucht es Menschen der Kirche, die den Mut und die Ausdauer dazu haben.

Pero Sudar sieht die Dinge klar und nüchtern.

Ich glaube, die Religionen werden das verlieren, was ihnen nie gehören sollte und was ihre wirkliche Aufgabe immer nur behinderte: die Macht oder den Einfluss auf die Macht. Die Kirche ist aus vielen Gründen in diesem Prozess als erste dran. Und es ist gut so! Die Religionen und die Kirche werden bestehen, weil der Mensch nicht überleben kann, ohne zu glauben. Der Mensch verliert sich ohne das Licht von oben, und die Menschheit hat ohne die Bergpredigt keine menschliche Perspektive.

Die Kirche muss ihre Sendung immer wieder neu und tief bedenken – und danach handeln. Es ist dringend notwendig, die Botschaft Jesu von menschlichen und historischen Splittern zu befreien und sie den Menschen echt anzubieten. Um dies glaubwürdig tun zu können, muss die Kirche sich ständig bemühen, ihre eigenen Strukturen menschlicher, gerechter und transparenter zu machen. Es ist ein alter christlicher Satz, dass die Gnade die Natur voraussetzt. Ich habe den Eindruck, dass dieser Satz im konkreten Tun der Kirche nicht genügend beachtet wird. Für viele Menschen wird dies zum Hindernis für ihren Glauben an Jesus Christus.

Die Begegnung mit dem Islam kann der Kirche nur helfen, ihr eigenes Umdenken besser und grundsätzlicher zu machen. Die immer stärkere Präsenz des Islams in den traditionell „christlichen Ländern“ gefährdet die Kirche und das Christentum nicht, sondern zeigt, wie stark oder schwach unser Glaube an Jesus Christus ist. Wenn es diesen echten und unverfälschten Glauben gibt, wird die Anwesenheit des Islams ihn stärken und echter machen. Wenn es diesen Glauben nicht gibt, wenn es nur um Tradition geht, wird sich seine Schwäche schneller und leichter zeigen. Die Kirche kann meiner Meinung nach auf Dauer von der Präsenz des Islams nur profitieren. Dies gilt auch umgekehrt! Klar, unter

der Bedingung, dass die Kirche und der Islam, die Christen und Muslime es nicht zulassen, von der Politik gegen das eigene Interesse ihrer Religion ausgenutzt zu werden.

Ich fahre mit Kristina Medic, der Direktorin der Elementarschule im Schulzentrum von Sarajevo, nach Žepče. Eineinhalb Stunden Autobahn durch das Tal der Bosna. Rechts und links hohe, grüne Berge, tief eingeschnittene Seitentäler dazwischen. Entlang des Flusstales, an beiden Ufern, stehen viele verlassene Häuser. Sie werden seit dem Krieg nicht mehr bewohnt, zerfallen. Hier kann man den Krieg nicht vergessen.

Die „Schulen für Europa“

„Ohne die Hilfe der deutschen Katholiken durch die Solidaritätsaktion Renovabis wäre die Idee der ‚Schulen für Europa‘ nicht realisierbar gewesen“, sagt der „geistige Vater“ dieser Schulen, Dr. Pero Sudar, Weihbischof im Erzbistum Vrhbosna (Sarajevo).

Seit 1994 hat Renovabis den Aufbau der „Schulen für Europa“ mit erheblichen Mitteln unterstützt. So konnten bis heute sieben katholische Schulzentren mit 14 Einzelschulen errichtet werden. Sie alle verfolgen einen multiethnischen und multireligiösen pädagogischen Ansatz. Insgesamt besuchen derzeit rund 5.000 Schülerinnen und Schüler diese von der katholischen Kirche in Bosnien und Herzegowina initiierten und getragenen Schulen.

Burkhard Haneke

Die kleinen Dörfer im Tal sind geschlossene Welten. In jedem, auch dem kleinsten, steht eine große Moschee mit hohem Minarett, unübersehbar. Es gibt wenig christliche Kirchen. Das Christentum ist sichtbar eigentlich nur in den Städten.

In Žepče liegt die Schule am Rande der kleinen Stadt. Aber keine Spur von Randerscheinung! Reges Leben auch hier, 600 Schüler besuchen das Gymnasium, 240 machen eine technische Ausbildung in Elektrotechnik, Mechatronik und Installation. Heizung, Stromversorgung, die Stühle wurden von den Schülern in Eigenarbeit selbst hergestellt. Die Verantwortung für die Schule liegt bei den Salesianern, die man überall in der Welt findet, wo es um junge Menschen geht. Gerade wird eine neue Mehrzweckhalle gebaut. Auch hier eine freundliche, offene Atmosphäre, keine Schulverdrossenheit.

Wir fahren weiter in Richtung Zenica. Auch dort 600 Schülerinnen und Schüler. 240 von ihnen besuchen das Gymnasium, 360 die Elemen-

tarschule. Ein Gang durch die Bibliothek zeigt ein Manko: es sind nur ältere Bücher zu finden. Meist sind es Geschenke, auch aus Deutschland. Das Geld für Neuanschaffungen fehlt. Als wir ankommen, findet gerade eine Probe des Schulchores statt. Die Probe wird unterbrochen. Dann singen die Schülerinnen und Schüler ein modernes Lied auf Deutsch. Ein Gastgeschenk aus Tönen. Wunderbar!

Die Schule in Zenica wurde, wie die in Sarajevo, noch während des Krieges gegründet. Eine kleine starke Insel in einem Meer von ungeklärtem, vielfach angefochtenem Leben. Ein Ort, von dem man starten kann in ein Leben, das sinnvoller erscheint als das gegenwärtige in diesem Land. Hoffnung konkret. Aufbruch im doppelten Sinn des Wortes.

Noch eine Stunde Autofahrt und wir sind wieder in Sarajevo. Beim Einfahren in die Stadt, angesichts der hohen Berge, kann man sich leicht vorstellen, wie schrecklich der Beschuss von den umliegenden Höhen im Krieg für die Bevölkerung gewesen sein muss. Keine Möglichkeit sich zu verstecken, hilflos der kriegesischen Gewalt ausgesetzt. Kaum eine Familie blieb davon verschont. Das erfahre ich auch, als ich mit zwei Lehrerinnen einen kurzen Gang durch das Stadtzentrum von Sarajevo mache.

Auffällig sind die hohen Häuser aus der KuK-Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und die niedrigen ottomanischen Häuschen. Man betritt, aus der KuK-Stadt kommend, ohne Übergang den muslimischen Teil. Von außen scheint alles friedlich zu sein. Aber, so erzählen die beiden Lehrerinnen, die Stadt – und das Land – werden im Innern beherrscht vom Hauptproblem: der ethnischen Isolation. Sie ist nach dem Ende des Krieges 1995 geblieben, auch bei fortschreitender Säkularisierung der beiden Religionen – beim Islam langsamer, beim Christentum schneller. Verdeckt wird sie auch von einer künstlich erzeugten wirtschaftlichen Scheinblüte. Auf die Frage, wie es weitergehen soll in diesem Land, bekomme ich keine klare Antwort, oft nur ein Schulterzucken. Ich begreife, warum so viele junge Menschen das Land verlassen wollen. Ivica Mršo, sagt mir: *Bosnien und Herzegowina is closed. Wer kann, möchte raus. Vor allem nach Kroatien. Dort ist das Meer mit einer schönen warmen Küste. Man kann nach Italien!*

Beim letzten Treffen mit Pero Sudar wird mir noch einmal überdeutlich klar: Die „Schulen für Europa“, die Lehrerinnen und Lehrer, die dort arbeiten, leisten im Grunde Sisyphos-Arbeit. Aber wie hat der französische Schriftsteller und Philosoph Albert Camus einmal gesagt:

„Wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen.“ Dass das möglich ist, habe ich hier gesehen.

Pero Sudar macht sich keine Illusionen: Im Grunde ist Bosnien und Herzegowina eine Figur auf dem Schachbrett der Großmächte geblieben – und so konstruiert worden, dass es nicht der eigentlichen Bevölkerungsmehrheit, den Muslimen, gehören darf. Es ist aus der Perspektive der Großmächte, Russland und USA, ein kleines Steinchen des weltweiten Kampfes gegen das politische Erstarken des Islams. Innerhalb dieses Blickfeldes, darüber ist sich Pero Sudar im Klaren, werden die „Schulen für Europa“ nicht von allen als sinnvoll angesehen. Aber, so fügt er verschmitzt lächelnd hinzu, sie sind ein Faktum, und das Abschaffen wäre schwieriger, als die Gründung gewesen ist. Und die war auch nicht ganz leicht. Widerstände waren auch in Rom zu spüren. Dort wurde Pero Sudar einmal gefragt, ob die Schule, bei so wenig katholischem Religionsunterricht im Lehrplan, noch eine „katholische“ Schule sei. Es gibt das Festungsdenken auf allen Ebenen. Die „Schulen für Europa“ sind ein Versuch, die Festungen von innen her aufzubrechen, damit Menschen aufbrechen können in ein sinnvolles Leben draußen vor den Toren.

Pero Sudar wird sehr deutlich:

Es wäre sehr wichtig, diesem Land und seinen Bürgern und Völkern eine wahre Chance zu geben. Es handelt sich um ein multiethnisches und interreligiöses Land, in dem seit Jahrhunderten die Verschiedenheiten mit- und nebeneinander existieren. Dieses Land sollte, das wünsche ich mir, als ein Beispiel dafür angesehen werden, dass ein Leben in Vielfalt heute möglich ist! Trotz allem, was hier geschehen ist, sind unsere Bürgerinnen und Bürger immer noch bereit, friedlich zusammen zu leben und dafür auch die nötigen Opfer zu bringen. Aber sie sind mit Recht nicht mehr bereit, eine konstitutionelle und zukunftslose Ungerechtigkeit, die uns wegen der fremden Interessen auferlegt wird, zu akzeptieren. Um dieses Land zu retten, müsste man schnell handeln. Es könnte bald zu spät sein, weil ein Volk dieses Landes, die Kroaten, unter dem Druck der institutionellen Ungerechtigkeiten und der flachen Pragmatik der internationalen Vertreter, immer mehr auswandert. Dies ist eine wahre Gefahr, weil dieses Land nur mit Serben und Bosniaken nicht bestehen kann.

Auf dem Weg zum Flughafen besuche ich noch die Grundschule in Stup. 400 Kinder kommen täglich hierher. Der Charakter der Schule ist

ländlicher und die Zahl der muslimischen Kinder größer. Hier wird nur katholischer Religionsunterricht erteilt. Es gibt noch viel zu tun.

Ivica Mršo kommt und fährt mich zum Flughafen. Im Unterschied zur Ankunft herrscht hier heute bedrängende Hektik. Ein Sonderflug in den Libanon ist angesagt. Christliche Pilgerinnen und Pilger, die den Marienwallfahrtsort Medjugorje, zwei Autostunden entfernt, besucht haben, wollen in ihre Heimat zurückkehren. Ich muss über Zagreb, Hauptstadt Kroatiens, zurück fliegen. Die Direktverbindung nach Frankfurt ist nicht zustande gekommen.

Bosnien und Herzegowina, ein Land am Rande des Abgrunds?

Ja und Nein! Ja, weil die menschen- und wirklichkeitsferne Politik der Großmächte nichts ist als Lähmung, als Verhinderung von Leben. Nein, weil es Menschen dort gibt, die dagegen aufstehen und angehen – und andere mitnehmen. Es sind unglaublich starke Menschen. Sie tauchen – leider – nicht in den Schlagzeilen auf. Aber in den Herzen der Kinder und Jugendlichen sind sie fest verankert. Sie bleiben, wo andere die Flucht ergreifen. Ein starkes Stück!

Textkästen

<i>Berislav Župarić</i>	
Ein „und“, das nicht nur verbindet	243
<i>Davor Korić</i>	
Sprache als politisches Mittel	252
<i>Stefan Kube</i>	
Bruce-Lee-Statue in Mostar	264
<i>Berislav Župarić</i>	
Die bosnischen Pyramiden	271
<i>Stefan Kube</i>	
Medjugorje	274
<i>Zrinka Štimac</i>	
Die „Bosnische Kirche“	280
<i>Davor Korić</i>	
Bildung teilt Bosnien und Herzegowina	287
<i>Berislav Župarić</i>	
Troja in der Herzegowina?	290
<i>Ivan Korić</i>	
Fußball als Spiegelbild des politischen Zustandes in Bosnien und Herzegowina	294
<i>Berislav Župarić</i>	
Summum ius – summa iniuria	297
<i>Burkhard Haneke</i>	
Die „Schulen für Europa“	313

Bücher

- Katarina Batarilo/Volker Lenhart:* Bosnien-Herzegowina. In: Hans Döbert (u.a.) (Hrsg.): Die Bildungssysteme Europas. (Grundlagen der Schulpädagogik, Bd. 46). 3. veränderte. Neuaufl. Hohengehren: Schneider 2010, S. 120-141.
- Marie-Janine Calic:* Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München: C. H. Beck, 2010.
- Vedran Džihic:* Bosnien und Herzegowina in der Sackgasse? Struktur und Dynamik der Krise fünfzehn Jahre nach Dayton. In: Südosteuropa 59 (2011), H. 1, S. 50-76.
- Valère Philip Gagnon:* The Myth of Ethnic War: Serbia and Croatia in the 1990s. Ithaca, N. Y.: Cornell University Press, 2004.
- Marko Attila Hoare:* The History of Bosnia: From the Middle Ages to the Present Day. London: Saqi, 2007.
- Viktor Meier:* Jugoslawiens Erben. München: C. H. Beck, 2001.
- Dunja Melčić (Hrsg.):* Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. 2. aktual. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.
- Dušan Reljić:* Die Balkan-Mafia. Organisierte Kriminalität und kriminalisierter Staat im Westlichen Balkan. (Stiftung Wissenschaft und Politik, Diskussionspapier FG 2). Berlin 2007.
- Solveig Richter/Saša Gavrić:* Das politische System Bosnien und Herzegowinas. In: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. 3. überarb. u. aktual. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, S. 837-895.
- Holm Sundhaussen:* Vom Mythos Region zum Staat wider Willen: Metamorphosen in Bosnien-Herzegowina. In: ders./Ther, Philipp (Hrsg.): Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Marburg 2003, S. 215-232.
- René Toth:* Zwischen Konflikt und Kooperation. Fünfzehn Jahre Friedenskonsolidierung in Bosnien und Herzegowina. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.

Buchbinderei EHE
Radolfzell

12 2012

Säurefrei
RAL - RG - 495